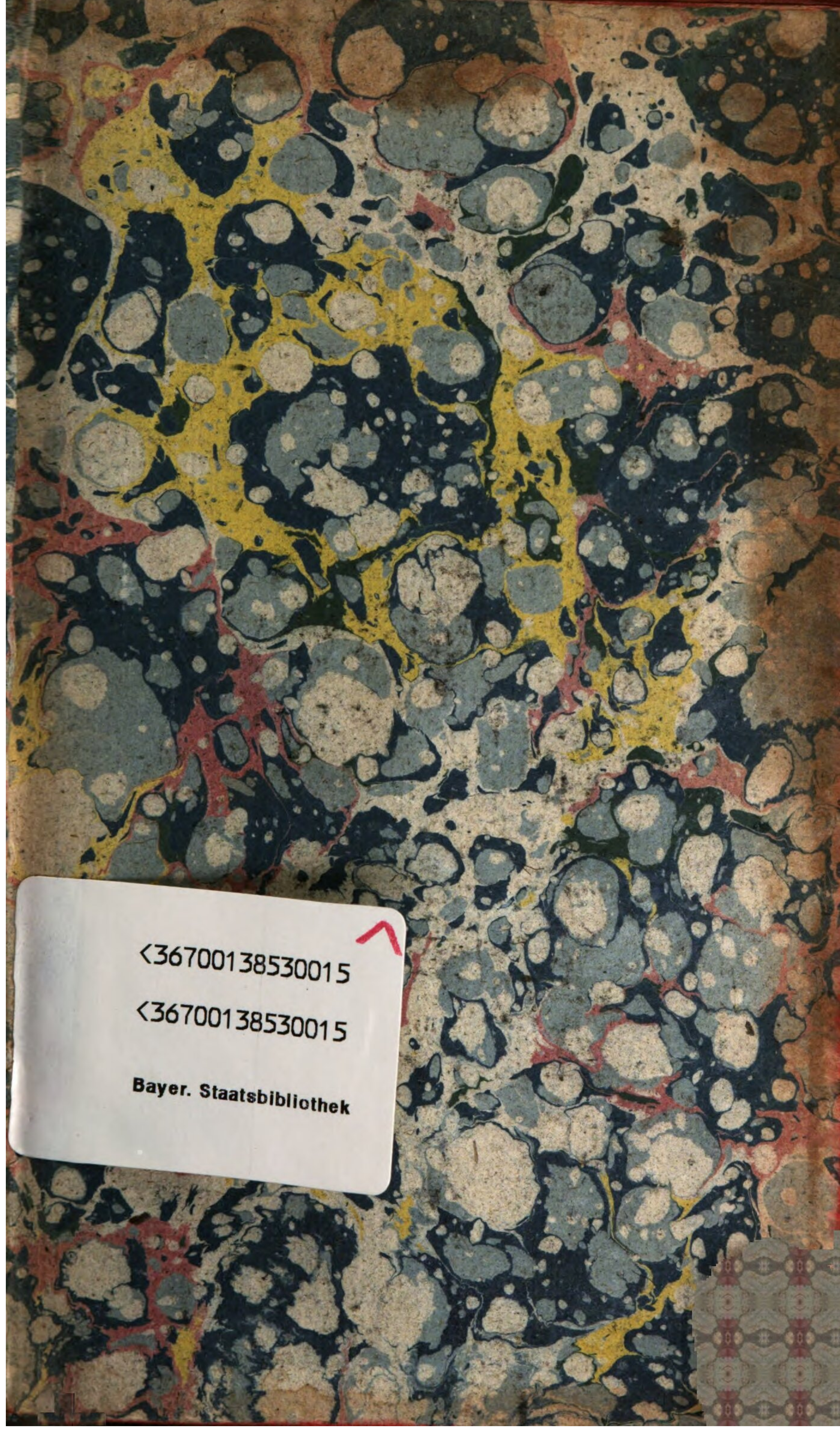






<36700138530015

<36700138530015

Bayer. Staatsbibliothek

^c
Crim. 119.

G r u n d s ä t z e
d e s
teutschen peinlichen Rechts;

v o n
C. A. G r ü n d l e r,
beyder Rechte Doctor,
ordentlichem öffentlichen Lehrer der Rechte
auf der königl. preuss. Friedrich - Alexanders - Universität
in Erlangen.



H a l l e,
bey Iohann Christian Hendel.
1 7 9 9.

Deutsches geistliches Leben
von
C. A. G. v. d. L.
Lebter Reichs Doctor
an der Universität Leipzig
auf der Universität Alexanders-Universität
in Leipzig

Bayerische
Staatsbibliothek
München

S r. E x c e l l e n z

d e m H e r r n

Eberhard Julius Wilhelm Ernest

v o n M a s s o w,

königlich preussischen geheimen Staats-
und Iustizminister,

dem
erhabenen Vorbild wahrer Rechtsgelehrten,

dem
Freunde und thätigen Beförderer
der Wissenschaften,

weihet
dieses Buch

zum
Zeichen der innigsten Hochachtung und Verehrung

der Verfasser.

V o r r e d e.

Nicht ohne alle Furchtsamkeit trete ich mit diesem Lehrbuch ans Licht hervor, denn ich kann dabey den gerechten Vorwurf erwarten, daß, da in den letzt verflossenen Jahren verschiedene Materien von mehrern Autoren, anders als bisher bearbeitet worden sind, auf diese wichtigen Verbesserungen hätte Rücksicht genommen werden sollen. Dieß wäre freylich meine Pflicht gewesen, wenn dieß Lehrbuch erst in diesem Jahre geschrieben worden wäre; Allein so wurde der theoretische Theil schon vor zwey Jahren abgedruckt, und jetzt erst gewann ich Zeit den practischen Theil zu bearbeiten.

Als ich in Halle den Entschluß faßte, über ein eigenes deutsches Compendium das Crimi-

nalrecht vorzutragen, war noch kein anderes als das *Stelzerische* Lehrbuch vorhanden; welches bey allen seinen Vorzügen zum Leitfaden meiner zu haltenden Vorlesungen nicht ganz passend war.

Ich übernahm es daher, ein eigenes Lehrbuch zu schreiben, wurde aber durch die Versetzung auf die hiesige Academie und durch andere besondere Arbeiten, die mit meinem hiesigen speciellen Beruf in näherem Verhältniß stehen, gehindert, das Criminalrecht zu vollenden.

Dieß ist der Grund, warum von den neueren Vorstellungen anderer Rechtslehrer, die seit jener Zeit diesen Gegenstand bearbeitet haben, in dem theoretischen Theil kein Gebrauch gemacht werden konnte. Indessen wird dieses in den Vorlesungen leicht nachgeholt werden können. Übrigens kann ich behaupten, daß dennoch mehrere Materien in diesem Lehrbuch auf eine andere Weise dargestellt sind, als von Andern bisher geschehen ist.

Die-

Diejenigen, welche ich bey Stellung der Materien vorzüglich befolgte, sind KLEIN-SCHROD, STÜBEL und SODEN. Den Stübli-schen Plan würde ich ganz befolgt haben, wenn er mir nicht zu weitläufig gewesen wäre.

Das Lehrbuch zerfällt in zwey Haupttheile, in den theoretischen und practischen Theil. Der theoretische Theil zerfällt wieder in den generellen und speciellen Theil.

Ersterem geht eine *Einleitung* voraus, worinn der Begriff des Criminalrechts festgesetzt wird; die Quellen, Hülfswissenschaften, und die Art und Weise zu lehren und zu lernen angegeben werden.

Der generelle Theil enthält Grundsätze, die *theils* nicht füglich in den speciellen Theil verwebt werden konnten, *theils* solche, welche durchaus in demselben erläutert werden mußten, um die, in dem speciellen Theil, aufgestellten Grundsätze desto besser erläutern zu können.

Des-

Deßhalb mußte auch hierin Einiges von *Anzeigen* von dem *Thatbestand* der Verbrechen gesagt werden, ob sie gleich eigentlich zum praktischen Theil gehören, wie KLEINSCHROD in seinem Werk im 3ten Theil p. 222. ganz richtig bemerkt. Würde man aber im speciellen Theil durchkommen können, wenn nicht eine Generaltheorie von diesen Materien aufgestellt wäre? GROLLMANN in seinen Grundsätzen der Criminal-Rechtswissenschaft führt die Lehre von den Anzeigen der Verbrechen weiter aus, als wol von einem Verfasser eines Lehrbuchs des Criminalrechts geschehen ist. Denn er handelt nicht nur in seinem philosophischen, sondern auch in dem practischen Theil davon sehr ausführlich. Gehörten aber die positiven Grundsätze dieser Lehren, die er in dem practischen Theil, vorzüglich von den besondern Anzeigen aufstellt, nicht zu der Lehre der einzelnen Verbrechen? und sind wol heutiges Tages die Grundsätze, welche die *Caroline* aufstellt, ganz anwendbar? Die Lehre
von

von der Verjährung der peinlichen Strafe gehört nach meinen schon angenommenen Grundsätzen, in den allgemeinen Theil des C. Rechts: denn wie soll die Verjährung bey einzelnen Verbrechen richtig verstanden werden, wenn nicht schon eine Generaltheorie derselben vorausgeschickt ist? Der generelle Theil kann nicht einzig und allein philosophische Grundsätze, sondern muß auch solche, welche aus dem positiven Recht erläutert werden, enthalten; man müßte denn, wie dieß GROLLMANN that, eine wissenschaftliche Darstellung des Criminalrechts vorausschicken. Am besten wäre es freylich, wie HUGO in seiner Encyclopädie §. 196. bemerkt, wenn der philosophische Theil des Criminalrechts ganz abgesondert gelesen würde.

In dem *speciellen* Theil würde ich STÜBELN ganz gefolgt seyn, wenn mir sein Plan nicht zu weitläufig gewesen wäre, denn, was die Idee betrifft, die vorsetzlichen von dem schuldhaften Verbrechen abzusondern; (System
des

des peinl. Rechts II. Band §. 480) so glaub ich kaum, daß dieß nothwendig sey, weil man dennoch, wenn man vom Verbrechen aus Vorsatz begangen, vom schuldhaften Verbrechen zugleich handelt, und darnach die Strafe bestimmen kann.

Bey den Staatsverbrechen nahm ich zugleich diejenigen mit auf, welche die Ruhe durch besorgliche Beleidigungen stören, welche STÜBEL besonders abgesondert vorzutragen gedenkt, indem dadurch sogleich alle Staatsverbrechen abgehandelt werden. Die Eintheilung der Verbrechen in eigentliche und uneigentliche benutzte ich erst bey den Bürger-Verbrechen.

Erlangen, den 14. August 1798.

D. G r ü n d l e r.



I n h a l t.

E I N L E I T U N G.

Erster Abschnitt. Von dem Begriff und den Eintheilungen der peinlichen Rechtswissenschaft. Seite **I.**

Zweyter Abschnitt. Von den Quellen der peinlichen Rechtswissenschaft. — **4.**

Dritter Abschnitt. Von den Vorkenntnissen zum peinlichen Recht.

A) Historische Kenntnisse. — **7.**

B) Philologische Vorkenntnisse. — **19.**

C) Philosophische Vorkenntnisse. — **19.**

D) Juristische Vorkenntnisse. — **20.**

Vierter Abschnitt. Von der Lehrmethode und Erlernungsart des Criminalrechts. — **21.**

T H E O R E T I S C H E R T H E I L.

A) G E N E R E L L E R T H E I L.

Erster Abschnitt. Von den Verbrechen überhaupt. — **23.**

Zweyter Abschnitt. Von den Rechten und Pflichten des Staats in Ansehung der Verbrechen.

Erster Unterabschnitt. Von der Nothwehr und von dem Nothfall. — **25.**

Zweyter Unterabschnitt. Von der peinlichen Hoheit. — **26.**

a

Drit-

<i>Dritter Unterabschnitt.</i>	Von der peinlichen Gerichtsbarkeit.	Seite 28.
<i>Vierter Unterabschnitt.</i>	Vom peinlichen Gericht.	— 31.
<i>Dritter Abschnitt.</i>	Von den Verbrechen insbesondere.	
<i>Erster Unterabschnitt.</i>	Von den Haupttheilungen der Verbrechen.	— 36.
<i>Zweyter Unterabschnitt.</i>	Von den Anzeigen der Verbrechen.	— 41.
<i>Dritter Unterabschnitt.</i>	Von dem Thatbestand (Corpus delicti) des Verbrechens.	— 43.
<i>Vierter Unterabschnitt.</i>	Von der Gröfse der Verbrechen.	— 44.
<i>Fünfter Unterabschnitt.</i>	Von der Zurechnung des Verbrechens und den Graden desselben.	— 48.
<i>Vierter Abschnitt.</i>	Von Verbrechern und Theilnehmern und den Verbindlichkeiten aus den Verbrechen	— 52.
<i>Fünfter Abschnitt.</i>	Von Strafen überhaupt.	
<i>Erster Unterabschnitt.</i>	Von Strafen und deren Eintheilungen.	— 58.
<i>Zweyter Unterabschnitt.</i>	Von den Rechten der höchsten Gewalt und den Pflichten des Richters in Hinsicht der Strafe.	— 67.
<i>Dritter Unterabschnitt.</i>	Von der Mildrung und Schärfung der Strafe.	— 70.
<i>Vierter Unterabschnitt.</i>	Von der Verwechfelung der Strafe und Proportion derselben.	— 73.
<i>Fünfter Unterabschnitt.</i>	Von Aufhebung der Strafe.	— 75.
		B) BE.

B) BESONDERER THEIL.

ERSTES HAUPTSTÜCK.

Von Staatsverbrechen.

ERSTE ABTHEILUNG. Von den gemeinen Staatsverbrechen.

Erste Unterabtheilung. Von solchen Verbrechen, welche zugleich die Sicherheit vor gegenwärtigen Beleidigungen stören.

Erster Abschnitt. Von den Verbrechen wider die Majestät. Seite 81.

Zweyter Abschnitt. Von den Staatsverbrechen insbesondere. — 88.

Zweyte Unterabtheilung. Von Verbrechen, welche die Ruhe durch besorgliche Beleidigungen stören. — 101.

ZWEYTE ABTHEILUNG. Von besondern Staatsverbrechen. — 104.

ZWEYTES HAUPTSTÜCK.

Von Bürgerverbrechen.

ERSTE ABTHEILUNG.

Von eigentlichen Verbrechen.

ERSTER ABSCHNITT. Von Verbrechen wider die Gesundheit. — 109.

ZWEYTER ABSCHNITT. Von den Verbrechen wider das Leben der Menschen. — 111.

Erster Unterabschnitt. Von der Tödtung im Allgemeinen. — 113.

Zweyter Unterabschnitt. Vom Mord überhaupt. — 120.

Erste Unterabtheilung. Von dem aufgetragenen und Banditenmord. — 122.

Zweyte Unterabtheilung. Von dem Raubmord. — 124.

Drit-

Dritte Unterabtheilung. Von dem heimlichen, verrät erischen Mord, vorzüglich von der Giftmischung. Seite 125.

Vierte Unterabtheilung. Von Aeltern- und Verwandtenmord. — 128.

Fünfte Unterabtheilung. Vom Kindermord, Abtreibung der Leibesfrucht, Unfruchtbarmachung und Aussetzen der Kinder. — 130.

DRITTER ABSCHNITT. Von dem Verbrechen wider die Ehre. — 138.

VIERTER ABSCHNITT. Von dem Verbrechen wider die Freyheit.

Erster Unterabschnitt. Vom Menschenraube. — 143.

Zweyter Unterabschnitt. Von Entführung, oder Menschenraub zur Wollustbefriedigung. — 144.

Dritter Unterabschnitt. Von der Concussion. — 146.

Vierter Unterabschnitt. Von Privatgewalt. — 146.

Fünfter Unterabschnitt. Vom Haus- und Burgfriedensbruch. — 147.

FÜNFTER ABSCHNITT. Von dem Verbrechen wider das Eigenthum.

Erster Unterabschnitt. Vom Diebstahl. — 148.

Zweyter Unterabschnitt. Vom Raube. — 158.

Dritter Unterabschnitt. Vom Kirchenraub. — 160.

Vierter Unterabschnitt. Von der Brandstiftung. — 162.

Fünfter Unterabschnitt. Von vorsätzlich verursachter Ueberschwemmung. — 164.

Sech-

Sechster Unterabschnitt. Vom boshafteu Vor-
enthalten gefundener Schätze. Seite 165.

ZWEYTE ABTHEILUNG.

Von uneigentlichen Verbrechen.

ERSTER ABSCHNITT. Von Verbrechen, wel-
che die Bevölkerung hindern, oder von fol-
chen, wodurch ſie auf eine zweckwidrige Art
befördert wird.

Erſter Unterabschnitt. Von der zweckwi-
drigen Befriedigung des Geſchlechtstri-
bes. — 166.

(A) Von Fleiſchesverbrechen, welche ge-
gen die Geſetze der bürgerlichen Gefell-
ſchaft ſtreiten.

Erſtes Kapitel. Vom unehelichen Beyſchlaf
unverheyrahteter Perſonen. — 167.

Zweytes Kapitel. Vom unerlaubten Bey-
ſchlaf verheyrahteter Perſonen. — 175.

Drittes Kapitel. Von der Blutschande. — 180.

(B) Von unnatürlicher Befriedigung des Ge-
ſchlechtstriebes. — 182.

Anhang. Von der Kuppeley und Huren-
wirthſchaft. — 184.

Zweyter Unterabschnitt. Von ſolchen Ver-
brechen, welche die Minderung des hin-
länglichen Unterhalts hervorbringen. — 185.

ZWEYTER ABSCHNITT. Von ſolchen Ver-
brechen, welche der Bildung der Bürger zu-
wider ſind. — 188.

Erſter Unterabschnitt. Von ſolchen Verbre-
chen, welche wider die Wahrhaftigkeit
laufen. — 188.

Zwey-

Zweyter Unterabschnitt. Vom Verbrechen
wider die Selbsterhaltung. Seite 195.

PRACTISCHER THEIL.

Vom peinlichen Prozeß.

Erste Abtheilung. Allgemeine Grundsätze vom
peinlichen Prozeß.

Zweyte Abtheilung. Besondere Grundsätze des
peinlichen Prozeßes. — 200.

Erste Unterabtheilung. Vom inquisitorischen
Prozeß. — 200.

Erster Abschnitt. Von der Generalinquisition. — 200.

Zweyter Abschnitt. Von der Specialinquisition. — 206.

Zweyte Unterabtheilung. Von dem accusa-
torischen Prozeß. — 221.

Dritte Unterabtheilung. Von dem Verfah-
ren gegen abwesende Verbrecher. — 222.

Anhang. Von Criminalkosten. — 224.

S y s t e m
des gemeinen
teutschen peinlichen Rechts.

EINLEITUNG.

STÜBEL System des peinlichen Rechts, Leipzig 1795.

KLEINSCHRODT, system. Entwicklung der Grundbegriffe
und Grundwahrheiten des peinlichen Rechts. Erlangen
1794. 1ster 2ter und 3 Th.

O. KOENIG. Besondere Vorbereitung zu der gemeinen in
Teutschland üblichen Criminalrechtsgelahrtheit. Halle
1783.

ERSTER ABSCHNITT.

V o n

dem Begriff und den Eintheilungen der peinlichen
Rechtswissenschaft.

§. I.

Da die Menschen sich enger unter einander ver-
banden und einen Staat zu bilden anfangen, fühlten sie
bald das Bedürfniss, durch Gesetze ihren Handlungen
eine gewisse Richtung zu geben. Diese Gesetze be-
ziehen sich entweder auf ihren öffentlichen oder auf ih-
ren Privatzustand, jene werden öffentliche, diese Pri-
vat-

A

vatgesetze genannt. Durch die öffentlichen Gesetze wird es dem Staatsbürger zur vollkommenen Pflicht gemacht, mit zu wirken zu den allgemeinen Zwecken des Staats, welche sich theils auf Vervollkommnerung des Menschengeschlechts, theils auf Mehrung der Vollkommenheiten beziehen.

§. 2.

Die Erfüllung dieser vollkommenen Pflichten des Staatsbürgers wird *erleichtert*, indem der Staat gewisse Hindernisse hinwegschafft, welche ihn leicht von der Erfüllung jener Pflichten abhalten können, theils gewisse Beweggründe anführt, welche den Handelnden noch mehr zur Erfüllung derselben anreizen sollen. Der Staat *erschwert* aber auch die Verletzung der Zwangsrechte, welche aus diesen Pflichten entspringen, durch den gewaltsamen Widerstand gegen die erklärte Absicht, eine Verletzung zu unternehmen, und gegen die Vollbringung einer schon angefangnen Verletzung. Die erste Art der Gewalt nennt man *Prævention* a), die zweyte *Vertheidigung* b).

a) Diese ist entweder eine physische oder moralische Prævention.

b) Von der Vertheidigung im Staat wird unten gehandelt.

§. 3.

Der Staat besitzt im voraus schon das Recht, die Gewalt zu bestimmen, dadurch der Verletzung dieser Zwangsrechte vorgebeugt wird, ohne die Verletzung selbst abzuwarten, und das Recht, solche zu jedermanns Warnung bekannt zu machen. Diese Gesetze nun, worinn eine solche Gewalt bestimmt ist, werden Strafgesetze genannt. *Strafgesetz* im Allgemeinen ist daher ein solches Gesetz, welches bestimmt, daß dem Beleidiger eine Gewalt zugefügt werden soll, deren nachtheilige Folgen für ihn, die von der unrechtmæssigen Hand-

Handlung zu hoffende Vortheile überwiegen wird, um dadurch schon zum voraus den entstandnen pflichtwidrigen Willen abzulenken. Die in dem Strafgesetz bestimmte Gewalt wird Strafe genannt. *Strafe* a) ist überhaupt dasjenige Uebel, welches mit einer unerlaubten Handlung unwillkührlich verbunden und in Gesetzen bestimmt ist b).

- a) Die Entwicklung des Begriffs von Strafe weiter unten.
- b) Die Strafgesetze können entweder öffentliche oder bürgerliche Gesetze seyn: doch ist zwischen beyden ein wichtiger Unterschied. WIELAND'S Geist der peinlichen Gesetze, 1ster Th. 2te Abh.

§. 4.

Die Strafgesetze können von doppelter Art seyn. Sie beziehn sich *entweder* auf die unmittelbare Verletzung der natürlichen Zwangsrechte, sowol der einzelnen Bürger, als des ganzen Staats, *oder* auf die Verletzungen derjenigen Einrichtung, welche zur Mehrung der Vollkommenheiten der Staatsmitglieder abzwecken, beyde werden mit dem Ausdruck *peinlicher Gesetze* a) gestempelt, welche sich von den Polizeygesetzen wesentlich unterscheiden b).

- a) Der Ausdruck *peinlich* ist gleich bedeutend mit dem von *criminalis*. ROBERT und KOCH, über Civil- und Criminalstrafen, Gießen 1785. — *Peinliche Gesetze* im eigentlichen und uneigentlichen Sinn. KLEIN-SCHRODT a. a. O. § 18. und § 28. JACOB Ideen über Gegenstände der Criminalgesetzgebung, p. 210.
- b) Gewisse Polizeygesetze sind als *peinliche Gesetze* anzusehn, welche aber diese sind, soll weiter unten näher bestimmt werden.

§. 5.

Derjenige Theil der Rechtswissenschaft, welcher uns die Rechte und Verbindlichkeiten, die aus den *peinlichen Gesetzen* fließen, bekannt macht, wird *peinliche*

Rechtswissenschaft, peinliches Recht genannt. — *Criminalist.*

§. 6.

Die peinliche Rechtswissenschaft wird 1) *nach Verschiedenheit des Gegenstandes* in die *theoretische* und *practische* peinliche Rechtswissenschaft eingetheilt. Erstere zerfällt in die *gemeine* und *besondere*, letztere in die *Theorie des peinlichen Processes*, und in die *practische Criminalrechtswissenschaft* insbesondere: diese theilt sich in die Kunst criminal Acten zu verhandlen, und in die Kunst mit criminal Acten umzugehen, woraus die Theorie der Referir und Decretirkunst fließt.

§. 7.

2) *Nach Verschiedenheit der Quellen*, a) in die *fremde* und *einheimische* peinliche Rechtswissenschaft b) in die *gemeine* und *besondere*. 3) *Nach Verschiedenheit der Gültigkeit* in die *alte* und *neue* a).

a) KÖNIGS besondere Vorbereitung zu der gemeinen in Teutschland üblichen Criminalrechtsgelehrsamkeit, Halle 1783. 1 Cap.

ZWEYTER ABSCHNITT.

V o n

den Quellen der peinlichen Rechtswissenschaft.

§. 8.

Die Quellen der peinlichen Rechtswissenschaft sind theils *positive*, theils *natürliche* Gesetze. Die positiven Gesetze theils *fremde*, theils *einheimische*.

A) Zu den *fremden* Criminalgesetzen, gehören

1) das *römische Recht*, welches nicht nur darum als Quelle des Criminalrechts betrachtet wird, weil

weil es ein subsidiarisches Recht ist, sondern auch, weil in der P. G. O. darauf Bezug genommen wird a). Vorzüglich gehöret hierher das 47. 48. Buch der Pand. das 9te B. des Cod. und Nov. 12. 14. 17. 117. 134. 143.

- a) QUISTORP von den verschiednen Stellen des R. und C. Rechts, worauf die peinl. G. O. Bezug genommen hat. Leipzig 1783. in Bez. 3 St. N. 14 S. 143. und in seinen Grundsätzen des peinlichen Rechts, § 11.

§. 9.

- 2) *Das canonische Recht.* Es gehöret hierher das 5 B. der Decret. Dem canonischen Recht hat das peinliche Recht sehr viel zu verdanken.
- 3) *die mosaischen Gesetze,* deren Nutzen im peinlichen Recht sehr gering ist.

§. 10.

B) Einheimische Criminalgesetze:

- 1) *ungeschriebene Gesetze, Gewohnheiten.*
- 2) *geschriebene Gesetze.* Man zählet hierher die G. B. art. 24. den Landfrieden von Maximilian I. (1495.) Die peinliche Gerichtsordnung Carls des Fünften, (1532.) den Religions- und Westphälischen Frieden, Reichs-P. O. 1530. 1548. tit. 34. und 1577., Reichs Abs. von 1670. Wahlc. Franz II. art. 20.

§. 11.

Diese im vorigen §. angegebenen Quellen werden *gemeine* genannt, doch giebt es auch *besondere* Quellen, welche aus solchen Criminalgesetzen bestehn, die in einem besondern Reichslande gelten, welche theils Landesgesetze, theils Provinzialgesetze sind a).

- a) Allgem. Landrecht für die preussischen Staaten, 2 Th. 20. Tit. P. P. O. von 1717. öster. Gesetzbücher, Const. crim.

crim. Theres. Zur Quelle des sächsischen peinlichen Rechts gehören vorzüglich die Mandate Augusts des Ersten 1712 Augusts des Zweyten. Decisionen von 1746. das Generale von 1783. die Landesverweisung betreffend. Von 1770. 1783. wegen des peinlichen Verfahrens und endlich 1789. Kriegsgerichtsreglement. — MALBLANCK Geschichte der peinlichen G. O. am Ende, p. 237. n. a.

§. 12.

Als Quelle des Criminalrechts giebt man das Naturrecht an. Giebt es denn natürlich peinliche Gesetze? giebt es ein natürliches Strafrecht? Fragen, welche in neuern Zeiten manchen Streit veranlassten. Dafs das Naturrecht als Quelle des Criminalrechts anzusehn sey, ist nicht zu leugnen, da durch dasselbe dem Recht der Nothwehr, welches durch positive Gesetze nie genau bestimmt werden kann, seine gehörige Grenzen vorgeschrieben werden. Allein dafs natürlich peinliche Gesetze vorhanden sind, dafs es ein natürliches Strafrecht giebt, ist, wenn man den gewöhnlichen Begriff von Strafe annimmt, durchaus zu leugnen. Das Recht des Beleidigten besteht blos in Vertheidigung und Entschädigung a). Das Präventionsrecht bildet noch kein Strafrecht, weil die Prävention eine bevorstehende Beleidigung hindert, Strafe aber diese Beleidigung nicht hindern kann, sondern wenn sie erfolgt ist, von mehreren Beleidigungen den Beleidiger abhalten soll b). Wenn es aber kein natürliches Strafrecht giebt, so können auch keine natürlich peinlichen Gesetze vorhanden seyn.

a) HOFFBAUER Unt. über die wichtigsten Gegenst. des Naturrechts, Ab. XX.

b) KLEINSCHRODT a. a. O. §. 3. IACOB Idee zur Cr. Gef. S. 214. HOFFBAUER Naturrecht, §. 205. Die entgegengesetzte Meinung vertheidigen IACOB in der philosoph. Rechtslehre, §. 418. KLEIN Grundsätze des peinlichen Rechts. §. 9. STÜBEL a. a. O. §. 66 — 77.

§. 13.

Von der Anwendung dieser verschiednen peinlichen Gesetze merke man folgende Regeln:

- 1) Sehe man auf die Gesetze des Orts;
 - 2) auf die allgemeinen peinlichen Gesetze;
 - 3) auf die peinliche G. O. Carls des Fünften, auf die R. Gesetze und auf die Gewohnheiten;
 - 4) auf die fremden recipirten Rechte, wo in der Regel das can. Recht den Vorzug hat a),
 - 5) auf das Naturrecht, insofern es als Quelle dienen kann.
- a) QUISTORP Trüglichkeit des Satzes, daß das C. R. vor dem R. R. den Vorzug hat in Beyt. S. 818.

DRITTER ABSCHNITT.

Von den Vorkenntnissen zum peinlichen Recht.

A.

Historische Kenntnisse.

§. 14.

Zu den historischen Vorkenntnissen des Criminalrechts, außer der Geschichte derjenigen Völker, deren Criminalgesetze in Anwendung kommen, gehöret eine Kenntniß 1) der *Alterthümer* des peinlichen Gerichtswesens a).

2) Die *Litteratur* des Criminalrechts, welche in drey Theile zerfällt: 1) in eine Geschichte der Criminalisten, 2) Geschichte des peinlichen Rechts, und 3) Geschichte der verschiednen über das Criminalrecht vorhandenen Schriften.

- a) QUISTORP Entwurf von dem Nutzen der teutschen Gewohnheiten in peinlichen Fällen zur Erläuterung der teutschen peinlichen Gesetze. 1768.

§. 15.

§. 15.

Da es hier zu einer unnützen Weitläufigkeit Veranlassung geben würde, wenn ich die Geschichte der Criminalisten abhandeln wollte, so will ich sogleich die *Geschichte der vorzüglichsten* Schriften, die über das Criminalrecht vorhanden sind, kurz angeben. Diese zerfällt in eine Geschichte der *gesetzlichen, wissenschaftlichen und casuistischen* Schriften ^{a)}.

- a) GRUBER Bibliothek d. t. peinlichen und Leh rechts — Entwurf einer Litteratur des Criminalrechts, Leipz. 1794.

§. 16.

a) Von den *gesetzlichen* Schriften des teutschen peinlichen Rechts.

- 1) Diejenigen, welche die *P. G. O.* Carl V. betreffen.

Die erste Ausgabe erschien bey SCHÖFFER, Mainz 1533. Sie ist in der Folge von KOCH, (Gießen 1769. 1775. 81. 82.) und MEISTER, Göttingen 1771. herausgegeben. Wir besitzen mehrere Uebersetzungen in der lateinischen Sprache von GÖBLER, REMUS, und LUDOVICI ^{a)}. Die vorzüglichsten Commentarien sind von

T. P. KRESS, Commentatio succinta in C. C. C. Hanov. 1721. 1730. 1736. 1744. 1760. 1786. 4.

I. S. Fr. v. BÖHMER Meditationes ad C. C. C. Hal. 1770. 4.

- a) man s. KOCH in der Vorrede zu f. Ausg. d. P. G. O.

§. 17.

- 2) Von den *übrigen teutschen peinlichen Gesetzen.*

Neue Sammlung des R. A., welche von Zeiten K. Conrads II. bis jetzt auf den t. Reichstægen abgefaßt sind. Frankf. am Mayn 1747.

PÜTTER

PÜTTER Litteratur des teutschen Staatsrechts,
nebst Fortsetzung von KLÜBER, Erlang. 1791.

- 3) Ueber die *peinlichen Gesetze*, welche im Can.
Rechte ent. alten sind: (das 5t. B. des Decret.)

GONZOLEZ de TELLEZ Commentaria perpetua in singulos titul. V. L. Decret. Greg. IX. Lugd. 1673. Neueste Leyd. 1715. f. GLÜCK Praecognita uberioria iurispr. eccl. polit. Halae 1786.

- 4) Die *peinlichen Gesetze des Römischen Rechts* betreffend.

MATTHAI de criminibus ad lib. 47. 48. Dig. comment. Duffeld. 1730. Vasaliae 1732.

- 5) *Das Naturrecht* betreffend.

Auffer den Compendien des Naturrechts, eines Hufeland, Schmidt, Hoffbauer, Schmalz, Abichts, Schaumann, vorzüglich FEDERSDORFS System der Natur auf bürgerliche Gesellschaften u. s. w. Braunschw. 1790. 2 Th. 1 Ab. 8 Abth.

§. 18.

b) Von den *wissenschaftlichen Schriften*. Diese theilt man wieder in Vorbereitungsschriften, in Systeme der ganzen Wissenschaft und Schriften über einzelne Gegenstände.

- 1) *Vorbereitungsschriften*.

Chr. Got. HOFFMANNI Praenotationes de origine progressu et natura iurispr. crim. germ. Lips. 1722.

S. A. RIEGGER Vormerkungen zur peinlichen Rechtsgelehrsamkeit, Augsb. und Freyb. 1766.

H. T. O. KÖNIG, Vorbereitung u. s. w. Halle 1783.

2) *Systeme*. Dahin gehören sowol diejenigen Schriften, welche die Philosophie und Politik der peinlichen Gesetzgebung, als auch die, welche das peinliche positive Recht betreffen.

α) Schriften über *die Philosophie und Politik* der peinlichen Gesetzgebung.

1) *Französische*.

Plan de legislation sur les matieres criminelles. Amst. 1779.

BRISOT de VARVILLE Theorie de loix criminelles. 2 Vol. Neuschatel et Paris 1787.

SERVIN de la legislation criminelle, Basel 1782. teutsch von Gruner, Nürnberg. 1786.

PASTORET de loix poenales, Paris 1790. teutsch von Ehrhard, Leipz. 1792.

2) *Italienische*.

BECCARIA dei Deletti e delle pene. 1764. mit Anmerk. von Hommel. Breslau 1778.

Philosophische Gedanken über das Criminalrecht, als ein Beytrag zum Homelschen Beccaria v. RÖSSLY, Breslau 1784. il Dritto de punire, Napel. 1772. 12.

FILANGIERI, scienza della legislazione. Nap. 1780.

System der Gesetzgebung von Ritter FILANGIERI. Anspach 1784-1793. 4 Th.

3) *Englische*.

Essay on crimes and punishments with a view of and commentars upon Beccaria. Rousseau, Voltaire, Montesquieu, by M. Dawes. London 1782. 8.

Von den Vorkenntnissen zum peinl. Recht. II

4) *Teutsche.*

1) *Lehrsysteme.*

Gr. v. SODEN. Geist der teutschen Criminal-
gesetze. Dessau 1782. – Frankf. 1792.

WIELANDS Geist d. p. Gesetze. Leipz. 1783.

GLOBIGS UND HUSTERS Abh. von der Cri-
minalgesetzgebung. Zürich 1783. nebst vier
Zugaben. Alt. 1785.

Das peinliche Recht nach den neusten Grund-
sätzen vollständig abgehandelt. Offenbach
1783. V. REDER.

GMELIN Grundf. der Gesetzgebung über
Verbr. und Strafen. Tüb. 1785.

2) *Entwurf zum Gesetzbuch.*

QUISTORPS ausführlicher Entwurf zu einem
neuen Gesetzbuch in peinlichen und Straf-
sachen. Leipz. 1782.

V. DALBERG Entwurf eines Gesetzbuchs in
Criminalfachen. Frankf. und Leipz. 1792.

§. 19.

3) *Ueber das positive peinliche Recht.*

1) *Lehrbücher.*

MEISTER Principia iur. crim. Goett. 1780.

KOCHS inst. iur. criminal. Ien. 1788. überf.
Ien. 1790.

STELZERS Lehrbuch des teutschen Criminal-
rechts. Halle 1795.

KLEINS Grundsätze des *teutsch. preussl. peinl.*
Rechts. Halle 1795. (Kritik des preuss. peinl.
Rechts. Halle 1796.)

2) Weitläuftigere Werke.

QUISTORPS Grundsätze des peinlichen Rechts.
Rost. und Leipz. 1794.

WESTPHALS Criminalrecht. Leipz. 1785.

STELZERS Grundsätze des peinlichen Rechts,
ein Handbuch für pract. Rechtsgel. Frankf. 1790.

DORNS Versuch eines peinl. Comment. für das
peinliche Recht. Leipz. 1790.

STÜBELS System des allgem. peinl. Rechts.

§. 20.

3) *Schriften über einzelne Theile des peinl. Rechts.*a) *Schriften über einzelne Theile.*1) *theoretische Schriften.*

MICHAELIS Mos. Recht. Frankf. am
Mayn 1770. Die Vorrede zum 6ten
Theil gehöret hierher.

JACOB, über Gegenstände des Criminalge-
setzgeb. Leipz. 1793.

KLEINSCHRODT Systemat. Entwurf der
Grundb. u. s. w.

ROBERT und KOCH über Civil- und Cri-
minalstrafen und Verb. Gießen 1785.

2) *practische Schriften.*

MEISTERS vollst. Einleitung zur peinl.
Rechtsgelahrth. Gøtt. 1776.

I. Tob. CARRACHS Anweisung zum Pro-
cess in Civil- und Criminalsachen. Halle
1776.

b) *Schriften, welche nicht zu einem einzeln Thei-
le gezählt werden können.*1) *Opera criminalia.*

FARINACCIVS Opera criminal. Francof.
1606.

CLARI opera omnia. Gener. 1739.
Tom. II.

2) Sammlung kleiner Schriften verschiedener
Verfasser.

Repertorium des peinl. Rechts v. PLITT,
Frankf. am Mayn 1786. 2 B. 1790.

Analecta iur. criminal. v. PLITT. 2 B.

3) Sammlung kleiner Schriften eines Verf.

PÜTTMANN Opuscula iur. crim. Lipf.
1784.

MALBLANCK opuscula ad ius criminale
spect. Erlang. 1793.

§. 21.

c) Von den casuistischen Schriften.

G. MEISTERS rechtliche Erk. und Gutachten
in peinl. Fällen. Gætt. 1771. 1r und 2ter
Th. nebst Forts. des 3. und 4ten Th. v. I.
C. MEISTER, Gætt. 1783-1786.

KOCHS Erært. peinlicher Fälle. Gießen 1788.

Anm. Ich war bemüht, bloß die vorzüglichsten Schriften
hier anzuführen, einzelne Schriften über gewisse Theile
oder Materien, lassen sich am gehörigen Ort besser
angeben.

§. 22.

Die *Geschichte der peinlichen Gesetze* und der
peinlichen Rechtswissenschaft zerfällt in drey Perioden.

Erste Periode. Vom Ursprung peinlicher Ge-
setze bis zur Verfertigung d. P. G. O.

Bevor wir zur Entstehung dieser Wissenschaft
kommen, wird es nothwendig seyn, einige Bemerkun-
gen

gen voraus zu schicken. Die alten Teutschen lebten anfänglich nach Gewohnheiten, die von den Druiden aufbewahrt wurden. Durch die Völkerwanderung geschah eine Vermischung ihrer Gewohnheiten mit den römischen Gesetzen, welche sie, nachdem sie feste Wohnörter bekommen hatten, als wirkliche Gewohnheitsrechte betrachteten. Einige dieser Gewohnheiten wurden aufgezeichnet, deren Inhalt aber sehr verschieden ist. Die Strafen waren theils hart, theils gelinde, doch meistentheils Geldstrafen. Durch die Capitularen der Franken wurde das willkührliche Verfahren in Criminalfällen eingeschränkt. Allein mit dem Abgange der Carolinger endigte sich die glückliche Periode. Willkühr trat jetzt an die Stelle strenger Gesetze. Die Beweismittel in Criminalfällen waren als wirkliche Strafen anzusehn a). Durch den *Sachsen-* und *Schwabenspiegel* wurden die Strafen zwar bestimmter, aber dadurch leider wenig gebessert. Durch Vermischung des R. Rechts mit den teutschen Grundsätzen, wozu noch die päbstlichen Decretalen kamen, wurde alles verwirrt, da sich die teutschen Grundsätze mit jenen nicht vertragen können.

- a) Wir haben über die Geschichte der peinlichen Rechtswissenschaft noch kein vollständiges Werk: doch ist das, was BÖHMER in der Vorrede zur Ausgabe des Cened. Carpzov practica nova rerum crim. Frankf. am Mayn 1759. sagt, gut zu gebrauchen.

KRAUSE, Geschichte der europ. Staaten, 2 B. p. 362.

BÖHMER de prob. in criminal. spuria. Ex. ad D. T. IV. C. 64.

§. 23.

Da im 13ten Jahrh. vorzüglich die Clerisey anfing, vor ihre geistliche Gerichte die Verbrecher zu ziehn, und die kaiserlichen Landgerichte nicht diesem Unwesen zu steuern vermochten, so mischten sich die westphälischen oder Vehm (Faehm) Gerichte a) in das Criminalwesen, wozu

wozu der Kayser Friedrich der Zweyte eine ganz besondere Veranlassung gab b). Ihr Ansehn stieg so sehr, daß die Exemptionsprivilegien, welche vom Kayser und dem Pabst nachgesucht wurden, sie nicht einschränken konnten. Das willkührliche und oft ungerechte Verfahren dieser Gerichte veranlasste häufige Klagen, man reformirte sie; allein demohnerachtet trieben sie ihr Unwesen bis zur gänzlichen Aufhebung. Dieser so traurige Zustand des Criminalwesens, die häufigen Klagen der Fürsten, veranlasste, daß der Kayser ernstlich an bessere peinliche Gesetze dachte, an ein besseres Verfahren in peinlichen Fällen.

a) KOPP. Ueber die Verf. der heimlichen Gerichte in Westphalen. Göttingen 1793.

Das Vehmgericht des Mittelalters nach seiner Entstehung, Einrichtung, Fortschritten und Untergang, historisch untersucht von HÜTTE, Leipz. 1793. 8.

b) BIENERS Comm. de origine et progressu legum. Vol. I. Pars 2. p. 230.

c) MALBLANKS Geschichte der peincl. Gerichtsord.

§. 24.

Maximilian I. schränkte zwar im Jahr 1495 die westphälischen Gerichte, welche ihre Gerichtsbarkeit sonst über ganz Teutschland erstreckt hatten, durch eine neue Reformation ein, allein da seine Bemühungen fruchtlos waren, so legte er den versammelten Fürsten auf den Reichstag im Jahr 1498–1500 einen Entwurf zu einer P. G. O. vor. Tief liegen die Gründe in der Geschichte des Mittelalters, welche eine P. G. O. nothwendig machten, denn der Grund, den westphälischen Gerichten Schranken zu setzen, war nicht der alleinige a).

a) MALBLANK a. a. O. Cap. 6. §. 37.

§. 25.

Maximilians Versuch blieb ohne Erfolg; was er nicht durchsetzte, bewirkte sein Nachfolger Carl der V. Oha-

Ohngefähr um diese Zeit verfertigte der bischöfliche bambergische Hofmeister Baron von SCHWARZENBERG a), wahrscheinlich aus den Malefizbüchern Nürnbergs eine P. G. O., die, da sie vom Reich nicht angenommen ward, als ein Territorialgesetz der bischöflichen Lande galt, und im b) Jahr 1507 bekannt gemacht wurde. Der Baron v. Schwarzenberg trat in die Dienste des Churfürsten von Brandenburg und von ihm rührt die brandenburgische Gerichtsordnung her, welche unter Georg 1517 publicirt wurde c).

a) MALBLANK Cap. 4. §. 25.

b) Als Reichsgesetz wurde sie nicht in Vorschlag gebracht, was auch BÖHMER in C. C. C. darüber sagt.

c) Welche 1582. von neuen aufgelegt ist.

§. 27.

Aus der bambergischen P. G. O. entlehnte man einen Entwurf zu einer P. G. O., welche durch Carl den Fünften den Reichsständen auf den Reichstag zu Worms vorgelegt wurde. Nach vielen Protestationen der Stände, welche es für eine nicht geringe Sache hielten, über ihren Leib und ihr Leben etwas zu bestimmen a), und nachdem dieser Entwurf vom Reichsregiment durchgesehn war, wurde er auf den Reichstag zu Regensburg als *Reichsgesetz*, dem die *salvatorische Clausel* b) beygefügt war, bekannt gemacht, und erschien unter dem Titel: *Kayser Carls des Fünften und d. R. Reichs peinliche Gerichtsordnung* c) 1533.

a) Die Ursache der Protest. werden von MALBLANK G. O. P. O. C. 6. §. 36. u. f. w. angegeben.

b) Doch wollen wir durch obbemeldete Ordnung, Churfürsten, Fürsten und Ständen, an ihren alten wohlhergebrachten rechtmæssigen und billigen Gebräuchen nichts benommen haben.

c) Die Ausgaben sind gehöerigen Orts angezeigt.

§. 28.

§. 28.

Man mag über den Werth oder Unwerth der P. G. O. urtheilen wie man will a), so ist es dennoch zu bewundern, daß in dieser noch so finstern Zeit ein solches Werk hat zu Stande gebracht werden können, welches ohnstreitig viel zur richtigen Bestimmung der Strafe und eines bessern Verfahrens in peinlichen Fällen beygetragen hat.

- a) SAEMMLERS Abh. etwas über den innern Werth der P. G. O. Carls des Fünften, im Archiv von HAGEMANN und GÜNTHER.

§. 29.

Zweyte Periode, von der P. G. O. an bis zum Entstehen der peinl. Rechtswissenschaft.

Da die P. G. O. nicht in der damaligen Lieblingssprache der Gelehrten geschrieben war, und auch mehrere Fürsten die Promulgation derselben ungern sahen, so schafte sie dem Criminalrecht wenig Vorthail. Da man aber einsah, daß das Studium der Rechtswissenschaft überhaupt, ohne die schönen und andern Wissenschaften zu Hülfe zu nehmen, mangelhaft seyn würde, so wurde dieser Rechtstheil, obgleich weit später als die übrigen, durch jene erst ausgebildet. Ein BEYER und THOMASIVS a), welche Geschichtskennntniß mit der Rechtswissenschaft vereinigten, trennten das Criminalrecht von den übrigen Rechtstheilen und erhoben es zu einer eignen Wissenschaft. Die Lehrbücher und Systeme, welche über diese Wissenschaft geschrieben wurden, und das besondere Studium derselben auf Akademien gaben derselben mehrere Vollständigkeit.

- a) Das erste Lehrbuch schrieb GAERTNER.

§. 30.

Die Reichsfürsten, gesichert durch die salvatorische Clausel, welche sie der P. G. O. angehängt hatten,
B lieffen

liessen mehrere peinliche Prozesordnungen anfertigen, und einzelne Verordnungen in peinlichen Fällen ergehn.

MALBLANK a. a. O. C. 7. §-41.

§. 31.

Da mehrere grosse Männer sich der Criminalwissenschaft ganz widmeten, die Philosophie mit derselben verbanden, so stellten sie in derselben richtigere Grundsätze auf. Man gründete das Strafrecht auf die Sicherheit des Staats, suchte den Verbrecher durch die Strafe zu bessern, oder andere durch die Strafe von unerlaubten Handlungen abzuhalten; gewisse Strafen wurden deshalb ganz unbrauchbar. Man zog den inquisitorischen dem accusatorischen Prozeß vor; und verbesserte die Polizeyanstalten, ohne welche das Criminalrecht dennoch zurück bleiben mußte.

MALBLANK a. a. O. §. 48. — bessere Einrichtung der Zuchthäuser — der Wege. —

§. 32.

Dritte Periode. Vom Anfang des 18ten Jahrhunderts bis zur gegenwärtigen Ausbildung dieser Wissenschaft.

Da in diesem Zeitraum die Philosophie zu einem sehr hohen Grad der Vollkommenheit stieg, so wurde durch diese Wissenschaft das Criminalrecht fast ganz umgearbeitet. Man sahe nemlich ein, daß, zur Verhütung der Verbrechen, den innern Anstalten im Staate der möglichsten Grad von Vollkommenheit verschafft werden mußte, denn alsdann nur könnte die Strafgewalt ausgeübt werden. Ferner stellte man folgende Grundsätze auf. 1) Die Grösse des Verbrechens muß einzig und allein nach dem schädlichen Einfluß, den sie wider das Wohl des Staats hat, beurtheilt, und danach die Verbrechen geordnet werden. 2) Wenn ein Verbrecher aus der bürgerlichen

Gesell-

Gesellschaft gänzlich ausgehoben werden soll, so ist dies nicht als Strafe, sondern als ein außerordentliches Vertheidigungsmittel zu betrachten. Grausame Todesstrafen streiten wider die Grenzen des natürlichen Vertheidigungsrechts a). 3) Bey dem Verfahren in peinlichen Fällen werden die Beweismittel nicht mehr als Strafe betrachtet. 4) Zur Verurtheilung des Verbrechers genügte auch die gänzliche Ueberführung; wir haben daher jene schreckliche Mittel der Vorzeit nicht nöthig, um den Verbrecher zum Geständnis zu bringen.

a) MALBLANK pr. de poenis ab affect. def. nat. probe discern. Alt. 1779.

CELLA. Ueber Todesstrafen, und ob es zweckmässig ist, selbige durch qualvolle Arten der Hinrichtung zu schärfen. Giessen 1794.

B.

Von den philologischen Vorkenntnissen.

§. 33.

Zum philologischen Vorkenntnissen der peinlichen Rechtswissenschaft zählt man

1) eine Kenntniss der Sprachen, in welchen die peinlichen Gesetze abgefasst sind – lateinische a) – teutsche – lebende Sprachen –

2) Kritik b).

a) WALCH Glossarium germ. interp. Canol. crim. carol. intervians. Iena 1790

b) ECKHARD Hermenevtica juris. Iena 1750. ed. WALCH Iena 1779.

C.

Philosophische Vorkenntniss.

§. 34.

Niemand wird leugnen, dass sowol für den peinlichen Richter und Sachwalter, als für jeden Crimi-

20 *Dritter Abschn. Von den Vorkenntnissen etc.*

nalisten das Studium der Philosophie unentbehrlich ist, es gehören hierher folgende Theile derselben:

1) *Psychologie.*

SCHAUMANN Criminalpsychologie. Halle 1792.

2) *Logik.*

3) *Kenntniß der alten Philosophie vorzüglich der Stoischen.*

4) *Naturrecht.*

HOMMEL philosophische Gedanken über das Criminalrecht mit Anmerkungen von ROSSIG. Breslau 1794.

D.

Von den juristischen Vorkenntnissen.

§. 35.

Ausser den mosaischen Gesetzen, dessen Studium noch immer nothwendig bleibt, wenn sie gleich nicht als allgemeine verbindliche Gesetze angesehen werden können, gehöret eine gründliche Kenntniß des R. Rechts, des Staats- und Kirchenrechts.

§. 36.

Ausser den genannten Hülfswissenschaften, kann noch die gerichtliche Arzeneywissenschaft gezählt werden, doch ist sie nicht so nothwendig, wie wohl einige glauben.

STEININGER Staatsarzeneywissenschaft, oder medicinische Polizeygerichtliche Arzeneywissenschaft, medicinische Rechtsgelahrtheit, 1 B. Wien 1793.

VIERTER ABSCHNITT.

V o n

der Lehrmethode und Erlernungsart des
Criminalrechts.

§. 37.

Was die Methode das Criminalrecht zu lehren anbetrifft, so hat freylich jeder Lehrer seinen besondern Gang, doch merke man folgende Regeln:

- 1) der theoretische und practische Theil muss in ein und demselben Collegio vorgetragen werden, und nicht etwann der practische Theil besonders bey dem Prozess. Ich setze aber hier voraus, dass der Zuhörer eine Theorie des Processes schon gehört hat a).
- 2) In dem generellen Theil des Criminalrechts trage man mehr philosophische als positive Grundsätze vor, im speciellen Theil verfare man umgekehrt, weil hier das philosophische Resonnement ehr schädlich als nützlich seyn würde.
- 3) Das Römische Recht ist nur insofern zu erläutern, als die Grundsätze desselben noch heutiges Tages anwendbar sind b).
- 4) Bey einzelnen Materien führe man blos die *besten* Schriften an, und überhäufe die Zuhörer nicht mit zu vieler Litteratur, sondern verweise sie auf Bücher, worinn sie die Schriften zusammen angeführt finden.
- 5) Man mache den Zuhörer sowol auf die allgemeinen als besondern Gesetze aufmerksam.

a) DABELOW System des p. Civilrechts. Halle 1796. P. 454.

b) wol.

22 *Vierter Abschn. Von der Lehrmethode etc.*

- b) WOLTAER *Com. iuris Iust. nov.* Halae 1796. wo besonders das R. Criminalrecht abgehandelt werden soll.

§ 38.

Zur Erlernung des Criminalrechts werden folgende Regeln nicht unanwendbar seyn:

- 1) Man erlerne diese Wissenschaft erst dann, wenn man eine Kenntniss des Civil- Staats- und Kirchenrechts hat.

- 2) Bey der Wiederholung lese man solche Schriften, worinn Criminalrechtsfälle enthalten sind.

KLEINS *Annalen d. Gesetzgeb, und Rechtsgelehrf. in K. P. Staat.*

Criminalfälle für Rechtskundige und Psychologen. Frankf. 1794.

Criminalgeschichten aus gerichtlichen Akten gezogen, 1 Th. Berlin 1792.

- 3) man studire zu gleicher Zeit die vaterländischen peinlichen Gesetze.

- 4) man philosophire nicht über die Härte der Strafe als Criminalist.

11 Stück d. *Nat. Zeit. d. Teut. Beyl.*

Theoretischer Theil.

A.

Genereller Theil.

ERSTER ABSCHNITT.

V o n

den Verbrechen überhaupt.

§. 38.

Jede Uebertretung eines peinlichen Gesetzes (§. 4.) wird Verbrechen a) genannt. Zum Daseyn eines Verbrechens erfordert man 1) ein peinliches Gesetz; 2) eine Handlung, welche diesem peinlichen Gesetze zuwiderläuft b).

a) Unt zwischen Verbrechen (delictum, crimen,) Sünde und Vergehn.

SCHMIDT in dem Versuch einer Moralphilosophie. Iena 92. §. 339.

b) Wir nehmen hier noch nicht auf die Strafbarkeit der Handlung selbst Rücksicht.

§. 39.

a) Wird, zur Begründung des Begriffes von Verbrechen, ein peinliches Gesetz erfordert. Unter *peinlichem Gesetz* verstehn wir eine Art von Strafgesetz, wodurch die natürlichen Zwangsrechte der einzelnen Bürger für die unmittelbaren Verletzungen gesichert werden sollen. Dies ist der eigentliche Begriff von peinlichem Gesetz, im Gegensatz des uneigentlichen (§. 4.), welcher zum practischen Begriff nothwendig ist.

§. 40.

§. 40.

Die peinlichen Gesetze können a) promulgirt oder durch eine Gewohnheit entstanden seyn b). Die Strafe kann in denselben bestimmt oder unbestimmt angegeben seyn; jedoch aber ist es c) nothwendig, daß einer Strafe überhaupt in denselben gedacht ist. Nur dann leidet dieser Satz eine Ausnahme, wenn nach allgemeinen Rechten schon eine Handlung ein Verbrechen bildet, und in neuern Gesetzen bloß verboten wird. Die peinlichen Gesetze sind für diejenigen verbindlich, welchen sie gegeben worden, und gegeben werden konnten, auch für Fremde c) und Schutzverwandte. Die peinlichen Gesetze beziehn sich übrigens nur auf nachfolgende Handlungen d).

a) WIELAND Geist d. p. Gesetze, 1 Th. § 214.

b) KLEINSCHRODT. a. a. O. § 13.

c) Hat jemand, um ein Verbrechen zu begehn, den Staat verlassen, so wird er nach den Gesetzen des Orts bestraft, wo er das Verbrechen beging. A. L. R. 2. 20. 15 und 136

STRUBEN rechtl. Bed. P. 4. B. 135.

d) Wie, wenn neuere Strafgesetze eine gelindere Strafe festsetzten?

§. 41.

b) Eine Handlung, welche gegen die peinlichen Gesetze anstößt. Die Handlung muß eine æussere a), und vollkommen vorhanden seyn, so wie sie zur Begründung des Verbrechens erfordert wird; sonst entsteht ein Versuch des Verbrechens, welcher bisweilen ein selbststændiges Verbrechen ausmacht b). Uebrigens entstehn durch Unterlassungshandlungen ebenfalls Verbrechen.

a) l. 18. D. de poen. P. G. O. art. 178. EISENHARDT Sprüchwörter h. v. EISENHARDT. Leipz. 1792. S. 242. GLÜCK Erläut. der Pand. 1 Th. §. 6. ERHARD Critik d. preuss. Gesetzb. p. 138.

b) KLEINSCHRODT a. a. O. §. 32.

ZWEYTER ABSCHNITT.

V o n

den Rechten und Pflichten des Staats in Ansehung
der Verbrechen.

ERSTER UNTERABSCHNITT.

V o n

der Nothwehr und von dem Nothfall.

§. 42.

Mit dem Eintritt in den Staat, unterwirft der Bürger des Staats sein natürliches Vertheidigungsrecht, weil sonst durch willkührliche Ausübung desselben die Ruhe des Staats gestört werden würde. Vermöge dieser Uebertragung besitzt zwar der Staat das Recht, die Verbrechen zu untersuchen und solche zu bestrafen, allein auch die Pflicht, seine Unterthanen vor Beleidigungen sicher zu stellen. Bisweilen würde die Hülfe des Staats zu spät eintreten, und der Beleidigte einen Schaden, einen Verlust eines Guts oder Theil desselben, der auch durch die nachherige Hülfe des Staats nicht wieder ersetzt werden könnte, erleiden; in diesem Fall ist es dem Staatsbürger erlaubt, seines natürlichen Widerstehungs- und Zurücktreibungsrechts sich zu bedienen.

JACOB phil. Rechtslehre. §. 436-441.

§. 43.

Das Zurücktreibungs- Widerstehungsrecht a) besteht in dem Rechte, die Fortsetzung jeder schon angefangenen Beleidigung zu hindern. Die Beleidigung (gegenwärtige oder zukünftige) muß gewiss seyn. Die Uebel, welche gebraucht werden, um die Beleidigung zu

zu hindern, müssen der Beleidigung proportionirt seyn; enthalten die Zwangsmittel, wodurch dem Beleidiger ein Uebel zugefügt wird, grössere Uebel, so ist dazu kein Recht da, sondern man findet sich dann in dem nicht ungewöhnlichen Fælle, wo eine moralische Schranke (Schranken der Freyheit, welche durch die Materie des Rechts gesetzt sind,) uns die Ausübung unsers Recht unmöglich macht b).

a) Mit Recht behauptet STÜBEL, daß man bis jetzt von dielem Recht ganz am unrechten Orte gesprochen hat.

b) KLEIN a. a O. 37. A. L. R. 2. 20. 520. Einl. 78. u. l. 7. 142—145.

§. 44.

Ein *Nothfall* ist dann vorhanden, wenn das Verhältniß mehrerer Subjecte, in welchem keines ein anderes als Person betrachten kann, entsteht. In einem Nothfalle hören mithin alle Verbindlichkeiten, alle Rechte gegen andere auf. In einem Nothfall kann daher ein Subject sich selbst als Zweck behandeln, ist es durch eigne Schuld in einen solchen Nothfall gerathen, so ist es nach den Graden der Verschuldung strafbar.

A. L. R. II. 20. §. 1115. — Man nennt den Nothfall Nothrecht, allein es ist kein Recht, da keine entsprechende Zwangsverbindlichkeit vorhanden ist.

ZWEYTER UNTERABSCHNITT.

V o n

der peinlichen Hoheit.

§. 45.

Unter *peinlicher Hoheit* verstehn wir die Macht des Landesherrn, oder des Staatsministeriums, den Verbrechen

brechen Schranken zu setzen und die peinliche Gerichtsbarkeit nach Willkühr einzurichten. Die peinliche Hoheit ist ein Theil der Landeshoheit, und kann entweder abhængig oder unabhængig, entweder die kayserliche oder landesherrliche Criminalgewalt seyn a).

a) Entstehung derselben — Belehnung mit dem Blutbann.

§. 46.

In der peinlichen Hoheit sind vorzüglich folgende Rechte enthalten: 1) das Recht, peinliche Gesetze ergehen zu lassen; 2) das Recht, peinliche Gerichte anzuordnen, welchen die Untersuchung und Bestrafung der Verbrechen obliegt; 3) vermöge derselben kann der Landesherr die peinlichen Erkenntnisse bestætigen, oder davon lossprechen a).

a) A. L. R. 2. 20. 43. Unt. zwischen Begnadigung und Abolition A. L. R. 2. 11. §. 99. ERHARD Critic. a. a. O. p. 205.

§. 47.

Die Beamten, welche zur Ausübung der peinlichen Gerichtsbarkeit vorhanden sind, zu besolden, Zuchthäuser anzulegen, und sonstige gute Anstalten zu treffen, wodurch die Verbrechen mehr und mehr eingeschrænkt werden, gebührt dem, der die peinliche Hoheit besitzt.

(PAALZOW) Comp. j. criminal. Halae 1779.
§. 213. u. f. w.

DRITTER UNTERABSCHNITT.

V o n

der peinlichen Gerichtsbarkeit.

§. 48.

In der peinlichen Hoheit ist das Recht der peinlichen Gerichtsbarkeit begriffen. Unter der *peinlichen Gerichtsbarkeit* a) verstehn wir das Recht, in vorkommenden Fällen die peinlichen Gesetze anzuwenden, das Verbrechen zu untersuchen, und die Strafe an dem Verbrecher zu vollziehn b).

a) Geschichte der peinl. Gerichtsbarck. QUISTORP a. a. O. 2 Th. §. 527.

b) Imperium merum, d. Ræmer. NOODT tr. de iurisdic. et imperio. LOBETHAN Ver. einer syst. Entw. der Lehre von der Gerichtsbarkeit. Halle 1775 8.

Ann. Unterf. zwischen peinlicher und Polizey-Gerichtsbarkeit. A. L. R. 2. 17. §. 6—17.

§. 49.

Die peinliche Gerichtsbarkeit wird wegen der ihr untergeordneten Fälle in die *höhere* und *niedere* eingetheilt. Unter der höheren a) (*alta*) verstehn wir diejenige, welcher die höhern peinlichen Fälle, und unter der niedern (*bassa*), welcher die niedern peinlichen Fälle untergeordnet sind. Zu der höhern peinlichen Gerichtsbarkeit zählt man solche strafbare Handlungen, welche auch ohne positive Gesetze als strafbar angesehen werden, wodurch der vorige Zustand nicht wieder hergestellt werden kann, oder der Beleidiger durch Wiedererstattung und Ersatz nichts weiter als den gehofften Vortheil verliert b). Gewöhnlich ist in den Landesgesetzen bestimmt, welche strafbare Handlungen zu der höhern, welche zu der niedern Gerichtsbarkeit gehören c). Der Gegenstand der niedern peinl. Gerichtsbar-

barkeit sind unerlaubte Handlungen, welche zur erstern Classe nicht gehören d).

- a) A. L. R. 2 Th. 17. 61. Untersch. zwischen peinlichen polizeymäßigen, und fiscalischen Verfahren. P. O. f. p. Staat. tit. XXXV. §. 34. ERHARD a. a. O. 2 Th.
- b) Andere bestimmen die höhere peincl. Gerichtsbarkeit nach der Strafe, allein mit Unrecht. STELZER a. a. O. §. 48. PAALZOW a. a. O. §. 227. und KOCH a. a. O. §. 645. dagegen f. KLEIN a. a. O. §. 43. MEISTER auf. Abh. des peincl. Processes in Deutschland. 2 Hauptst. v. §. 10. bis 13.
- c) Gewöhnlich werden die Verbrechen, welche Todesstrafe, Verstümmlung des Körpers, jede andere körperliche, die Schranken mäßiger Züchtigung überschreitende, oder eine infamirende Strafe, Einziehung des Vermögens, oder eine über vier Wochen daurende Gefängnißstrafe nach sich ziehn, hierher gezählt.
- d) FISCHER Criminal- und Polizeyrecht. 2 B. §. 149.
Ann. Was ist im Zweifel zu vermuthen, Criminalverbrechen oder ein anders? KOCH a. a. O. p. 330.

§. 50.

In Rücksicht ihres Wirkungskreyses, läßt sich die peinliche Gerichtsbarkeit in eine solche eintheilen, welche dem Landesherrn in seinem eignen Territorio oder in einem fremden zusteht a), die nie vermuthet wird b). Sie ist entweder uneingeschränkt oder eingeschränkt, in dreyfacher Hinsicht c).

- a) Cent. W. F. art. V. §. 44. Allgemeine Cent, Fraißcent: Was ist zu vermuthen? C. Fr. GERSTLACHER C. j. P. 4 B. S. 411. und über die manch. Arten d. peincl. Gerichts. II Th.
- b) Der Beweis kann aus Fraiß- Straf- und Urphedbücher geführt werden.
- c) Der Personen, der ihr untergeordneten Handlungen (Blutbann), der Verbrechen. Die vier Hauptwrogen, oder Rügen, Mord, Brand, Diebstahl und Nothzucht.
Wrogen

Wrogen heisst soviel als anklagen, beschuldigen, s. Gloſſe ad art. 51. lib. 1. des ſächſ. Land.

§. 51.

In Rückſicht der Verwaltungsart, wird die peinliche Gerichtsbarkeit entweder von dem Gerichtsherrn ſelbſt oder von einem Verweſer (Gerichtshalter) ausgeübt. Die peinliche Gerichtsbarkeit kann ferner ihrer Ausübung nach einem, oder mehreren Gerichtshöfen gebühren, wodurch die allgemein zuſammenfließende und vermifchte Gerichtsbarkeit entſteht a).

- a) QUISTORP a. a. O. 2 Th. §. 555. STELZER a. a. O. §. 50 und 51. PAALZOW a. a. O. §. 227.

Ann. Von den Rechten und Pflichten des Gerichtsherrn: vorzüglich von den Cent Iurisdictionen, Hurenbrüche. QUISTORP a. a. O. §. 556. Gefängniſſe anzulegen. MEISTERS rechtl. Bemerk. zum Civil- und Criminalrecht, 3 B. S. 34. — A. L. R. a. a. O. §. 102. §. 126.

§. 52.

Die peinliche Gerichtsbarkeit kann auf verſchiedene Art erworben werden. Durch die Conceſſion des Landesherrn a), durch unerdenklichen Beſitz b), durch Belehnung, wo aber die Vermuthung für die niedere Gerichtsbarkeit ſtreitet, wenn nicht aus dem Lehnbrief das Gegentheil deutlich erhellt c).

- a) Hieraus entſteht die Eintheilung d. p. Gerichtsbarkeit in dingliche *Patrimonialgerichtsbarkeit*, und *perſönliche Gerichtsbarkeit*. A. L. R. a. a. O. §. 73 u. ſ. w. *Iuſtitiarius*?

- b) STRUBEN rechtl. Bedenken. 4 Th. N. 1.

- c) KLÜBER Geſchichte d. Gerichtslehne. S. 40. 90. u. ſ. w.

§. 53.

Auf eben die Art, wie jemand Rechte überhaupt verlieren kann, wird er auch der peinlichen Gerichtsbarkeit verluſtig. Mißbrauch zieht vorzüglich den

den Verlust derselben nach sich a). Bloßer Nichtgebrauch b) aber bewirkt keinen Verlust derselben, wohl aber durch Ablauf der Zeit, auf deren Dauer sie verliehen ist.

a) A. L. R. a. a. O. §. 85.

b) REINHARTH de eo quod circa amiss. iuris et priv. per non utum iustum est, Erf 1734. doch kommt es auf den Beweis des usus contrarii an.

§. 54.

Der Beweis der zuständigen peinlichen Gerichtsbarkeit kann theils durch Fraiße, Urphedbücher, theils durch die Iurisdictionszeichen, z. B. Galgen, Rad, Raenstein, Brandsäulen u. d. g. a) theils durch Lehnbriefe, durch Reccess, geführt werden. Die Entrichtung der Rauchhüner begründet noch nicht die peinliche Gerichtsbarkeit b).

a) BUDER D. de concess. signorum et symb. iurisd. ac exec. crim. Ienae 1757.

b) STRUBEN rechtl. Bedenken. 3 Th. n. 27. MEISTER a. a. O. der entgegenges. Meinung ist DEINLEIN de praest. gall. sive Hünerzinlen. Alt. 1743.

VIERTER UNTERABSCHNITT.

V o m

p e i n l i c h e n G e r i c h t.

§. 55.

Peinliches Gericht kommt in einer doppelten Bedeutung vor; subjectiv genommen, versteht man darunter die Befugniß des Richters, die Gerichtsbarkeit über die Unterthanen, welche seinem Gerichtsprengel unterworfen sind, zu erstrecken, objectiv genommen, den Inbegriff derjenigen Personen, welche zu dem peinlichen Gericht gehören.

§. 56.

§. 56.

Die Befugniß des peinlichen Richters, die Gerichtsbarkeit über die Gerichtsunterthanen zu erstrecken, wird Gerichtszwang, im Gegensatz des Gerichtsstands, genannt. Der *Gerichtszwang* ist entweder ein allgemeiner oder ein eingeschränkter, hieraus entspringt der peinliche Gerichtsstand (*forum*), welcher dreifach ist, und wonach sich die Competenz des Richters bestimmt.

§. 57.

Der allgemeine Gerichtszwang begründet den *allgemeinen Gerichtsstand*, wohin

- 1) das *forum des begangenen Verbrechens* a) gehört; es wird durch den Ort der unternommenen That begründet.
 - 2) das *forum des Wohnorts* b), welches durch den Aufenthalt des Verbrechers begründet wird.
 - 3) das *forum der Ergreifung* c) wird durch das Antreffen des Verbrechers im Gerichtsbezirk begründet.
- a) Röm. Grundf. l. 28. §. 15. D. de poenis. L. 1. §. 4. D. de off. praef. urb. l. 22. D. de accus. diesen scheint entgegen zu stehn l. 3. §. 13 D. de off. praef. L. 1. C. ubi de crim. ag. pol. l. 5 C. de iurisd. om. iud. Quistorp §. 571. — Es wird hier blos auf das vollzogene Verb. Rücksicht genommen. WIESAND de reo, secundum leges loci, ubi delinquit non semper pun. Viteb. 1791.
- b) I. C. M. rechtl. Bemerk. von dem peincl. Gerichtsstand eines Verb. Halle 1776 4. WINCKLER Coll. j. crim. l. de foro delinq. (opus. l. p. 1.).
- c) GEISSEL de abusu fori depreh. in terr. ger. Rint. 1728. SEYFERT Alt. 1665. SCHUMANN, Erf. 1703.

§. 58.

Wegen der Collision dieser verschiednen Gerichtsstände, merke man folgende Regeln: 1) Wenn die ver-

verschiedenen Gerichtsbezirke ein und demselben Landesherrn unterworfen sind, so hat das Forum des begangenen Verbrechens den Vorzug a); 2) allein diese verschiedenen Gerichtsbezirke sind nicht ein und dem nemlichen Landesherrn unterworfen, so begründet in der Regel das Zuvorkommen des Richters das forum; sobald nicht durch Verträge etwas anderes festgesetzt seyn sollte b), und es muß vom Richter abhängen, ob er den Verbrecher gegen ausgestellte Reversalien abliefern will.

a) Einige machen noch den Unterschied zwischen personl. und patrim. Gerichten, allein der Gerichtsbrauch streitet dawider. QUIST. §. 573. hierher gehöret das Hofrescript d. d. Berlin, 20 Juny 1793.

b) MEISTER peincl. Prozeß. S. 664. *Vergleiche* zwischen Mecklenb. Brand. Pommern, v. I. 1549. und 1617. Wie, wenn jemand auf der Grenze ein Verbrechen beginge? Die Untersuchung gebührt entweder beyden Richtern gemeinschaftlich, oder es werden Reversalien gestellt. MEISTER a. a. O. 624 — 628.

§. 59.

Der besondere oder eingeschränkte Gerichtszwang bewirkt einen *befreiten Gerichtsstand*, welcher durch den Ort a), die Sache, und Person b) begründet wird. Einen befreiten Gerichtsstand haben die Geistlichen c), academische Bürger d), Soldaten e), adliche Personen f), und gewisse Staatsbedienten g).

a) CLAPROTH peincl. Prozeß. S. 8.

b) Wie wenn ein Reichsstand, ein appanagirter Prinz innerhalb oder außerhalb Landes ein Verbrechen begeht? QUISTORP. §. 579.

c) Auth. C. de epis. et cl. c. 8. X. de iud. c. 2. 14. X. de foro comp. jedoch mit Einschränkung. HILLIGER D. de foro clerici delinq. Lip. 1715. A. L. R. II. XI. 97.

d) A. L. R. II. XII. §. 84. §. 96.

C

e) Reut.

e) Reut. Best. v. 1570. §. 40. R. A. 1641. §. 47. WIEDEBURG von d. Gericht über Verbrechen d. Landmiliz. Fr. 1761.

f) MEISTER princ j. crim. §. 105.

g) z. B. Gefandte, Cammergerichtspersonen u. d. g.

§. 60.

Nimmt man das peinliche Gericht in objectiver Bedeutung, und versteht darunter diejenigen Personen, welche zum peinlichen Gericht gehören, so haben wir 1) vom peinlichen Richter, 2) von andern zum peinlichen Gericht gehörigen Personen zu handeln a).

a) HOFLE, von den Eigenschaften eines Criminalbeamten. Prag 1772.

§. 61.

Unter *peinlichem Richter* verstehen wir diejenige Person, welche unter öffentlicher Auctorität die Verbrechen untersucht, sie für strafbar erkläert, und die erkannte peinliche Strafe vollstrecken läßt. Der peinliche Richter kann sowol der Oberrichter als Unterrichter seyn. Die Pflichten des peinlichen Richters ergeben sich aus seinem Amt selbst. P. G. O. art. 1.

T. I. REINHARTH de iudiciis criminal. qual. virt. in ord. Cor. a. 1. commend. Erf. 1734.

E. I. F. MANZEL D. de sagacitate iudicis in criminal. Rost. 1708.

§. 62. a.

Die Personen, welche dem peinlichen Richter bey Ausübung der peinlichen Gerichtsbarkeit untergeordnet sind, theilen sich in zwey Classen: entweder nehmen sie an der Ausübung der Gerichtsbarkeit Theil, und machen das peinliche Gericht aus; oder es sind solche Personen, welche zur Vollstreckung der Sentenz von dem peinlichen Richter gebraucht werden a). Die erstern theilt man

man in *hohe* und *niedere*, zu jenen gehören die Assessoren, die Gerichtsbeysitzer, Schœppen ^{b)}, zu diesen die Actuarien, Registratoren u. d. g.

- a) Dahin gehören, der Gerichtsdienner, Stockmeister, Scharfrichter, Schinder.

QUISTORP Nachricht von der Geschichte d. Scharfrichter und ihrer Gerechtsame in f. kl. Schriften.

KAESTNER D. de carnifice fama non laborante. Lips 1745.

- b) Diese befinden sich bey den Patrimonialgerichten. Der Schœppenstuhl ist mit dem Collegio prud. der Römer zu vergleichen. MEISTER peincl. Prozess, S. 75 — Delenlor?

§. 62. b.

Das Gericht ist vœllig besezt, wenn jene benannten Personen vorhanden sind; ihre Verhandlungen verdienen vœllige Glaubwürdigkeit.

Ann. Von dem hochnothpeinlichen Halsgericht. KRESS Com. ad C. C. C. art. 82.

§. 63.

Von den peinlichen Gerichten, welchen Civilpersonen unterworfen sind, unterscheiden sich wesentlich die peinlichen *militairischen Gerichte*, welche entweder das *Stand-* oder *Kriegsrecht* bilden. Zum Standrecht, worinn blos niedere Vergehen untersucht werden, gehören ein Hauptmann, zwey Lieutenants, zwey Fæhndrich, zwey Feldwebel, zwey Unterofficier, zwey Gefreite, zwey Gemeine und der Auditeur. Dem Chef des Regiments wird die Sentenz vorgelegt, welcher sie zu mildern berechtigt ist. Der Oberlieutenant, auſſer den oben genannten Personen, machen das *Kriegsgericht* aus; die hier ertheilte Sentenz muß von dem Landesherrn bestætiget werden.

LAURENTIUS Abh. von der Jurisdikt. gegen die
excedirenden und verb. Soldaten. Gotha 1732.

EBEND. von Kriegsgerichten. Alt. 1776.

WIEDEBURG von der Gerichtsb. über die Verbre-
chen der Landmiliz, Iena 1761. 8. in Hinsicht
des *preussischen Rechts*. A. L. R. 2. 20. 468 u.
f. w. P. O. 2 Tit. §. 48. Edict. v. 21 Jul. 1787.

DRITTER ABSCHNITT.

V o n

den Verbrechen insbesondere.

ERSTER UNTERABSCHNITT.

V o n

den Haupteintheilungen der Verbrechen.

§. 64.

Die Verbrechen (§. 38.) werden in Hinsicht ihrer
subjectiven Grösse, in *vorsätzliche* und *schuldhaft*
eingetheilt, je nachdem Vorsatz oder Schuld dabey zum
Grunde liegt. Unter *Vorsatz* verstehn wir, den freien
Entschluss (Selbstbestimmung) zu der Handlung selbst,
welche in den peinlichen Gesetzen verboten ist a).

- a) Die weitere Entwicklung dieses Begriffs im §. 88. der
Dolus directus und indirectus (wenn die Absicht des
Handelnden nicht auf das ging, was durch das Ver-
brechen bewirkt wurde), ist weder in positiven Gesetzen
noch in der Vernunft gegründet. Die Schritten über
den d. direct. und ind. findet man in d. *Litteratur des*
Criminalrechts, p. 72. KLEINSCHRODT a. a. O. p. 28.
STÜBEL a. a. O. 75 — 76. — A. L. f. d. P. Staat.
II Th. XX tit. ERHARD a. a. O. §. 71.

§. 65.

§. 65.

Ein schuldhaftes Verbrechen ist ein solches, wobey eine Schuld zum Grunde liegt. Unter *Schuld* (culpa) verstehen wir, die Vernachlässigung des Gebrauchs der gefunden Vernunft bey einer Handlung, deren mögliche Folgen der Handelnde voranzusehn vermochte, und welche zu bewirken, ihm ein Strafgesetz verbot. Soll ein schuldhaftes Verbrechen vorhanden seyn, so wird erfordert, 1) dass bey der Handlung ein Irrthum, ein Trugschluss zum Grunde lag a). 2) Das Bewusstseyn, dass dieser Irrthum strafbar sey; denn weiß dieses der Handelnde nicht, so ist ein bloßer Zufall vorhanden b).

a) STÜBEL sagt: Schuld ist der Entschluss zu einer Handlung, mit dem Bewusstseyn, dass daraus *wahrscheinlich* eine andere in einem peinlichen Gesetze ausdrücklich verbotne Handlung entstehn könne, ohne die Absicht, diese zu bewirken. — A. L. R. 2, 20. §. 28. ERHARD §. 71.

b) KLEINSCHRODT a. a. O. §. 27. — *quasi delicta* sind keine schuldhafte Verbrechen. WEBER Ent. d. Lehre von d. nat. Verbr. Schw. und Wismar 1795. S. 78. u. f. w. KLEINSCHRODT a. a. O. §. 29.

§. 66.

Der Zufall bildet die zufälligen Verbrechen. *Zufall* ist das Verhältniß der Entstehung eines Verbrechens, zu der selbstthätigen Bestimmung des Urhebers, da diese an sich nicht gesetzwidrig ist.

STÜBEL a. a. O. §. 299. A. L. R. 2, 20, 36.

§. 67.

Die Verbrechen werden ferner in vollkommne und unvollkommne eingetheilt. Die vollkommenen Verbrechen sind vollzogene, die unvollkommenen versuchte, oder angefangene. Ein Verbrechen ist *vollbracht* (consumatum), wenn die That in dem Grad ausgeführt ist, welchen der Gesetzgeber, bey Bestimmung

mung der Strafe, vor Augen hatte; *versucht* hingegen, wo bloße Vorbereitung zur Ausführung des Verbrechens gemacht wurde a). Der Versuch (*conatus delinquendi*), ist alsdann strafbar, wenn er zu äußern Handlungen übergeht, und der Vorsatz, wirklich ein Verbrechen zu begehn, damit verbunden ist. Der nächste Versuch ist nie mit der ordentlichen Strafe, welche auf das Verbrechen gesetzt ist, zu belegen b). Wenn bloß der erste Act zum Verbrechen geschah, so ist ein *begonnenes* Verbrechen vorhanden.

a) Bey culposen Verbrechen ist der Versuch undenkbar, Nach STÜBELS Theorie von der Schuld aber nicht.

b) Das Gegentheil behauptet SODEN a. a. O. B. I. C. I. Abh. I. § 4.

FILANGIERI System d. Gesetz. B. 4. Cap. 37. S. 271. Dagegen siehe, QUISTORP a. a. O. I Th. § 97. WESTPHAL Criminalrecht. An 24 § 3. STÜBEL § 327. KLEINSCHRODT §. 39. KLEIN §. 146. — Ist der Versuch, welcher aus Reue unvollendet blieb, strafbar? Wie, wenn ein Zufall ihn verhindert? P. G. O. art. 178. HAGEMEISTER de causis mitigand. poen. th. 65. HERZOG de crim. conat. len. 1735. — A. L. R. 2, 20. v. §. 39 — 43. ERHARD §. 82.

§. 68.

Der Zusammenfluß mehrerer Verbrechen bildet die Eintheilung derselben in gehäufte, fortgesetzte und wiederholte. Werden mehrere peinliche Gesetze durch ein Verbrechen übertreten, so entsteht ein *gehäuftes* ein *zusammenfließendes* Verbrechen (*delict. concursus* a). Beging der Verbrecher mehrere gleichartige Verbrechen, so bleibt entweder das Object dasselbe oder nicht. Im erstern Fall entsteht ein *fortgesetztes* (*del. continuatum*), im letztern ein *wiederholtes* Verbrechen (*d. repetit*).

a) SCHULZ de concursu delict. Franc. 1692. A. L. R. 2, 20, 52. — Omissiv und Commissiv Verbrechen. FUNCKE de crim. omissionis. A. L. R. 2, 20. 8.

§. 69.

In Hinsicht auf die Strafe, werden die Verbrechen in *öffentliche* a), welche theils ordentliche, theils außerordentliche Verbrechen sind b), und in *privat* Verbrechen eingetheilt.

a) KOCH und ROBERT, über Civil- und Criminalverbr. Gießen 1785. S. 75. GRAUN de supervacua delict. divisione in publ. et privat. morib. nost. Ien. 1756. ERHARD §. 79.

b) HEYNE progr. de iudiciorum publ. ord. et ratione apud Romanos. Gœtt. 1786. BARTENS D. de crim. extraord. Traj. 1726. *außerordentliche* Verbrechen nenne ich diejenigen, worauf die Gesetze keine ordentliche Strafe gesetzt haben, oder auch Privatverbrechen, welche aber mit einer öffentlichen Strafe belegt wurden. — ERHARD §. 80. benannte und unbenannte Verbr. H. RENEMANN D. de del. innom. (Iurispr. rom. germ. memb. III. N. 48.).

§. 70.

Ferner in *capital* und nicht *capital* Verbrechen, jene in schwere und leichte: in *größere*, die an Hals und Hand gehen, und *geringere*, *Frevel*.

I. F. KEES de discrim. inter delicta atroc. et lev. rite stat. Leip. 1791. ERHARD §. 77.

§. 71.

Die Gerichtsbarkeit begründet die Eintheilung der Verbrechen in *Criminal-* und *Civilverbrechen* a), von jenen unterscheidet man noch die *peinlichen* Verbrechen, worunter diejenigen verstanden werden, die eine Strafe, welche eine Todes- oder Leibes-, oder andere peinliche Strafe ist, nach sich zieht b).

a) Criminal- und Polizeyverbrechen. ERHARD §. 72.

b) Zu den Leibesstrafen gehören Gefängnisstrafe, von mehrern Wochen und Jahren, und Geldstrafen, welche über 10 Thlr. betragen. KLEIN §. 87. — In Hinsicht des peinlichen Verfahrens, theilt man die Verbr.

Verbr. in *ausgenommene* oder nicht. BREHM de delict. except. Lip. 1789. ERHARD §. 80. KLEIN §. 67.

§. 72.

Die verschiedenen Classen der Staatsbürger begründen die *gemeinen* und *besondern* a) Verbrechen. Iene sind nicht mit den Gemeinheitsverbrechen zu verwechseln, welche durch eine falsche Theorie in das Criminalrecht aufgenommen wurden b).

a) z. B. d. Geistlichen: geistliche Verbrechen kommen in einer doppelten Bedeut. vor. ROEHMER I. E. P. Tom. I. L. 2. t. 2. §. 35. — del. eccl. sec. mixta.

b) MALBLANC. de del. univer. in opus. j. crim. n. 1.

§. 73.

Die Eintheilung der Verbrechen in handhafte und *übernachtete*, in solche, welche Spuren zurücklassen, ist nicht ganz ohne Nutzen a).

a) WILDVOGEL D. de crim. pernoct. Iena 1727. BEYER Delinet. j. cr. ad art. 84. pos. 18—24.

§. 74.

In Ansehung der *objectiven* Grösse können die Verbrechen folgender Gestalt eingetheilt werden;

1) in *eigentliche* Verbrechen, d. h. solche, wodurch die natürlichen Rechte der Menschen, theils mittelbar, theils unmittelbar verletzt werden.

a) *unmittelbar* a), dahin zähle ich die Majestäts- und Staatsverbrechen insbesondere,

b) *mittelbar*, die wider das Leben, Gesundheit, Ehre, Freyheit und Eigenthum gerichtet sind.

2) *uneigentliche*, d. h. solche, welche die Mehrung unserer Vollkommenheiten hindern,

a) da-

- a) dahin gehören solche, welche die Bevölkerung hindern,
- b) welche der Bildung und guten Sitten zuwider sind, diese können theils unmoralische, theils irreligiöse seyn.

Zum Theil bin ich dieser Theorie treu geblieben, zum Theil habe ich sie verlassen, weil sie nicht überall durchgriff.

a) WIELAND Geist der peinl. Gesetze. 1 Th. §. 236.

ZWEYTER UNTERABSCHNITT.

V o n

den Anzeigen der Verbrechen.

I. Ch. WOLTAER D. quae semiologiae crim. quaed. capit. summa tract. Hal. 1790. cap. 2.

I. I. WEISMANTEL pr. de condemnat. facinoros. ex indiciis ad art. 22. C. C. Erf. 1791.

PÜTTMANN D. de lubrico iudiciorum, Lips. 1785.

§. 75.

Das Wort Anzeige kommt in verschiedenen Bedeutungen vor, bald in engerer, bald in einer weitern Bedeutung. Wir verstehen hier unter *Anzeige* (iudicium) eine Vermuthung des peinlichen Richters, bewirkt durch eine Thatfache, welche ihn zur Untersuchung des Verbrechens und Auffuchung des Verbrechers veranlaßt a).

Ann. Einige Rechtslehrer behaupten, daß diese Materie erst im Prozeß vorgetragen werden müßte, s. KLEIN-SCHRODT. 3 Th. §. 132. allein ich glaube, daß die Generaltheorie hier ihre rechte Stelle hat.

a) Art. 25. d. P. G. O. — Die Verordnungen d. P. G. O. beziehn sich blos auf die Tortur.

§. 76.

§. 76.

Allgemeine Vorschriften wegen den Anzeigen festzusetzen, ist fast unmöglich, daher auch die gesetzlichen, welchen man die natürlichen entgegensetzt, nicht als strenge Regeln zu betrachten sind, wonach der Richter sich zu richten noethig hat. Je nachdem die Ueberredungskraft stark oder gering bey dem Richter ist, so lassen sich die Anzeigen in *nahe* ^{a)} (*propria*) und *entfernte* (*remota*) ^{b)} eintheilen.

a) z. B. 1) vollständiger halber Beweis, 2) außergerichtliches Bekenntniß, 3) Drohungen. 4) Beystand, der dem Verbrecher geleistet wurde, 5) das Auffinden einer Sache, da, wo das Verbrechen begangen wurde, welche der Angeschuldigte besitzt. art. 29 P. G. O. Diese Anzeigen verlieren sehr viel durch die Ungewissheit des *Corpus delicti*. KLEINS Annal. B. 2. S. 131. B. 8. S. 97. HOMMEL de nom. locii criminis. ad art. 30. C. C. C. Lips. 1754.

b) z. B. der böse Ruf einer Person. KLEINS Annal. B. 8. S. 73. 2) der Umgang mit einer Person, welche einst gleiches Verbrechen beging. 3) Die Beschuldigung des Beleidigten. 4) Die Flucht des Verbrechers. WEISSMANTEL de condemnatione facinorosum et indicatiis ad art. 22. C. C. C. Erf. 1791. 4. — Uebrigens wäre zu wünschen, daß der Gesetzgeber genauer die Anzeigen bestimmte, damit der Richter in Stand gesetzt würde, ohne Gefahr die Untersuchung anstellen zu können.

HANI de indicatiis eorumque usu in cognoscendis criminibus liber sing. Par. 1781. 8.

Mehrere Schriftsteller findet man in der *Litteratur zum Criminalrecht*, §. 144. angezeigt.

§. 77.

Die Anzeigen können bald auf die Moralität, auf die Gröfse der Verbrechen, bald auf die Schärfung, bald auf die Mildrung der Strafe gehn. Es muß der Klugheit des Richters überlassen seyn, bey der Collision

sion dieser Anzeigen, die besten und sichersten auszumitteln.

WOLTAER a. a. O. §. 17.

§. 78.

Die Anzeigen können in gemeine und besondere abgetheilt werden, von den letztern wird bey der Lehre von den einzelnen Verbrechen gehandelt.

Anm. Von dem Beweis in peinl. Fällen, wird in der Lehre vom peinl. Prozeß gehandelt.

DRITTER UNTERABSCHNITT.

V o n

dem Thatbestand (Corpus delicti) des Verbrechens.

V. IUSTI historisch, juristisch. Samml. B. I. p. 355.
F. A. HOMMEL D. an et quat. cert. delict. in process. criminal. necess. Lip. 1757.

§. 79.

Unter Thatbestand wird überhaupt das Daseyn eines Verbrechens verstanden. In besonderer Bedeutung aber, verstehen wir darunter alle diejenigen Eigenschaften, welche zum Daseyn eines Verbrechens wesentlich erfordert werden. Wir haben also bey dem Thatbestand a) auf die Handlung selbst Rücksicht zu nehmen, welche das Verbrechen ausmacht b), auf die Wirkungen der Handlung.

Anm. In einer ungewöhnlichen Bedeutung versteht man unter dem Corp. delict. die Sache, woran das Verbrechen, oder womit das Verbrechen vollbracht ward.

§. 80.

Zur Ausmittlung des Thatbestandes bedient man sich sowol des sinnlichen als intellektuellen Beweises; jener

jener geschieht durch Augenschein a), dieser durch Anzeigen, Zeugen und Geständniß des Verbrechers. Diese verschiedene Art der Beweisführung begründet die Eintheilung des gewissen und vermutheten Thatbestandes, durch diesen wird nie die ordentliche Strafe begründet.

- a) MYLIUS de inspect. ead. ante sep. §. 3. u. 7. Die Untersuchung ist bey Verbrechen, welche Spuren zurücklassen, nothwendig, HOMMEL §. 17.; der übrigens mehrere Fragen erörtert, die hierher gehören. QUISTORP 2 Th. §. 600.

§. 81.

Die Ausmittlung des Thatbestands ist das wichtigste Geschæft des peinlichen Richters, denn ist dieser nicht ausgemittelt, so bleibt die Untersuchung mangelhaft.

Ann. Von dem Thatbestand bey den einzeln Verbrechen im speciellen Theil.

VIERTER UNTERABSCHNITT.

V o n

der Grösse der Verbrechen.

§. 82.

Die Grösse des Verbrechens beziehet sich überhaupt auf die Gefahr, welche dem Staat gedrohet wird, und auf den Schaden, der aus dem Verbrechen fließt. Wir unterscheiden subjective (Immoralität) a), und objective Grösse (Illegalität) derselben.

- a) MÜLLER Abhandlung über den Maassstab der Verbrechen und Strafe, Iena 1789 — Bey Bestimmung der Grösse der Verbrechen, beging man einen doppelten Fehler, indem man theils von der Strafe den Bestimmungsgrund hernahm, theils darauf Rücksicht nahm, ob eine Handlung schon ihrer Natur nach straf-

strafbarer sey als eine andre. GEISSLER animadvers.
ex. iure univers. Wittenb. 1787. ob. I.

§. 83.

Die *objective* Grösse wird nach der unerlaubten Handlung selbst, ohne auf den Urheber derselben Rücksicht zu nehmen, bestimmt. Die Verschiedenheit der peinlichen Gesetze bewirkt Verschiedenheit der Verbrechen, objectiv betrachtet. Der Schade, welcher aus der unerlaubten Handlung fließt, kann nicht als unmittelbarer Maassstab bey Berechnung der Grösse des Verbrechens angewandt werden.

KLEINSCHRODT, erster Theil, §. 45. Der Schade wird nach seinem innern wahren Werth berechnet.

§. 84.

Da der Maassstab der Grösse der Verbrechen nur selten in peinlichen Gesetzen angegeben wird, so werden folgende Sätze als Regel dienen:

- 1) Ein Verbrechen, welches gegen die eigentlichen peinlichen Gesetze anstößt, ist grösser als das, welches gegen die uneigentlichen peinlichen Gesetze gerichtet ist. (§. 4. §. 39.)
- 2) Verbrechen, wodurch der Staatszweck verringert wird, grösser als dasjenige, wodurch einzelne Collegalrechte des Staats gekrænkt werden. Majestäts-Verbrechen grösser als Beraubung des Staatsvermögens.
- 3) Die Verbrechen, wodurch ein unveräusserliches Gut verletzt wird, sind grösser als die Verbrechen eines veräusserlichen; Verbrechen gegen das Leben des Menschen grösser als Diebstahl.
- 4) Die zusammengesetzten Verbrechen grösser als die einfachen: Strassenraub grösser als Diebstahl.

§. 85.

§. 85.

Die Gesinnung eines Menschen zu dem übertretenden peinlichen Gesetze begründet die *subjective Grösse* der Verbrechen, und bestimmt ihre æussere bürgerliche Immoralität. Bey Bestimmung derselben kommt alles auf die Freyheit der Handlung a) selbst an. Die Freyheit, ein Vermögen nach sittlichen Gesetzen zu handeln, ist dann vorhanden, wenn der Handelnde genau die Wirkung einer Handlung einsah, oder einsehen konnte, und darnach sich zur Ausführung dieser Handlung bestimmte b).

a) CREUTZERS skeptische Bemerkung über die Freyheit des Willens. Gießen 1793.

b) IACOBS Rechtslehre. § 54.

§. 86.

Um den Werth einer freyen Handlung zu bestimmen, müssen wir

1) auf den Entschluss des Handelnden, auf die Bestimmungsart zur Handlung Rücksicht nehmen. Dem Entschluss zur Handlung geht das Bewusstseyn der Handlung und ihrer Folgen a), und des dadurch übertretenden Gesetzes b) und die Vergleichung beyder voraus.

a) Die Folgen einer Handlung lassen sich in zufällige, gewöhnliche und nothwendige eintheilen. Die Einsicht in die That beweist die nothwendigen, nicht aber die gewöhnlichen Folgen, hier muss der Richter auf den Verstand des Verbrechers sehen. WIELANDS Geist d. p. Gesetze. Leipz. 1783. 1 Th. §. 74—94.

b) STÜBEL a. a. O. §. 251.

§. 87.

Wenn sich der Mensch zur Unternehmung eines Verbrechens entschliesst, so muss völliges Bewusstseyn der Handlung, völlige Freyheit vorhanden seyn. Die Selbstbestimmung a) zur Handlung, von der er wusste, dass

dass sie in einem peinlichen Gesetze verboten sey, nennen wir *Vorsatz* b). Die Folgen dieser boshaften Handlung, sind entweder *beabsichtigt*, oder *unbeabsichtigt*; nach diesen bestimmt sich die subjective Grösse des Verbrechens.

- a) Diese Bestimmung zur Handlung kann durch ihn selbst, oder durch andere veranlasst seyn — *Urheber* und *Theilnehmer* der Handlung.
- b) STÜBEL a. a. O. §. 262. macht einen Unterschied zwischen Vorsatz in gemeinen und besondern, und classificirt Schuld, worunter er den Entschluss zu einer Handlung mit dem Bewusstseyn, dass daraus wahrscheinlich eine andere in einem peinlichen Gesetze ausdrücklich verbotne Handlung entstehen könne, ohne die Absicht diese zu bewirken versteht, hierunter. Prüfung dieser Meinung?
- c) Der *dolus d. et ind.* kann nicht statt haben, weil die Absicht die nemliche bleibt. STÜBEL §. 293. Es leidet aber keinen Widerspruch, dass eine boshafte Handlung unbeabsichtigt seyn kann. Beabsichtigte Handlungen heissen solche, welche so wirklich wurden, wie der Handelnde sie zur Absicht hatte. Die Folgen der boshaften Handlung können daher theils dolose, theils culpöse seyn, die Absicht bleibt dieselbe, nicht aber die Handlung in Hinsicht ihrer Zurechnung. Jedoch s. KLEIN §. 117.

§. 88.

Die Bestimmung zur Handlung mit dem Bewusstseyn, dass aus derselben eine andere, dessen wahrscheinliche mögliche Folgen in einem Strafgesetz verboten sind, entspringen könnte, nenne ich *Schuld* (*culpa*) (§. 65.) a). Der Grund der Schuld liegt bald in einer Unachtsamkeit, Unbesonnenheit, in einer Uebereilung. Die Schuld hat ihre besondere Grade, die nach der Wahrscheinlichkeit oder Möglichkeit bestimmt werden b).

- a) KLEINSCHRODT a. a. O. §. 26.
- b) SCHMID Versuch einer Moralphilosophie. §. 346. FILANGIERIE a. a. O. 4 B. 37. Cap. SODEN a. a. O. §. 16. — Zufall kann keine Immoralität begründen, jedoch s. STÜBEL a. a. O. §. 295.

§. 89.

§. 89.

Ferner wird es nothwendig seyn, daß man die grössere oder geringere Unabhængigkeit von veranlassenden Umstænden genau beobachte. Je mehrere Hindernisse vorhanden waren, welche den Handelnden von seinem Entschlus zurückbringen, und ihn an der Ausführung seiner That verhindern konnten, desto grösser wird die Freyheit seyn; je grösser der Trieb, der Reiz, die Handlung zu bewerkstelligen, gleich Anfangs war, desto geringer wird seine Freyheit seyn.

§. 90.

2) Muß man auf die Privatzwecke, auf die Triebfedern seiner Handlung Rücksicht nehmen.

3) Auf die Ausführung. Der Ausführung der That können bald innere, bald æussere Hindernisse entgegen stehn; Furcht vor der Strafe, Abscheu, Schande bewirken jene, diese können aber theils in der Natur der Handlung selbst, theils im Zufall theils in den Bemühungen anderer sich gründen.

§. 91.

Aus dieser Darstellung wird sich leicht die subjective Grösse der Verbrechen bestimmen lassen; doch wird es zweckmæssiger seyn, von dieser bey der Lehre der Zurechnung zu handeln.



FÜNFTER UNTERABSCHNITT.

Von der

Zurechnung des Verbrechens und den Graden derselben.

§. 92.

Unter Zurechnen versteht man, einer Handlung Moralitæt oder Immoralitæt beylegen. Hier verstehn wir

wir unter *Zurechnung* das Urtheil, dafs ein Strafgesetz auf den anwendbar sey, durch welchen dieses Verbrechen entstand a). Es kann hier blos von der bürgerlichen Zurechnung geredet werden b).

a) KLEINSCHROD a. a. O. §. 43. HOFFBAUER Naturrecht. §. 46.

b) IACOB reine Naturlehre. §. 41.

§. 93.

Bey der Zurechnung werden wir auf die drey Hauptpunkte, welche im vorigen Abschnitt angegeben wurden, Rücksicht nehmen, weil hiernach sich die Immoralität bestimmt.

1) Auf die Selbstbestimmung zur Handlung. Es werden hier folgende Regeln anwendbar seyn.

A. Mit je mehr Freyheit sich jemand zu einem Verbrechen bestimmte, desto grösser wird die Zurechnung desselben seyn.

a) Je mangelhafter daher das Bewusstseyn der Handlung des dadurch übertretten Gesetzes und der Beziehung auf einander war, desto weniger wird ihm das Verbrechen zugerechnet werden können a).

a) L. 9 D. l. 12. C. de iur. et facti ignorantia C. 2. de const. in VI. wovon weiter unten gehandelt wird.

§. 94.

b) Je unüberlegter ein Verbrecher handelte, desto weniger kann ihm das Verbrechen zugerechnet werden a).

c) Je weniger sich der Verbrecher zum Verbrechen selbst bestimmte, destoweniger wird ihm auch dieses zugerechnet. Die ursprüngliche Bestimmung zum Verbrechen mehr als die blos theilnehmende b). (§. 87.)

D

a) Bos-

- a) Boshafte Verbrechen mehr als die aus schuldhaften.
- b) Man muß vorzüglich hier die unmittelbare von der mittelbaren Theilnahme unterscheiden, und auf die Absicht der Theilnahme Rücksicht nehmen. KLEIN-SCHROD. §. 58.

§. 95.

B. *Je grösser die Verbindlichkeit ist, welche durch ein Verbrechen verletzt wurde, desto grösser ist auch dessen Zurechnung.* STÜBEL §. 310.

- a) Je mehrere Rechte von dem Verbrecher auf einmal verletzt werden, desto grösser ist die Zurechnung desselben.

Anm. Der einfache Mord mehr als der Verwandten Mord.

- b) Je unentbehrlicher je unersetzlicher das Recht war, welches durch das Verbrechen verletzt wurde, desto grösser ist die Zurechnung.

Anm. Verbrechen wider d. Leben des Menschen grösser als der Diebstahl.

- c) Je mehr der Verbrecher sich von den Folgen der Handlung überzeugen konnte, desto grösser ist die Zurechnung.

- d) Je grösser der Grad der Verletzung, je heftiger derselbe bey dem Verbrechen war, desto mehr kann es zugerechnet werden.

Anm. Schwere Verwundung mehr als eine leichte, grosser Diebstahl mehr als geringer.

§. 96.

C. *Je mehrere Hindernisse vorhanden waren, das Verbrechen zu unterlassen, desto grösser ist die Zurechnung.* Leidenschaft, Gewohnheit, Gelegenheit zu dem Verbrechen vermindern den Grad

Grad der Zurechnung. Wenn wenige äussere Hindernisse vorhanden waren, desto geringer ist das Vergehn.

FEDER Unterf. über mensch. Willen. 2 Th.
3 B. 2 Abh. 3 Cap. WIELAND Geist d. p.
Gesetze. § 265.

§. 97.

- 2) Auf die Triebfedern der Handlung. *Je grösser diese sind, destomehr ist das Verbrechen zuzurechnen.* Waren die Triebfedern erlaubt, so ist das Verbrechen weniger zuzurechnen.

Ann. Die Vertheidigung meines Rechts durch unerlaubte Gewalt, Todtschlag zur Verfolgung meines Rechts weniger als der zu rauben. Der Raub einer Jungfer zur Befriedigung d. Wollust mehr als zur ehlichen Verbindung.

§. 98.

- 3) In Rücksicht der Ausführung. *Je öffentlicher und vollkommener das Verbrechen vollbracht wurde, desto mehr ist es zuzurechnen.* Verborgene Verbrechen weniger als öffentliche a). Vorgehabte Verbrechen weniger als versuchte b), und diese weniger als vollbrachte. Wiederholte Verbrechen mehr als einfache c).

a) STÜBEL §. 326. GLOBIG und HUSTER Preisschrift über die Criminalgesetzgeb. S. 110.

b) Wenn positive Gesetze verordnen, dass versuchte Verbrechen den vollbrachten gleich zu achten sind, so widerspricht dies den Regeln der Zurechnung.

c) KLEINSCHROD §. 75. Am ausführlichsten hat diese Lehre von der Zurechnung STÜBEL vorgetragen, dem ich auch hier ganz gefolgt bin. Uebrigens verdient das, was KLEIN in f. Comp. d. Criminalrechts, §. 95. §. 142. §. 143. §. 116. und §. 119. sagt, bemerkt zu werden. TEVENAR, Versf. über

die Rechtsgelährtheit, äußert hierüber so wie in sehr vielen Stücken ganz vortreffliche Grundsätze im 5 Th. 10 Cap.

VIERTER ABSCHNITT.

V o n

Verbrechern, und Theilnehmern, und den Verbindlichkeiten aus den Verbrechen.

(A.)

§. 99.

Diese Materie steht in unzertrennlicher Verbindung mit dem Vorigen. Nur solche Personen, welche *frey* und *überlegt* handeln können, sind fähig, ein Verbrechen zu begehn; nur diesen können die Verbrechen zugerechnet werden. *Kindern* ^{a)} kann daher ein Verbrechen nicht zugerechnet werden; wird durch ihre Geisteskräfte das Alter ersetzt, so findet doch blos eine halb Zurechnung statt. Die Minderjährigkeit ^{b)} bewirkt ebenfalls einen geringen Grad von Zurechnung, und es kann nicht auf die ordentliche Strafe erkannt werden ^{c)}. Eben dies gilt auch von hohem Alter ^{d)}.

a) l. 12. D. ad l. Corn. de Sicor. l. 5. §. 2. D. ad l. Acl. l. 23. D. defenter.

b) L. 1. §. 32. de Sc. Sil. L. 1. C. de falsa monit. Die positiven Gesetze halten denjenigen, welcher pubert. proximus ist, für fähig, dolose Handlungen zu begehn. §. 18 In. de obl. ex delict. l. 4 §. 26. D. de dol. mal. GLÜCKS Erläut. der Pand. 2 Th. 1 Ab. tit. 6. §. 130. und C. C. C. art. 164. WESTPHAL Criminal. Ann. II. §. 7. All. Landr. 2 Th. 20 tit. §. 7. ERHARD a. a. O. §. 85.

c) l. 9.

c) l. 9. §. 2. D. de min. l. 4. §. 26. D. de dol. mal. l. 36.
D. ad L. Iul. de ad. FILANGIERI a. a. O. B. 4.
S. 219. 200.

d) BOEHMER art. 179. §. 5.

§. 100.

Wenn gleich der Unterschied des Geschlechts keine Milderung der Strafe in Criminalfällen bewirken kann, so pflegt man doch die Weibspersonen, welche ganz positivpeinliche Gesetze übertraten, nicht so hart zu strafen als die Mannspersonen.

WIELAND a. a. O. §. 274. SCHAUMANN Ideen zur Criminalph. S. 97.

§. 101.

Der Abgang der Sinne hebt entweder die ganze Zurechnung auf, oder vermindert bloß dieselbe. Bey *Taub- und Stummgebornen* a), muß man vorzüglich darauf sehen, ob sie den gehörigen Unterricht erhalten haben b), wodurch sie die Gesetzwidrigkeit ihrer Handlung einsehn konnten.

a) Die Behauptung GLOBIGS und HUSTERS in Abh. über die Criminalgef. S. 117. ist nicht zu billigen.

b) HOMMEL de temperandis ob imbecil. intellectur §. 16—19. QUISTORP §. 41.

§. 102.

Wenn ein Mensch einstweilen, indem er das Verbrechen beging, seines Vernunftgebrauchs nicht mächtig ist, so ist ihm das Verbrechen nicht zuzurechnen, wenn nicht besondere Gründe eintreten sollten, warum auch hier vorzüglich wegen vorher schon gefaßtem Entschluß die Handlung strafbar wird. Hierher gehören die *Schlafenden* und *Nachtwandler* a), die *Trunknen* und diejenigen, welche sich in einer heftigen Gemüthsbewegung und in Leidenschaft befanden. Die Zurechnung wird ganz hinwegfallen, wenn sie durch die
uner-

unerlaubte Handlung eines andern erregt wurde, den höchsten Grad schnell erreichte und auf die Abwendung eines Uebels gerichtet ist c).

- a) Wegen begangner Culpa ist der Schlafende zu strafen. KLEINS Ann. B 8. S. 9. auch die Handlung des Nachtwandlers kann culpös seyn. FRICKE de noctamb. §. 13. 16. WIELAND a. a. O. §. 288.
- b) Die Trunkenheit an und für sich ist strafbar, die daraus entstandne Handlung, wenn auch der Handelnde sich vornahm, diese in der Trunkenheit zu begehn, ist nicht dolos. KLEINSCHRODT a. a. O. §. 107. 114. ERHARD § 86.
- c) KLEINSCHRODT a. a. O. §. 123.

§. 103.

Krankheit der Seele und des Körpers mindern den Grad der Zurechnung. *Wahnsinn* a), verhindert den Gebrauch der Vernunft; doch läßt sich auch dann, wenn eine Handlung nicht als Folge oder Ursach des Wahnsinns anzusehn ist, diese demohnerachtet zurechnen. Hat der Wahnsinnige lichte Zwischenräume b), so befindet er sich in der Lage eines seines Verstandes mächtigen Menschen, wenn nicht auch hier eine Seelenschwäche zurückgeblieben ist; welches man vermuthen kann.

- a) MAUHART Repertorium für empirische Psychologie, 2 Th. S. 3—51.
- b) HOMMEL de temperanda poena, ob imb. intellect. Lips. 1755. ERHARD § 87.

§. 104.

Thorheit, Trübsinn, Melancholie a), *Verrücktheit* mindern die Zurechnung; so wie zum Theil *Einfaelt, Dummheit* b), *verschobene Religionserkenntnisse* c), und *Unwissenheit der Geseze* d).

- a) KLEINS Ann. B. 2. S. 85. S. 77. S. 170. B. 3. S. 91. B. 5. S. 276. B. 9. S. 20. Von Verbrechen aus Lebensüberdruß. KLEINSCHRODT a. a. O. §. 102.

b) l. 7.

- b) l. 7. § 4 D. de iurisd. L. 2. C de in ius vocando.
c) KLEINS An. B. 2. S. 65. S. 77.
d) SCHOTT de ignorantia populi circa poenas earum vim
imped. Lips. I 88. KLEINSCHRODT a. a. O. §. 145.
STÜBEL a. a. O. §. 444. SODEN §. 30.

§. 105.

Absolute *Gewalt* hebt die Freyheit des Willens auf. *Drohungen* allein mildern den Grad der Zurechnung noch nicht. *Befehl*, mit Zwang a) verbunden, mildert die Zurechnung und hebt dann sie ganz auf, wenn der *Befehl* durchaus befolgt werden mußte, wenn nicht grösserer Nachtheil zu erwarten war d).

- a) PUTTMANN pr. de excessu eius, cui aut verberatio aut vulneratio alicuius mandata est, mandanti haud imput. Lips. 1777. Opus. N. 1 und N. 7.
b) Ebend. in Opus. n. 7. LEYSER Sp. 183. 534.
KLEINSCHRODT a. a. O. I Th. §. 182 — 191.

§. 106.

Moralische Personen, dessen Zweck von dem Staat anerkannt ist, können als solche keine Verbrechen begehn a). Begehn die Vorsteher derselben strafbare Handlungen, so haften die Mitglieder und ihr Vermögen wegen fiscalischer und Polizeystrafen. Unternehmen alle Mitglieder der öffentlichen Gesellschaft eine strafbare Handlung, so schadet diese den Nachfolgern nichts.

- a) Mehrere Rechtslehrer sind der entgegengesetzten Meynung. HOMMEL in Raps. i. ob. 601. Litterat. zum Criminal. §. 44. doch s. MALBLANC Opus. an universitas delinquere possit? und KLEIN Criminal. §. 135 - 137.

(B)

§. 107.

Die Bestimmung zu einem Verbrechen war entweder eine ursprüngliche, oder theilnehmende; unter
Theil-

Theilnahme an einem Verbrechen, im weitläufigen Sinn, verstehen wir die Handlung oder Unterlassung, wodurch jemand zur Existenz eines Verbrechens etwas beytrug, oder überhaupt bey dem Verbrechen eine Interesse hatte. Derjenige sowol, welcher sich zuerst zu dem begangenen Verbrechen bestimmt, als auch der, der sich zur That des Verbrechens und zur Hervorbringung der Mittel desselben bestimmt, heisst *Urheber*, jener im *engern*, dieser im *weitem* Sinn.

§. 108.

Diejenigen, welche sich zur Ausführung des Verbrechens bestimmen, oder welche bloß als Mittel zur mehrern, oder wenigern Ausführung eines Verbrechens dienten, werden *Theilnehmer* genannt; jene Teilnehmer im *weitem*, diese Teilnehmer im *engern* Sinn (*Socii*) *Gehülfen*, *Helfer* ^{a)}. Bestimmten mehrere sich zur Ausführung eines Verbrechens, so bilden sie eine *Verschwörung*, *Complot*.

- a) *Concursus prox. et remot.* STELZER Kap. 2. §. 24-26. Kap. 7. §. 3-10. KLEINSCHRODT a. a. O. §. 177. 180. EISENHARDT *Diff. de vera criminis socii not.* Helmst. 1750.

§. 109.

Die Theilnahme gründet sich entweder auf einen Vertrag, oder sie entsteht nach oder während der That zufällig: erstere heisst die vor der That *verabredete* ^{a)}, diese *zufällig* ^{b)} sich ereignete.

- e) STÜBEL a. a. O. §. 385. nennt sie *gleiche*, doch s. PÜTTMANN *Elem. i. criminal.* §. 50. ERHARD a. a. O. §. 95.

- b) sind *ungleiche* zu nennen.

§. 110.

Die Teilnehmer leisten entweder einen thätigen Beystand bey der Handlung, oder begünstigen
 bloß

blos das Verbrechen, diese nennt man (Fautores) *Begünstiger*.

PÜTTMANN Diff. de receptationib. in 5. Advers. i. univ. B. 2. S. 219. QUIST. § 58.

§. 111.

Theilnahme wird a) durch *Auftrag* begründet, dieser muss ausdrücklich seyn, und von einem bloßen Wunsche sich unterscheiden a). b) Durch *Befehl* b), c) durch Leitung eines unentbehrlichen Beystandes c), d) durch Verführung.

a) PÜTTMANN Opus. i. crim. S. I. KLEINSCHRODT a. a. O. §. 196. 182. In wiefern begründet der Rath Theilnahme. CRAMER Abhandlung vom bösen Rath, überf. von BAERMANN. Leipz. 1741. KLEINSCHRODT a. a. O. §. 192.

b) PÜTTMANN a. a. O. S. 197.

c) All. Landr. 2. 20. §. 64.

§. 112.

Nach den verschiedenen Arten von Theilnahme, wird auch der Grad der Zurechnung bestimmt. Die *unmittelbare* Theilnahme, worunter man die theilnehmende Bestimmung an dem Verbrechen selbst versteht, ist strafbarer als die *mittelbare*, und bey diesen die vorher verabredete mehr, als die blos zufällige. Die bloßen *Begünstiger* können den Theilnehmern nicht gleich geachtet werden.

Ann. f. die Regeln, welche KLEIN im Criminalrecht aufstellt. § 141. KLEINSCHRODT a. a. O. §. 199. — DORN Comment. 1 Th. §. 37. A. L. 2. XX. §. 64—84.

§. 113.

Aus dem Verbrechen entspringt die Verbindlichkeit, 1) zum *Schadenersatz*: a) welche auch dann, wenn der Verbrecher eine Strafe erlitten hat, nicht als aufgehoben zu betrachten ist b). Diese Verbindlichkeit geht

geht a) auf die Erben über, welche nach den Kräften der Erbschaft den Schaden, welcher durch die unerlaubte Handlung des Verbrechers entstanden ist, ersetzen müssen c). b) Diese Verbindlichkeit kann durch Remission sowol als durch die Compensation aufgehoben werden d). c) Die Theilnehmer sind in solidum verpflichtet e), d) haben die Mitglieder einer Gesellschaft ein Verbrechen verübt, so sind sie ebenfalls gemeinschaftlich zum Schadenersatz verbunden f). 2) Zur Entrichtung der Gerichtskosten g).

a) Lib. IX. Dig. Tit. 2. C. C. C. art. 120.

b) MEISTER opusc. V. 2. WESTPHAL Criminalrecht. A. 13. p. 61.

c) Vergleich. C 5. X de rapt. c. ult. X. de sep. c. 9. X. de usur. u. l. 3 p. D. de vi et vi arm. l. un. C. ex del. def. in quant. hered. conv.

d) KAPFF de compenl. circa maleficia vel quasi. Tub. 1778.

e) BECKER de natura et indole correalis oblig. Rostock 1759. §. 12. MEISTER rechtliche Erkenntn. und Gutachten Th. I. v. 14

f) BECKER D. an et quat. colleg. culp. ab uno alterove ex suis memb. commissam præstare teneat. Gœtt. 1741.

g) Wovon am Ende dieses Werks gehandelt wird.

FÜNFTER ABSCHNITT.

V o n

S t r a f e n ü b e r h a u p t.

ERSTER UNTERABSCHNITT.

V o n

Strafen und deren Eintheilungen.

§. 114.

Unter *Strafe* a) wird ein Uebel verstanden, welches nach den Gesetzen auf gesetzwidrige Handlungen gesetzt

gesetzt ist. (§. 3.) Jede Strafe setzt daher 1) ein Uebel voraus, welches entweder ein moralisches, oder physisches Uebel seyn kann. 2) Der Zweck der Strafe b), obgleich in den Gesetzen c) auf Besserung des Verbrechers und zur Abschreckung andrer abzielend, ist die Verhütung künftiger Verbrechen. Die Unterthanen sollen durch die angedrohte Strafe von gesetzwidrigen Handlungen abgehalten werden d).

a) KLEINSCHRODT a. a. O. 2 und 3 Theil, der diese Materie sehr vollständig bearbeitet hat.

b) Die Schriften, welche über diesen Gegenstand vorhanden sind, findet man in PLITTS Reper. 2 Th. S. 143.

c) Die R. Gesetze nehmen Abschreckung an, die canonischen hingegen Besserung des Verbrechers. BENSEN Diff. de fundamento poenarum cap. Erlang. 1795.

d) KLEINSCHRODT a. a. O. §. 45. KLEIN a. a. O. §. 69. — Ist der Begriff eines Obern zur Bestimmung des Begriffs von Strafe nothwendig? KLEINSCHRODT §. 5. — Allmähliche Bildung der Strafe?

§. 115.

Eine der wichtigsten Eintheilungen der Strafe ist die in die *peinliche*, *polizey*- und *bürgerliche*-Strafe. Unter *peinlicher* Strafe verstehen wir dasjenige Uebel, welches die Grundrechte der Menschen auf eine merkliche, dauernde Art angreift, und von den Gesetzen demjenigen gedroht wird, welcher auf unerlaubte Art die natürlichen Zwangsrechte der Menschen verletzt; den Hauptzweck der Gesellschaft stört a). *Polizeystrafe* hingegen wird ein Uebel genannt, welches auf denjenigen angewandt wird, welcher die gesetzlich bestimmten Grundsätze der guten Ordnung stört. *Bürgerliche* hingegen diejenigen, welche zu beyden Arten nicht gezählet werden können b).

a) Gewöhnlich versteht man unter peinl. Strafen diejenigen, welche vom peinlichen Richter erkannt werden. Zu den peinlichen Strafen rechnet man die Lebens-, Leibesstrafen, Zuchthausstrafen und die Strafe der öffentlichen

fentlichen Arbeiten. Geldstrafen sind eigentlich blos durch eine Gewohnheit hierher gezogen worden. MEISTER, auct. Abh. des peincl. Proz. 1 Ab. 2 Haupt. KLEINSCHRODT, a. a. O. 1 Th. §. 8. 2 Th. §. 6. 7. 3 Theil, §. 1. und 2. sie sind immer exemplarisch. KLEIN a. a. O. §. 72.

- b) KLEINSCHRODT 2 Th. §. 7. ERHARD a. a. O. §. 124. Ueber Civil- und Criminalst. von ROBERT und KOCH, Gießen 1785.

§. 116.

Die peinlichen Strafen werden

- a) in *Capitalstrafen*, eingetheilt, welche entweder qualificirte, oder blosse simple Todesstrafen seyn können. Ob überhaupt die Todesstrafe als rechtmässig betrachtet werden kann, hat in neuern Zeiten vielen Streit erregt. Betrachten wir den Zweck der Strafe, so lässt sich die Todesstrafe blos in wenigen Fällen rechtfertigen a). Allein dies muss uns nicht veranlassen, anstatt der Todesstrafe, härtere Martern zu setzen, wodurch nach und nach der Mensch sein Leben endiget, dies würde die Menschheit entehren. Wenn gleich nur in wenigen Fällen, wie bey dem *Hochverrath* und gegen *Mörder*, sich die Todesstrafe noch vertheidigen lässt, so sollte doch eine Verschärfung derselben heutiges Tages gänzlich hinwegfallen b).

- a) Die Schriften über die Rechtmässigkeit und Unrechtmässigkeit der Todesstrafen, findet man genau in der Litteratur des Criminalrechts, § 57. angegeben; auch im Anhang zu Pastorets Betrachtungen, 1 Th. p. 269.

- b) CELLA über Todesstrafen und ob es zweckmässig und erlaubt ist, selbige durch quaalvolle Art der Hinrichtung zu schärfen? Gießen 1794. KLEINSCHRODT a. a. O. 3 Th. §. 11. Wie, wenn die Quaal wirklich nicht vorhanden ist, sondern blos für den Zuschauer Schauer erregt?

§. 117.

§. 117.

Zu den Capitalstrafen und zwar

- 1) zu den *qualificirten Lebensstrafen* zählt man, das *Säcken* a), das *Rad* b), von unten auf, oder von oben herab, das *lebendig Verbrennen* c), das *Viertheilen* d).

a) RAMOS TRIBONIANUS f. errores Triboniani de poena parricidii, Lugd. Bat. 1728.

b) C. C. C. art. 192.

c) DREYER de poena defossionis vivi et pali, Rost. et Wism. 1752.

BASTINELLER pr. de vivi sepult. Vit. 1730. ERHARD a. a. O. §. 100.

d) SCHAUMBURG pr. de sect. in partes, Iena 1746. Das Viertheilen und das Säcken sind in preuss. Staaten abgeschafft; allein die Radstrafe, sowol von oben herab als unten herauf, erkennt der neue Volkscodex noch, 2 Th. §. 108. und auch das lebendig Verbrennen, a. a. O. §. 109.

§. 118.

- 2) Zu den *simplen Lebensstrafen* zählen wir das *Schwerdt* a), *Galgen* oder *Strangstrafe* b). Die Schwerdtstrafe wird vermehrt, 1) durch Aufsteckung des Hauptes auf den Schandpfahl, 2) Flechtung des Körpers auf das Rad und 3) durch ein nicht christliches Begräbniss.

a) KLEINSCHRODT a. a. O. §. 12. Das Beil der Man- naya und die Guillotine sind in Deutschland un- gewöhnlich.

b) Ist infamirend. Man findet mehr über gedachte To- desstrafen in DOEPLERS Theatrum poenarum et suppl. 2 Th. DORN a. a. O. 1 Th. §. 40. Lit- teratur des Criminalrechts, §. 49. PASTORET a. a. O. p. 135—198.

§. 119.

- b) Zu den nicht Capitalstrafen zählen wir 1) *körperliche Strafen*. Zu diesen gehören theils a) fol-

solche, welche den Körper verstümmeln (*poenae corporales*), b) theils solche, welche bloß die Oberfläche des Körpers berühren, (*corporis afflictivae*). Zu den erstern wurden sonst die Abhauung der Hand, oder der Finger, die Abschneidung der Zunge, Nase und Ohren a), gezählt, aber heutiges Tages sind sie gänzlich außer Gebrauch b).

a) ERHARD a. a. O. §. 101.

b) KLEINSCHRODT a. a. O. §. 15.

§. 120.

Zu den körperlichen Züchtigungen zählte man das Aufhauen mit Ruthen, *Staupenschlag* a). 2) Das *Brandmarken* b), 3) den *Stockschilling* c).

a) WILDVOGEL *Diff. de jactu furtium*, Iena 1703. *Re-script d. d. Berlin 1744. Cabinetsordre*, 4r. Jan. 1745. KLEINS vermischte Ab. cap. 6. p. 61. in Hinsicht Sachsens *Generale* vom 30 Ap. 1783.

b) MAN (*prael. Mascov.*) *D. de stigmate faciei humanae non iniuriando ad L. 17. C. de poenis*. Hard. 1730. ERHARD a. a. O. §. 102.

c) BEIER *de virgindemia*, Ien. 1706. — KLEINSCHRODT a. a. O. §. 15—17. — Das WIPPEN *tratto di chorda*. f. BERGER *Diff. de tratto di chorda*, Lip. 1684. PASTORET a. a. O. p. 198—237.

§. 121.

Zu den nicht Capitalstrafen werden 2) die *Ehrenstrafen* gezählt. Diese bestehen 1) in einer bloßen Demüthigung, dahin gehöret, *Verweis*, *Widerruf* a) 2) mit öffentlicher Ausstellung, dahin gehöret der *Pranger* b) und *Straßpfahl*. 3) Solche, wo noch öffentliche Beschimpfung hinzukommt, z. B. das Tragen des *spanischen Mantels* c). 4) Die Entziehung gewisser Rechte, welche mit dem guten Namen verbunden sind d).

a) WEBER von Injurien, 2 Abth. ABBITTE, KLEINSCHRODT, §. 78. *Verweis* QUISTORP *rechtl. Bem.* N. 1, S. 1—27. ERHARD a. a. O. §. 113.

b) REI-

b) REITER im peinl. Recht. I Th. K. 15. §. 7. ERHARD a. a. O. §. 111. — Der gelbe Huth. ERHARD a. a. O. §. 112. Halseisen.

c) KLEINSCHRODT a. a. O. §. 81.

d) Z. B. Beraubung des Adels, Ausschluss aus Zünften.

§. 122.

Die *Ehrlosigkeit* wird in eine mittelbare und unmittelbare, in eine *infamia facti et iuris* eingetheilt. Allein diese Eintheilung beruht auf unrichtigen Gründen, weil, wenn die Ehrlosigkeit eintreten soll, nothwendig eine Erkenntniß des Richters vorhanden seyn muß a). Durch die Strafe kann auch die Ehrlosigkeit bewirkt werden b).

a) KLEINSCHRODT a. a. O. §. 84. Kann und soll der Staat mit Ehrlosigkeit strafen? *Ebend* §. 74. SEIF von der Unterf. der ehrenrührigen Strafen nach römischen und teutschen Gesetzen. Gætt. 1750.

LACRETELLE discours sur le prejuge des peines infamantes. Paris 1784.

b) Sind von KLEINSCHRODT §. 89. angegeben. ERHARD §. 110. PASTORET a. a. O. 237—265.

§. 123.

3) Ferner gehören hierher solche Strafen, welche die *Freyheit* des Menschen beschränken, dahin gehört a) die *Landesverweisung*, welche aber heutiges Tages in den meisten Ländern abgeschafft ist a). b) *Verweisung*, *Confination* b). c) *Zuchthausstrafe* c). d) *Festungsstrafe* d). e) *Verdammung zu öffentlichen Arbeiten* e). f) *Gefängnißstrafe* f). g) *Galeerenstrafe* g).

a) KLEINSCHRODT a. a. O. §. 46. Iedoch f. I. M. WEBER de relegatione, Bamb. 1795. ERHARD a. a. O. §. 113.

b) An. RAUMBERGER D. de confinementis five exilii domestici poena. Arg. 1667. — Reichsacht. KLEINSCHRODT §. 55.

c) SCHAV-

c) SCHAUMANN kritische Ab. S. 245. Litteratur d. Criminalrechts. §. 63. KLEINSCHRODT §. 24—30. §. 35.

d) ERHARD §. 103. §. 104.

e) KLEINSCHRODT über die Strafe der öffentl. Arbeiten. Wetzl. 1789. HEYNER de damnat. ad metall. Lips. 1794. welcher vorzüglich auf das R. R. Rücksicht nimmt.

KNOETZSCHKE von der Verdammung der Missethäter zum Bergbau. Leip. 1795.

f) TREITLINGER de poena carceris. Arg. 1743.

g) PASTORET Betrachtungen über die Strafgesetze. 2 Th. 2 Kap. V. Ab. ERHARD a. a. O. §. 109.

§. 124.

4) *Vermögens- und Geldstrafen.* Zu den Strafen, welche das Vermögen betreffen, gehört vorzüglich die *Confiscation* a), welche entweder auf das ganze Vermögen, oder *bloß auf einen Theil* desselben geht. Die Confiscation des ganzen Vermögens, kann nur noch nach der Praxin gegen die Majestätsverbrecher erkannt werden, obgleich dagegen die Theorie streitet b). Einzelne Vermögensstücke werden besonders bey Verletzung der Polizey-, Accise- und Zollgesetze eingezogen c).

a) C. F. WINCKLER D. de lucro et confiscatione an et quatenus vi iurisdictionis pat. perc. Kil. 1778. *Lehngüter* können hierher nicht gezogen werden.

b) KLEINSCHRODT a. a. O. §. 63. 65—67. C. C. C. art. 218.

c) All. L. 2. 8. §. 516. 2. 20. §. 285. KLEIN a. a. O. §. 91.

§. 125.

Geldstrafen werden nach der Caroline, bey Beschneidung der Münzen, bey kleinern Diebstählen, bey dem Furtto manifesto a) erkannt. Dem Richter gebührt in der Regel nicht die Geldstrafe, sondern dem Fiscus b).

a) C. C. C.

a) *art. III. 157. 158.*

b) l. 5. C. de modo mulctarum. Das preussische Recht verordnet das Gegentheil II. 17. §. 119. des *All. L.* ERHARD a. a. O. §. 115. WEIDLER *Diss. de eo quod iust. est circa mulctas.* Vit. 1733.

§. 126.

Strafen gegen *Todte* erkennt zwar die teutsche Praxis noch, allein sie beruhen auf unrichtigen Grundsätzen a). Die Strafe, welche an dem *Bilde* des entflohenen Verbrechers vollzogen wird, gereicht zur Belustigung der Zuschauer, und stiftet keinen Nutzen b).

a) KLEINSCHRODT §. 91 — 94. QUISTORP a. a. O. §. 94.

b) STELZER a. a. O. cap. 9. §. 3. WINCKLER *Opus. I.* n. 16.

§. 127.

Die Strafen können theils *gemeine*, theils *besondere* seyn. Zu den letztern zählen wir vorzüglich die militairischen Strafen a), und diejenigen, welche gegen die Diener des Staats erkannt werden b).

a) Hierher gehöret das *Arquebusiren*; *Gassenlaufen*, *Fuchtel*, und *Krummschliessen* — infame Cassation. KLEINSCHRODT a. a. O. §. 20. Die Steigriemen sind meistens wegen ihrer Schädlichkeit abgeschafft; zu wünschen wäre es, daß auch die Spiessruthen bald verbannt würden.

b) *Suspension, Cassation.* — Von den sogenannten geistlichen Strafen im Kirchenrecht. — Von der *Kirchenbusse*? *Verstossung ins Kloster*? KLEINSCHRODT §. 31. STELZER §. 116. *Comp. iur. crim.* §. 101—105.

§. 128.

Die Strafen werden ferner in *ordentliche*, und *ausserordentliche* eingetheilt. Die *ausserordentliche* ist diejenige, welche nicht in den Gesetzen auf das Verbrechen gesetzt ist a). Ueberlässt das Gesetz die besondere Bestimmung der Strafe dem Richter, so wird sie

E

will-

willkührliche genannt b), welche auch eine ordentliche seyn kann. Die willkührliche Strafe tritt auch alsdann ein, wenn dem Richter unter mehreren Strafen die Wahl gelassen ist c).

a) KLEINSCHRODT, 3 Th. §. 3. Diese ist bald härter bald gelinder als die ordentliche. KLEINS Annal. 13 B. n. 8. A. L. 2. 20. §. 31—34. ERHARD §. 125.

b) Wovon im §. 134.

c) STELZER a. a. O. §. 161.

§. 129.

Die Strafe ist entweder *zweckmæssig*, oder *unzweckmæssig*. Zu der Zweckmæssigkeit der Strafe wird 1) erfordert, dass sie öffentlich vollzogen wird a), 2) am Ort der begangenen That b), 3) dass sie so bald als möglich vollzogen wird c), 4) und kein Zweifel über die Erkennung derselben obwaltet d).

a) RUSCH Untersuchung der Wirkungen öffentlicher Strafen auf die Verbrecher und die Gesellschaft. Leip. 1792. PÜTTMANN Sendschreiben an RUSCH. Leip. 1792. KLEINSCHRODT. a. a. O. 2 Th. §. 25—30. PASTORETS a. a. O. 2 Th. 2 Cap. p. 44.

b) SCHRÖTER de summendo suppl. in loco ubi crimen perpet. est. Iena 1756.

c) KLEINSCHRODT. §. 33.

d) KLEINSCHRODT. §. 34—38. — Die Strafe geht ferner entweder auf die Erben über, oder nicht. KLEINSCHRODT. §. 38—40.

§. 130.

Die Vorzeit kannte noch mehrere Eintheilungen der Strafe, welche heutiges Tages keinen praktischen Nutzen gewähren, dahin gehöret z. B. die Eintheilung der Strafe, welche an *Haut* und *Haar*, an *Hals* und *Hand* geht a).

a) Vortrefliche Bemerkungen liefern über die Strafen, SCHAUMANN in kritischen Abhandlungen zur philos. Rechts-

Rechtslehre. Halle 1795. Abh. 12 und **ABICHT**, von Belohnung und Strafen. Erlangen 1796. 1 Th.

ZWEYTER UNTERABSCHNITT.

Von den

Rechten der höchsten Gewalt und den Pflichten des Richters in Rücksicht der Strafe.

§. 131.

Der höchsten Gewalt steht das Recht zu, die Freyheit der Unterthanen in soweit einzuschränken, als es das Wohl des Staats erfordert, und als es zum Schutz der natürlichen Rechte nöthig ist a). Der Regent kann deshalb nicht nur Strafgesetze ergehen, sondern auch diese darin bestimmte Strafe vollstrecken lassen. Dieses Recht gründet sich 1) in dem Recht des Staats als Beleidigten gegen den Beleidiger der natürlichen Rechte der Mitmenschen. 2) Kann auch die höchste Gewalt gegen jeden, der wider die Form und den Vertrag der Gesellschaft etwas unternimmt, Strafe verhängen b).

a) A. L. Einl. § 78 **SCHLOSSERS** Briefe über die Gesetzgebung, p. 212.

b) **KLEINSCHRODT**. a. a. O. 2 Th. §. 106. 107. **GENESI** del dritto di punire. Pav. 1791 **PASTORET** Betracht. über die Strafges. 1 Th. 3 Cap.

§. 132.

Bey Bestimmung der Strafe wird vorzüglich der Regent darauf sehn, ob durch eine unerlaubte Handlung die Grundfeste des Staats angegriffen werden, und der Grundvertrag mehr oder weniger untergraben wird. Dies wird den wahren Maasstab der Bestimmung der Strafe abgeben. Die Strafe wird daher

- 1) Beweggründe enthalten müssen, welche von Verbrechen abhalten und stärker sind als der Reiz, sie zu begehn.
- 2) Wird die Strafe kein grösseres Uebel enthalten dürfen, als durch das Verbrechen gewöhnlich gestiftet wird.

§. 133.

Der Schade kann nie der Maasstab zur Strafbestimmung werden a), diese Regel leidet nur dann eine Ausnahme, wenn zwey Verbrechen von einerley Art vorhanden sind, die unter einerley Umstænden begangen werden, so kann der Schaden zum Maasstabe dienen b).

a) KLEIN vermischte Abh. St. 2. S. 45. behauptet das Gegentheil.

b) KLEINSCHRODT a. a. O. §. 14—17.

§. 134.

Die Pflicht des Richters besteht hauptsächlich darin, daß er das Verbrechen nach allen seinen Umstænden gehörig ausmittelt, um nachher das Strafgesetz auf den Verbrecher anwenden zu können. Das Strafgesetz kann nun entweder eine Strafe festgesetzt haben, oder der Regent hat es der Willkühr des Richters überlassen, bey vorkommenden Fällen eine Strafe zu bestimmen. In dem erstern Fall kann die Strafe deutlich angegeben seyn, und das Verbrechen genau auf den in den Gesetzen angegebenen Fall passen, oder nicht: hier ist es nothwendig, daß der Richter zur Auslegung des Gesetzes seine Zuflucht nimmt.

§. 135.

Bey Auslegung der Strafgesetze wird der Richter vorzüglich folgende Regeln zu beobachten haben. Der Richter kann

- 1) dann zur ausdehnenden Erklärung eines Gesetzes seine Zuflucht nehmen, wenn eine That in Gesetzen nicht

nicht genannt ist, aber doch den Begriff der dort ausgedrückten Fälle an sich trägt, und der Grund des Gesetzes bey ihr vollkommen anwendbar ist a).

2) Er darf seine Auslegung des Gesetzes nur auf Voraussetzung derjenigen Absicht gründen, die der Gesetzgeber unmittelbar durch die Worte des Gesetzes erklären wollte.

3) Die Absicht muß aus dem Zusammenhang der Worte, und aus dem bekanntlichen Verhältnisse des Redenden und dessen, zu welchem geredet wird, erhellen.

4) Auch die ausdrückliche erklärte Absicht des Gesetzgebers darf über die von ihm selbst bestimmten Fälle nicht ausgedehnt werden.

a) KLEINSCHRODT a. a. O 2 Th. §. 115 — 120.

b) KLEIN Annal. I B. S. 365.

§. 136.

Des Richters Pflicht ist es ferner, wenn die Gesetze keine Strafe bestimmt haben sollen, vorzüglich auf folgende Stücke zu sehn:

a) Wenn dem Richter überlassen ist, unter mehreren Strafen eine zu wählen, so nehme er die, welche mehrere Zwecke in sich vereiniget, und unter zwey Strafen die, welche den wichtigsten Zweck befördert a).

b) Von zwey gleichen Strafen wähle der Richter die, die den Beschädigten schadlos stellt, und die, welche den Staat mehr als die andere gegen den Verbrecher sicher stellt b).

c) Sind zwey Strafen von gleicher Wirkung, so erkenne er die, die ein geringers Uebel enthält. Die willkührlichen Strafen können aber nie bis zur Todesstrafe ausgedehnt werden c).

a) GLE-

- a) GLOBIG und HUSTER Abh. S. 61.
 b) FILANGIERI B. 4. K. 27. KLEINSCHRODT a. a. O.
 § 133 SATTLER (praef. Kees) Diff. de electione in
 poenis altern. non reo sed iudici tribuenda. Lips.
 1786. 4.
 c) Was auch dagegen von BOEHMER ad art. 105. §. ult.
 MATTHAEI, de crim. prol. C. 4. n. 11. gesagt wird.

§. 137.

Der Richter muss auch darauf achten, dass die erkannte Strafe genau ausgeübt wird, und dass der Scharfrichter oder die Gerichtsdienner den Verbrecher weder schonen noch quälen.

DRITTER UNTERABSCHNITT.

V o n

der Mildrung und Schärfung der Strafe.

§. 138.

Die ordentliche Strafe tritt dann ein, wenn die gesetzwidrige Handlung vollkommen vorhanden ist, und gehörig zugerechnet werden kann; in diesem Fall kann daher keine Mildrung derselben gedacht werden. Unter *Mildrung der Strafe* verstehen wir die *Abweichung von der in Gesetzen oder durch die Observanz bestimmten Strafe zum Vortheil des Strafeleidenden, vermöge eines besondern Grundes*. Die Mildrungsgründe sind entweder *allgemeine* oder *besondere*, letztere kommen bey den einzelnen Verbrechen vor.

Anm Unterschied zwischen rechtlichen und aus Gnade entstandenen Mildrungsgründen.

§. 139.

Die Mildrungsgründe, deren gewöhnlich eine Menge angegeben werden, lassen sich füglich unter folgende Classen bringen.

a) Solche

- a) Solche, welche von der Person des Verbrechers hergenommen sind. Dahin zæhlt man gewœhlich
- 1) den *Stand* und *Wûrde* desselben, allein diese geben keinen gegrûndeten Milderungsgrund ab a).
 - 2) Verwandtschaft, und zwar alsdann, wenn der Verbrecher aus Liebe zu seinen Verwandten die That beging, oder mit dem Beschædigten verwandt ist b).
 - 3) Bey willkûhrlichen Strafen nimmt man auch die besondere Kunst, Geschicklichkeit eines Menschen als Milderungsgrund an c).
 - 4) Kœrperliche Schwæche.
 - 5) Der groÿse Anreiz von andern bewirkt d).
 - 6) Langwieriges Gefængniss e).
 - 7) Reue und vermuthete Besirung des zu Strafenden f).

a) HAGEMEISTER de causis mitig. poen. th. 44. KLEINSCHRODT §. 69. l. 8. C. de episc. et cler. N. 154. C. I. C. 12. de reg. iur. in 6. C. 17. de accus. C. 8. de statu monach. C. C. C. art. 158.

b) QUISTORP. P. R. §. 67. und in Beyl. S. 486.

c) PÛTTMANN, an et quatenus reorum in rem publicam merita in causis levandae poenae num. sint? op. iur. crim. p. 295. WESTPHALS Criminalr. Anm. 34. §. 34. doch f. §. 141.

d) Z. B. durch mehrere. KLEINSCHRODT. §. 77. 78.

e) QUISTORP. §. 112.

f) BREUNING quaest. iur. contr. an vitae bene ast. prob. sit defensor. Lips. 1778. Ich kann nicht als Milderungsgrund, *Religionsænderung*, *groÿse Anzahl der Kinder*, und den *Ablauf der halben Verjæhrungszeit* annehmen. MÛLLER de causis mit. poenam in delict. Cob. 1777. All. Land. II. XX. §. 60—63. Meine Abhandlung. §. 47. n. 17.

§. 140.

- b) Solche Milderungsgrûnde, welche von den Eigenschaften des Verbrechers selbst hergenommen werden kœnnen. Diese kœnnen denn eintreten, wenn das Verbrechen entweder noch nicht vœllig existir-

stirte a), oder wenn es auch gleich vöellig vorhanden war, gewisse Umstände eintraten, welche die Strafbarkeit der Handlung vermindern, wozu vorzüglich die Compensation, Vergleich, Nachlass oder Ersatz des Schadens, Fürbitte und Vergebung des Beleidigers gezählt werden b).

a) Hierher gehöert geringer Grad von Gefahr, bisweilen geringe Gewalt. Der Schaden kann aber keinen Milderungsgrund abgeben, sonst müßten wir einen veränderten Grad der Strafe annehmen: allein f. KLEIN §. 173. Wie aber, wenn ein gewisser Nutzen durch das Verbrechen entstand? KLEIN-SCHRODT. §. 8.

b) KLEINSCHRODT. §. 87. u. f. w. STELZER §. 230. I. KLEIN de mitigatione poen. favore matrim. Rost. 1697. CARMON de intercessione foemin. Rost. 1734.

§. 141.

Aus dieser Darstellung ersieht man, daß nur bey solchen Strafen, welche schon festgesetzt sind, Milderung statt hat. Bey Strafen, welche durch Willkühr des Richters festgesetzt werden, und wobey er nur auf allgemeine Vorschriften zu sehn verpflichtet ist, ist keine Milderung denkbar; denn wir reden hier blos von solchen Milderungsgründen, worauf der Richter gleich bey Untersuchung des Verbrechens zu sehn hat, und nicht von solchen, aus welchen der Regent sich berechtiget glaubt, die Strafe zu mildern, denn diese gebrauchen jener gesetzlichen Vorschriften nicht a). Durch die veränderte gemilderte Strafe entsteht kein außerordentliches Verbrechen.

a) Ueber diese Materie überhaupt ist zu merken. HOFFMANN de poena ordinaria nonnunquam mitiganda. Lips. 1762. HEISLER D. de iust. poen. mit. caus. Hal. 1752. STELZER Grundsätze. Kap. 10. §. 4—11.

§. 142.

Wenn die Strafe geschärft werden soll, so muß im vorliegenden Fall ein größerer Grad von Bosheit vor-

vorhanden seyn, als der ist, den der Gesetzgeber vor Augen hatte, als er das Gesetz entwarf a). Die Gründe, welche den Richter veranlassen, die Strafen zu schärfen, können vorzüglich folgende seyn:

- 1) Wenn ein sehr grosser Grad von Bosheit vorhanden war, und das Verbrechen mit schrecklichen Grausamkeiten verübt wurde.
- 2) Wenn der Schaden vermehrt wurde, grosse Beschädigung, boshafter Weise veranlaßt, vorhanden war.
- 3) Wegen Ort, Zeit und Gelegenheit, letztere gibt sowol einen Grad zur Schärfung als Milderung ab.
- 4) Wiederholung der Verbrechen.
- 5) Nahe Verwandtschaft mit dem Beleidigten b).

a) KLEINSCHRODT. §. 103—104.

b) Wegen des preuss. Rechts, KLEIN a. a. O. §. 164. u. f. w.

VIERTER UNTERABSCHNITT.

V o n

der Verwechslung der Strafe und Proportion derselben.

§. 143.

Wenn der Regent und der Richter veranlaßt werden, die einmal in den Gesetzen bestimmten Strafen zu verändern, so müssen besondere Gründe vorhanden seyn, warum eine solche Veränderung statt hat. Der Landesherr würde gegen den Verbrecher ungerecht handeln, wenn er ihm, ohne einen Grund zu haben, eine mit den Gesetzen nicht verhältnissmässige Strafe, bestimmte.

§. 144.

§. 144.

Wenn gleich in der Regel dem Richter nicht gebührt, die Strafe zu verwandeln, oder eine ähnliche an die Stelle der gesetzlichen zu setzen, so können doch folgende Fälle ihn dazu veranlassen. a) Wenn der Wille des Gesetzgebers vorhanden ist, oder es physisch oder moralisch unmöglich ist, die Strafe zu vollziehen; b) der besondere Vortheil des Staats, wobey man auf das, was schon im §. 139. gesagt ist, Rücksicht nehmen muß.

§. 145.

Mit dieser Lehre ist unmittelbar die sehr schwere aber wichtige Lehre von dem Verhältniß der Strafen unter einander verbunden, wovon nur hier allgemeine Grundlinien angegeben werden können. 1) Je grösser, je anhaltender, je zusammengesetzter der Zweck ist, desto grösser ist die Strafe a). 2) Je grösser je unerfetzlicher das Recht ist, welches durch diese verloren geht, desto grösser ist sie. 3) Je mehr Rechte zugleich angegriffen werden, je länger es dauert, bis das verlorne Recht wieder kann erlangt werden, desto mehr steigt das Strafübel b).

Anm. 1) Lebensstrafen sind die grössten Uebel, und unter diesen die *schwersten*, wodurch zugleich ein Schmerz und Leiden verursacht wird; die *leichtesten* die, welche schnell das Leben dem Menschen rauben. 2) Unter Leibesstrafen werden die grösser geachtet, wodurch ein Glied dem menschlichen Körper geraubt wird, als die so nur in Zufügung eines Schmerzes des Leibes bestehn, und unter diesen sind die die grössten, deren Schmerz der anhaltendste ist. Die Ehrenstrafen, wodurch die äussere Achtung mehr verringert wird, sind grösser, als wodurch dies nicht geschieht.

a) QUISTORPS Verf. einer richtigen Bestimmung des Verhältnisses der gemeinen in Deutschl. üblichen Strafen gegen einander. Beyt. 2 St.

HAUPTER Gedanken über einige Punkte des Criminalrechts N. 2. ENGELHARD Versuch eines allg. peinl. Rechts 3 Hauptab.

- b) (MÜLLER) *Abhandlung* über den Maassstab der Verbr. und Strafen. Iena 1789. 8. PASTORETS a. a. O. 2 Th. p. 292. 4 Cap. KLEINSCHRODT a. a. O. 3 Th. §. 110—127. ERHARD. a. a. O. §. 117—122. All. Land. a. a. O. §. 85—90. Ausnahme. 2. 12. §. 95.

FÜNFTER UNTERABSCHNITT.

V o n

Aufhebung der Strafe.

§. 146.

Die Strafe konnte nach R. Recht durch einen *Vergleich* des Beleidigten mit dem Beleidiger, welcher auf Schadenerfatz und Privatstrafe ging, aufgehoben werden a); auch gestattete dieses einen Vergleich mit dem Anklæger und Anzuklagenden in gewissen Fällen b). Nach teutschen Rechten ist aber jeder Vergleich wegen der *Strafe*, er mag zwischen dem Richter, oder dem Beleidigten mit dem Beleidiger eingegangen seyn, als ungültig und widerrechtlich zu achten c).

a) l. 7. §. 14. D. de pactis. l. 54. §. 5. D. de furtis.

b) l. 7. de praevar. l. 18. C. de transact. (excepto adulterio, sagt das Gesetz.) l. 1. D. de bon. eor. NOODT im Diocl. et Maximil. seu de transact. et pact. crim. C. 2. QUISTORP. §. 103 104.

c) Auch selbst den Fall nicht ausgenommen, den mehrere annehmen, (QUISTORP. §. 104. PAALZOW. §. 168.) wenn die Sache zu verwickelt seyn sollte CHLADENIUS de arbitrio iudicis in commentandis poenis. Witt. 1728.

§. 147.

Die *Compensation* a) kann zwar wohl den Schadenerfatz bey æhnlichen Verbrechen aufheben, nicht
aber

aber die öffentliche Strafe; und es gibt nur sehr wenige Fälle, wo auch hier eine Aufhebung derselben gedacht werden kann b).

a) KAPF. (resp. EISENBACH) de compensatione circa maleficia vel quasi occasione l. 36. D. de dolo malo. Tubing. 1778. §. 15. 16.

b) Retorsion bey den Injurien; wenn der Verbrecher etwas von dem Fiscus zu fordern hat.

§. 148.

Ferner kann auch durch die *Verjährung* die *Straflosigkeit* bewirkt werden. Unter *Verjährung der Strafe* verstehen wir eine Art von erlöschender *Verjährung*, wodurch die Untersuchung eines Verbrechens durch Ablauf einer in Gesetzen bestimmten Zeit unterdrückt, und die Strafbarkeit desselben aufgehoben wird a). Die Verjährung in peinlichen Fällen hat durch die Römischen Gesetze ihren Ursprung erhalten, ob sie gleich in gewissen Fällen durch die teutschen Gesetze abgeändert wurde b).

a) f. m. *Abh.* über die Verjährung der peinlichen Strafe. Halle 1796. §. 5. 6.

b) PASTORETS Betracht. 2 Th.

§. 149.

Der Grund der Verjährung ist weder der, weil alle gerichtlichen Klagen an einen gewissen Zeitraum gebunden sind a), noch in der inzwischen erfolgten Verbesserung des Verbrechers zu suchen b), weil hierin nicht der Zweck der Strafe liegt, sondern allein in dem Grundsatz, daß die Strafe, welche dem Verbrecher gleich folgt, ohne langen Zwischenraum, die zweckmässigste ist c).

a) QUISTORP. 2 Th. §. 410.

b) KLEIN a. a. O. 184.

c) f. meine angeführte *Abh.* §. 15.

§. 150.

§. 150.

Die Verjährung der peinlichen Strafe findet bey jedem Verbrechen statt, ob man gleich den Vätermord, Majestätsverbrechen und mehrere andere auszunehmen pflegt a). Der Zeitraum, welcher in den Gesetzen zur Verjährung erfordert wird, richtet sich nach dem Verbrechen selbst, alle *Fleisches Verbrechen werden in fünf* b), außer der Nothzucht und dem Jungfern- oder Weiberraub c), alle *übrigen* aber in einem Zeitraum von zwanzig Jahren verjährt, die Zeit selbst aber wird *naturaliter* d) nicht civiliter gezählt.

a) meine Abh. §. 48. u. f. w.

b) meine Abh. §. 19. §. 48. §. 68.

c) §. 66. §. 67.

d) meine Abh. §. 89.

§. 151.

Die Verjährung fängt mit dem Augenblick an, da das Verbrechen vollendet ist. Bey den fortgesetzten Verbrechen gilt die Regel, die Verjährung läuft von der letzten Handlung: bey den wiederholten Verbrechen werden eben so viele Verjährungszeiten erfordert als Verbrechen vorhanden sind: welches auch von den zusammen laufenden Verbrechen gesagt werden kann.

§. 152.

Die Verjährung der peinlichen Strafen wird

- 1) bey dem accusatorischen Prozeß unterbrochen, wenn die Citation von dem competenten peinlichen Richter gehörig dem Verbrecher ist insinuiert worden;
- 2) Bey dem inquisitorischen Prozeß wird die Verjährung sowol durch die General- als Specialinquisition gehoben, nicht aber allein durch erstere.

3) Bey

- 3) Bey dem Bannprozeß alsdenn, wenn die öffentliche Ladung geschehen ist.

§. 153.

Die Wirkungen einer unterbrochenen Verjährung sind folgende: a) Sobald der Verbrecher ist absolvirt worden, fängt die Verjährung wieder zu laufen an, nur nicht dann, wenn er durch die Flucht sich der peinlichen Untersuchung entzogen hat. b) Die unterbrochene Verjährung steht nicht nur dem Verbrecher bey dem Gericht entgegen, welches sie unterbrach, sondern auch bey jedem andern Gericht. c) Die unterbrochene Verjährung hat blos auf das Verbrechen Bezug, weshalb der Verbrecher in Untersuchung gerieth, nicht wegen anderer.

§. 154.

Durch die Verjährung wird die peinliche Strafe gänzlich aufgehoben, nicht aber das peinliche Verfahren, da der Richter erst von der Verjährung Wissenschaft erlangt haben muß. Die Civilansprüche hingegen werden dadurch nicht aufgehoben, wenn sie nicht in der nemlichen Zeit nach den Gesetzen verjährt werden.

Anm. Von der Verjährung bey den einzelnen Verbrechen wird im speciellen Theil gehandelt. Die Gründe, warum heutiges Tages die Verjährung nicht mehr statt haben sollte, und auch in vielen Ländern aufgehoben ist, findet man in meiner mehrmals angeführten Abhandlung in der Vorrede.

§. 155.

Die Strafe kann auch durch den Landesherrn aufgehoben werden, entweder vor oder nach der peinlichen Untersuchung, im erstern Fall nennt man den Erlass der peinlichen Strafe *Abolition* ^{a)}, im letztern *Begnadigung* ^{b)}. Die Abolition will man gänzlich aufgehoben wissen, und die Begnadigung in engere Grenzen einschließen. Auch letztere würde heutiges Tages unzweck-

zweckmässig seyn, wenn wir bessere peinliche Gesetze in Teutschland besäßen c). Den Römern war ebenfalls das Begnadigungsrecht, obgleich nicht in der freien Republik bekannt d).

- a) STELZERS Criminal. §. 252—254.
- b) KLEINSCHRODT a. a. O. 2 Th. §. 108—III. KLEIN a. a. O. §. 180. PASTORET 2 Th. 17 Cap. FILANGIERI System der Gesetzgeb. 4 B. S. 720.
- c) MALBLANC Geschichte der peinl. Gerichtsord. Kap. 2. §. 10. PFLAUM Entwurf zu einer bamberg. peinl. Gesetzgeb. 3 Th. §. 78.
- d) BACH ad ius aggrat. §. 21. GLAESER de gratia deliquent. facienda. §. 109. Tit. C. de sent. passis et rest. und de generali abolit.

§. 156.

Begnadigung des Verbrechers ist ein Recht des Regenten; wir verstehn darunter den Erlass der Strafe nach geendigtem Criminalprozess aus Gnade des Landesherrn. Durch die Begnadigung kann die Strafe entweder ganz oder zum Theil aufgehoben, oder auch in eine andere minder grosse verwandelt werden a). Nur in sehr wenigen Fällen kann die Begnadigung als zweckmässig angesehen werden: ich rechne hierher vorzüglich folgende. a) Wenn der Verbrecher dem Staat außerordentliche Vortheile gewähren kann, und die Gnade mehreren Nutzen als die Strafe stiftet. Doch auch in diesem Fall würde Mildrung der gesetzlichen Strafe zweckmässiger seyn. b) Wenn der Stand des Verbrechers eine solche Begnadigung nothwendig machen sollte, wenn durch die Bestrafung das Ansehn des ganzen Standes geschwächt werden würde b). c) Wenn ohne Erfolg die Untersuchungsmittel in peinlichen Fällen angewandt worden, um mehrere Verbrecher zu entdecken, so kann der Landesherr dem Gnade ertheilen, der ihm jene entdeckt c). Die Wiedereinsetzung in

in vorigen Stand wird immer noch die unschädlichste Art der Begnadigung seyn d).

- a) Durch die Begnadigung werden die Civilansprüche des Beleidigers nicht aufgehoben.
- b) MEISTERS Abh. über den *Einfluss*, welchen der Stand des Verbr. auf die Strafe hat. (Plitts Repert. I. N. I.)
- c) Catharinens II. *Instruct.* S. 58. 59. was auch dagegen FILANGIERI a. a. O. S. 725. behauptet, wegen dem preuss. Rechte ist die *P. Criminalver.* C. II. §. 3. und *verbesserte Inst.* V. v. 1713 §. 12. zu bemerken.
- d) STELZER a. a. O. §. 256.

§. 157.

Durch die Zuflucht des Verbrechers in die Freystädte kann die Strafe durchaus nicht aufgehoben werden a): hat sich jemand an einen solchen Ort geflüchtet, so muss er dem ordentlichen Richter aufgeliefert werden, diejenigen, welche ihn dort verborgen halten, sind strafbar b).

a) PASTORET a. a. O. 2 Th. 18 tit.

b) SCHNAUBERT im prot. Kirchenr. §. 302.

(B)

Befonderer Theil.

ERSTES HAUPTSTÜCK.

V o n

Staatsverbrechen.

ERSTE ABTHEILUNG.

V o n

den gemeinen Staatsverbrechen.

ERSTE UNTERABTHEILUNG.

V o n

solchen Verbrechen, welche zugleich die Sicherheit
vor gegenwärtigen Beleidigungen stören.

ERSTER ABSCHNITT.

Verbrechen wider die Majestät.

(a)

Hochverrath.

Lud. MENCKEN de crimine perduell. eiusque poena.
Viteb. 1727.

H. V. ADRICHENI Diff. de poena perduell. veroque sensu
L. quisquis C. ad L. Iul. Majest. Lugd. Batv. 1784.

Ueber Majestätsrechte überhaupt. Inspr. 1784.

HAUBOLD Diff. de lege Maj. pop. rom. lat. ante leg. Iul.
Maj. Leip. 1786.

F

§. 158.

§. 158.

Die Pflichten der Bürger des Staats sind theils gemeine, theils besondere, jene müssen alle Mitglieder des Staats beobachten, diese nur einzelne Mitglieder desselben, ob sie gleich auch zur Beobachtung der gemeinen Pflichten verbunden sind. Die boshafte Verletzung der gemeinen Pflichten bildet ein gemeines, und die Verletzung der besondern Pflichten ein besonderes Staatsverbrechen: jene müssen nothwendig weit grösser als diese seyn, indem durch jene der Staat einen grössern Schaden erleidet, die Grundfesten desselben erschüttert werden, daher wir auch von diesen zuerst handeln wollen.

§. 159.

Die *gemeinen* Staatsverbrechen haben, vermöge ihrer Quantität, besondere Grade; die Grösse des Nachtheils und der Gefahr, welche durch sie dem Staat geschieht, giebt uns den Maassstab zur Classification derselben.

§. 160.

Der Inhaber der Hoheitsrechte im Staat besitzt eine gewisse Würde, welche man *Majestät* nennt, die nicht blos in einem leeren Namen besteht, sondern die Ehrfurcht andeutet, welche ein Staatsmitglied der höchsten Gewalt schuldig ist. Der Unterwerfungsvertrag umfaßt gewisse Verbindlichkeiten der Unterthanen gegen diese höchste Gewalt, welche theils auf die Beförderung der allgemeinen Zwecke der Staatsverbindung gehn, theils auf die besondern Pflichten, welche jeder Staatsbürger dem Repräsentanten des Staats schuldig ist. Boshafte Verletzung dieser Pflichten, unmittelbare Beleidigungen des Staats machen die Majestätsverbrechen aus. Unter *Majestätsverbrechen* verstehn wir solche Staatsverbrechen, wodurch die Majestätsrechte,
d. h.

d. h. diejenigen Befugnisse, welche mit der obersten Staatsgewalt unzertrennlich verbunden sind, beeinträchtigt werden. Durch die Majestätsverbrechen wird sowol der ganze Staat als auch der Repräsentant desselben beleidiget.

§. 161.

Hochverrath (crimen perduellionis) ist jede feindliche unmittelbare Handlung eines Staatsbürgers gegen das gesetzliche Oberhaupt der Gesellschaft, oder der ganzen Gesellschaft. Der Staatsbürger, der bemüht ist, die Staatsverfassung umzuwälzen, *Aufbruch* in dem Staat zu erregen, wodurch jene bewirkt werden soll, der *Verräther* seines Vaterlandes wird, der den *Regenten* oder seine *Minister mordet*, muß als ein Feind des Vaterlandes, als der Unwürdigste in der Staatsverbindung betrachtet werden.

§. 162.

Der Hochverrath kann blos von solchen Unterthanen begangen werden, welche dem Staat Treue geloben, dem Repräsentanten desselben huldigten; von Bürgern, und Einwohnern des Staats, die den Schutz desselben genießen a). In Deutschland wird dieses Verbrechen in Hinsicht des Reichs, gegen den *Kayser*, R. König, die Churfürsten, in Hinsicht der einzelnen Territorien direct gegen den Staat, indirect gegen Inhaber der Hoheitsrechte begangen b).

a) Fremde, Vasallen sind nicht als Hochverräther zu betrachten.

b) Gegen die Kayserin, gegen die Landesfürsten und apagnirten Prinzen kann er nicht begangen werden.
Koch Inst. iur. crim. §. 567.

§. 163.

Die *Theilnahme* an diesem Verbrechen kann verschiedentlich begründet werden, doch ist der nur ein

entfernter Theilnehmer, welcher unterläßt, dieses Verbrechen zu entdecken a). Die *Anzeigen* gewähren gefundene Verschwörungsplane, entdeckter heimlicher Briefwechsel mit den Feinden des Vaterlandes u. d. g.

a) SODEN Geist der peinl. Gesetze. p. 143.

§. 164.

Die Strafe, welche von *Arcadius* und *Honorius* a) auf den Hochverrath gesetzt wurde, war den ältern gesetzlichen Strafen nicht ähnlich b). *Carl*, der Vierte, nahm zwar die Bestimmung derselben in die G. B. (Cap. 24.) auf, allein *Carl*, der Fünfte, schärfte in einiger Rücksicht die Strafe c). Wenn wir diese Gesetze zusammen stellen, so ergibt sich, daß

- 1) auf die Hochverräther die Strafe des Viertheilen erkannt werden und
- 2) Ihr Andenken gänzlich vertilgt werden soll;
- 3) ihre Güter dem Fiscus anheimfallen;
- 4) Ihre Kinder aber, und zwar die Söhne mit der Infamie belegt, den Töchtern aber aus dem Nachlaß der Mutter der Pflichttheil gelassen werden soll.

a) l. 5. C. ad L. T. Maj.

b) Die Strafe unter der freyen Republik und den Kaysern, war bis zu dieser Zeit weit gelinder. PAULUS, Recep. Sent. l. Tit. 29.

c) P. G. O. art. 124.

§. 165.

Die Grausamkeit dieser Strafe ist durch den Gerichtsgebrauch in einiger Rücksicht abgeändert. Der Hochverräther wird mit dem Rad- oder mit der Schwerdtstrafe a), welche aber meistens erschwert ist, belegt, jedoch ist die Confiscation aller Allodial-Güter des Hochverräthers beybehalten worden, welche dem

dem Landesherrn zufallen b). Entehrend für unser Zeitalter wird es seyn, wenn man die unschuldigen Kinder c) mit irgend einer Strafe belegen würde. Eben so unphilosophisch würde es seyn, wenn man den Conat eben so strafen wollte, als das Verbrechen selbst d). Die Theilnehmer werden nach der Grösse der Theilnahme, theils mit einer härtern theils gelindern Strafe belegt.

a) A. L. R. f. Preuss. Staat. 2. XX. 2 Ab. §. 93. belegt den Hochverræther mit der härtesten und schrecklichsten Leibes- und Lebensstrafe. (f §. 102.) — GRAEVE Reformation d. peinl. Gesetze §. 35.

b) W. C. art. 21. §. 4. Die Rechtslehrer sind der Meinung, daß auch die Lehnsgüter confiscirt werden müssen, und für die Söhne verloren gehn, allein dieses streitet gegen die Gesetze; die Felonie des Vaters ist dem Kinde nicht zuzurechnen, das Lehn rührt vom ersten Erwerber. BURCHARDI Beweis, daß es unbillig sey, wegen der v. Eltern begangenen Felonie, die Kinder mit dem Verlust des Lehns zu strafen. ZEP. Abh. 2 Th. N. XIII. — Sollte überhaupt nicht die Entziehung der Güter die Kinder zur Rache reizen?

c) Freylich können sie an den Gütern ihres Vaters keinen Antheil mehr haben.

d) Wie d. G. B. bestimmt. — Vertilgung des Andenkens des Feindes des Vaterlandes, durch Zerbrechung des Wappens, und anderer Zeichen ist zweckmæssig. —

§. 166.

Die Strafe wird erlassen, wenn einer von den Mitschuldigen das Vorhaben entdeckt, und gemildert, wenn der Hochverræther durch die Tyranney des Landesherrn oder der Staatsdiener zur Begehung dieses Verbrechens gereizt wurde. Die Menge von Ausnahmen a), welche die Ausleger der Gesetze bey den Untersuchungen dieses Verbrechens sich bildeten, erkennt dann der Gerichtsgebrauch, wenn sie vernünftig c) sind.

a) BOEHMER C. C. C. ad art. 124.

LEYSER, Sp. 548.

MATTHÆI de criminib. Cap. 1. §. 7.

b) a REDEN de his qui in crim. L. Maj. occurrunt singularem. Brem. 1717.

c) Schnelle Untersuchung dieses Verbrechens wird dem Staat gewiss Vorthail gewähren, — Die Vertheidigung des Verbrechens ist nicht strafbar, eben so wenig als die eingelegte Bitte für denselben — kann verjährt werden, m. lyft. Ent. der Lehre v. d. Verjährung in p. Fällen. §. 56. 57.

§. 167.

Zu den Verbrechen des Hochverraths pflegt man auch die *Landesverrætherey* zu zæhlen ^{a)}; *Landesverrætherey* wird vorzüglich 1) dadurch begangen, daß jemand Kriegsheere oder Festungen in die Hände des Feindes überliefert, 2) die Feinde des Vaterlandes begünstiget, z. B. Spione. 3) Auch derjenige, welcher bemüht ist, den Staat mit einem andern in Krieg zu verwickeln begeht dieses Verbrechen. Die Landesverrætherey kann sowol von einem Bürger des Staats, als einem Fremden begangen werden. Die Strafe richtet sich nach der Quantitæt des Verbrechens und besteht theils in der, welche auf den Hochverrath steht, theils aber auch in der Strafe des Stranges, vorzüglich gegen die Spione.

a) Andere sondern sie davon ab. STELZER Lehrb. d. Cr. §. 283.

b) nach Preuß. R. macht man einen dreif. Unterschied. A. L. R. a. a. O.

(b)

Von dem Verbrechen der beleidigten Majestæt.

LEYSER de maledictis in Principem, Lips. 869.

§. 168.

Das *Verbrechen der beleidigten Majestæt* besteht in der persönlichen Beleidigung des Oberhauptes, oder

oder der Repräsentanten der Gesellschaft von einem Staatsbürger a). Es kann theils mittelbar theils unmittelbar begangen werden.

a) L. II. D. ad leg. Iul. Maj.

§. 169.

Man macht einen Unterschied zwischen dem Verbrechen der beleidigten Majestät, und der verletzten Ehrfurcht gegen dieselbe (*crimen laesae venerationis* a). Bey jenem wird der Landesherr als Landesherr, bey diesem als eine Privatperson betrachtet, letzters ist daher nach den Grundsätzen von Injurien zu beurtheilen.

a) QUISTORP Th. I. §. 149. das Gegentheil behauptet (PAALZOW) *Comp. iur. criminalis*. §. 418. —

§. 170.

Was zur Quantität des Verbrechens erfordert wird, ergibt sich schon aus dem Vorigen. Die Strafe war bey den Römern a) eben so willkürlich als bey den Deutschen, bald hart, bald gelinde, der Gerichtsgebrauch b) erstreckt die Strafe bisweilen bis zur Todesstrafe c). Die Untersuchung darf nicht ohne vorgängige Anfrage bey dem Landesherrn fortgeführt werden, damit dieser entscheiden kann, ob er die Beleidigung rügen oder großmüthig verachten will d). Die Theilnehmer dieses Verbrechens werden nach der Grösse des Vorsatzes willkürlich gestraft.

a) L. un. C. *si quis imp. maledixit*.

b) QUISTORP. T. I §. 158.

c) KLEINS *Annal.* B. 4. §. 135. — A. L. R. a. a. O. §. 196. werden thätliche Beleidigungen gegen den Landesherrn mit dem Schwerdt bestraft. — *Instr. für die zur Verf. des Entwurfs zu einem neuen Gesetzbuche verordnete Commission 1769.* enthält hierüber sehr vortrefliche Grundsätze. — ERHARD a. a. O. I Th. §. 129—134.

d) l. un.

d) l. un. C. si quis imper. maledix. LEYSER Sp. 569.
m. 1. All. Land. §. 201.

§. 171.

Die Strafe wird wegen Irrthum, Mangel injurischer Absicht, und objectiver Anreizung gemildert, verstärkt nach den hier eintretenden allgemeinen Grundsätzen. Auch können hierher noch die Beeinträchtigungen der vorbehaltenen Rechte des Staats gezählt werden; wobey man doch einen sorgfältigen Unterschied zwischen höhern und niedern Regalien machen muß a). Die Strafe ist meistens willkürlich bestimmt, und wird nur eine harte Leibesstrafe, gewöhnlicher aber Geldstrafe erkannt b).

a) l. 2. 3. 4. 6. 7 ad Leg. Iul. majest. dahin gehören, Eingriffe in das Besteuerungsrecht, Stempelcontravention u. d. g.

b) A. L. R. a. a. O. §. 248—315.

ZWEYTER ABSCHNITT.

V o n

den Staatsverbrechen insbesondere.

(a)

Landfriedensbruch.

§. 172.

Die Befehdungen in Deutschland konnten durch kein anderes Mittel als durch eine sehr harte Pœnalsanction abgeschafft werden, da der deutsche Fürst sowol als jeder Bürger zu sehr daran gewöhnt waren, sich selbst Recht zu verschaffen. Der Landfrieden von 1495, welcher 1548 wieder erneuert ward, und den Namen des

des ewigen Landfriedens erhielt, machte jenen Befeh-
dungen ein Ende a).

a) GERSTLACHER Corp. I. P. B. I. S. 170 — 239.

§. 173.

Landfriedensbruch wird ein im teutschen Lande
mit zusammengebrachter bewaffneter Mannschaft uner-
laubter Zwang genannt. Aus diesem Begriff ergibt
sich, dass

- 1) zu dem Landfriedensbruch Gewaltthätigkeit ge-
hört, wodurch die öffentliche Ruhe gestört wird.
- 2) Die Gewalt durch die zusammengebrachte bewaff-
nete Mannschaft jemanden zugefügt wird.
- 3) Die Gewalt solchen zugefügt wird, welche im
Landfrieden begriffen sind.

§. 174.

Die Landfriedensbrecher werden, wenn sie gegen-
wärtig sind, mit dem Tode, sind sie *abwesend*, mit
dem Reichsbann und dem Verlust aller Rechte und Pri-
vilegien bestraft. Reichsstände, welche die Landfrie-
densbrecher nicht bestrafen, verfallen in eine Strafe von
2000 Mark Goldes a).

a) PÜTTERS Anl. zum t. Staatsrecht, überf. von Graf
Hohenthal mit Anmerk. von Grimm. Bayreuth 1793.
zweyter Th. §. 381. — ERHARD a. a. O. §. 142.
A. L. §. 166.

(b)

A u f r u h r.

BUCHER D. de seditione coercenda. ad art. 127. C. C. C.
Rint. 1793.

OPITZ (pro WILISCH) D. de tumultu et seditione. Vit.
1791. QUISTORP. Beyt. St. 2. n. 12.

§. 175.

§. 175.

Obgleich Aufruhr und Tumult mit einander verwechselt werden, so ist doch unter beyden ein wichtiger Unterschied. Jenes Verbrechen, geht auf gegenwärtige, dieses auf bevorstehende Beleidigungen, wodurch die Ruhe des Staats gestört wird. *Aufruhr* besteht in einer unerlaubten Vereinigung mehrerer Volks- oder Gemeinheitsmitglieder, um mit Gewalt sich gegen die Obrigkeit zu setzen. Der Aufruhr wird daher 1) von Mitgliedern des Staats begangen, 2) geht gegen die Obrigkeit, welcher sie unterworfen sind, und zweckt 3) darauf ab, um von der Obrigkeit mit Gewalt etwas Unbilliges zu fordern. Es kommt hier nichts darauf an, ob die Obrigkeit wirklich unrecht gehandelt hat, genug ist es, wenn die Unterthanen mit Gewalt von der Obrigkeit etwas erpressen wollen. Bisweilen kann Aufruhr in einen wirklichen Hoch- oder Landesverrath ausarten.

§. 176.

Wie viele Personen zu einem Aufruhr vorhanden seyn müssen, ist gesetzlich nicht bestimmt a). Die Strafe war bey den Römern sehr verschieden b), doch konnte Todesstrafe erkannt werden. Nach d. P. G. O. art. 127. wird eine arbitraire Strafe festgesetzt, welche nach der Grösse des Verbrechens in die Schwertsstrafe, Staupenschlag und Relegation verändert werden kann c). Die Theilnehmer des Aufruhrs, welche nach den allgemeinen Grundsätzen zu beurtheilen sind, werden gelinder als der Anführer gestraft. Doch auch hier treten gewisse Milderungsurfachen ein d).

a) HOMMEL Rapsl. iur. ob. 225. p. 267.

b) BOEHMER M. in C. C. C. art. 127. §. 2.

c) A. L. II. XX. §. 167. ERHARD a. a. O. §. 135.

d) 1) wenn die Unterthanen gerechte Sache hätten, und die Obrigkeit vorsätzlich ihnen etwas entläßt. 2) Wenn die

die Gefahr, die dabey zu befürchten war, minder groß ist, u. s. w.

Ann. Wie, wenn jemand bey dem Aufruhr getödtet? A. L. R. a. a. O. §. 170. ERHARD §. 268.

(c)

Verrückung der öffentlichen Grenzen.

MÜLLER D. de crimine termini moti. Lips. 1752. 4.

LEYSER Sp. 558.

§. 177.

Wenn jemand boshafter Weise die Landesgrenzen verrückt, um den Landesherrn dadurch in Schaden zu versetzen, oder ihn gar hierdurch mit seinem Nachbar in Streit zu verwickeln, verdient harte Strafe.

§. 178.

Nach Römischen Recht a) war die Strafe anfänglich sehr hart, nachher gelinde. Nach der Caroline ist sie arbitrar, man sieht auf den verursachten Schaden: die Strafe kann aber bis zur Todesstrafe ausgedehnt werden b).

a) MATTH. de crim. Tit. XIV. Cap. 2 p. 211. Die ältern t. Gesetze enthalten grausame Strafen. A. L. R. a. a. O. §. 137. — 4 bis 8 jährl. Gefängnis-, Zuchth. Strafe. — ERHARD a. a. O. §. 172.

b) BOEHMER M. ad C. C. C. 114. §. 5. STELZER a. a. O. §. 676. glaubt das Gegentheil, und wohl nicht mit Unrecht nach den allgemeinen Grundsätzen.

§. 179.

Das p. Verfahren weicht hier von jedem andern ab, indem zwey Landesherrn an der Untersuchung Theil nehmen. Begnadigung läßt sich nicht leicht erwarten. Die Vollziehung der Strafe geschieht da, wo die Grenzen verrückt sind.

(d)

(d)

Von der öffentlichen Gewalt.

§. 180.

Unter *öffentlicher Gewalt* verstehn wir die unmittelbare Stöhrung der Sicherheit des Staats durch eine Thathandlung. Die öffentliche Gewalt kann auf verschiedene Weise begangen werden, theils haben die Gesetze die Verbrechen, welche hierher gehören, namhaft gemacht, theils aber auch nicht. Die Bestrafung der letztern muß dem richterlichen Ermessen überlassen werden. Wir wollen jetzt die vorzüglichst benannten Gewaltthätigkeiten durchgehn.

§. 181.

- 1) *Verhinderte Publication der Gesetze.* Jeder Staatsbürger ist dieses Verbrechens schuldig, sobald er die öffentlichen Gesetze unterdrückt, oder die schon ausgehangenen, oder an öffentlichen Orten angeschlagenen, Gesetze abreißt. Der Römer bestrafte dieses Verbrechen mit einer Geldstrafe von 50 Solidos ^{a)}, die Caroline übergeht es. Nach dem Gerichtsgebrauch bestraft man es polizeymäßig, doch auch peinlich, sobald der Verbrecher eine andere Absicht dabey hatte ^{b)}.

a) L. 7. D. de iurisdictione (de albo corrupto).

b) A. L. a. a. O. §. 150.

§. 182.

- 2) *Von Erbrechung der Gefængnisse.* Die Gefangnen können von dem Gefangenwärter ^{a)}, durch sich selbst oder durch andere befreit werden, wir reden hier blos von den beyden ersten Fällen. Wenn der Gefangne sich *selbst* mit Gewalt oder durch List aus seiner Gefangenschaft befreit, so muß man darauf sehn, ob er zur Strafe oder zur Sicher-

Sicherheit gefangen sitzt. Im erstern Fall ist er mit einer besondern Strafe zu belegen b); im letztern Fall kommt es darauf an, ob er mit den andern Gefangenen einen besondern Complot gemacht, hier ist er härter zu bestrafen, als wenn er sich allein auf die Flucht begeben c) hat. Wenn die Gefangenen durch *andere* als den Gefangenwärter befreiet werden, so kommt es darauf an, ob dieses Verbrechen mit einem andern in Verbindung steht d), oder nicht, in diesem Fall tritt bloß eine arbitraire Strafe ein e).

- a) Wovon weiter unten gehandelt wird.
- b) L. 8. §. 7. de poenis.
- c) L. 13. de euit. et exhibit. reor.
- d) z. B. mit Aufruhr, Landesverrætherey, hier kann auch Todesstrafe erkannt werden.
- e) Wenn nahe Verwandte den Gefangenen befreien, so ist dies minder strafbar. Doch sehe man auf die allgemeinen Grundsätze zurück. MATTHÆI D. de carcerum effract. Herb. 1604. LEYSER Sp. 564. A. L. a. a. O. §. 160.

§. 183.

3) *Unerlaubte Selbsthülfe* a). Wenn jemand sich selbst Recht zu verschaffen sucht, da er doch die Hülfe des Staats abwarten konnte, und dieses mit Gewaltthätigkeit geschieht, so begeht er dieses Verbrechen. Die Strafe ist willkührlich, so bald nicht ein anders Verbrechen hierdurch beabsichtigt ward b). Die Grundsätze des R. Rechts sind bey dieser Materie nur zum Theil anwendbar c).

- a) WALCH in opusc. l. 2. 4. SCHORCH de persecutione iuris sui extra iudicium prop. auct. Erf. 1752.
- b) z. B. Landfriedensbr. oder ein sonst genanntes Verbr. — Nach *All. Landrecht* II. 20 §. 157–159 wird ein wichtiger Unterschied zwischen d. Selbsthülfe mit

mit und ohne Gewaltthätigkeit gemacht. — ERHARD a. a. O. §. 179.

- c) EISENHARDT. D. de poena legib. rom. advers. vindict. priv. sancta in foris adhuc valida. Helmst. 1787. 4. — Ob noch auf den Ersatz des Werths der Sache, oder gänzlichen Verlust des Rechts zu erkennen sey? QUIST. a. a. O. §. 190.

§. 184.

- 4) *Beleidigung und Gewaltthätigkeiten, welche öffentlichen Personen bey Ausübung ihres Amtes zugefügt werden.* Wir reden hier nicht von solchen Gewaltthätigkeiten, welche der Obrigkeit zugefügt werden, die in einen Landfriedensbruch ansarten, sondern von andern minder wichtigen. Wenn der Unterthan oder ein Fremder einer Obrigkeit, bey Ausübung ihres Amtes, Gewalt anthut, sie græblich beleidiget a), oder eine öffentliche Person bey Ausübung ihres Amtes lästert, so begeht er obiges Verbrechen, und kann nach Verhältniß der Quantität mit einer harten Strafe, welche aber nicht bis zur Todesstrafe ausgedehnt werden darf, belegt werden b). Wenn sich jemand der Schildwache widersetzt, oder auf irgend eine Art beleidiget, ohne daß sie ihm Anlaß gab, hat schwere Strafe verwirkt c).

a) Hierher gehöret auch, wenn der Prediger bey Ausübung seines Amtes beleidiget wird.

b) Gefängniß, Zuchthaus, Relegation.

c) QUIST. a. a. O. p. 388. A. L. R. a. a. O. §. 207.

§. 185.

Es ist nicht nur strafbar, wenn eine Beleidigung oder Gewalt einer öffentlichen Person zugefügt wird, sondern auch strafbar, wenn an einem öffentlichen Ort, oder an einem solchen, welchem von den Gesetzen eine Unverletzlichkeit beygelegt wurde, eine Gewaltthätigkeit

keit geschieht. Hierher gehören Gewaltthätigkeiten, welche in *Residenzen*, in *Festungen*, in *Kirchen* und andern *öffentlichen Oertern* ausgeübt wurden, die mit einer weit härtern Strafe als andre zu belegen sind a). Störung der *Religionsübung* kann theils mittelbar, theils unmittelbar geschehn b). Die Strafe ist zwar nach R. Rechten bestimmt c), heutiges Tages aber willkührlich.

a) Die Abhauung der Hand möchte heutiges Tages wohl unpassend seyn. A. L. R. a. a. O. §. 210.

b) STELZER. Criminalrecht. p. 152.

c) Auth. sed novo iur. C. de ep. et cl. Böhmer I. P. L. 3. t. 49 §. 15. — Die Verletzung des Hausfriedens, Beraubung d. Grabmäher gehöret hierher nicht. — Patibuli violatio? DORN Can. I B. p. 772.

(c)

Münzverbrechen.

I. R. ENGAU. D. de delictis monetariis. Iena 1750.

— — ebend. D. de falso numario et solo et cum usurpat. i. monet. corp. Ien. 1750.

THOMASIVS pr. de del. et poen. circa monet. hod. Lips. 1772 4.

LEYSER Sp. 618.

§. 186.

In æltern Zeiten übten die Kayser das Münzrecht einzig und allein aus a), welches sie aber nachher auch den Reichsständen überlieffen. Das Münzrecht wird heutiges Tages zu den Regalen der Reichsstände gezehlt, Verletzung des Regals bildet das Münzverbrechen. Unter *Münzverbrechen* überhaupt versteht man den *Betrug*, welcher an *Münzen* begangen wird, zum *Nachtheil* des gemeinen Besten. Es kann also 1) dadurch begangen werden, wenn jemand Geld b) münzet, wozu er nicht befugt ist. 2) Wenn er den Werth

Werth gangbarer Münzsorten verringert, durch Verkleinerung des Schrots. 3) Oder wenn jemand anstatt guter Münzen schlechte in Umlauf bringt.

a) Eines Ungenannten (v. Praun.) Nachricht vom Münzwesen u. f. w. neuerlich. Leip. 1785.

b) Unter Geld wird hier nicht allein Metall verstanden, sondern auch Papiere, welche dem Gelde gleich sind. Bancozettel.

§. 187.

Das Münzverbrechen kann 1) von demjenigen begangen werden, welcher das Münzrecht besitzt, wenn er Münzen schlagen läßt, die den innern Werth (Schrot) nicht haben, welchen sie nach dem Münzfuss a) haben sollten. 2) Von denen, welche das Münzrecht nicht besitzen b). Diese sind nun entweder Unterthanen des Landes, an dessen Münzen sie einen Betrug begehen oder nicht. Im erstern Fall entsteht ein *qualificirtes*, im letztern Fall aber ein *einfaches* Münzverbrechen. Das qualificirte Münzverbrechen ist ein wirkliches Majestätsverbrechen. Wenn jemand unter einem falschen Stempel landesherrliche Münzen nachschlägt, oder die Landesmünzen verringert, schlechte Münzen anstatt der guten zum Nachtheil der Unterthanen ins Land bringt, so werden dadurch die Majestätsrechte des Landesherrn verletzt c). Bey den einfachen Münzverbrechen muß man unterscheiden, ob die fremde Münze in dem Lande cursirt, im Handel gebraucht wird, oder nicht. Im erstern Fall verdient der Münzverfälscher weit härter gestraft zu werden, als im letztern.

a) Dieses wird in den Gesetzen Münzcontravention genannt, und kann nach t. Grundsätzen bloß von denen gelten, die das Münzrecht vom Kayser besitzen. Unmittelbare werden mit dem Verlust des Münzrechts und Sitz und Stimme auf dem Reichstag gestraft. W. C. an. 9. §. 6. f. PÜTTER Anleitung zum t. Staatsrecht, v. Hobenthal. §. 347. — d. östreichs, bairisch. Münzf. v. 1783. doch ist er nicht von allen Ständen angenommen worden.

b) Die

- b) Die Münzmeister, oder sogenannten Münzwardein sind strafbarer als jeder andere, wenn sie ein Münzverb. begehn. A. L. R. a. a. O. §. 257.
- c) Diejenigen, welche wissentlich falsche Münzen unter die Leute bringen, sind nach der Gröſſe ihres Vorſatzes zu bestrafen. A. L. R. a. a. O. §. 259.

§. 188.

Das Münzverbrechen ist als vollendet zu betrachten, wenn falsche Münzen sind ausgeprägt, und unter die Leute gebracht worden. Anzeigen der Münzverfälschung sind, wenn die zum Münzen gehörigen Werkzeuge bey jemanden befunden werden, des Nachts in einem Hause ein starkes Schlagen gehört wird, ob dies gleich nur eine entfernte Anzeige ist.

T. Ul. CRAMER D. de indic. puncto falsae monetae ad torturam gravant: (Obs. iur. un. Tov. nr. 1225)

§. 189.

Zu den Theilnehmern werden alle diejenigen gerechnet, welche mittelbar oder unmittelbar an dem Münzverbrechen mitwirken. Die Strafbarkeit derselben ist nach den allgemeinen Grundsätzen von der Theilnahme zu bestimmen.

§. 190.

Die Römer bestraften theils das Münzverbrechen als Majestätsverbrechen mit dem *Feuer*, theils als ein *Falsum* a). Die P. G. O. bestimmt eine dreyfache Strafe, nach Verschiedenheit der Personen. 1) Verlust des Münzrechts, welcher den Reichsstand treffen soll, der falsche Münzen schlägt b). 2) Die Strafe des Feuers, wenn jemand falsche Münzen schlägt, sie unter die Leute bringt; diejenigen, welche ihre Häuser dazu gegeben haben, sollen ihrer verlustig seyn c). 3) Leibesstrafe denen, welche die Münzen verfälschen, ihre rechte Schwere nehmen.

- a) L. 8. D. ad L. Cornl. de Secar. L. 1. 2. C. de falsa moneta. L. 9. D. ad L. C. de falsis.
- b) Doch wird dies selten erkannt werden, da überhaupt die Strafen, welche das R. Recht erkennt, wenig ausgeübt werden.
- c) art. III. d. P. G. O. KRESS ad art. III.

§. 191.

Nach dem Gerichtsgebrauch ist die Feuerstrafe, welche auf die qualificirten Münzverbrechen gesetzt ist, in die Schwerdtstrafe umgeändert worden a). Die übrigen Münzverfälscher können zwar peinlich, aber nie mit einer Lebensstrafe belegt werden. Es kommt übrigens bey Bestimmung der Strafe vieles auf den Schaden an, der durch die falsche Münzen dem gemeinen Wohl ist zugefügt worden. b) Die Strafe wird gemildert, wenn der Schaden minder wichtig ist, wenn keine gewinnliche Absicht zu Grunde lag c). Der Schaden, welcher dem gemeinen Wohl durch dieses Verbrechen entsprungen ist, muß von dem Münzverfälscher entrichtet werden.

- a) meistens Staupenschlag — Festungsstrafe. — A. L. R. a. a. O. §. 252.
- b) KLEIN a. a. O. §. 525. — ERHARD a. a. O. §. 164 — 171
- c) Wenn die falsche Münze im Spiel ausgegeben, verdient die Strafe keine Milderung.

(f)

Von Beleidigungen der Religionsgesellschaften.

STÜBEL Diff. quatenus actiones religioni non convenientes, ex princip. iur. pub. univ. poenis crim. coerceri possint. Vit. 1791.

§. 192.

Die Religionsgesellschaften sowohl als die Religionsverwandten, sollen um ihrer Religion willen von andern nicht

nicht beleidiget werden. Die in Teutschland recipirten Religionsverwandten sollen vermöge des Religionsfriedens, der in dem W. F. bestätiget ist, sich unter einander der Religion wegen nicht beleidigen, oder die Grundsätze einer derselben lächerlich machen, ihnen sind gleiche Rechte zugesichert. Es ist strafbar, wenn jemand die im Staat tolerirten Religionsverwandten ihrer Religion wegen beleidiget. Uebrigens ist es einerley, ob dieses durch Schriften a) oder mündlich geschieht.

a) Prüfung der Lehrsätze einer Religionsparthey ist nicht strafbar, wenn es ohne Anzüglichkeit und mit der gehörigen Schonung geschieht. — A. L. R. II. Th. XX. T. §. 214.

§. 193.

Gotteslästung kann nicht als eine Injurie gegen Gott betrachtet werden, (denn Gott kann nicht beleidiget werden,) sondern als eine Beleidigung der kirchlichen Gesellschaften überhaupt, welche Gott verehren. Die Herabwürdigung Gottes und seiner Eigenschaften, wodurch die Ruhe der Kirche gestört wird, ist als Gotteslästung anzusehn. Man unterschied sonst, und vielleicht geschieht es auch noch, in einigen Provinzen Teutschlands, unter mittel- und unmittelbarer Gotteslästung.

§. 194.

Die Strafe, welche auf die Gotteslästung nach den alten Gesetzen a) gestellt war, ist heutiges Tages unanwendbar. Meistentheils wird bey Bestrafung eines Gotteslästerers auf die Bosheit gesehn, welche er hatte. Bessere Belehrung in der Religion, nicht aber gleich anfänglich Strafe, würde den Verirrten bald auf einen bessern Weg führen. Man muß bey Bestimmung der Strafe nothwendig auch auf den größern oder mindern Nachtheil, der dadurch einer Religionsparthey geschieht,

Rücksicht nehmen, darauf, ob sie öffentlich geschieht, und auf die Person, ob sie eine geistliche oder weltliche ist.

- a) Auf die *unmittelbare*, Todesstrafe, und auf die *mittelbare* Leibesstrafe. QUIST. a. a. O. §. 123. u. f. w.
- b) Nach den A. L. R. §. 217—219. zwey bis sechs monat. Gefängnißstrafe und Abbitte an die Gemeinde. — ERHARD a. a. O. §. 242.

§. 195.

Ferner gehöret hierher die Ketzerey, oder richtiger die *Ketzermacherey* a) worunter hier dasjenige Verbrechen verstanden wird, das derjenige, der zum *Nachtheil des Staats fremde Religionsgrundsätze öffentlich ausbreitet*, begeht. Prüfung der Religionsgrundsätze muß jedem vermöge der Gewissensfreyheit gestattet werden: auch der Prediger besitzt Gewissensfreyheit, ist aber vermöge seines Vertrages, welchen er mit dem Staat einging, eingeschränkt, *öffentlich* einen andern Lehrbegriff aufzustellen, oder den jezt von der Kirche aufgestellten lächerlich zu machen b).

- a) THOMASIVS an haeresis sit crimen. Halae 1697 — ERHARD a. a. O. §. 257—259.

- b) Meine aufgeworfene Frage können die symb. Bücher der prot. Kirche abgeändert werden? Halle 1796.

§. 196.

Wer um Gewinnstes willen Religionsgrundsätze verbreitet, die dem Staate nachtheilig sind, dadurch Secten stifte, verdient gestraft a) zu werden. Geschieht es aus Unwissenheit, oder Schwäche des Verstandes, so verdient er Belehrung und Schonung. Das Aufhetzen der Religionsgesellschaft, oder einzelner Familien ist strafbar, weil hierdurch die öffentliche Ruhe beeinträchtigt wird b).

a) QUISTORFF

a) QUISTORP a. a. O. §. 314. RECHENBERG pr. de crim. haeretificii. Lip. 1727. nach A. L. R. ist auf die Sectenstifter 1—3 jährige Festungsstrafe geletzt. A. L. a. a. O. §. 223.

b) A. L. §. 227.

ZWEYTE UNTERABTHEILUNG.

V o n

Verbrechen, welche die Ruhe vor besorglichen
Beleidigungen stören.

§. 197.

Nicht durch jedes Verbrechen wird sogleich die Ruhe des Staats gestört, oder der Staat in augenscheinliche Gefahr gesetzt, sondern es gibt auch Verbrechen, wodurch dem Staate ein Nachtheil gedroht wird, weil durch jene ein anderes Verbrechen bewirkt werden kann.

§. 198.

Wir rechnen hierher

I) das *Wegelagern*, welches an und vor sich kein eignes Verbrechen ausmacht, sondern nur bey andern die Gröfse desselben vermehrt. Unter *Wegelagern* a) verstehn wir die Erwartung eines andern an öffentlichem Wege, um ihm zu schaden. Bleibt die Wegelagerung ohne Ausführung, so kann sie blos als ein Conat bestraft werden; kommt sie aber zur Ausführung so wird das Verbrechen mit einer schwerern Strafe belegt.

a) P. G. O. a. 127. LEYSER. Sp. 605. m. 10.

§. 199.

Wenn gleich sonst das Wegelagern als ein selbstständiges Verbrechen angesehen, und nach der P. G. O.
(art.

(art. 127.) die Schwerdtstrafe darauf gesetzt wurde, so kann es doch heutiges Tages blos mit einer außerordentlichen Strafe belegt werden a).

- a) SODEN a. a. O. §. 139. STELZER a. a. O. §. 394. übrigens f. m. SIMON D. de obsessioe itineris. Iena 1714. — ERHARD a. a. O. §. 150.

§. 200.

- 2) *Befehdung* a) kann auch nicht als ein selbstständiges Verbrechen angesehen werden. Die *Diffidation* besteht, in einer von einem ausgetretenen Menschen aus der bürgerlichen Gesellschaft, gedrohten Beleidigung, deren Ausführung zu befürchten ist.

- a) Vehde. Orloh. RHEANUS rer. germ. L. II. p. 9. sagt: Faïdam vocant franci simultatem apertam qua unus uni vel pluribus bellum denunciat. — Eine Art ist Landzwang, welches zu den Gewaltthatigkeiten gehört. ERHARD a. a. O. §. 145.

§. 201.

Die Drohung kann sowol einer bürgerlichen Gemeinheit als einzelnen Personen geschehn, allein es setzt voraus, dass ein wirklicher Schade erfolgt ist. Die Strafe a), welche auf die Befehdung nach den Reichsgesetzen und P. G. O. b) gesetzt ist, kann heutiges Tages nicht mehr angewendet werden.

- a) R. A. 1548. 1555. 1594.

- b) art. 128. und art. 176.

§. 202. a)

- 3) *Tumult* ist vom Aufruhr wesentlich unterschieden. Sobald durch Auflauf mehrerer Personen dem gemeinen Besten kein Schaden zugefügt wird, so kann der Tumult nicht strafbar seyn. Es ist aber doch leicht möglich, dass dadurch für den Staat ein Nachtheil entstehe, vorzüglich dann wann die Tumultuanten schon Drohungen ausstießen, und deshalb

deshalb ist ein solcher Auflauf zu verbieten. Der Tumult a ist willkürlich zu strafen nach der Gröſſe des dadurch gestifteten Nachtheils für das gemeine Beste.

- a) Die Strafe des Aufruhrs findet hier nicht statt: sind bey dem Tumult Häuser belchädiget, oder Personen beleidiget worden, so ist dies härter zu bestrafen. ERHARD a. a. O. §. 135 — 141. A. L. 22. 20. §. 107 — 195.

§. 202. b.

- 4) Diejenigen, welche Unterthanen aus dem Staat wegzugehn verleiten, vorzüglich, wenn es solche Unterthanen sind, die durch ihre Kunst und Geschicklichkeit dem Staat Nutzen schaffen, sind willkürlich zu bestrafen.

ERHARD a. a. O. §. 230 — 236.

§. 203.

- 5) *Unerlaubte Gesellschaften.* Sobald der Zweck einer Gesellschaft auf etwas für den Staat nachtheiliges geht, so ist sie als unerlaubt zu betrachten. Durch eine Gesellschaft kann dem Staat ein Uebel gedroht werden, welches für denselben gefährlicher seyn kann, als wenn diese Drohung öffentlich geschieht. Die Strafe ist willkürlich.

GEBAUER pr. ad l. 4. D. de colleg. et corp. Gœtt. 1737. (exercit II 27.) LEYSER Sp. 559. ERHARD a. a. O. §. 228. A. L. 2. 20. §. 184.

ZWEYTE ABTHEILUNG.

V o n

besondern Staatsverbrechen.

§. 204.

Die *besondern* Staatsverbrechen begehn die Diener des Staats, welchen besondere Pflichten zu beobachten obliegen; die eben deshalb, weil sie vom Staatsdiener begangen werden, um desto härter gestraft zu werden verdienen.

§. 205.

1) *Unterschlagung des Staatsvermögens* a). Unter Staatsvermögen wird hier sowol baares Geld, als auch Güter verstanden. Wenn ein Staatsdiener das Staatsvermögen entweder gänzlich unterschlägt, oder veruntraut, so begeht er obiges Verbrechen. Sobald der Staatsdiener das Staatsvermögen in seinen Nutzen verwendet, so handelt er unerlaubt, wenn er gleich die Absicht hatte, solches wieder zu erstatten. Die Römer sahn dieses Verbrechen als einen wirklichen Diebstahl an b), und die P. G. O. befolgt diese Grundsätze c).

a) van de STRATEN D. de lege Iulia de peculatu. Lugd. Bat. 1775. 4. WINCKLER Opusc. T. 1. n. 8.) MEISTER Erkenntn. in peincl. Fällen. S. 17.

b) L. 1. D. ad L. Iul. de Peculat. et sacril. et residuis, L. un. C. de crim. peult. Untersf. zwischen peculatus und crimen de residuis.

c) art. 170.

§. 206.

Die Strafe, welche das Römische R. a) und die P. G. O. auf dieses Verbrechen setzen, ist heutiges Tages nicht mehr anwendbar. Man beurtheilt die Grösse des Verbrechens, nach der Grösse der unterschlagenen Geldsumme

summe b), und bestraft es mit Festung, Zuchthaus, doch meistentheils mit der Cassation. Bisweilen wird auch eine härtere Strafe erkannt. Durch Ersatzleistung, und wegen Irrthum wird die Strafe gemildert c).

- a) Man vermischte peculat, und das crimen de residuis mit einander, welches doch durch §. 9 l. de pub. iud. unterschieden waren, und lezte darauf Todesstrafe. WIELAND Geist d. p. Gesetz. 2 Th. §. 477.
- b) Auch schon nach R. R. l. 4. §. 5. ad L. I. de pecul. All. L. Recht, a. a. O. §. 418 welches auch Todesstrafe daraut setzt, wenn der Verbr. entfliehn wollte. ERHARD a. a. O. §. 210-221.
- c) Wenn die größte Noth ihn dazu antrieb, wenn er den Amtseid noch nicht geleistet.

§. 207.

Als Theilnehmer dieses Verbrechens werden diejenigen betrachtet, welche die Aufsicht über die Casse hatten, oder die untergeschlagenen Gelder aufbewahren. Doch können diese nicht mit der ordentlichen, sondern außerordentlichen Strafe belegt werden. Sie sind aber zum Ersatz verpflichtet.

§. 208.

- 2) *Beugung des Rechts aus Partheilichkeit.* Der Staat muß von demjenigen, welchen er zu seinem Diener annahm, zum Richter bestellte, eine gewisse Wahrhaftigkeit eine besondere Treue sich versprechen können. Derjenige, welcher den Staat hintergeht, verdient hart gestraft zu werden. Die Verletzung der Wahrhaftigkeit kann theils von solchen Personen geschehn, welche ein Amt bekleiden, theils aber auch von andern öffentlichen Personen, welche dem Staat besondere Treue gelobten. Wenn ein Staatsdiener sich bestechen läßt, Geschenke von Partheien annimmt, und nachher das Recht beugt, zum Nachtheil der andern Parthey, begeht obiges

obiges Verbrechen a). Wenn ein *Sachwalter*, welcher einen besondern Glauben verdient, vorsätzlich das Recht zu Gunsten seines Gegners beugt, begeht eine *Prævarication*.

a) Es wird das Crimen repetundarum f. Barattariae genannt. MENCKEN D. de crim. barattariae seu repetundarum. VII. 1729.

Anm. nicht nur Richter, sondern auch Unterbedienten, wenn sie sich bestechen lassen, sind strafbar. Z. B. Gefängniswärter; die Strate des R. R. l. 4. de cust. rer. und P. G. O. (art. 180) sind heutiges Tages außer Gebrauch, der *Gefangenwärter* wird willkürlich gestraft, bey dem Hochverrath wohl mit dem Schwerdt.

§. 209.

Das R. R. bestrafte den bestochenen Richter mit dem dreyfachen Ersatz a) des Empfangenen, in Criminalfäellen aber soll sein Vermögen confiscirt, und er exilirt werden. Allein heutiges Tages wird er mit Verlust des Amtes, mit Geld oder andern Strafen belegt b). Die *Prævarication* bestrafte der Römer mit der Talion c), und die P. G. O. d mit dem Staupenschlag. Heutiges Tages sieht man auf die böse Absicht, und bestraft die *Prævarication* theils mit Geld-, theils auch mit Leibesstrafe. Die Todesstrafe kann nur sehr selten erkannt werden e).

a) N. 124.

b) KLEIN. a. a. O. § 530 A. L. R. §. 460. — ERHARD a. a. O. §. 401. P. G. O. 3. §. 23.

c) L. I. §. I. D. de praevaric.

d) art. 115. A. L. R. §. 1334.

e) Nur dann wenn dadurch jemand zum Tode verurtheilt worden ist.

§. 210.

3) *Von der Simonie* a) und dem Crimen *Ambitus* b). Wenn jemand auf unrechtmässige Art ein Amt, es mag nun ein geistliches oder weltliches seyn

seyen, zu erlangen strebt, so handelt er gegen den Staat ungerecht c). Der Staat wird in sofern dadurch schon beleidiget, weil Unwürdige zu öffentlichen Aemtern gelangen.

- a) PERTSCH tr. de crimine Simoniae. Halae 1719.
- b) ZECH D. de crim. ambit. WAECHTLER de crim. Simoniae reper. ambit. et de residuis. Terv. 1726. QUISTORP a. a. O. §. 213.
- c) Inhalt des L. Iul. de ambitu, wegen der Simonie, I. H. BOEHMER I. E. P. Tit. 11. L. 1. Tit. 3.

§. 211.

Die Stimmenfammlung ist nur dann strafbar, wenn sie durch Bestechung geschieht. Wenn ein Beamter des Staats sein Amt jemanden verkauft, so handelt er ebenfalls gesetzwidrig, weil der Staat ihm, nicht aber einem andern dieses Amt anvertraute a).

- a) BARATTARIA s. SODEN a. a. O. §. 116.

§. 212.

Die Härte des canonischen Rechts bey Bestrafung der Simonie, hat unser Zeitalter, wo die Simonie und Crim. Ambitus aufgehört haben, Verbrechen a) zu seyn, nicht angenommen. Meistentheils pflegt man auf Amtsentsetzung des Bestochenen b) sowol als des Amtschleichers zu erkennen. Derjenige, welcher aus Gewinnsucht seine Stimme ertheilte, verliert sein Stimmerecht c).

- a) SODEN Geist d. p. Recht. §. 115.
- b) SODEN a. a. O. §. 116.
- c) Der Patron, welcher aus Bestechung die Kirchenpfründe besetzt, verliert sein Patronatrecht für diesmal. WIESTNER Ius can. univ. L. 3. Tit. 38. art. 10. A. L. R. §. 228. und §. 322.

§. 213.

- 4) Von Erpressungen und andern unerlaubten Handlungen der Beamten. Wenn ein Diener des Staats

Staats unter dem Schein · Rechtens etwas von seinen Untergebenen oder Andern fordert, wozu er nicht berechtigt ist, so begeht er eine *Concussion* ^{a)}. Die ganze Handlung selbst ist als ungütig zu betrachten. Die *Concussion* wird willkührlich bestraft, jedoch kann höchstens nur Leibesstrafe erkaunt werden.

a) QUISTORP. a. a. O. § 195. A. L. R. §. 1073. und §. 1253. ERHARD a. a. O. §. 330.

§. 214.

Wenn ein Diener des Staats die Amtsverschwiegenheit bricht, es mag nun aus Unbedachtsamkeit oder Leichtsinne geschehn seyn, so verdient er mit Geld oder Gefängnißstrafe belegt zu werden. Geschieht es vorsetzlicher Weise, so trifft ihn die Cassation.

All. Landr. a. a. O. § 357.

Anm. Von der Verschwiegenheit der *Prediger* insbesondere.

All. Landr. a. a. O. §. 500.

§. 215.

Diejenigen Staatsdiener, welche ohne Erlaubniß ihr Amt verließen, sind willkührlich zu strafen. Vorzüglich aber werden diejenigen, welche während des Krieges ihre Dienste verlassen, sich eine harte Strafe, welche bisweilen bis zur Todesstrafe ausgedehnt wird, zuziehen ^{a)}. Diejenigen, welche die Staatsdiener zur Verlassung ihres Amtes verleiten, sind willkührlich zu strafen ^{b)}.

a) KLEIN a. a. O. §. 536. A. L. a. a. O. §. 463.

b) ERHARD a. a. O. §. 237—241.

ZWEYTES HAUPTSTÜCK.

V o n

B ü r g e r v e r b r e c h e n .

ERSTE ABTHEILUNG.

Eigentliche Verbrechen.

§. 216.

Unter Bürgerverbrechen werden diejenigen verstanden, wodurch zunächst der Bürger des Staats beleidiget wird, obgleich unter diesen sich solche Verbrechen befinden, welche auch als Staatsverbrechen zugleich erscheinen. Durch Beleidigung durch Beeinträchtigung einzelner Bürger wird der Staat ebenfalls beleidiget. Diese Bürgerverbrechen sind theils *eigentliche*, theils *uneigentliche*, je nachdem sie entweder unmittelbare Verletzung der natürlichen Zwangsrechte, oder Störungen der zur Mehrung der Vollkommenheit des Staats getroffenen Anstalten, die nach Art der eigentlichen Verbrechen geahndet werden, ausmachen.

ERSTER ABSCHNITT.

V o n

Verbrechen wider die Gesundheit.

§. 217.

Zu den Verbrechen wider die Gesundheit des Menschen zählen wir Realinjurien, körperliche Verletzungen und Verstümmlungen. Unter *körperlichen Verletzungen* ist jede unerlaubte Handlung zu verstehen,
wo-

wodurch der Körper eines andern in einen kranken Zustand versetzt wird. Dies kann sowol durch eigentliche Verwundung, als die durch Schläge hervorgebrachten Quetschungen, Erschütterungen und Verränkungen geschehn.

§. 218.

Unter Wunde versteht man frische blutige Trennung der weichen Theile des menschlichen Körpers. Man pflegt die Wunden in tödtliche und nicht tödtliche, die tödtlichen Wunden a) in *schlechterdings* tödtliche, b) in *an* und *vor sich* tödtliche, ferner in *individuell* und *zufällig* tödtliche einzutheilen a): doch pflegt man juristisch betrachtet, auf die der zweyten Art nicht Rücksicht zu nehmen. Die individuell tödtlichen Wunden sind alsdann nur als absolut tödtlich anzusehn, wenn der Verletzer die Beschaffenheit des Verletzten kannte.

- a) METZERS gerichtliche Arzeneywiss. §. 60. PLOUQUET. über die gewaltf. Todesarten. §. 10—14. DANIEL adnumberatio inst. medicae pub. Lip. 78. p. 221.

§. 219.

Bey Verwundungen kommt es auf die Absicht des Thäters und darauf an, ob diese unerlaubte Handlung ein eignes Verbrechen ausmacht a), oder nicht. Wenn durch die Verletzung die Gesundheit des Menschen nicht wieder hergestellt werden kann, so ist sie weit härter als jede andere zu strafen b), doch wird die Todesstrafe nicht eintreten können c).

- a) z. B. bey Duell.

- b) All. L. §. 630—640. §. 796—800.

- c) Doch s. QUISTORP. §. 335. KOCH §. 425.

§. 220.

Die vorsätzlichen Verstümmlungen, Verunstaltung der Schœnheit, oder überhaupt des Körpers sind um desto

desto härter zu strafen, wenn dadurch für den Verletzten ein ganz besonderer Schade erfolgte a). Hierher ist auch die mit Gewalt geschehene Castration zu zählen b).

a) z. B. wenn einem Frauenzimmer ihre Schöenheit geraubt wird. STELZER. §. 433. A. L. I. 6. §. 123 — 129. Wegen verursachter Untähigkeit zur Fortsetzung des Amts oder Gewerbes. §. 115 — 122.

b) wovon weiter unten. §. 281.

§. 221.

Derjenige, welcher einen andern verletzte oder verstümmelte, ist nicht nur zur Strafe, sondern auch zum Schadenersatz verpflichtet. Nach dem Aquilischen Gesetz wird a) er, 1) zum Schadenersatz, 2, zur Bezahlung der Heilungskosten und des besondern Erwerbs, 3) und nach teutschen Rechten zu Schmerzensgelde verbunden b).

a) HÖPFNER. Comment §. 1057. von der Aestim. Klage. MEISTER. §. 199. geht auf die Erben über. KLEIN §. 230

b) QUISTORP Beyt. 2 St. n. 7. S. 116. A. L. a. a. O. §. 112.

ZWEYTER ABSCHNITT.

Von den

Verbrechen wider das Leben der Menschen.

§. 222.

Tödung überhaupt, wird jedes widernatürliche Absterben eines Menschen genannt: dieses kann sich durch einen bloßen *Zufall* a), oder durch die *Handlung* eines Menschen ereignen. Der Mensch, durch den die Tödung hervorgebracht wurde, ist entweder selbst der Getödete, oder ein anderer; jenes wird *Selbstmord* b), dieses *Todtschlag* überhaupt genannt.

Die

Die Handlung eines Menschen, wodurch die Tödtung eines andern bewirkt wurde, ist entweder *erlaubt* oder sie ist *unerlaubt*, im letztern Fall nur bewirkt sie ein Verbrechen c). Diese unerlaubte Handlung eines Menschen war entweder a) eine *vorsätzliche*, b) eine *schuldhafte*, hieraus ergibt sich der Unterschied zwischen vorsätzlichem und schuldhaftem Todtschlag. Der vorsätzliche Todtschlag kann dadurch bewirkt seyn, daß der Todtschläger seine Handlung ganz genau überlegte, und genau über die Folgen der Handlung nachdachte, oder es geschah ohne, daß er reiflich die Handlung überlegte, doch aber die Absicht zu tödten hatte: im erstern Fall wird die Tödtung *Mord*, im letztern *Todtschlag* genannt. Die ordentliche Strafe des Todtschlages kann bisweilen aus mancherley Ursachen z. B. weil die Tödtung an einem nahen Verwandten geschehen ist, oder d. g. geschærft werden, oder nicht. Im erstern Fall haben wir den Begriff von *qualificirten* d) im letztern von einem *simpeln* Todtschlag.

- a) Der Zufall kann durch den Getödteten selbst bewirkt worden seyn, oder nicht. *Homicidium casuale*. SALOMO Diss. de hom. cas. Lips. 1750. (PLITT Anal. no. 6.)
- b) Von dem Selbstmord wird am Ende dieses Lehrb. gehandelt.
- c) Derjenige, welcher vom Landesherrn befehliget ist, jemanden zu tödten, begeht einen erlaubten Todtschlag. Derjenige, welcher sich in einer gerechten Nothwehr befindet, handelt nicht unerlaubt, wenn er seinen Gegner tödet.
- d) Gewöhnlich zählt man unter alle qualificirte Tödtungen jeden Mord, allein unrichtig, denn nicht jeder qualificirte Todtschlag ist Mord, in dem Sinn, wie wir ihn hier annehmen müssen. Die Ursachen, warum der Todtschlag qualificirt seyn kann, werden von KOCH §. 437. angegeben. — Man suchte auch bey dem Todtschlag die Lehre von *dolus directus et indirectus*, oder *ex int. directa et indirecta* anzuwenden, und dadurch den Unterschied zwischen Mord und Todtschlag

zu zeigen; f. NETTELBLADT, de homicidio ex int. directa commisso. Halae 1756. (PAALZOU) Comp. iur. criminal. §. 570) Allein mit Recht verdient die ganze Theorie als schädlich und unphilosophisch ganz verbannt zu werden. f. die oben §. 87. angeführten Schriftsteller.

ERSTER UNTERABSCHNITT.

V o n

der Tödtung im Allgemeinen.

§. 223.

Wenn der Tod eines Menschen auf widernatürliche Art erfolgt, so ist eine Tödtung im Allgemeinen vorhanden. Der Gegenstand der Tödtung muss ein Mensch seyn, es kommt aber hier gar nicht darauf an, von welchem Stande a), Alter b), oder Geschlecht c), der Getödtete ist, ob er gesund oder krank d) sey.

a) Hoher Stand kann die Strafe des Todtschlages schärfen, im Wesentlichen hat aber dieser alles mit dem andern überein.

b) Ungeborne noch nicht geformte Geburten sind kein Gegenstand der Tödtung.

c) *Missgeburten.* R. R L 14. D. de sta. hom. teutsches Recht? — A L. R. I Th. I T. §. 17. 18.

d) An Todtkranken, oder stark Verwundeten, die dem Tode nahe sind, kann auch eine Tödtung statt haben. LYNCK D. de homicidio in valent. commisso, Alt. 1785.

§. 224.

Derjenige sowol, welcher die physische als moralische Ursach von dem Tod eines Menschen war, wird als Todtschläger angesehen. Auch durch negative a) Handlungen wird der Todtschlag begründet.

a) Wohin vorzüglich gehoert 1) wenn jemand den nicht rettet, der sich in Todesgefahr befindet, da er ihn doch
H ohne

ohne Lebensgefahr retten konnte. 2) Derjenige, welcher jemanden die zum Leben notwendigen Speisen entzieht, z. B. Gefangenwärter, ist als ein Todtschläger zu betrachten.

§. 225.

Unter den vielen *Anzeigen*, welche man von dem Todtschlag anführen kann, gehören vorzüglich

- 1) wenn jemand verdächtiger Weise mit blutigen Waffen und Kleidern angetroffen wird,
- 2) wenn jemand die Sachen des Getödteten besitzt, oder verkauft hat, und nicht beweisen kann, woher er sie hat a).

Die Anzeigen, wenn sie auch noch so nahe sind, reichen nicht hin, um die ordentliche Strafe der Todtschläger zu erkennen, wohl aber um eine außerordentliche Strafe dem Inculpaten aufzulegen. Auch entfernte Ursachen autorisiren zum Untersuchungsprozess.

- a) P. G. O. art. 33. QUISTORP §. 627. *Compend. iur. crim.* §. 568.

§. 226.

Zum *Corpus Delicti* des Todtschlägers wird erfordert, 1) der Tod eines Menschen. 2) Die Handlung eines andern als Ursache des Todes; 3) dass diese Handlung unerlaubt sey.

§. 227.

Es wird also 1) erfordert, dass der Mensch wirklich getödtet sey, dieses muss aber ganz gewiss seyn, das Geständniss des Tödters kann nicht als hinreichend angesehen werden a). Ist aber der Tod eines Menschen gewiss, so muss die Untersuchung des Richters vorzüglich darauf gerichtet seyn, ob durch die Handlung der Tod des Menschen erfolgen konnte. Hierzu gehört a) dass die Waffen, womit die Tödtung geschehn ist,

ist, untersucht werden b); b) dass der Leichnam und die Wunden besichtigt werden.

a) STRUBENS rechtl. Belenk. Th. 4. S. 440. KLEIN Annalen. Th. 4. n. 10.

b) DORN Comment. §. 64.

§. 228.

Die Pflicht des Richters geht also bey jeder Tödtung a) darauf, dass er den Leichnam besichtigt Die Besichtigung muss von einem vollständig besetzten Criminalgericht geschehn, mit Zuziehung des Stadt- oder Landphysicus und Chirurgus, welche nachher einen *Befundbericht* (visum repertum) auszustellen haben b). Ist die Besichtigung entweder gar nicht geschehn, oder mangelhaft vollzogen, oder war sie unmöglich c), so kann nie der Thatbestand gewiss seyn.

a) In dem viso reperto muss der Zustand des Leichnams genau angezeigt werden, mit Gründen, die aus der Arzeneygel. unterstützt, muss die Tödtlichkeit der Verwundung erwiesen werden. METZERS gerichtl. Arzeneyg. § 24.) Ueber die Glaubwürdigkeit der Medicinalberichte in p. Rechtshändeln. Berlin 80. KLEIN a. a. O. §. 269.

b) Wie wenn der Leichnam nicht aufgefunden wird? — Auch der vollständigste Beweis würde deshalb immer noch mangelhaft seyn, und es würde die ordentliche Strafe nicht eintreten können. KLEIN Annal. B. 10. S. 351.

c) Wenn es gewiss ist, dass der Verbrecher die Spuren der That vertilgt hat, und andere Umstände den Thatbestand nicht ungültig machen, so ist dies hinlänglich zum Beweise. A. L. 2. 20. §. 961.

§. 229.

Durch diese Besichtigung soll ausgemittelt werden, ob die Verwundung den Tod hervorbrachte oder nicht. Wenn die Wunde eine allgemein absolut tödtliche a) Wunde ist, so wird die Wunde als Ursach des Todes angesehen; ist sie eine individuell tödtliche b) Wunde, so

kann sie nur dann imputirt werden, wenn der Todtschläger die körperliche Beschaffenheit des Getödteten kannte, und dazu tödliche Waffen gebrauchte. War die Verwundung blos zufällig tödtlich, so fället die gesetzliche Strafe des Todtschlags hinweg, doch kann eine außerordentliche eintreten c). Es ist hier überhaupt der Grundsatz anzuwenden, die Verwundung muß die erste Ursach der Tödtung gewesen seyn d).

a) Ch. Gott. BÜTTNER. Untersf. von Tödtlichkeit der Wunden. Leip. 1776.

PLATTNER Diff. de lethaliſſe vulnerum absol. Lips. 1784.

b) PLOUQUET über gewaltſ. Todesart. §. 10—14 f. §. 218. d. Lehrb.

c) I. Andr. FRIEDRICH D. de vulnerat. satisfact. Alt. 1781.

d) Wenn daher jemand von zwey verschiedenen Personen verwundet wurde, so muß auf die Lethalität der Wunde zunächst gesehen werden.

§. 230.

Der Richter ist auch verbunden, b) die Waffen genau zu besichtigen, womit die Verwundung geschehn ist. Gewöhnlich unterscheidet man tödtliche und nicht tödtliche Waffen; allein fast jedes Werkzeug kann tödtlich werden. Des Richters Pflicht ist also 1) darauf zu sehn, ob dieses Werkzeug, so wie es gebraucht wurde, zum Tödten geschickt war; 2) Ob es auch auf die Art, um zu tödten, gebraucht wurde.

STELZER (p. WOLTAER) D. de iurib. armatis. Halae 1792. §. 3. 6. KLEIN Annal. B. 4. S. 74.

§. 231.

Wenn gleich ausgemittelt ist, daß die Tödtung gewiß und die Ursach derselben ein Mensch gewesen sey, so wird doch 3) erfordert, daß die Handlung des Tödters unerlaubt war; hierauf muß vorzüglich bey Untersuchung

suchung der Wunde Rücksicht genommen werden. Derjenige also, welcher eine rechte Nothwehr vorschützen kann, oder dem nach den Gesetzen das Recht der Tödtung zusteht, kann nicht als Todtschläger angesehen werden.

§. 232.

Zu einer rechten Nothwehr bey dem Todtschlag (*moderamen inculatae tutelae*) wird erfordert, daß der Vertheidiger sich selbst in augenscheinlicher Lebensgefahr befunden habe, und sich nicht selbst vorsätzlich in diese Lage versetzte ^{a)}. Wenn auch gleich nicht *alle* Erfordernisse einer rechten Nothwehr vorhanden sind, so kann der Vertheidiger nicht bestraft werden ^{b)} da es ihm an Ueberlegung fehlte, die Mittel in dem Augenblick, die er zu seiner Vertheidigung nöthig hatte, so zu wählen, als die Getetze es erfordern.

a) Denn sonst kann hier die Absicht zu tödten zu Grunde liegen. — Auch der ist strafbar, der unerlaubt, den Angriff des andern veranlaßte. —

b) Man will zwar den Excess bey der Nothwehr bestrafen; allein, man stößt hierbey gegen die allgemeinsten Grundsätze des Rechts an. SODEN § 27. — Von der Nothwehr gegen Aelteren und Vorgesetzte. P. G. O. art. 139. 140. 142. 150. Comp. iur. crim. §. 565. Literatur des Criminal. §. 97. KOCH a. a. O. §. 447.

§. 233.

Die Tödtung eines Ehebrechers vom Vater oder Mann der Ehebrecherinn wird als erlaubt betrachtet, und die Tödtung eines Entführers, welche der Vater des Entführten beging, als ungestraft angesehen ^{a)}. — Wenn jemand von der gesetzlichen Obrigkeit den Befehl zur Tödtung erhielt, so ist der Tödter, wenn er nur nicht die Grenzen des Auftrages überschritt, nicht strafbar.

a) Allein sollte hier nicht wirkliche Rache vorhanden seyn: sind die Gründe des R. R., warum diese Tödtung als erlaubt

erlaubt angesehen wurde, noch *heutiges Tages* anwendbar? *SODEN*. §. 287. 288. — Wenn jemand einen nächtlichen Dieb tödtet, so wird dies als erlaubt angesehen. *L. 1. C. quando liceat unicunque, sine iudice.*

§. 234.

Wenn jemand bey Anruhr ist getödtet worden, so ist zu unterscheiden, ob auszumitteln ist, welche Handlung jeder dieser einzelnen gethan hat, um darnach die Strafbarkeit derselben zu bestimmen; ist dies nicht möglich, gewiss aber, daß der Entleibte tödtliche Wunden empfangen hat, so will die *P. G. O.* a) die Strafe des Todtschlägers erkannt wissen. Ist ausgemittelt, wer zuerst dem Entleibten die tödtliche Wunde beygebracht hat, so ist er als Todtschläger zu bestrafen b).

a) *P. G. O.* art. 148. Ist heutiges Tages unanwendbar, man erkennt eine außerordentliche Strafe. *A. L. a. a. O.* §. 844.

b) *G. H. MYLLI* Pr. de vero sensu, art. 148. *C. C. C.* Lip. 1741. *KRESS* ad art. 148. *C. C. C.* *QUISTORF* a. a. O. §. 232. *DORN* Commentar. §. 75.

§. 235.

Der Römer bestrafte nur in neuern Zeiten den Todtschlag mit der Todesstrafe, welche bald härter bald gelinder war, je nachdem jemand ein gemeiner Todtschläger oder Sicarius war a). Der culpose Todtschlag wurde willkührlich gestraft b).

a) *L. 28. §. penlt. de poenis.*

b) *L. 1. ad l. Cornl. de Sicariis.*

§. 236.

Nur alsdann erst, als der Landfrieden in ganz Deutschland geltend war, liefs sich die Strafe der Todtschläger genauer bestimmen. Die *P. G. O.* a) setzt auf den Todtschlag die *Schwerdtstrafe*; die Strafe wird geschärft, sobald der Töchter gegen den Erschlagenen
hat.

höhere Pflichten zu beobachten hat b). Den nicht vollendeten Todtschlag belegt sie mit einer Leibesstrafe c).

a) art. 137.

b) BOEHMER. C. C. C. art. 137 §. 13.

c) WESTPHAL Criminalrecht. S. 87. §. 3. das Gegentheil behauptet. HOLZHAVER *virum poena cap. coercend. sit conat. homicidii simplici prox.* Hal. 1773. — ERHARD a. a. O. §. 266.

§. 237.

Der schuldhafte Todtschlag wird nach der P. G. O. willkührlich gestraft. Nach dem Gerichtsgebrauch sieht man auf die Grade der Schuld, und belegt ihn mit Festungs-, und Zuchthausstrafe, oder auch mit Gefängnis a). Sollte eine sehr geringe Schuld vorhanden seyn, so wird der Thäter zur Bezahlung der Prozesskosten angehalten, welche bey nicht Ueberführung des Todtschlages wegfällt. Gemildert pflegt die Strafe des Todtschlages alsdann zu werden, wenn 1) das Corpus delicti nicht gewiss ist. 2) Wenn die Verwundung nicht die alleinige Ursach des Todes war. 3) Wegen Minderjährigkeit und Irthum in der Person des Erschlagenen kann der Tödter keine Milderung der Strafe verlangen b).

a) QUISTORF §. 229. ERHARD a. a. O. §. 270.

b) WILLENBERG. Exercit. Sabbat. Tom. I.

§. 238.

Diejenigen, welche sich zur Theilnahme an der Tödtung besonders verbunden haben, werden, wenn die Tödtung wirklich erfolgte, als Todtschläger bestraft a). Hatten sich diese Mehrern zu andern unerlaubten Handlungen verbunden, und hier geschah eine Tödtung, so kommt es auf den schon oben angegebenen Unterschied an, wonach die Strafe bestimmt wird.

a) A. L.

- a) A. L. R. a. a. O. §. 844—848. — sächsl. R. Const. IV. 7. P. DORN § 68.

§. 239.

Wenn jemand vorsätzlich oder aus Fahrlässigkeit getödtet wurde, so können die Zurückgebliebenen, die Kinder und die Wittwe, welche allein von dem Entleibten ihre Verpflegung erhielten, von dem Töchter Alimentationsgelder a) verlangen, welche nach dem Rang des Entleibten zu bestimmen sind b).

- a) QUISTORP Beyt. neue Anf. n. L. IX. S. 902. STRUBEN rechtl. Bedenken. n. 72. MEISTER rechtl. Erkenntn. in p. Fällen. Dec. 35. n. 32.

- b) A. L. R. I Th. 6 Tit. §. 99. u. f. w. ERHARD. a. a. O. §. 273.

§. 240.

Begnadigung a) und Verjährung heben die Strafe des Todtschlags auf.

- a) P. Lud. HANNECKEN D. de iure gratiae principis M. in reos poen. capit. Vit. 1707. in Ad. RECHENBERGII D. Lip. 1712. 4.

- b) Meine Abh. über die Verjährung. §. 61.

ZWEYTER UNTERABSCHNITT.

V o m

M o r d ü b e r h a u p t.

§. 241.

Unter *Mord* wird im *Allgemeinen* ein *vorher überdachter mit Vorsatz begangener Todtschlag*, worauf die Gesetze die *Radstrafe* gesetzt haben, verstanden. Jeder Mord setzt daher 1) einen Todtschlag, 2) beabsichtigte Folgen, 3) kalte Ueberlegung, und ohne

ohne braufende Leidenschaften gefafsten Entschlufs voraus.

§. 242.

Sind die Folgen, welche der Mörder beabsichtigte, nicht eingetreten, so kann, wenn diese auf die Ermordung gingen, die ordentliche Strafe zwar nicht stattfinden, allein demohnerachtet kann Schwertsstrafe erkannt werden, wenn der Conat der nächste war; ist aber dies nicht der Fall, so kann auch blos auf körperliche Züchtigung und andere Strafe erkannt werden.

§. 243.

Es kommt bey dem Mord nicht darauf an, ob er durch Waffen oder tödtliche Gewehr verübt sey, genug, wenn das Mittel, das er anwandte, um seinen Zweck zu erreichen, ein solches war, wodurch der Tod des andern erfolgen mußte. Auch kommt es bey Bestimmung des Mordes nicht auf den Ort, wo er verübt wurde, an.

§. 244.

Die Radstrafe kann nicht statt haben, wenn das Vorstellungsvermögen a) des Mörders auf irgend eine Art, durch äufferere oder innere Ursachen ist irre geführt worden b), denn hier fällt die volle Zurechnung der That weg.

a) Der Todtschlag aus Liebe, oder darum unternommen, weil der Töchter glaubte, die Martern des zu Tödteten zu mildern, erkennt man für keinen Mord. LINCK D. de homicidio in volentem commissio. Alt. 1785. 4. A. L. II. 20. §. 833.

b) Der aus Schwermuth, aus Ueberdruß des Lebens den Entschluß faßte, einen andern zu tödten, um hernach hingerichtet zu werden, ist nicht als Mörder anzusehn. HEIMBURG. pr. de taedio vitae poenam homicidii non mitigantia, len. 1757. BESECKE de homicidio, ex vitae taedio ad opputendam mortem commissio non mortis poena, sed perp. ear. puniendo. (PLITT. N. 4)

N. 4.) PÜTTMANN elem. iur. crim. §. 293. KLEIN Annal. B. 9. S. 3 — 19. B. 7. S. 7. *All. Land.* II. 20. §. 831. ERHARD §. 270.

§. 245.

Mildrung der Strafe kann nicht gedacht werden, wohl aber Schärfung derselben; die grausamen Schärfungsarten, die die Caroline angiebt, sind außer Gebrauch. Die Concurrenz anderer Verbrechen gewährt den besten Verschärfungsgrund.

§. 246.

Wenn unter mehreren ein Mord verabredet wurde, so ist darauf zu sehn, ob sie alle gleichen Antheil an der That selbst gehabt haben, oder ob sie blos Hülfe, nicht thätigen Beystand leisteten, hier können freylich die Räthelsführer und eigentliche Thäter mit einer härtern Strafe als die letztern trifft, belegt werden a), nicht aber im erstern Fall,) wo gleiche Zurechnung statt hat. Todesstrafe erkennen b) zwar die Gesetze, allein ob sie zweckmässig ist? ob nicht die Strafe verwandelt zu werden verdiente?

a) *All. Landr.* §. 839. C. C. X. de homicid. C. C. C. art. 117.

b) C. C. C. art. 148.

ERSTE UNTERABTHEILUNG.

V o n

dem aufgetragenen und Banditenmord.

§. 247.

Der Mord, welcher auf einen Miethscontract beruht, wird *Assassinium* genannt a), und unterscheidet sich wesentlich von dem, welcher auf einen *Auftrag* beruht b). Bey dem *Assassinio*, für welches der teutsche

sche Ausdruck mangelt, da es ein ausländisches Verbrechen ist c), concurriren zwey Personen, ein Miether (assassinator) und ein Gemietheter, (assassinus) Lohnmörder, Bandit.

a) CRAMER D. de assassinio. Lip. 1746. Tom. I. et Rapf. 658.

b) wovon §§ 242.

c) BOEHMER I. eccl. pro L. V. t. 12. §. 27.

§. 248.

Bey dem Assassinio ist nothwendig, daß 1) ein wirklicher Miethscontract vorausgeht, 2) daß die gewaltsame Entleibung eines Dritten von dem Assassinator verlangt wird, 3) daß der Lohnmörder zur Uebernahme dieses Geschäfts nicht gezwungen worden ist a). Hat der Lohnmörder die Grenzen des Auftrages überschritten, so wird ihm, nicht aber dem Auftræger die Schuld beygemessen b), wenn nicht überhaupt aus dem Auftrag schon der Tod des dritten, obgleich nicht bestimmt angegeben, erfolgen mußte c).

a) Die P. G. O. gedenkt dieses Verbrechens nicht. A. L. II. 20. §. 849. ERHARD a. a. O. § 280-282.

b) Das cap. 3. de homicidio in 6to ist nicht hier anwendbar.

c) z. B. wenn er ihm auftrag, schwer zu verwunden Wie, wenn gar keine Entleibung erfolgte? ERHARD §. 282.

§. 249.

Der Lohnmörder verdient härtere Strafe als der Miether selbst, jener ist mit dem Rade, dieser mit dem Schwerdt zu strafen a). Der Lohnmörder, der öfter schon aus Gewinnsucht seinen Nebenmenschen mordete, verdient eine weit härtere Strafe, als jener, der die Ermordung nur einmal unternahm b). Die Theilnehmer dieses Verbrechens verdienen gelindere Strafe als die beyden genannten. Das R. R. ist hier unanwendbar c).

a) SODEN

- a) SODEN Geist d. p. Ges. §. 223. KOCH Com. iur. crim. §. 503.
 b) All. L. II. 20 §. 1193.
 c) l. 7 D ad L. Pomp. de parricid. STELZER Criminal. §. 476.

§. 250.

Die Strafe des aufgetragenen Mords ist nicht anwendbar, wenn 1) kein Lohn versprochen ist, 2) wenn kein förmlicher Auftrag erfolgte, 3) wenn der versprochne Lohn nicht angenommen wurde, 4) wenn der Gedungene den Befehl unbedingt befolgen muss. z. B. der Soldat, Scharfrichter.

ZWEYTE UNTERABTHEILUNG.

V o n

d e m R a u b m o r d.

§. 251.

Wenn die Ermordung als Mittel, um zum Raube zu gelangen, geschieht, so wird dies *Raubmord* genannt. Wenn daher 1) der Dieb, um sich zu schützen, den Angreifer ermordet, 2) oder der Todtschlag nicht wirklich geschehn ist, so ist kein Raubmord vorhanden. Uebrigens kommt es darauf nicht an, ob der Gewinn, welchen der Räuber zog, groß oder gering war, ob er an öffentlichem Ort, oder an einem Privatort dieses Verbrechen ausübte.

§. 252.

Unter den gewöhnlichen Anzeigen kommen hier auch noch diejenigen in Betracht, welche das Interesse des Inculpaten bey der Tödtung des Entleibten an die Hand giebt, doch müssen die nähern Umstände ergeben,

ben, ob wirklich ein solcher gegründeter Verdacht gegen den Inculpaten entstehen kann.

§. 253.

Der Raubmord wird mit dem *Rade* a) bestraft, und man sieht hier nicht auf die besondere Art der Ausführung, welche wohl die Strafe verhärten aber nicht verändern kann b).

a) C. C. C. art. 137. A. L. a. a. O. §. 1216. 1217.

b) CARPZOV. qu. ge. n. 3. et q. 7. n. 28. welche das Gegentheil behauptet.

§. 254.

Die Theilnehmer bey dem Raubmord sind nach allgemeinen Grundsätzen zu beurtheilen, und darnach auch die Strafe zu bestimmen. Ist der Raubmord noch nicht vollendet, so erkennt man bey dem nächsten Act der Ausführung das Schwerdt, sonst aber findet eine willkührliche Strafe statt.

DRITTE UNTERABTHEILUNG.

V o n

dem heimlichen, verrätherischen Mord, vorzüglich von der Giftmischung.

§. 255.

Wenn der Gegner auf heimliche oder betrügerische Art den andern mordet, so ist er einer der schændlichsten Bösewichter. Zu den betrügerischen Mitteln gehört vorzüglich, wenn jemand unter dem Schein der Freundschaft einen andern mordet, oder indem dieser sich in einem Zustand der Wehrlosigkeit befindet.

§. 256.

§. 256.

Derjenige, welcher heimlich mordet, verdient eben so hart, wo nicht noch härter als jeder andre Mörder bestraft zu werden, wenn auch gleich das Gesetz die Strafe nicht ausdrücklich bestimmt hat.

§. 257.

Unter Giftmischung, oder vielmehr *Vergiftung* wird die vorsätzliche Tödtung, oder Verletzung der Gesundheit eines Menschen, durch innerlich wirkende Mittel verstanden a). Unter *Gift* versteht man alles das, was durch verborgne physische Kraft dem menschlichen Leben oder der Gesundheit schädlich werden kann b).

a) I. F. EHRMANN D. de veneficio culposo. Lips. 1782. 4. S. H. FISCHER Com. de poena veneficii attentati et consummati. Lips. 1761. SODEN § 232. QUILSTORP § 160. DORN §. 80.

b) Hier die verschiedenen Arten von Giften anzugeben, halte ich für Ausschweifung. I. PLOUQUET von gewaltsamen Todesarten, § 69—81. HALLE Gifthistorie. Berlin 1787. KLEIN a. a. O. § 311—314.

§. 258.

Die Giftmischung kann theils vorsätzlich, theils durch Schuld, theils durch Zufall veranlaßt seyn a). Ist bey der vorsätzlichen Vergiftung der Tod des Menschen nicht erfolgt, oder die Gesundheit auf daurende Art nicht verletzt, so ist blos eine versuchte Vergiftung vorhanden. Die Giftmischung ist unvollzogen, wenn Gifte zur Ermordung anderer blos angeschafft wurden b).

a) REINHARTH de eo quod circa homicid. medici eiusque poenam iustum est. Erf. 1728 — Liebestranke? All. Land. a. a. O. § 87 l. 368 §. 3 de poenis.

b) Bey der Imputativität kommt es hier darauf an, warum das angeschaffte Gift nicht gegeben wurde, ob äussere oder innere Umstände den Verbrecher daran verhierten. STELZER §. 489. KOCH §. 496.

§. 259.

§. 259.

Zur Ausmittlung des Thatbestandes ist durchaus Besichtigung des Ermordeten nothwendig a). Findet sich das Gift nicht mehr in dem Körper des Getödteten, so kann nur denn angenommen werden, daß er an der Vergiftung gestorben sey, wenn es gewiß ist, daß er das Gift empfangen hat, und keine andere Ursach des Todes angegeben werden kann.

a) METZGERS gerichtl. Arzeneywiss. § 215. 217. HAHNEMANN über die Arzeneyvergiftung. Leip. 1786.

§. 260.

Anzeigen der Giftmischung sind nach dem Art. 37. der P. G. O. 1) wenn jemand Gift gekauft hat, 2) wenn der Verdæchtige mit dem Vergifteten in Uneinigkeit gelebt hat, 3) von dem Tode desselben Vorthail zu erwerben hatte, 4) kann hierher auch gerechnet werden, wenn er geflissentlich ohne hinlængliche Ursach auf die Beerdigung des Ermordeten gedrungen hat.

§. 261.

Die Theilnehmer sind zwar nach dem allgemeinen Grundsætzen von Giftmischung zu beurtheilen, doch werden 1) diejenigen, welche wissentlich zur Giftmischung Gift verkaufen, wenn sie auch sonst dazu berechtigt sind a), 2) die, welche Gifte anschaffen, als besondere Theilnehmer zu betrachten seyn.

a) Art. 137. P. G. O. A. L. II. XX. §. 695.

§. 262.

Die Strafe war bey den Römern in lege Cornelia de sicariis bestimmt, jedoch erfordert man nicht zur Anwendung derselben die Vollbringung der Vergiftung a). Die Deutschen bestraften die Giftmischung mit dem Feuer, geschah sie zwischen Mann und Frau, so fand das lebendige Pfählen statt b). Nach der P. G. O. ist

O. ist das *Rad* auf Mannspersonen, auf Weibspersonen aber das Ertränken gesetzt c). Nach dem Gerichtsgebrauch erkennt man nur dann obige Strafe, wenn durch die Vergiftung der Tod des Menschen erfolgte, sonst aber die Schwerdtstrafe d), und bisweilen nur eine Leibesstrafe e), vorzüglich dann, wenn anstatt des Giftes etwas anders beygebracht wurde. Diejenigen, welche Brunnen, Bier und andere Getrænke vergiften, verdienen eine geschærftete Strafe f).

a) l. 28. §. 9 de poenis. §. 5. l. de pub. iud. l. 1. fin. D. ad Lg. Pomp de parricid.

b) Sachf. S. Lib. 2 art. 13. Schwab. Sp. C. 115. n. 12.

c) art. 130 de BOEHMER ad art. 130. C. C. C. §. 6. A. L. R. 2. 20. §. 856. ERHARD a. a. O. §. 297.

d) A. L. §. 860.

e) WILKE D. de poena venefici attentati, quamvis irreparabile inde oriatur damnum, ad mortem non extendendum Lip. 1761.

f) von Vergiftung der Thiere.

VIERTE UNTERABTHEILUNG.

V o n

Aeltern- und Verwandtenmord.

§. 263.

Der Römer nahm Parricidium in mehrfacher Bedeutung a). Wir zæhlen heutiges Tages b), den Mord zwischen Ascendenten, Descendenten, Geschwistern und an solchen Verwandten, welchen der Mörder Respect schuldig ist, oder mit denen er in hæuslicher Verbindung lebt, hierher. Die Verwandtschaft muß durch die Natur erfolgt seyn, folglich können diejenigen, welche durch geistliche oder bürgerliche Verwandtschaft mit einander verbunden sind, nicht hierher gezæhlt

gezählt werden c). Uebrigens kommt es darauf nicht an, ob die Kinder aus einer gesetzlichen oder unerlaubten Ehe entsprungen sind d).

a) l. 1. 9. D. de leg. Pomp. de parricid.

b) Gewöhnlich zählt man den Mord an solchen Personen, welche in den Graden der verbotenen Ehe mit einander verwandt sind, hierher. s. KLEIN a. a. O. §. 341.

c) QUISTORP Grundf. §. 268.

d) DORN §. 92. KOCH §. 467. — Begeht der Schwängerer an dem Kinde, welches von einer Hure erzeugt ist, einen Todschlag, so gehöret dies nicht hierher. STELZER a. a. O. §. 495. n. 3.

§. 264.

Der Aeltern- und Verwandtenmord kann sowol vorsätzlich durch Schuld, als durch Zufall erfolgen. Ist durch Zufall anstatt des Vaters oder Kindes ein Fremder getödtet, so kann die auf dieses Verbrechen gesetzte Strafe nicht erkannt werden.

§. 265.

Bey den Römern stand auf den Aelternmord die Strafe des Sacks, auf den Verwandtenmord die Schwerdtstrafe a). Nach der *peinlichen Gerichtsordnung*, ob er aus Hitze unternommen, so erkennt sie die Strafe des Schwerdts, sonst die *Radstrafe*, in beyden Fällen läst sie aber Schærfung derselben zu b).

a) RAMOS TRIBONIANUS Lib 2. HOFFMANN Frag. XII. Tab. n. 51. l 9 D de leg. Pomp. de parricid.

b) art. 137. MEISTER principia iur. crim. §. 162. not. b. KOCH §. 469. A. L. 2. 20. §. 878—888. ERHARD §. 283.

§. 266.

Die allgemeinen Grundsätze von Theilnahme a), Milderung und Schærfung b) der Strafe finden auch bey
I diesem

diesem Verbrechen Anwendung. Die Strafe wird als vöellig aufgehoben erachtet, 1) wenn aus Nothwehr ein Aeltern- oder Verwandtenmord erfolgte, 2) wenn sie verjährt ist. Zur Verjährung werden zwanzig Jahre erfordert c).

a) KOCH §. 472 Comp. iur. crim. §. 670. DORN §. 94.

b) KOCH §. 475.

c) Mediat, über verf. Rechtsmat. 4 B. S. 180. meine Abhandlung. § 51.

FÜNFTE UNTERABTHEILUNG.

V o m

Kindermord, Abtreibung der Leibesfrucht, Unfruchtbarmachung und Aussetzen der Kinder.

(A)

V o m K i n d e r m o r d.

§. 267.

Man muß, wenn auch gleich durch die P. G. O. dies nicht geschehn ist, die Lehre vom Kindermord besonders behandeln, und sie nicht mit dem Vaternord zusammenwerfen, weil jene bey der Untersuchung einen ganz besondern Gang hat. Unter *Kindermord* verstehen wir die von der Gebährerin geschehene Tödtung ihrer neugeborner, unehlich geborner Kinder. Hierdurch wird folglich der Kindermord von dem Mord eines aus rechtmässiger Ehe erzeugten Kindes ausgeschlossen, welcher nicht die eigne Behandlung erfordert.

§. 268.

Der Kindermord kann bald aus Vorsatz, bald durch Schuld entstanden seyn. Bey dem vorsätzlichen
Kin-

Kindermord wird a) erfordert, daß eine wirkliche Tödtung vorgegangen, ob dies durch omissiv oder commissiv Handlungen geschehn sey, ist einerley, b) diese Handlung muß alle Eigenschaften eines Mords haben c). Das Kind muß während der Geburt noch gelebt haben.

Anm. Es ist wie KLEIN (§. 345) ganz richtig bemerkt, nicht nothwendig, daß die Mutter allein nur das Kind getödtet habe, denn es lassen sich auch Theilnehmer des Kindermords gedenken.

§. 269.

Da es nicht auf das Geständniß der Gebährerin allein ankommt a), so ist durchaus Besichtigung des Leichnams und der Gebährerin b) nothwendig. Bey der Untersuchung muß man nicht nur auf das Kind, dessen Schwere, Länge, Gestalt c), sondern auch die Lunge d) desselben untersuchen, um zu erforschen, ob es zur Zeit der Niederkunft gelebt hat.

a) STELZER §. 500.

b) Die Besichtigung geschieht von Hebammen.

c) C. G. FLÜTTNER Anweisung, wie durch Besichtigung ein verübter Kindermord herauszubringen sey Leip. 1771. P. CAMPER von Kennzeichen des Lebens und Todes bey neugebornen Kindern. Frankf. und Leip. 1777. Beyträge zur juristischen Litterat. in p. Staats § B. S. 61. ERHARD §. 286.

d) OLBERG Diss. de Docimasia pulmonum hydrostatica: Halae 1791. METZER §. 303. PLOUQUET §. 144.

§. 270.

Wenn die Besichtigung des Cadavers unmöglich ist, so müssen wir zu andern Anzeigen unsere Zuflucht nehmen, oder zum Zeugenbeweis, doch wird selten, wenn auch das Geständniß der Mutter hinzu kommt, auf die ordentliche Strafe erkannt werden können a).

a) SCHOEFF D. de infanticidio praelumto. Tub. 1737. MEISTER rechtl. Erk. in peincl. Fällen, 2 Th. d. 65. Th. 4. d. 104. QWISTORP §. 273.

§. 271.

Anzeigen des Kindermords gewähren 1) die Verheimlichung der Schwangerschaft und der nachfolgenden Geburt, welche, wenn noch die absichtlich hülfslose Niederkunft hinzukommt, zur peinlichen Frage Veranlassung geben können a). Denn wegen bloßer Verheimlichung der Schwangerschaft kann nur, wenn nemlich der Verdacht eines verübten Kindermords hinzukommt, auf eine außerordentliche Strafe erkannt werden b). 2) Wenn eine schwangere Weibsperson, auf einmal, ohne daß man weiß, wohin das Kind gekommen ist, dünnes Leibes wird.

a) MEISTER pract. Bemerkungen des Civil- und Criminalrechts. Götting. 1791. I B. n. 7.

b) BOEHMER ad art. 131. §. 40—51. STRUBEN rechtl. Bedenken. Th. I. n. 31. KLEIN Annal. XI. S. 275.

§. 272.

Wir haben bis jezt immer den vorsätzlichen Mord vor Augen gehabt. Allein auch durch Schuld kann der Kindermord veranlaßt seyn; durch Unterlassung dem Kinde Nahrung zu geben, oder durch nicht Verbindung der Nabelschnur u. f. w.

PLOUQUET a. a. O. §. 156. GEIGER und GLÜCK merkwürdige Rechtstheile. Erlangen 1792 I B. n. XII.

§. 273.

Als die sichersten Verhütungsmittel, den Kindermord zu begehn, können folgende angesehen werden. a) Die Verpflichtung zur Anzeige der Schwangerschaft a). b) Verpflichtung der Mutter zur Vorzeigung des todtgebornen Kindes b), c) scharfe Gesetze gegen diejenigen, welche eine Geschwächte verachten oder verspotten. Die Schande allein ist fast immer der Bewegungsgrund des Kindermords c).

a) P. G. O. art. 131. All. Land. a. a. O. §. 901. 933. Hierzu sind auch andere Personen verbunden, z. B. Ael-

Aeltern, Herrschaften, Schwängerer. KLEIN a. a. O. §. 356. ERHARD §. 289. Die Schriften, welche über die besten Mittel, dem Kindermord Einhalt zu thun, vorhanden sind, findet man in der Litteratur zum Criminalrecht. §. 102.

- b) Nun muß ein kurzer Zeitraum bestimmt seyn, binnen welchem sie geschehn muß. KLEIN §. 353.
- c) Auch könnte man noch hierher zählen solche Einrichtungen in dem Staat, worinn die Unglücklichen ernährt werden: denn auch Mangel, Nothdurft gibt oft die Veranlassung zum Kindermord. Ueber den Kindermord, I. SODEN §. 252. u. f. w.

§. 274.

Die Strafe des Kindermords war bey den Römern in neuern Zeiten die Strafe des Sacks a). Die P. G. O. setzte auch diese Strafe fest, und will diese Strafe im Wiederholungsfall verschärft wissen b). Der Gerichtsgebrauch aber bestraft die vorsätzliche Kindermörderinn mit dem Schwerdte, und schärft sie durch Flechtung des Körpers aufs Rad, bey eintretenden erschwerenden Umständen. Der schuldhafte Kindermord wird mit Staupenschlag, verbunden mit immerwährenden öffentlichen Arbeiten, Gefangenhaltung bestraft c). Die allgemeinen Grundsätze von Theilnahme sind auch hier anwendbar. Der Schwängerer ist, wenn er den Kindermord mit verübt hat, theils als Vatermörder, theils als ein einfacher Todtschläger zu bestrafen d).

a) l. 5. D. de leg. Pomp. de parricid. l. un. Cod. de his qui parentes. HEIMBURG pr. de poena matris infantis sui recens nati ex propof. mortem maturantis. Iena 1766 4.

b) Art. 131. WALCH Int. in lectionem C. C. C. §. 13. BOEHMER ad C. C. C.

c) Diese Strafe erkennt auch das All. Land. 2. 20. §. 965. ERHARD §. 284. 288. Beyt. zur jurist. Litt. f. p. Staat. 4. 157.

Mildrung der Strafe bewirken 1) heftige Schmerzen, welche eine Art von Wahnsinn bey der Gebäherinn bewirken a). 2) Wenn das Kind noch nicht vöellig reif ist b); 3) wenn nicht Vorsatz, sondern Schuld zum Grunde lag. 4) Uebereilung mit der Geburt c). Sonst aber kann weder Stand, noch Minderjährigkeit, noch Nothzucht die Strafe mildern d). Durch Begnadigung und Verjährung wird die Strafe gænzlich aufgehoben e).

a) MEISTER princ iur. cr. §. 169.

b) Comp. iur. crim. §. 695.

c) KLEIN §. 357.

d) STELZER §. 512.

e) m. Abh. §. 50. Wegen der Begnadigung. ERHARD §. 285.

§. 275.

Die Strafe wird geschærft 1) wegen Grausamkeit in der Vollziehung, 2) Zusammenfluß anderer Verbrechen. 3) Wiederholung.

Anm. Fælle wegen Kindermord findet man in KLEIN Annal. 2. S. 307—315. 4. S. 123.

(B)

Von der Abtreibung der Leibesfrucht.

§. 276.

Unter Verbrechen der Abtreibung der Leibesfrucht verstehn wir, diejenige Handlung, wodurch der Abgang eines schon lebensfähigen oder noch nicht lebensfähigen Kindes aus Mutterleibe durch künstlich angewandte Mittel veranlasst wird. Es wird also 1) eine unerlaubte Handlung erfordert, wodurch diese Abtreibung

bung geschieht a); 2) ein lebensfähiges Kind, oder ein solches, welches ausser Mutterleibe noch nicht fortdauern könnte b); welches alsdenn angenommen wird, wenn die Hälfte der Schwangerschaft noch nicht zurückgelegt ist, 3) künstliche Mittel, welche theils innerlich, theils äusserlich angewandt werden können.

a) Hierher gehöret nicht, wenn Mittel angewandt werden, um die Mutter am Leben zu erhalten.

b) Der Unterschied wird im Art. 133. d. P. G. O. auch gemacht und ist wichtig, wegen Auslegung dieses Art. s. KOCH §. 481. übrigens PLOUQUET §. 202. wegen dem p. Recht. KLEIN §. 359.

§. 277.

Bey den Römern war anfänglich die abortus procreatio nicht strafbar, doch wurde es in der Folge geändert. Die P. G. O. macht einen Unterschied zwischen vorsätzlichem und schuldhaftem Abtreiben der Kinder, und ordnet, wenn die Leibesfrucht im ersten Fall lebte, dem Manne die Strafe des Schwerdts, dem Weibe die Strafe des Sacks a). Ist aber gewiss, dass das Kind noch nicht Vitalität besessen, so setzt sie eine willkührliche Strafe fest. Nach dem *Gerichtsgebrauch* erkennt man bey vorsätzlicher Abtreibung einer lebendigen Leibesfrucht die Schwerdtstrafe b), sonst aber eine willkührliche.

a) art. 133. LIEBERKÜHN D. de crim. procurati abortus occ. 133. art. Hal. 1772.

b) C. F. KALTSCHMIDT. de distinctione inter foetum animatum et non animatum e medicina forensi eliminanda.

§. 278.

Die Theilnehmer, vorzüglich der Schwangeren, welcher vorsätzlich ohne Wissen der Mutter das Missgebühren veranlasste, wird mit der nemlichen Strafe nach der P. G. O. a) belegt, die die Mutter empfängt, welche

welche dieses Verbrechen begeht: sonst sind die Theilnehmer nach den allgemeinen Grundsätzen zu beurtheilen.

a) KREES C. ad C. §. 6, A. L. a. a. O. §. 988.

§. 279.

Die Strafe wird *gemildert* 1) wegen Unwissenheit, 2) wenn die Abtreibung nicht vollendet ist. 3) Wenn die Leibesfrucht entweder noch nicht lebensfähig war, oder sonst nie hätte lange leben können a). *Geschärft*, wegen Grausamkeit und Belohnung b): *aufgehoben* durch zwanzigjährige Verjährung.

a) Comp. iur. crim. §. 716 a. KOCH §. 485.

b) ENGAU Elem. iur. crim. §. 398.

(C)

Von vorsätzlicher Unfruchtbarmachung.

§. 280.

Wenn eine Manns- oder Weibsperson durch andere ist unfruchtbar gemacht worden, so kann dies theils vorsätzlich geschehen, theils durch Schuld erfolgt seyn.

§. 281.

Die Strafe, welche das Römische Recht auf die mit Gewalt geschehene Castration, als überhaupt auf die Unfruchtbarmachung gesetzt hat a), so wie die Strafe, welche die peinliche Gerichtsordnung bestimmt hat b), wendet man nach dem heutigen *Gerichtsgebrauch* nicht mehr an, sondern erkennt bald Staupenschlag, bald Gefängniß c). Doch ist derjenige, welcher eine Mannsperson wider Willen castrirt, härter zu strafen als jener, welcher durch unerlaubte Mittel die Unfruchtbarkeit bey Frauenzimmern bewirkte.

a) l. 4.

- a) l. 4. §. 2. D. ad L. Cor. de sec. l. 1. C. de eunuchis.
Nov. 142. c. 2. BOEHMER C. ad art. 133. §. 13.
- b) Comp. iur. crim. §. 727.
- c) All. Landr. §. 991. SODEN §. 255.

(D)

V o m

boshafteu und gefährlichen Aussetzen
der Kinder.

§. 282.

Wenn Aeltern oder andere Personen lebendige aber noch Hülfe bedürftige Kinder aussetzen, so kann dadurch bald ein Todtschlag, bald Kindermord entstehen. Man muß bey diesem Verbrechen auf die Gefahr, auf die Zeit, den Ort, auf die Person und auf die Absicht vorzüglich Rücksicht nehmen.

§. 283.

Nach R. R. war die Aussetzung der Kinder anfänglich erlaubt, nachher unerlaubt a). Nach der P. G. O. wird unterschieden, ob die Geburt erhalten wurde oder starb, im erstern Fall bestimmt sie eine Strafe an Leib oder Leben b). Nach dem Gerichtsgebrauch kann auch denn die Schwerdstrafe erkannt werden, wenn die Absicht zu tödten wirklich vorhanden gewesen ist. Mangelt aber diese Absicht, so kann höchstens auf Staupenschlag erkannt werden, sonst aber Zuchthausstrafe c). Auch bey diesem Verbrechen traten Milderungsgründe ein, wohin vorzüglich Armuth gehöret d).

- a) G. NOODT. Iulius Paulus. Lugd. Bat. 1710. Cor. v. BYNCKERHOEK. de iure occidendi vendendi et exponendi liberos ap. rom. v. NECK. sp. hist. iurid. quo inquiritur quamdiu antiquitus ap. rom. obtinuerit necandi et exponendi inf. Lugd. Bat. 1770.

b) art.

b) art. 132. BOEHMER med. p. 614. §. 5.

e) QUISTORP. §. 285. A. L. §. 969 — 971. ERHARD §. 288.

d) STELZER §. 532. Comp. iur. crim. §. 706.

§. 284.

Die Erhaltung der ausgesetzten Kinder gebührt der Stadt oder Dorfgemeinden, wo es gefunden wird. Wo Findelhäuser sind, werden sie dort hingeliefert.

KOCH §. 479. BOEHMER ad Casp. A. 10. obs. 4.
GEIGER und GLÜCK Rechtsfälle, I B. n. 1.

DRITTER ABSCHNITT.

V o n

dem Verbrechen wider die Ehre.

A. D. WEBER über Injurien und Schmähschriften. 2 Abtheil. Schwerin 1794.

Litteratur zum Criminal. §. 121.

§. 285.

Unter *Injurie* a) wird eine jede unbefugte Handlung, wodurch jemand die vollkommenen Rechte eines Andern in Ansehung des guten Namens, der Ehre b) oder Achtung vor/ätzlich verletzt, verstanden. Hieraus ergibt sich, was zum Corpus delicti bey Injurien gehöret c).

a) L. 1 D. de iniur. et fam. lib. 1. 5 §. 1. ad l. aq. pr. I. de iniur.

b) Die Ehre im weitläufigen Sinn begreift, absolute Achtung, besondere Achtung, und bürgerliche Ehre in sich.

c) Ist es nothwendig, daß die Beleidigung von dem Beleidigten ist zu Gemüth gezogen worden?

§. 286.

Die Injurie setzt eine Kränkung und Geringschätzung anderer voraus, diese besteht entweder in vorsätzlichen

lichen Thätlichkeiten, wodurch die Person des Beleidigten selbst, oder dessen, in welchem er beleidiget worden, gewaltsam behandelt oder dessen Körper verletzt wird, oder nicht. Erstere nennt man *thätliche, Realinjurien*, letztere *symbolische Injurien*, welche theils *wörtliche*, und diese wieder *schriftliche* und *mündliche*, theils *symbolische Injurien in der eigenen Bedeutung* sind a). Ferner in *mittelbare* und *unmittelbare* b), in *größere* und *geringere*. Und in Hinsicht der Imputabilität in *vorsätzliche* und *unvorsichtige*.

a) WEBER a. a. O. n 2 STRAUSS. de nonnullis special. iniuriarum Mogunt. 1729.

b) Dahin gehören z. B. die Injurien, welche der Frau, den Kindern, zugefügt werden. STELZER. §. 410.

§. 287.

Jeder, der sonst fähig ist, ein Verbrechen zu begehn, kann sich auch einer Injurie schuldig machen. Nur wird erfordert, dass er

1) solche Handlungen unternahm, welche entweder an und für sich schon unerlaubt oder in einer Verletzung der absoluten oder bürgerlichen Ehre bestanden a).

2) Ist nothwendig, dass die Absicht zu kränken (*animus iniuriandi*) vorhanden sey b). Ist diese böse Absicht nicht gleich sichtbar, so kann derjenige, dessen Ehre beleidiget wurde, immer noch den vermeintlichen Injurianten auffordern, die Wahrheit seiner behaupteten Thatsache zu beweisen. Der *animus iniuriandi* wird nicht 1) durch die Protestation c), nicht 2) durch die hinzugefügte Bedingung ausgeschlossen: wird dadurch die sonst unbefugte Handlung rechtmässig gemacht, so muss darauf dennoch Rücksicht genommen werden.

3) Durch Nennung des Urhebers d), noch

4) durch die Wahrheit der Handlung des Beleidigten

digten, woraus die Injurie hergeleitet wird e).
 5) Durch fragweise geschehenen Vortrag u. d. g. f).

- a) KLEIN a. a. O. §. 211.
- b) WEBER I Abth. p. 44. WESTPHAL Criminal. Anm. 80. p. 305. — Kann er vermuthet werden? — Von Personen, wobey diese injuriöse Absicht wegfällt. MEISTER §. 192. STELZER §. 406. A. L. 2. II tit. §. 77. Doch sind sie strafbar, so bald sie die Grenzen überschritten.
- c) KLEIN §. 221. A. L. §. 546. 547.
- d) l. II. §. 3. D. de inj. l. 5. C. de accus.
- e) l. 5. C. de inj. art. 110. C. C. C. KLEIN §. 215. §. 222.
- f) KLEIN §. 245. Injurien der Schriftsteller. WEBER 2 Abth. S. 163.

§. 288.

Gegen jeden, der nur noch sonst bürgerliche Ehre besitzt, kann eine Injurie begangen werden a), wenn er gleich nicht diese Beleidigung fühlen sollte. Auch gegen Abwesende und Todte b). Gesellschaften aber können eigentlich nicht injuriren noch injurirt werden, doch können die Vorsteher der Gesellschaft, das, was gegen dieselbe gesagt ist, als Beleidigung aufnehmen und rügen c). Uebrigens ist nothwendig, daß der Beleidigte in die Beleidigung nicht willigte d).

- a) KLEIN §. 224.
- b) l. I. §. 4. 6. 27. de injur. WILLENBERG de injur. mort. illata. Ged. 1726. wird aber von mehreren geleugnet.
- c) fließt aus dem im §. 106. Gesagten. KLEIN §. 216.
- d) WEBER §. 29.

§. 289.

Als eine besondere Art der Injurien werden die Pasquille betrachtet a). Unter Schmähschrift oder Pasquill versteht man eine solche öffentlich verbreitete Schrift,

Schrift, worin jemandem ein Verbrechen vorgeworfen wird b). Man pflegt Schmähschrift und Pasquill noch dadurch zu unterscheiden, daß bey dem erstern der Name des Verfassers bekannt sey, bey letztern aber nicht c). Allein dieser Unterschied findet nach R. R. d) nicht statt. Es kommt übrigens darauf nichts an, ob das Verbrechen, welches jemanden vorgeworfen wird, wahr oder unwahr sey e).

a) Wegen des Namens, KEISSLERs Reisen, p. 462.

b) SCHMIDT de figmento criminis famosi libelli. Alt. 1781.

c) (PAALZOW) §. 386. STELZER §. 414.

d) von 1577. nach P. G. O. ist unterschieden. A. L. a. a. O. §. 572

e) MEISTER §. 195.

§. 290.

Bey Bestrafung der Injurie macht man einen Unterschied zwischen Pasquill und andern Injurien. Die *Strafe*, welche sowol das R. R. a) als die P. G. O. b) auf ersteres setzte, findet heutiges Tages keine Anwendung, sie wird so wie die übrigen willkührlich, mit Geld- Gefängnis- und Zuchthausstrafe belegt c). Die Theilnehmer, wohin aber nicht die Buchdrucker d) gehören, sind willkührlich zu strafen.

a) l. un. C. de famos. lib.

b) TALIO art. 110. QUISTORP I Th. §. 315. KOCH §. 391.

c) WEBER 2 Abth. n. 16. KLEIN §. 247. ERHARD §. 327.

d) A. L. §. 618. Diese sind wirkliche Pasquillanten.

§. 291.

Die Injurie bewirkt auch *Privatgenugthuung*, dahin gehöret *Wiederruf*, *Abbitte*, und *Ehrenerklärung* a); welche durch gleichbenannte Klagen erlangt wer-

werden. Der *Wiederruf* muss in Gerichten in Person geschehn, bisweilen bey geöffnethen Thüren und in Zeugen Gegenwart. Die *Abbitte* kann bald eine feierliche bald minder feierliche seyn. Der Wiederruf findet nur dann statt, wenn der Beleidigte auf falsche Thatfachen seine Behauptung baute, sonst aber Abbitte. Die *Ehrenerklärung* besteht in der Versicherung, dass man bey den Worten oder Handlungen, die ein Anderer als Injurie aufnahm, die Absicht zu beleidigen nicht hatte b).

a) WEBER 2 Abth. I — 49. wegen abweichenden Grundsätzen d. p. Recht. KLEIN §. 226—229.

b) Die *æstimatorische* Klage, wovon §. 221. gehandelt ist, gehöret ebenfalls hierher. l. 7. §. 1. de inj. l. 5. §. 1. D. ad L. Aquil. WEBER 2t. Abth. p. 11. doch behauptet STELZER § 415. das Gegentheil. Doch kann sie nicht, wie LAUTERBACH (de actione inj. recant.) behauptet, mit dem Wiederruf und Abbitte cumulirt werden, — von der provocatio ex leg. diffamari.

§. 292.

Die Strafen, welche auf Injurien nach gemeinem Recht gesetzt sind, werden binnen zwanzig Jahren verjährt a), alle übrigen Klagen aber werden in einem Jahre verjährt b). Ferner können 1) die Injurien eingeschränkt durch *Vergleich* c), sowol stillschweigend als ausdrücklich aufgehoben werden. 2) Durch *Wiedervergeltung* d) und *Compensation*. 3) Durch den Tod des Injurianten, doch muss noch keine Kriegsbefestigung vorhanden seyn e), 4) durch die Retorsion, wodurch aber blos die Privatgenugthuung aufgehoben wird f).

a) m. Abh. § 64.

b) WEBER 2 Abh. p. 149.

c) PUFFENDORFF animad. T. I. an. 112.

d) STRUBENS rechtl. Bedenken, 4 Th. B. 43.

e) COCCERJ I. Cont. l. 47. 1 B. Q. 21. 22.

f) WEBER 2 Abth. n. 15.

VIERTER ABSCHNITT.

Von
dem Verbrechen wider die Freyheit.

ERSTER UNTERABSCHNITT.

Vom Menschenraube.

§. 293.

Unter *Menschenraub* a) verstehn wir die Entführung, oder Aufhebung eines Menschen ohne beabsichtigte Wollustbefriedigung. Die Grundsätze des Römischen Rechts lassen sich zum Theil analogisch auf dieses Verbrechen anwenden b). Bey uns kann es vorzüglich dann statt haben, 1) wenn jemand einem Menschen seine Freyheit raubt, oder einen Menschen der Herrschaft eines andern entzieht c), 2) wenn jemand mit Gewalt einen andern anwirbt, oder 3) ihn mit Gewalt zwingt, die jetzigen Dienste seines Kriegsherrn zu verlassen d).

a) C. O. RECHENBERG D. ad l. fabiam de plagiaris. Lipl 1745. LEYSER Sp. 624.

b) Da die Lehre von den Slaven bey uns wegfällt.

c) Dahin gehören auch Bettler, welche Kinder in der Absicht stehlen, um sie zum Betteln zu gebrauchen.

d) IKSTAETT Opus. Tom. I. p. 346.

§. 294.

Zum Thatbestand dieses Verbrechens gehöret böse Absicht, widerrechtliche Gewalt a). Es wird als vollendet betrachtet, sobald der Mensch in des Räubers Gewalt gebracht ist. Die Schärfung oder Mildrung der Strafe richtet sich nach der Absicht, welche der Mensch

schenräuber hatte, nach der Grösse des Uebels, welchem der Geraubte ausgesetzt wurde b).

a) STELZER §. 591. KLEIN §. 200.

b) DORN §. 152.

§. 295.

Der Römer bestrafte dies Verbrechen, theils mit Gelde, theils aber auch mit harten Leibesstrafen, und wenn ein freier Mensch geraubt wurde, mit dem Tode a). Der Gerichtsgebrauch ist sehr verschieden, bald wird Gefängnisstrafe, bald Festungsstrafe erkannt b); bisweilen sogar die Todesstrafe, vorzüglich bey gewaltsamen Werbungen c).

a) §. 10. l. de pub. iud. l. 7. ad l. 16. C. ad leg. Fabiam de plag.

b) KLEIN §. 199. A. L. §. 1083—1093.

c) In Baiern laut Generalmand. v. I. 1732. wegen Sachsen Mand. 30 Oct. 1737. ERHARD §. 309. MÜLLERS Kriebsrecht. 2 Th. Beyl. p. 284.

ZWEYTER UNTERABSCHNITT.

V o n

Entführung, oder Menschenraub zur Wollustbefriedigung.

§. 296.

Wenn das Verbrechen der Entführung a) vorhanden seyn soll, so wird 1) erfordert, daß jemand, sey es eine Frauens- oder Mannsperson, zur Befriedigung der Wollust einen andern entführte und zwar b) 2) aus einem Ort, wo er selbst, oder wo seine häuslichen Vorgesetzten seiner Person mächtig waren, an einen Ort, wo er der Willkühr des Entführers unterworfen ist c).

a) BLÜ-

- a) BLÜMER D. de raptu. Lips. 1788. zeigt ausführlich, daß dieses Verbrechen hierher und nicht zum Fleischesverbrechen zu ziehn ist.
- b) Darauf kommt es nicht an, ob der Entführer seine Absicht erreichte, das Verbrechen ist durch die Entführung schon vollendet.
- c) Wie schwankend die Rechtslehrer bey diesem Punct und wegen der Personen sind, welche dieses Verbrechen begehn können, kann man bey KOCH § 361. MEISTER §. 302. sehn.

§. 297.

Nach'den R. Gesetzen wurde dieses Verbrechen mit dem Schwerdt gestraft, hatte der Entführer keine Kinder, so wurde das Vermögen confiscirt, zum Vortheil der Entführten a). Das Canonische Recht hat die Strafe verändert, indem es annimmt, daß die Ehe der Entführten mit dem Verführer erlaubt sey, und die Confiscation weg falle b). Der Gerichtgebrauch bestraft willkürlich, und sieht auf den Grad der bösen Absicht, und auf die dabey gebrauchte Gewalt c). Härtere Strafe tritt denn ein, wenn blos zur Wollustbefriedigung, ohne eheliche Verbindung zu beabsichten, oder zur Unzucht jemand entführt wird d).

- a) l. un. C. de raptu virg. art. 118. mit darauf Bezug.
- b) c. 10. C. XXXVI 9 2.
- c) QUISTORP §. 514.
- d) ERHARD § 310. KLEIN §. 414.

Anm. Was ist Rechtens wegen der Theilnahme? wegen der hier stattfindenden Nothwehr? DORN §. 219 — §. 222.

DRITTER UNTERABSCHNITT.

V o n

d e r C o n c u s s i o n.

§. 298.

Wir verstehn hier unter *Concussion* Erpressungen, welche durch erregte Furcht in dem Beleidigten ohne angewandte Gewaltthätigkeiten geschahen, und unterscheiden es daher von eigentlichen Gewaltthätigkeiten, von Erpressungen, welche unter dem Schein Rechts verübt werden, und von solchen, welche in Diebstahl oder Raub ansarteten. Durch die *Concussion* wird die Freyheit des Willens eingeschränkt.

§. 299.

Bey diesem Verbrechen kommt es übrigens darauf nicht an, ob die Furcht, welche in der Seele des Beleidigten erregt wurde, hinreichend war, ihn zu dieser Handlung zu zwingen; genug, wenn der Beleidiger seine Absicht dennoch erreichte. Die Strafe ist willkührlich, je grösser oder unerlaubter der Zweck, je mehr oder weniger furchtbar das angedrohte Uebel war, desto grösser oder gelinder wird die Strafe seyn.

QUISTORP § 195. A. L. 2 20. §, 1254.

Anm. Es könnten hierher noch Nothzucht gezählet werden, allein zweckmässiger ist davon unten bey den Fleischesverbrechen zu handeln.

VIERTER UNTERABSCHNITT.

V o n P r i v a t g e w a l t.

§. 300.

Die Grenzen der öffentlichen und Privatgewalt sind in den Gesetzen nicht genau angegeben a). Die Grösse
des

des Verbrechens wird nach dem angerichteten Schaden, nach der Grösse des Vorsatzes bestimmt, und darnach willkürlich bestraft b).

a) Nach R. R. L. 1. pr. ad leg. Iul. de vi privata wird sie mit Einziehung des dritten Theils des Vermögens und mit Verlust der Fähigkeit zu Staatsämtern bestraft. Nach dem Ed. Divi Marci soll auch der Verlust d. Rechts erkannt werden.

b) MEISTER §. 346. KOCH §. 242. die Kammergerichtsordn. v. 1521. c. 32. §. 2. R. A. v. 1532. Tit. 3. §. 15. scheinen die Grundsätze des R. R. zu bestätigen:

FÜNFTER UNTERABSCHNITT.

V o m

Haus - und Burgfriedensbruch.

§. 301.

Die Störung des Haus- und Burgfriedens kann a) auch unter die Privatgewalt im Allgemeinen begriffen werden; allein in mancher Hinsicht ist es gut, hier eine Absonderung zu machen. Das *Haus* oder die *Burg* des Staatsbürgers muss vor Beleidigungen vom Staat sicher gestellt werden. Hat daher jemand auf irgend eine unerlaubte Art in einem Hause (§. 203, an dem Besitzer derselben Gewaltthätigkeiten ausgeübt, so verdient er härter gestraft zu werden, als wenn diese Beleidigungen ausser dem Hause vorgefallen sind b). Heutiges Tages wird, wenngleich ältere peinliche Gesetze härtere Strafen bestimmen, der Hausfrieden mit einer arbiträren Strafe, welche sich bis zu Zuchthausstrafe erstrecken kann, belegt c). Der Inhaber der Wohnung kann den Eindringenden mit Gewalt abhalten.

a) Es ist hier blos von Privatburgen die Rede, geschieht eine solche Beleidigung in dem Pallast des Landesherrn, so ist sie freylich härter zu ahnden.

WINCKLER Corp. iur. crim. 25. Opusc. I. 1. 4.

K 2

b) ausser

b) auſſer BEYER und STRUV iſt WALCH pr. III. de pace domestica len. 1772 1778 4. zu merken.

c) A. L. R. 2. 20. §. 525 — 531.

FÜNFTER ABSCHNITT.

V o n

dem Verbrechen wider das Eigenthum.

ERSTER UNTERABSCHNITT.

V o m Diebstahl.

Ge. Steph. WIESAND Diff. de poena furti varia. Viteb. 1/89. 4.

Al. KLEINSCHRODT D. de furti vere talis notis caracteristicis consumatione ac supplicio. Wirceb. 1790.

Meditat. zweier Recht. 3 B. 123 — 124.

Litteratur des Criminalrechts. § 109.

§. 302.

Unter *Entwendung* verſtehn wir die Beſitzergreifung einer beweglichen Sache, in der Abſicht, ſie der Verfügung oder dem Beſitznehmensrechte eines andern widerrechtlich ohne deſſen Einwilligung zu entziehen. Die Entwendung geſchieht entweder ohne erſchwerenden Umſtand (einfacher Diebſtahl), oder mit demſelben, und zwar a) mit *Gewalt*, die entweder beym heimlichen Diebſtahl eintritt (geſährlicher Diebſtahl) oder beim offenbaren Anfall verübt wird (Raub), b) wegen des Orts, wo der Diebſtahl begangen wird, (Kirchenraub).

§. 303.

Unter *Diebſtahl überhaupt* verſtehn wir die *Entwendung einer beweglichen Sache ohne Wiſſen des Eigent-*

Eigenthümers in der Absicht, um sich zu bereichern. Der Diebstahl ist entweder als ein Verbrechen, oder als eine Vergünstigung anzusehn. Der gemeine Diebstahl, wird die Entwendung einer beweglichen körperlichen nicht kirchlichen Sache gegen den Willen des Besitzers, aus Gewinnsucht, doch ohne angewandte Gewalt, genannt.

Anm. Von dem weitläufigern Begriff der Römer in den Vorlesungen, l. 1. § 3. D. de furtis. Furtum est contrectatio rei fraudulosa, lucri faciendi gratia, vel ipsius rei, vel etiam usus eius possessionisve. BOEHMER ad C. C. C. art. 157 §. 1. T. I. REINHARTH, de diversis furti secundum ius civile et germanicum idea. Erf. I. 29.

§. 304.

Zum Thatbestand des Verbrechens erfordert man a) die *Besitzergreifung* einer beweglichen Sache. Obgleich unter den alten römischen Juristen deshalb Streit obwaltete, so hat doch Iustinian die Sache entschieden: die Sache muß darum beweglich seyn, weil sie sonst nicht acuell aus dem Besitz des andern genommen werden kann a). Die *Besitzergreifung* ist auch dann als vollendet anzusehn, wenn gleich nicht der Dieb die Sache aus der Wohnung des Bestohlenen gebracht hat. Denn wenn dies wirklich geschehn ist, so bestraft der art. 158. d. P. G. O. den Diebstahl noch härter b),

a) GELLIUS N. A. Lib. IX. c. 18. §. 7. l. de ul. l. 25. D. de tur. Es kann daher durch Fuch-, Wild - Dieberey ein wirklicher Diebstahl entstehen.

b) Obgleich PUFFENDORF Proc. crim C. 25 §. 48. und STRUBEN rechtl. Bed. I Th. n. 15. 4 Th. n. 91. STELZER § 595 n. b der entgegengesetzten Meinung zugehan ist, KOCH §. 177. A. L. R. a. a. O. §. 1114. ERHARD § 363.

§. 305.

b) Wird erfordert, daß diese Sache eine *fremde Sache* ist: eine solche, welche einem andern eigenthümlich

lich gehöret, und in eines andern Besitz sich befindet. Dafs der Eigenthümer eine wirklich actuelle Bewahrung ausübt, ist nicht nothwendig a). Bey der Entwendung der fremden Sache ist übrigens nur nothwendig, dafs der natürliche und bürgerliche Besitz dem Berechtigten entzogen ist b).

a) z. B. an Fischen, die sich im Fischbehälter befinden, art. 169 NETTELBLADT D. de vero sensu; l. 3. §. 14. D. de a. v. a. p.

b) z. B. der Pfandschuldner. KLEIN §. 427. STELZER §. 595. n. a. A. L. R. §. 1109. hierher kann auch das crimen expilatae hereditatis und amotio rerum gezählt werden. KOCH §. 178. n. 6. und 8.

§. 306.

Ferner wird c) erfordert, dafs die Entwendung *wider Willen* des Besitzers erfolgte. Wenn auch ohne Willen des Besitzers der Diebstahl erfolgt, und wenn er ihn gleich mit ansah, so ist noch kein Schluss zu machen, dafs er mit seiner Bewilligung geschehn sey. Prüfung, Furcht, kann ihn davon zurückhalten, den Dieb an dem Diebstahl zu hindern.

§. 8. l. de obl. quae ex del. nasc. QUISTORP §. 347. KOCH §. 179.

§. 307.

Durch den Diebstahl muss sich d) der Dieb zu *bereichern* gesucht haben. Hierzu wird nicht erfordert, dafs das Eigenthum wirklich vergrössert wird, sondern auch dann hat der Dieb diese Absicht, wenn er irgend einen Vortheil aus der Sache ziehn will: es kommt übrigens darauf nicht an, ob der Dieb seine Absicht erreichte.

KOCH §. 181. KLEIN §. 429. gibt es ein furtum culpae. KLEINS An. D. med. 2. pag. 17.

§. 308.

§. 308.

e) Der Diebstahl muß ohne Gewalt vollbracht seyn, auch darf er keine Drohungen gebraucht haben, sonst artet der Diebstahl in Raub, oder Concussion aus.

§. 309.

Die Theilnehmer des Diebstahls können entweder wirkliche *Gehülfen* bey dem Diebstahl seyn, oder sie können nachher, nachdem der Diebstahl vollendet ist, Mittel zum Zweck der Diebe werden; beyde sind als Theilnehmer des Diebstahls selbst zu betrachten, und müssen hier nach bestraft werden. Dahin gehören diejenigen, welche gestohlnes Gut verbergen, es zur Begünstigung der Diebe verkaufen.

KLEIN §. 459 — 460.

§. 310.

Die Anzeigen des Diebstahls können theils in nahe theils entfernte eingetheilt werden: 1) gegen diejenigen, welche fremdes Gut besitzen und den Erwerbstitel nicht angeben können, verkaufen oder verbergen, ist eine nahe Anzeige vorhanden. 2) Wissenliche Begünstigung der Diebe, womit zugleich eine Neigung zu dem Verbrechen gezeigt wird. 3) Minder wichtig sind folgende Anzeigen, a) wenn eine Person auf einmal reich wird. b) Wenn jemand ohne Vermögen zu besitzen, dennoch großen Aufwand macht.

Art. 34. 38. 39. 43. d. P. G. O.

§. 311.

Der Diebstahl kann bald als Verbrechen, bald als eine Vergünstigung angesehen werden. Wenn der Dieb sich in einem Nothfall (§. 44.) befindet, so begeht er keine strafbare Handlung. Man sollte nicht meinen, daß in wohleingerichteten Staaten, wo auch die besten Armenanstalten sich befinden, dieser Fall eintreten könnte, dem.

demohnerachtet ist er bisweilen vorhanden. Es wird aber zu diesem Nothfall erfordert, daß der Dieb auf keine andere Art sich hat Lebensunterhalt für sich und die Seinigen verschaffen können. Darauf kommt es übrigens nicht an, ob er solche Sachen, welche ihm unmittelbar zum Lebensunterhalt dienten, stahl, oder andere, wodurch er sich jenen verschaffen konnte. Hat er wissenlich mehr genommen als er jetzt zum Nothfall gebrauchte, so ist er einigermassen strafbar.

WALCH D. de furto fame dominante fact. Iena 1789.

SCHOTT D. de furto ex necess. committ. Tub. 1777.

STELZER § 627 - 629.

§. 312.

Der Diebstahl wird in einen gemeinen und qualificirten, ersterer wieder in einen größern und kleinern eingetheilt. Unter *großen* a) Diebstahl versteht man denjenigen, welcher den Betrag von fünf Gulden übersteigt. Der Gulden beträgt nach dem Gerichtsgebrauch einen Ducaten, das Agio mit eingeschlossen b). Der Diebstahl wird nach dem wahren Werth der Sache, welchen sie zur Zeit, da der Diebstahl geschah, gehabt hat, bestimmt: weder der Werth der besondern Vorliebe, noch das besondere Interesse, noch der Werth, unter welchem der Dieb die Sache verkaufte, kommen hier in Betracht. Die Sache muß von verpflichteten Taxatoren geschätzt werden, kann die Sache nicht herbeygeschafft werden, oder ist zerstückelt, so muß der Bestohlene eidlich den Werth angeben, will oder kann er dies nicht thun, so wird ein kleiner Diebstahl vermuthet, wenn nicht schon die einzelnen Stücke das Gegentheil darthun c).

a) HOMMEL de furto magno Lips. 1747.

b) A. L. R. §. 1121. — ERHARD §. 355.

c) KOCH § 198.

Ann. Wenn mehrere zusammen gestohlen haben, und die gesetzliche Summe von 5 Gulden nicht jeder bekommt, so findet die gesetzliche Strafe nicht statt. ERHARD § 356. STELZER §. 601.

§. 313.

Der *qualificirte* Diebstahl, worunter man denjenigen versteht, welcher mit Gewalthätigkeit verübt wird, geschieht a)

1) durch *Einbruch* sowol in Gebäude, als in anderer Behältnisse, welcher durch Instrumente verübt ist, welche körperliche Verletzungen und den Tod bewirken können b). Wenn daher durch Dietriche, Hauptschlüssel oder mit der Hand die Behältnisse eröffnet werden, so ist kein qualificirter Diebstahl vorhanden.

a) Zu den Requisitis eines qualificirten Diebstahls würde ich nicht immer Gefahr des Lebens erfordern, sondern bloß Gefahr des Eigenthums. HOMMEL de furto qualificato Lips. 1769 WINCKLER Opus. T. I. n. 18., welche zeigen, daß nach lachl. R. bloß gefährliche Waffen zum Welen des qual. Diebstahls erfordert werden.

b) erfordern gewöhnlich die Rechtslehrer. Doch s. KLEIN A. L. R. §. 1169 ERHARD §. 376.

§. 314.

2) Durch *Einsteigen*. Doch wird hierzu erfordert, daß der Ort erhaben und der Dieb durch Leitern und andere Instrumente an den Ort gekommen ist, oder durch besonderes verwegnes Unternehmen unternommen sey.

Art. 159 STRUBENS rechtl. Bedenken, 2 Th. B. 107.

§. 315.

3) mit *gefährlichen Waffen* a). Der Dieb muß in der Absicht die Waffen angelegt haben, um bey einem

einem etwanigen Angriff sich zu vertheidigen und das Gestohlene zu schützen. Waffen bedeutet hier jedes Werkzeug, wodurch wahrscheinlich der Tod des andern bewirkt werden kann. Zum Theilbestand des qualificirten Diebstahl wird außer der Gefährlichkeit, das wirkliche Dasein eines Diebstahls erfordert ^{b)}.

a) STELZER §. 613—614. HEIMBURG de fur. armato. Iena 1761.

b) KLEIN § 446. ERHARD §. 378.

§. 316.

Der Diebstahl wird in Ansehung der Wiederholung, in *erstern*, und *wiederholten* eingetheilt; letzterer wird derjenige genannt, der zu verschiedenen Zeiten an unterschiedlichen Gegenständen ist verübt worden. Der wiederholte Diebstahl unterscheidet sich daher genau von dem *fortgesetzten*. Der wiederholte Diebstahl ist theil der erste, zweyte *dritte* nachdem der Urheber desselben ein verläumderlicher Dieb ist.

SCHORCH de furto tertio art. 162. wegen der Verjährungszeit, I. m. Abh. § 62.

§. 317.

Die Zeit, wenn eher der Diebstahl begangen wird, gewährt die Eintheilung desselben in nächtlichen und am Tage verübten. Einen nächtlichen Dieb zu tödten, wird dem Eigenthümer dann gestattet, wenn er sich auf andere Art nicht hat retten können; es wird dieses Recht als eine Folge der Nothwehr angesehen ^{a)}. Der Diebstahl ist nach der Caroline auch in ein *furtum manifestum* und *non manifestum* einzutheilen, je nachdem der Dieb bey dem Diebstahl ergriffen wurde oder nicht ^{b)}.

a) RIVINUS D. de iur. vit et necis in furem privato comp. Lips. 1740 WINCKLER Opusc. I, N. 12, n. 17.

b) art. 157. KRESS art. 158. C. C. C.

§. 318.

§. 318.

In Hinsicht der besondern Pflichten, welche der Dieb gegen den Bestohlenen zu beobachten hat, wird der Diebstahl in *Hausdiebstahl* eingetheilt. Unter Hausleuten werden theils solche verstanden, welche zum Hause gehören a), insbesondere aber Domestiquen, welche in dem Hause des Brodherrn waren b).

- a) Dahin gehöret die Familie — *amotio*. Dieser Diebstahl wird gewöhnlich gelinde bestraft. art. 165. d. P. G. O. GÜNTHER *de furto domest.* Lips. 1785 4.
b) A. L. R. 2. 20. §. 1135 1136. ERHARD §. 375.

§. 319. a.

Der Diebstahl kann ferner an Eßwaaren a), an Holz b), Wild c), Fischen, Pferden d), an Erzen e), an Früchten f), verübt werden.

- a) A. L. R. §. 1123.
b) ERHARD §. 366. A. L. R. §. 1145. ANEL *progr. leges in delicta circa arbores.* Leip. 1796.
c) ERHARD §. 368 KLEINSCHRODT von dem Wild-
diebstahle. Erl. 1790.
d) BOEHMER *de abigatu et furto equorum.* Gætt. 1742.
e) ERHARD §. 365.
f) HOMMEL et G. L. SACHSE D *de furtis agrariis eorumque poena.* Vit. 1792.

§. 319. b.

Wer die Grabmäler oder Leichen beraubt, wird als Dieb angesehen. Stiehlt jemand einen Leichnam aus der Gruft, so wird die Strafe nach der Absicht bestimmt, welche der Dieb hatte. Die Strafe kann aber in beyden Fällen blos in einer willkührlichen entweder Gefängnisstrafe, oder auch Leibesstrafe bestehn.

KOCH §. 612. und 613. doch nicht bis zur Todesstrafe.
DORN §. 251.

§. 320.

§. 320.

Wir beurtheilen heutiges Tages bisweilen den Diebstahl als ein Privatverbrechen, indem der Richter vorzüglich bey dem Hausdiebstahl nicht ohne vorhergegangene Anzeige eigenmächtig untersuchen kann. Die Strafe, welche die Caroline a) festgesetzt hat, richtet sich nach den besondern Arten des Diebstahls. Auf den qualificirten Diebstahl, hat sie bald Todes-, bald Leibesstrafe gesetzt. Allein der Gerichtsgebrauch erkennt keine Todesstrafe mehr, sondern theils Zuchthaus-, theils Festungsstrafe. Nur denn, wenn der Bestohlene durch den Dieb wäre verletzt worden, müßte die Strafe erhöht werden b).

a) art. 159. ERHARD §. 379. KLEIN §. 442.

b) ERHARD §. 380.

§. 321.

Die Strafe des einfachen grossen Diebstahls ist willkürlich, doch soll die Strafe bis zur Todesstrafe erstreckt werden können a); allein der Gerichtsgebrauch ordnet eine Leibesstrafe, welche, wenn der Schaden ersetzt wird b), gemildert wird.

a) art. 160. QUIST. I Th. § 359.

b) HOMMEL de mitiganda furti poena, ob rest. rei oblatæ Leip. 1737. A. L. R. § 1121—1157. 4 Wochen bis 2 Jahr Gefäng. ERHARD §. 353. Ist wohl heutiges Tages nicht mehr anzunehmen.

§. 322.

Den dritten einfachen Diebstahl belegt die P. G. O. mit der Todesstrafe a). Allein heutiges Tages würde sie unzweckmässig seyn, harte Zuchthaus- und Festungsstrafe erkennt der Gerichtsgebrauch b). Alle übrigen Diebstähle werden willkürlich gestraft, doch kann auch hier bisweilen die Todesstrafe nach besondern Gesetzen eintreten c).

a) art.

- a) art. 162.
- b) QUISTORP. §. 362. A. L. R. §. 1158—1162. erkennt lebenswierige Zuchthausstrafe.
- c) MEISTER §. 229. n. c)

§. 323.

Die Strafe der Theilnehmer richtet sich nach der Theilnahme selbst. Sie leisteten entweder thätige Hülfe beym Diebstahl oder nicht. Bey jenem war entweder eine zufällige, oder verabredete Theilnahme vorhanden, im letztern Fall werden sie mit der ordentlichen Strafe belegt, im erstern Fall wird eine gelinde Strafe erkannt, doch darf die Strafe nicht so gelind seyn, als die ist, welche diejenigen trifft, die bey dem Diebstahl selbst gar keinen Beystand leisteten.

§. 324.

Die Strafe des Diebstahls wird

- 1) gemildert, a) durch Ersatz des Gestohlenen b) wegen Vergleich über das Gestohlene; c) wegen Mangel; d) wegen Mangel der Gefahr bey dem qualificirten Diebstahl.
- 2) Geschærft aber, a) wenn mehrere sich zum Diebstahl verbunden haben; b) durch Ausübung grosser Gewalt.

§. 325.

Dem Bestohlenen steht das Recht zu, Ersatz des Gestohlenen zu fordern, und dasselbe zu vindiciren: dahin gehöret die *conditio furti*, und *Reivindicatio*. Nach R. R. konnte wegen der *poena privata* die *actio furti* angestellt werden, welche nach Unterschied des *furti manifesti et non*, bald in dem viertachen, bald in doppeltem Werth der Sachen bestand. Die Caroline hat zwar

zwar noch einige Grundsätze davon angenommen; allein heutiges Tages sind sie außer Gebrauch.

Ueber diesen ganzen Abschnitt. DORN. §. 132—151.
QUISTORP. §. 340—385. SODEN §. 307—336.

ZWEYTER UNTERABSCHNITT

Vom Raube.

HOMMEL Theses de causis poenam rapinae capit. haud mitig. Vit. 1776.

FÜTTMANN de crim. rabbariae in Ad. Iur. un. L. II. C. XXIV.

§. 326.

Raub ist die boshafte Entwendung einer fremden beweglichen Sache, um Gewinnstes willen, mit Gewalt gegen den Besitzer ausgeübt a).

- a) Dadurch unterscheidet sich Raub von Diebstahl überhaupt, insbesondere aber von qualificirtem, welches ceteris verwechselt wird. Daß der Raub auf der Straße verübt wird, ist nicht nothwendig. — STUBEL zählt dieses Verbr., so wie den Kirchenraub zu den Verbr., welche wider die Freyheit sind, a. a. O. 2 B. p. 180.

§. 327.

Zum Thatbestand des Raubes werden a) alle Eigenschaften des Diebstahls erfordert, b) insbesondere aber ist nothwendig, daß dem Bestohlenen Gewalt zugefügt worden ist. Danin gehöret 1) wirkliche körperliche Verletzungen a); 2) darauf kommt nichts an, wo die Gewalt ausgeübt ist b); 3) ist der Raub von dem *Strassenraub* und vom qualificirten Diebstahl unterschieden.

- a) art 126. KRESS. C. §. 4. und BOEHMER §. 4.

- b) Der Dieb, welcher den Coffet abhändelt, ist kein Räuber, wenn es auf der Landstraße geschieht KLEIN Ann. 4. S. 49. B. 2. S. 223.

§. 328.

§. 328.

Der Raub wird an beweglichen Sachen begangen, daher kann man es nur einen uneigentlichen Raub nennen, wenn jemand mit Gewalt sich eine unbewegliche Sache anmaßte (invasio), welches nach Grundsätzen des Spolii und Gewalthätigkeiten überhaupt beurtheilt wird.

MEISTER §. 237. n. I. KLEIN §. 456.

§. 329.

Darauf ist bey dem Raube nicht zu sehn, ob der Werth der Sache groß oder klein war, ob die Sache ersetzt wurde oder nicht. Die Theilnehmer beurtheilt man nach allgemeinen Grundsätzen und wendet das, was von Diebestheilnehmern gesagt ist, hier an.

§. 330.

- 1) Der Römer a) beurtheilt den Raub als ein Privatverbrechen, und verlangt von dem Räuber den vierfachen Ersatz des Geraubten; nach dem Iulischen Gesetz wurde er willkührlich bestraft. Die sogenannten Grassatores aber wurden mit der Todesstrafe belegt, doch fand auch denn, wenn sie ohne Waffen Gewalt verübt hatten, die Relegation auf die Insel statt b).
- 2) Nach der P. G. O. c) soll der Räuber mit dem Schwerdt belegt werden, doch bezieht sich der Verfasser auf das Römische Recht, und erkennt bey obwaltenden Umständen eine andere Strafe d). Der Gerichtsgebrauch hat die Strafe der Caroline angenommen, und se ærft sie bey vorkommenden schweren Umständen mit Flechtung des Körpers aufs Rad.

a) Pr. I. de vi rap. bonor.

b) l. 18. §. 10. D. de poen.

c) art.

c) art. 126.

d) Doch behauptet BOEHMER ad art. 126. §. 8. das Gegentheil; allein jene Meinung, da sie zugleich die gelindere ist, wird vorgezogen. STRUBENS rechtl. Bed. Th. I. B. 150. KLEINS Ann. 7 B. S. 165. A. L. R. a. a. O. §. 1187—1202. ERHARD § 383.

§. 331.

Die Strafe des Raubes wird *gemildert*, a) wenn jemand einen andern, der ihm vor er eine Sache Wegnahm, beraubt hat; b) wenn der Beraubte auſſer dem Schutz des Staats ſich befindet; c) wenn der Schuldner mit Gewalt zur Zahlung von dem Gläubiger angehalten wird. *Verschärft* aber wird ſie vorzüglich dann, wenn ſchreckliche Graufamkeiten verübt wurden, wenn mehrere ſich zu einer Räuberbande verbunden haben.

QUISTORP §. 404. wegen des letztern Punktes vorzügl. ERHARD § 387. — SODEN § 337. QUISTORP §. 396. BORN §. 153—158.

DRITTER UNTERABSCHNITT.

V o m K i r c h e n r a u b.

ROBERT succincta expl. distinct. inter sacri. simplex et qualif. Marb. 1684.

HEISLERS Erläuterung des 172 und 174 Art. der P. G. O. HOMMEL Obl. LIV.

§. 332.

Der *Kirchenraub* a) wird der Diebstahl an einer geweihten Sache, oder aus einem geweihten Ort genannt. Das Sacrilegium kann auf dreyerley Art begangen werden: 1) Durch die Wegnahme einer geweihten Sache aus einem geweihten Ort; 2) einer geweihten Sache aus einem nicht geweihten und 3) einer nicht geweihten Sache aus einem geweihten Ort. Es gelten hier die Grund-

Grundsätze, welche vom Diebstahl aufgestellt sind, nur müssen hier die besondern gemerkt werden.

- a) Nach R. R. war der Begriff weiter ausgedehnt. l. 1. C. de crim. sacrileg. l. 4. C. de haerel. BOEHMER D. de variis sacrilegii speciebus ex mente iuris civilis. Hal. 1724. und D. 2. Halae 1726. 1727.

§. 333.

Nach der P. G. O. muß hier 1) der Diebstahl einer Monstranz, worin eine geweihte Hostie befindlich ist, von 2) andern geweihten Sachen unterschieden werden. Erstern will die Caroline mit dem Feuer belegt wissen. Wenn ein gewaltsamer Kirchenraub begangen ist, an einem geweihten Ort, so bestimmt sie die Todesstrafe, imgleichen auf den grössern Diebstahl einer geweihten Sache an einem geweihten oder ungeweihten Ort. Die übrigen Diebstähle sollen aber mit härterer Strafe belegt werden.

ROBERT progr. und HEISLER a. a. O. KOCH a. a. O. §. 226.

§. 334.

Die veränderte Lehre von der Transsubstantiation bey den Protestanten bewirkt Verschiedenheit der Strafe des Kirchenraubes nach catholischen und protestantischen Grundsätzen. Die harte Strafe der P. G. O. ist gegen einen protestantischen Dieb unanwendbar.

QUISTORPS I Th. § 388. ERHARD § 391.

KLEIN § 452. — Diebstahl an Kirchensachen?

Anm. Da der Peculat nach Grundsätzen von Diebstählen beurtheilt wird, und die Strafe nur in einzelnen Fällen erhöht ist, so wird nicht nothwendig seyn, hier davon besonders zu handeln.

VIERTER UNTERABSCHNITT.

Von der Brandstiftung.

L. A. HAMBERGER Diss. II. de incendiis. Ien. 1712.

(in Opusc. Leipz. 1740.)

I. P. SLEVOGT Diss. 2. de incendiis. Ien. 1712.

C. Guil. STRECKERI D. de incendiis. Erf. 1737.

I. Goth. BAUER in Opusc. T. I. n. 31.

§. 335.

Brandstiftung a) wird bald in einer *weitem* b), bald in einer *engern* Bedeutung genommen; in der letztern Bedeutung verstehen wir darunter die Verursachung eines solchen Brandschadens, welcher einen menschlichen Aufenthaltsort trifft, und wodurch Menschen in Gefahr kommen, oder doch kommen konnten. Die Brandstiftung kann bald ein boshafte, bald ein schuldhaftes Verbrechen seyn.

a) Mehrere Rechtslehrer zählen dieses Verbrechen zu den Staatsverbrechen, allein nur dann gehöret es dahin, wenn Staatsgebäude angezündet werden.

b) KLEIN §. 488.

§. 336.

Zum Verbrechen der Brandstiftung wird erfordert a) dass das Feuer an Wohnrtern a), wenn es auch die eignen Häuser des Brandstifters sind, erregt worden b). b) Durch den Brand muss eine wirkliche Gefahr entstanden seyn. c) Zur Vollendung dieses Verbrechens gehöret, dass die brennbaren Materien wirklich gezündet haben c). d) muss die Brandstiftung unerlaubt, und in der Absicht unternommen seyn, um jemand zu beschädigen, oder aus Gewinnsucht d).

a) Bey beweglichen Sachen findet die Brandstiftung nicht statt, wenn gleich BACHMANN D. de incendio doloso et culposo. Iena 1659. das Gegentheil behauptet.

b) z. B.

- b) z. B. um Bau- und Brandcassengelder zu gewinnen.
KLEINS Ann. B. 3. S. 66.
- c) Doch streitig. QUISTORP I Th. §. 196.
- d) Fehlt dieses, so ist eine verschuldete Brandstiftung vorhanden, welche polizeymässig gestraft zu werden verdient.

§. 337.

Die Brandstiftung geschieht entweder zur Begünstigung eines Verbrechens, oder von gedungenen Brandstiftern, oder nicht; jene nennt man *Mordbrand*, diese Brandstiftung, welche nach der P. G. O. a) zwar nicht unterschieden sind, doch aber der Natur der Sache nach unterschieden werden müssen.

a) art. 125.

b) Was man eigentlich unter Mordbrand versteht, ist noch nicht so ausgemacht. THEODORICI Crim. cap. 7. aph. 8. BOEHMER ad art. 125. C. C. MEISTERS Erk. I Th. D. 31. KLEINS Ann. 3 Th. S. 79. 7. B. S. 46.

§. 338.

Es ist bey jeder Feuersbrunst die Pflicht des Richters, sobald als möglich sich an den Ort zu begeben wo das Feuer ausbrach, um aus der Lage des Orts ersahn zu können, ob etwa schon dadurch für eine wahre Brandstiftung die Vermuthung streitet. Vermuthung bewirkt übrigens, wenn ein Mensch sich an den Ort, wo nachher Feuer entstand, mit brennbaren Materien hinbegeben hat; auch hier wird die Untersuchung der Brandmaterialien den Richter vielleicht auf den Urheber der Brandstiftung bringen.

§. 339.

Nach R. R. wurde die Brandstiftung nach dem lege Corn. de sicariis bestraft, man sah bey Bestimmung derselben auf den Ort wo das Feuer erregt wurde. Ge-

schah es in der Stadt, so stand nach Verschiedenheit der Personen bald Todesstrafe, oder Deportation, oder Vorwerfen vor wilde Thiere darauf a). Nach der P. G. O. wird die Feuerstrafe erkannt b). Nach dem Gerichtsgebrauch wird aber ein Unterschied zwischen Mordbrand und Brandstiftung gemacht, ersteren belegt man mit der Feuerstrafe, letztere mit der Schwerdtstrafe, oder einer harten Leibesstrafe c).

a) l. 1. p. l. 10. D. ad l. cor. de ficar. l. 28. §. 12. D. de poenis.

b) art. 125.

c) SODEN Geist d. p. Ger. p. 340. WIELAND a. a. O. § 490. QUISTORP p. 401. A. L. R. a. a. O. §. 1510. ERHARD §. 152.

§. 340.

Gemildert wird die Strafe wegen Minderjährigkeit, Dummheit, Reue, und nach Soden, wenn sie bey Tag geschieht: geschärfet, wegen Grausamkeit, und den erfolgten Tod mehrerer Menschen. Die Feuerverwahrlosung wird nach dem Grad der Fahrlosigkeit beurtheilt; meistens wird auf Zuchthausstrafe oder Gefängniß erkannt. Durch Ersatz des Schadens wird die Strafe gemildert.

STELZER §. 697. KLEIN §. 495. ERHARD §. 161. der Staupenschlag scheint mir hier zu hart zu seyn, welcher bisweilen erkannt wird. QUISTORP §. 203.

FÜNFTER ABSCHNITT.

V o n

vorsätzlich verursachter Überschwemmung.

§. 341.

Obgleich nach dem gemeinen Rechte auf dieses Verbrechen keine eigentliche Strafe gesetzt ist, so würde
man

man doch hier die Grundsätze von Beschädigung, und sollte dadurch sogar eine Tödtung veranlaßt worden seyn, die Grundsätze von Mord in Anwendung bringen. Nach dem preussischen Recht steht auf dieses Verbrechen eine sehr harte Strafe.

KLEIN a. a. O. § 496.



SECHSTER UNTERABSCHNITT.

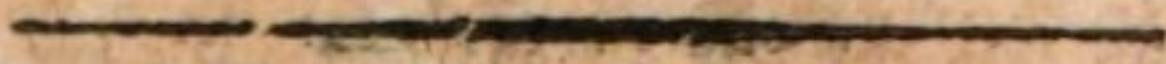
V o m

boshaften Vorenthalten gefundener Schätze.

§ 342.

Wenn jemand Sachen, die er findet, und wovon er weiß, wer Eigenthümer ist, an sich behält, oder wenn ein Arbeiter einen gefundenen Schatz unterschlägt, so muß er als ein Dieb behandelt werden. Die Strafen, welche Particulair-Gesetze hierauf erkennen, sind aber der eigentlichen Strafe der Diebe nicht gleich zu achten.

PRILLER de variis furt. generib. praesertim de furto inventionis. ERHARD § 363.



ZWEYTE ABTHEILUNG.

V o n

uneigentlichen Verbrechen.

ERSTER ABSCHNITT.

V o n

Verbrechen, welche die Bevoelkerung hindern,
oder von solchen, wodurch sie auf eine zweck-
widrige Art befördert wird.

ERSTER UNTERABSCHNITT.

Von der zweckwidrigen Beförderung des
Geschlechtstriebes.

§. 343.

Die Stillung des Begattungstriebes kann sowol durch bürgerliche, als natürliche Gesetze eingeschränkt werden. Diese Verbrechen können aber nicht in die Classe der eigentlichen Verbrechen gebracht werden, weil sie keine Verletzung der natürlichen Zwangsrechte sind, sondern bloß gegen die Aufrechthaltung guter Sitten und guter Ordnung anstoßen (§. 216.).

§. 344.

Unter *Fleischesverbrechen* überhaupt verstehen wir diejenigen Verbrechen, welche sich auf die widernatürliche und gesetzwidrige Befriedigung des Geschlechtstriebes beziehen, oder doch dazu dienen, daß jene befördert wird. Wo bey Fleischesverbrechen eine Ein- oder Auslassung des Saamens erfordert wird, wird es erst als vollzogen geachtet a). Obgleich diese Meinung
auch

auch durch den Gerichtsgebrauch bestätiget ist, so wird ihr doch mit Recht widersprochen b), und kann bey geringern Vergehungen darauf kein Bezug genommen werden. Die Fleischesverbrechen werden übrigens in der Regel in fünf Jahren c) verjähret.

a) QUISTORP *peinl. Recht.* § 452.

b) MEISTER *rechtl. Erk. in peinlichen Fällen*, 2 Th. Dec. 52. n. 9.

c) *meine schon oft angeführte Abhandlung.*

ZWEYTER ABSCHNITT.

(A)

Von Fleischesverbrechen, welche gegen die Gesetze der bürgerlichen Gesellschaft streiten.

ERSTES KAPITEL.

CELLA über Verbrechen und Strafen in Unzuchtsfällen. Zweib. und Leipzig 1787.

Vom

unehelichen Beyschlaf unverheyrahteter Personen.

(a)

Von der Hurerey.

§. 345.

Der uneheliche Beyschlaf wird entweder mit Gewalt, oder ohne Gewalt begangen; im erstern Fall liegt entweder ein besonderes Uebereinkommen beider Theile zum Grunde, oder nicht; hier wird der Beyschlaf entweder mit einer ehrbaren Person, oder Hure vollendet. Hiernach bestimmen sich die Begriffe von Nothzucht, Concubinat, Schändung, oder Schwächung und gemeiner Hurerey.

§. 346.

§. 346.

Unter *Hurerey* versteht man den unerlaubten Beischlaf mit einer Hure. *Hure* heist aber eine solche Person, welche sich ohne eine andere als durch Lohn, oder durch grobsinnliche Wollust bestimmbare Auswahl dem Liebesgenusse eines jeden überlässt a).

Nach den *römischen* Gesetzen war die Hurerey, wenn sich die öffentlichen Huren bey den Aedilen gemeldet hatten, und einen Hurenzoll bezahlten, erlaubt b); bey den *Deutschen* aber wurden sie als ehrlos c) angesehen. Die *Reichspoliceyordnungen* bestimmen die Strafen derselben nicht d).

Der Gerichtsgebrauch bestraft sie mit Gefängnis e); wenn in Ländern Bordelle vorhanden sind, so wird sie als erlaubt betrachtet f).

a) Distinct 34. cap. 16. L. 43. §. 1. 2. 3. de ritu nuptiarum.

b) L. 13. D. L. 22. C. ad L. Iul. de adult. L. 15. de iniur.

c) HEINECCIUS in element. iur. germ. (Lib. 2. §. 176.

d) R. P. O. von 1548. 1577. Tit. 25. 26.

e) QUISTORP a. a. O. §. 474.

f) Die Strafe wird erhöht, sobald die Hure wufste, dass sie eine ansteckende Krankheit hat. A. L. II. 20. §. 115 und 123. ERHARD a. a. O. §. 433. FREUDENBERG über Staats-Privatbordell, Kuppeley und Concubinat. Berlin 1796.

(b)

Vom Concubinat.

§. 347.

Der *Concubinat* ist a) die Verbindung einer ledigen Mannsperson mit einer unverheiratheten Weibsperson, zur Wollustbefriedigung, jedoch ohne die vorgeschriebenen Ehegesetze zu beobachten.

Nach

Nach dem *römischen* Recht b) war zwar dieser unter besondern Einschränkungen erlaubt, allein nach deutschen Gesetzen ist er als unerlaubt zu betrachten, und wird willkürlich mit Gefängniß- und andern Strafen belegt c).

a) G. Z. WINKLER def. de genuino concubinatus ex mente L. L. Romanarum conceptu. Lips. 1774.

b) L. 4. de concub. l. 34. d. ad legem Iul. de adult. HEINECCIUS Comment. ad L. Iul et Pap. pop. lib. 2.

c) R. P. O. 1530. tit. 33. DORN a. a. O. §. 208.

(c)

Von der Schwächung.

§. 348.

Der unerlaubte Beischlaf eines ehrlosen Mannes mit einer ehrbaren unverheiratheten Weibsperson heist *Schændung*, oder *Schwächung* (stuprum), diese ist entweder mit Gewalt verbunden, so nennt man sie *Nothzucht*, oder ohne dieselbe, hier wird sie *Schændung* im allgemeinen Sinn genannt.

§. 349.

A. Was nun die *Schwächung* anbetrifft, so kann solche theils mit einer Wittwe, theils mit einer andern unbefleckten Weibsperson, wenn sie auch schon vorher geschwängert seyn sollte, begangen werden.

Die Einlassung des Saamens ist dann nicht zu bezweifeln, wenn von dem Tage des verübten Beischlafs, bis zur Niederkunft ein vollkommenes reifes Kind erscheint. Die Geburt, welche zwischen dem 7ten und 2ten Tag des eilften Monats erscheint, wird dem Schwängerer zugeeignet.

FLOUQUET über die physischen Erfordernisse der Erblähigkeit der Kinder. Tübing. 1779. §. 38.

FÜTTMANN de partu undecimestri. Lips. 1773.

SCHLEGELII Collec. opusc. select. ad medo. for. spect. Vol. 2. No. 3.

§. 350.

Bey den *Römern* a) wurde die Schændung theils mit der Hælfte der Güter, wenn es eine femina honesta war, theils am Leibe, wenn es geringere Personen waren, bestraft.

Das canonische Recht verordnet zur Tilgung dieses Verbrechens die *Kirchenbusse*, die aber bald in eine Geldzahlung verwandelt wurde b).

Die *peinliche Gerichtsordnung* hat dieses Verbrechen übergangen. *Heutiges Tages* ist die Strafe sehr verschieden, bald Geldstrafe, bald Gefængnißstrafe c).

a) MATHÆVS de crim. II. 46. t. 3. c. 5.

b) PUFFENDORF obs. iur. un. t. 2. obs. 18.

QUISTORP § 478. von den Cent- und Hurenbrüchen?
BOEHMER. diss. de mulct. stupr.

c) QUISTORP. §. 474.

§. 351.

Die Strafe der Schændung wird *erschwert*, wegen Betrug, wegen Untreue a) und wegen der besondern Eigenschaft der Person und wegen den besondern Verhältnissen b), in welchen der Schwængerer mit dieser stand; deshalb wird die Strafe geschærft, wenn der Bediente die Tochter seines Herrn, der Vormund seine Pflëgbefohlene, der Lehrer seine Schülerin u s w. schwængert. Ferner, wenn die Schændung mit einem andern Verbrechen vereinigt ist. Die Strafe kann aber nicht geschærft werden, wenn ein Christ eine Lüdin c),
oder

oder wenn jemand die Braut eines andern schændet. Der ohne Wissen des Schwængerers von der Geschwæchte verübte Kindermord bringt keine Strafe für ihn hervor.

a) I. P. de LVDEWIG Diss. de stup. sub matrim. spec. Hal. 1730.

b) L. un. C. si quis eam, cuius tutor fuerit, curuperit.

c) Iedoch s. STRUBEN rechtl. Bed. Th. 4. p. 110. Bd. 110. Die Strafe kann nie bis zur Todesstrafe ausgedehnt werden.

QUISTORP a. a. O. §. 777.

§. 352.

Die Verbindlichkeit aus der Schwængerung ist *doppelt*, der Schwængerer ist

1) verbunden, das *Kind*, welches aus diesem Beischlaf erzeugt wurde, zu *ernæhren*, bis zu dem Zeitpunkt, welchen die Landesgesetze vorgeschrieben haben a).

2) verpflichtet, die *Geschwæchte* zu *heirathen*, oder zu *dotiren* b). Iedoch kann dasjenige, was der Schwængerer der Geschwæchten geben muß, nicht als Brautschatz angesehen werden; die Quantitæt desselben wird von dem Richter nach dem Stande der Geschwæchten bestimmt. Die alternative Verbindlichkeit hat die Folge,

1) dafs, wenn der Schwængerer der Geschwæchten die Ehe versprochen hat, diese alternative wegfällt,

2) wenn die Geschwæchte schuld ist, dafs die Ehe nicht Statt haben kann, der Schwængerer bloß zur Dotation c) verbunden ist.

Die Genugthuung fællt gænzlich hinweg, wenn die Geschwæchte keine ehrbare Person ist, oder wenn die Ver-
mu-

muthung der Verführung durch einen Gegenbeweis nicht entkräftet werden kann.

a) ERHARDT a. a. O. § 430. A. L. II. 1. eilfter Abschnitt.

b) c. I. 2. X. de adult. BOEHMER ius eccl. protest. Tom. V. Lib. 5. tit. 16. § 6. BECKER Diff. an stuprata ab alio iam in matrim. ducta dotem a stupratore adhuc petere possit. Giess. 1787. QUISTORP a. a. O. § 479 — 483.

c) MEISTER principia iur. crim. §. 269.

§. 353.

Heutiges Tages gehört, wenn der uneheliche Beischlaf mit einer peincl. Strafe belegt wird, die Untersuchung für das peinliche Gericht. Ist aber von der besondern Genugthuung der Geschwächten oder Verpflegung des Kindes die Rede, so steht diese den weltlichen Gerichten zu. Das geistliche Gericht erkennt dann bloß in der Sache, wenn von Eingehung der Ehe die Rede ist.

QUISTORP §. 477. WINKLER opusc. T. I. no. 7.

§. 354.

Ein unter Verlobten verübter Beischlaf wird gewöhnlich mit einer Geldstrafe, oder Gefängnißstrafe belegt.

BAVER de concubitu matrimonii perfectione ante copulam sacerdotalem. Lips. 1725.

Anm. Von der Theilnahme bey der Schändung:

STELZER §. 544.

(d)

Von der Nothzucht.

§. 355.

Unter *Nothzucht* versteht man einen gewaltsamen außer der Ehe verübten Beischlaf; diese kann sowohl

wol eine *eigentliche*, als *uneigentliche* seyn; letztere ist nemlich dann vorhanden, wenn von Seiten der Geschändeten kein Widerstand erfolgen konnte, wohin die Nothzucht an dummen, schlafenden, betrunkenen und noch nicht mannbaren Personen gehört.

L. G. SCHMIDT de stupro in mente captam commissio.
Lips. 1743.

Leipziger Magazin für Rechtsgelehrte. B. 3. S. 52. 451.

§. 356.

Zum Thatbestand der Nothzucht wird

1) *Gewalt* erfordert. Die Gewalt kann theils eine absolute, theils eine committive seyn. Bloße Concussion begründet dann die Nothzucht, wenn eine wahrscheinliche, oder beträchtliche Gefahr, wovon die Geschwächte gewiss überzeugt seyn kann, daß sie eintrete, gedroht wird a).

2) *Unerlaubter Beischlaf*. Es ist nothwendig nach dem Gerichtsbrauch, daß die Einlassung des Saamens erfolgt sey. Die Nothzucht kann auch noch in ein anderes Verbrechen ausarten b).

3) KLEIN §. 406.

b) QUISTORP §. 589.

STRUBEN rechtl. Bedenk. Th. 3. B. 24.

§. 357.

3) *Eine ehrbare Person*, es kommt übrigens darauf nichts an, ob es eine Wittwe, eine Ehefrau, oder ein schon geschwängertes Mädchen ist a). Wenn an einer Mannsperson Nothzucht begangen wird, so kann nie die ordentliche Strafe eintreten b).

a) P. G. O. Art. 119. an einer Hure kann keine Nothzucht begangen werden.

b) BOEHMER Art. 119. §. 10. L. 3. §. 4. D. ad leg. lul. de vi publ.

§. 358.

§. 358.

Anzeigen der angethanen Gewalt gewähren

- 1) sichtliche Anzeigen der Gezwungenen an dem Körper.
- 2) durch Zeugen geschehenes Geschrey und Helfrufen der Geschwächten, zur Zeit des verübten Beischlafes. Theilnahme derselben ist hier nicht denkbar, wenn von specieller Theilnahme die Rede ist.

METZGER a. a. O. §. 444—451.

§. 359.

Nach dem *römischen Rechte* wurde die Nothzucht mit der Deportation bestraft a) nach der *P. G. O.* b) steht die Schwertsstrafe darauf; allein der Gerichtsgebrauch straft die Nothzucht nur dann mit dem Tode, wenn sie der Gesundheit der Geschwächten schädlich geworden ist, oder sogar den Tod derselben nach sich zog. Meistentheils tritt die Zuchthausstrafe hier ein. Die Strafe wird erschwert wegen Grausamkeit und wegen besondern Eigenschaften der Personen, gemindert aber, wenn die Geschwächte den Schwängerer heirathet. Die *uneigentliche* Nothzucht wird *willkührlich* bestraft c).

a) L. 3. §. 4. Dig. ad leg. Iul. de vi publica L. 29. §. 9. ad leg. Iul. de adult.

b) BOEHMER ad art. 119. QUISTORP §. 492. Doch siehe KLEIN §. 409. A. L. II. 20. §. 807. 869. 1050—55.

c) KLEIN §. 407. Die Geschwächte kann auch einen Brautkranz fordern.

PÜTTMANN advers. L. I. B. 148.

ZWEYTES KAPITEL.

V o m

unerlaubten Beischlaf verheiratheter Personen.

§. 369.

Zu dem unehelichen Beischlaf verheiratheter Personen zählen wir den Ehebruch und die Vielweiberey.

(A)

V o m E h e b r u c h.

§. 370.

Ehebruch heist jede Verletzung der ehelichen Pflicht, durch einen fremden Beischlaf a). Der Ehebruch wird in einen zweyfachen (*duplicatum*) und in einen einfachen (*simplex*) eingetheilt b).

a) Der Reemer nannte den Beischlaf eines Mannes mit einer andern Ehefrau Ehebruch. L. 6. §. 1. L. 34. §. 1. D. L. 18. C. ad L. Iul. de Adult.

b) KLEIN § 375—376. BAUER pr. de adulterio cum soluta commissio, eiusque poena L. 1762. in Opusc. T. I. No. 32. HELLER über die Strafe des Ehebruchs nach den Begriffen und Gesetzen der alten und neuen Deutschen. Ulm 1773.

§. 371.

Zum Thatbestand des Ehebruchs wird erfordert

1) *Beischlaf*. Die Einlassung des Saamens ist wegen der Härte der Strafe, welche sonst auf den Ehebruch gesetzt war, nothwendig a); durch bloße Beleidigung der ehelichen Liebe wurde kein Ehebruch begründet b).

2) Eine *wirkliche Verletzung* der ehelichen Pflicht. Deshalb wird erfordert

a) dass

a) dass eine wirkliche Ehe vorhanden sey c),
Verlobte können daher keinen Ehebruch begehen,
noch diejenigen, deren Ehe getrennt ist d),

b) muss eine Person vorhanden seyn, mit der
der Ehebrecher nicht in der Ehe lebt e), und

c) die Ueberzeugung, dass die eheliche Pflicht
subiectiv, oder objectiv beleidiget werde.

a) BOEHMER ad Carpz. q. 61. BAYER de veritate criminis perpetrati, corpus delicti vocari solita, in adulterio, Lipsi. 1739. in opusc. acad. T. I. n. 30. p. 329.

b) Deshalb muss ein Unterschied zwischen der Laesio thori und Laesio amoris coniug. gemacht werden.

c) STOLZ diff. de poen. concub. a personis per divort. solut commissi. Lipsi. 1736.

d) Welcher daher aus Irrthum seine eigene Frau beschläft, begeht keinen Ehebruch.

§. 372.

Anzeigen des Ehebruchs begründet der vertrauliche Umgang, nächtliche Zusammenkünfte u. s. w.

C. XII. X. de praesumptionibus.

§. 373.

Auf den Ehebruch ist theils eine Civil-, theils eine peinliche Strafe gesetzt. Was nun

1) die *peinliche* Strafe anbetrifft, so war sie

a) bey den Römern a) die Deportation und Relegation mit Verlust des Vermögens; in der Folge aber führte Justinian b) die Schwertsstrafe ein; für das Weib bestimmte er Züchtigung, und Verstoßung ins Kloster, doch so, dass es dem Ehemann frey stand, sie binnen zwey Jahren wieder herauszunehmen.

b) Nach

b) Nach der *P. G. O.* c) ist die Strafe des Ehebruchs sehr dunkel ausgedrückt; sie verweist auf die römischen Gesetze.

c) Der *Gerichtsgebrauch* d) macht einen Unterschied zwischen einem *einfachen* Ehebruch, und bestraft solchen nach Grundsätzen der gemeinen Hurerey; den *zweifachen* aber theils mit Geld- oder Gefängnisstrafe, theils auf andere Art, niemals aber mit dem Tode e). Die Strafe desselben wird gemindert f),

1) wegen Verzeihung,

2) wenn der eine Ehegatte selbst die Veranlassung dazu gegeben hat;

3) durch natürliches außer dem Verbrechen nicht zu befriedigendes Bedürfnis. Die Strafe wird aufgehoben durch die Verjährung g).

a) LENGNICH (Praef. Ludewig) *Diff. de origine atque progressu poenae adult. apud rom.* Hal. 1712. 4. l. 5. De de quaest. l. 8. de divort. BRISSON und HOFFMANN ad Lul. de adult. coerc.

b) Nov. 117. c. 15. Nov. 134. c. 10.

c) art. 120 KOCH §. 310.

d) ERRHARD a. a. O. §. 419. A. L. R. II. 20. §. 1061-1065. Declaration vom 9ten Juny 1766.

e) MEISTER in der Note zu §. 277.

f) KLEIN a. a. O. §. 380.

g) *meine Abhandlung* §. 69.

§. 374.

2) Was die *Civilstrafe* anbetrifft, so verliert der schuldige Theil bey bewiesenem Ehebruch sein Recht zur Erbfolge, die schuldige Frau verliert den Brautschatz und der als schuldig erkannte
M
Mann

Mann muß den Brautschatz herausgeben; und die donatio p. nuptias.

QUISTORP §. 461. 462. A. L. R. II. I. §. 668.

L. 20—25. D. ad leg. Iul. de adult. Nov. 117. c. 15.

Art. 150. 142.

SCHAUMBURG Diff. de praeiudicio princip. imper. ex usu iuris occidendi adult. Rint. 1735. QUISTORP. §. 460.

§. 375.

Das R. R. a) gestattet dem Mann und Vater, den Ehebrecher und sein ehebrechendes Weib, oder Tochter, zu tödten, welches auch die peinl. Gerichtsordnung bestetiget hat b). Allein nur dann war es ihm erlaubt, wenn der heftigste Schmerz ihn ergriff, und Zorn sich seiner bemächtigte c). Das Weib, welches zum Ehebruch mit Gewalt verleitet wird, befindet sich in einem Nothfall, und kann deshalb das äußerste Mittel zu ihrer Rettung anwenden.

a) l. 20. 25. D. ad leg. Iul. de adult. Nov. 117. c. 15.

b) art. 150. und 142. PÜTTMANN Opusc. iur. crim. n. XII. p. 325. SCHWENDENDOERFER D. de iur. occid. prehens. in adult. filiae. Lips. 1640.

c) LEYSER Sp. 578. 79.

(b)

Von der Bigamie.

§. 376.

Die Vervielfältigung der Ehe kann theils gleichzeitig, theils nach und nach a) erfolgen, nur in dem erstern Fall ist sie als ein Verbrechen anzusehen. Unter der Bigamie versteht man eine mit mehreren eingegangene zugleich bestehende vollzogene Ehe. Die Bigamie ist als eine Species des Ehebruchs zu betrachten, und

und kann theils dolose, theils culpose geschehen, in welchem leztern Fall man sie *quasi bigamie* nennt b).

a) Von den poenis secund. nuptiarum. A. L. R. II. 1. §. 1013.

b) KLEIN a. a. O. §. 384.

§. 377.

Zu der Bigamie wird

- 1) erfordert: das eine Person verheirathet sey,
- 2) das diese eine feierliche Ehe mit einer andern eingehe, welche alle Bestandtheile einer Ehe überhaupt haben muß,
- 3) das die Ehen durch den Beyschlaf vollzogen sind.

THOMASIVS D. de crimine bigamiae. Lips. 1685.
(Diff. T. I. No. 8.)

§. 378.

Bey den Römern a) wurde die Bigamie theils als ein Ehebruch, theils als ein Stuprum bestraft, je nachdem sie von dem Weibe, oder dem Manne begangen worden war. Nach der

P. G. O b) ist die Strafe etwas dunkel ausgedrückt, doch scheint Carl dem röm. Recht gefolgt zu seyn, und dies Verbrechen nicht härter zu bestrafen, als den Ehebruch. *Heutiges Tages* ist die Strafe der Bigamie keine Kapitalstrafe, sondern es tritt an ihre Stelle *Zuchthausstrafe*, oder eine andere willkührliche Strafe, welche aber härter seyn kann, als diejenige, welche die Landesgesetze auf den Ehebruch gesetzt haben c).

a) l. 11. §. 12. D. ad leg. Iul. de adult. Nov. 117. c. 11.

b) KRESS art. 121. §. 4. QUISTORP. Th. I. §. 471.
SCHOTT D. de poena bigamiae. Lips. 1771. ESCHENBACH Comm. de poena bigamiae. Rost. 1786. GONNE in Schotts preussl. Wochenblatt I B. S. 513.

- c) ERHARD a. a. O. §. 429. A. L. R. 20. §. 1066.
(STELZER) Critic. pag. 235.

§. 379.

Die Strafe der Bigamie wird vermöge der Intercession und der Remission des beleidigten Ehegatten gemildert a). Dahin kann aber nicht gezählt werden, wenn jemand seine vorige Verlobte aus Gewissensangst heirathet. Der *Jude* kann ebenfalls auf Erlass der Strafe nicht antragen, wenn gleich seine Gesetze die Bigamie zulassen b).

- a) GRIEBNER Opusc. T. V. KAESTNER pr. utrum ob deficientem parentum cons. aut ob tacitam uxoris remiss. bigamus mitiori poena afficiendus sit. Liph. 1739.

- b) doch s. KLEIN a. a. O. §. 390.

§. 380.

Die Weiber, welche mehrere Männer heirathen, werden mit der nemlichen Strafe belegt a); willkürlich aber wird derjenige bestraft, welcher wissentlich eine verheirathete Person heirathet b). Diejenigen, welche sich außer Landes trauen lassen, werden nach einigen Gesetzen mit einer willkürlichen Strafe belegt c).

- a) KOCH §. 328.

- b) MEISTER §. 284.

- c) ERHARD a. a. O. §. 430. KLEIN §. 389. DORN § tit.

DRITTES CAPITEL.

Von der Blutschande.

§. 381.

Unter *Blutschande* versteht man die unter Verwandten in verbotenen Graden eingegangene Ehe. Sie wird

wird in einen Incestum iuris divini und humani eingetheilt.

C. C. HOFACKER Diff. sist. hist. et rationem iuris incest. prohibent. Tub. 1787.

Den Unterschied der Römer zwischen Incest. iur. gentium und iur. civil. kennen wir nicht. L. fin. D. de rit. nup. l. 38. §. 2. ad leg. Iul. de adult. DORN §. 205.

§. 382.

Zur Blutschande wird

- 1) erfordert: daß sie von Verwandten eingegangen worden ist, die vermöge der Gesetze darum, weil sie den Graden nach zu nahe verwandt sind, keine Ehe eingehen können. Doch ist es nothwendig, daß hier eine wirkliche Verwandtschaft vorhanden sey a), ferner
 - 2) wird erfordert: daß ein Beischlaf unter diesen Personen vorhanden sey, doch wird
 - 3) vorausgesetzt, daß vorsätzlich dieses Verbrechen ist eingegangen worden. Ist es durch einen bloßen Irrthum geschehen, so ist das Verbrechen der Blutschande nicht vorhanden b).
- a) PÜTTMANN elem. iur. crim. l. I. c. 45. §. 648. mediat. 4 B. p. 59.
- b) QUISTORP. §. 504.

§. 383.

Der Römer bestrafte nach der Nov. 12. c. 1. die Blutschande mit dem Exil. und der Confiscation der Güter, oder mit Züchtigung nach dem Stande des Verbrechens a). Die P. G. O. verweist auf das römische Recht b). Deshalb haben auch einige Rechtslehrer, vorzüglich CARPZOV c), geglaubt, die Strafe aus dem Mosaischen Gesetze zu bestimmen; allein heutiges Tages ist man von dieser Irrlehre zurückgekommen, und man

man bestraft dieses Verbrechen theils mit Zuchthausarbeit, theils mit Gefängniß, und vermehrt dann die Strafe, wenn diese Personen zu nahe miteinander verwandt sind d).

a) BOEHMER ad art. 117. §. 4.

b) art. 117.

c) Pract. crim. Q. 72. 73. 74. MICHAELIS Mos. Recht. T. V. §. 265. pag. 206.

d) QUISTORP. §. 506. A. L. R. 2. 20. §. 1039.

§. 384.

Die Strafe wird gänzlich aufgehoben,

- 1) durch unüberwindlichen Irrthum a)
- 2) durch Dispensation,
- 3) durch die Verjährung b)

gemildert aber

- 1) wenn Verführung oder Ueberredung der Eltern die Kinder dahin vermochte, eine Blutschande einzugehen. Jugend allein kann als kein Milderungsgrund angesehen werden. Die Strafe wird geschärft, wenn die Blutschande mit einem andern Verbrechen concurrirt c).

a) l. 38. §. 4. D. ad leg. Iul. de adult.

b) HEISLER von der Verjährung der Blutschande; doch l. dagegen *meine Abh.* §. 73.

c) STELZER a. a. O. §. 566. KLEIN §. 395.

(B)

Von unnatürlichen Fleischesverbrechen.

§. 385.

Unter der *Sodomie* versteht man *überhaupt* dasjenige Verbrechen, wo der Beischlaf auf unnatürliche Weise

Weise vollendet wird a). Sie ist sowol eine Sodomia generis, als Sodomia sexus; auch ein Beischlaf, welchen ein Mann mit einer Frau, jedoch auf unnatürliche Art, vollbringt, ist als Sodomie zu betrachten b).

Die Sodomie kann theils eine *eigentliche*, theils eine *uneigentliche* seyn; letztere ist kein wahres Verbrechen c).

Zu der eigentlichen Sodomie gehöret die Einlassung des Saamens, wenn wir den Fall ausnehmen, wo Weib mit Weib Sodomie begeht. Bey der uneigentlichen aber erfordert man Ausschüttung des Saamens.

a) art. 116.

b) Diese Art ist im Art. 117. nicht erwähnt.

c) QUISTORP §. 498. MICHAELIS M. Recht. Th. 2. §. 98.

§. 386.

Nach der *P. G. O.* steht auf die Sodomia generis et Sexus die Feuerstrafe a). Nach dem *Gerichtsgebrauch* soll die Sodomia generis mit dem Schwerdt bestraft werden b); allein heutiges Tages wird meistens auf *Verweisung* oder auf mehrjährige *Zuchthausstrafe* angetragen c); die uneigentliche Sodomie aber mit Züchtigung oder mit einer willkührlichen Strafe belegt d).

a) art. 116.

b) BOEHMER ad art. 115. §. 6. Heutiges Tages ist es unzweckmässig, das Thier, womit die Sodomie verübt, zu verbrennen. HOMMEL t. Slavus.

c) QUISTORP. Th. I § 500. A. L. R. 2. 20. § 1069—1072. ERHARD a. a. O § 440.

d) HOMMEL rapf. quaest. ob. 308.

§. 387.

§. 387.

Die Strafe wird gemildert,

- 1) wegen Dummheit a);
- 2) wegen jugendliches Alter b);
- 3) wenn das Verbrechen noch nicht als consummirt zu betrachten ist c).

a) BOEHMER ad Carp. Q. 76. ob. 6.

b) KRESS. art. 116. §. 4. not. I. ESCHENBACH pl. dubia in app. art. 116. C. C. obvent. Rost. 1787.

c) QUISTORP. §. 501. DORN §. 214.

VIERTES KAPITEL.

V o n

der Kuppeley und Hurenwirthschaft.

§. 388.

Unter *Hurenwirthschaft*, Kuppeley, versteht man die Hülffleistung zur Befriedigung der Wollust, ohne daß dabey Gewalt oder Entführung Statt hat. Die Art, wie dieses Verbrechen begangen wird, ist sehr verschieden, und die Absicht, warum es bewirkt wird, ebenfalls a). Man theilt das Lenocinium in ein *einfaches* und in ein *qualificirtes* ein b), letzteres wird von Eltern oder vom Manne begangen c). Ferner ist die Hurenwirthschaft eine *gewinnfüchtige*, oder *nicht*. Hurenwirthschaft kann bald als *erlaubt*, bald als *unerlaubt* betrachtet werden d).

a) FÜTTMANN opusc. iur. crim. n. 3. p. 73.

b) art. 122. P. G. O.

c) Daß auch die Weiber gegen ihre Ehemänner sich dieses schuldig machen, behauptete man sonst.

d) In den meisten Staaten Europens, auch bey den Römern. l. 4. §. 4. de his qui notantur inf.

§. 389.

§. 389.

Nach dem römischen Recht stand die Ehrlosigkeit, oder eine andere willkührliche Strafe darauf; ob man gleich aus der Novell. 14. eine Kapitalstrafe hat herleiten wollen, so war sie doch unter dem Iustinian *willkührlich* a); nach der *P. G. O.* wird die gewinnfüchtige und qualificirte Hurenwirthschaft mit der Infamie bestraft, die übrigen Arten derselben aber mit einer Leibesstrafe belegt b). *Heutiges Tages* aber ist sie willkührlich, und verdient nach der Schuld und dem Schaden erhärtet zu werden, in welchem Fall auch sogar eine Strafe von 3-4jähriger Arbeit erkannt werden kann c).

a) l. 4. §. 2. D. de his qui not. inf. Nov. 14. BOEHMER ad art. 122. §. 5.

b) art. 147.

c) DORN a. a. O. p. 669. QUISTORP. a. a. O. §. 521. A. L. R. II. 20. §. 996. ERHARD pag. 348.

ZWEYTER UNTERABSCHNITT.

V o n

solchen Verbrechen, welche die Minderung des hinlänglichen Unterhalts hervorbringen.

§. 390.

Zu diesen Verbrechen zählen wir

- 1) den *Dardanariat*. Hierunter verstehen wir die boshafte und gewinnfüchtige Vertheuerung der Waaren und Lebensmittel, durch Aufkauf und Zurückbehaltung. Die Römer machten einen Unterschied zwischen Dardanariat und dem Crimen fraudatae annonae, und verstanden unter letzterem die boshafte Zurückbehaltung der Jahresfrüchte.

l. 6. p. D. de extraord. crim. l. 37. D. de poenis tit. D. de leg. Iul. de annon. STRUV. D. de annona. Ien. 1656.

§. 391.

Nach dem *römischen Recht* stand auf diesem Verbrechen der Verlust des Gewerbsrechts, und die Verdammung zu öffentlichen Arbeiten a). Nach den *Reichsgesetzen* steht darauf Landesverweisung und Confiscation b). Wenn die *Particulairgesetze* nichts verordnen, so steht außer der Confiscation eine *willkührliche Strafe* darauf c).

a) l. 2. in fin. ad leg. Iul. de annon. l. un. C. de monopol.

b) R. P. O. von 1548. tit. 18. §. 2. und 1577. t. 18. §. 1.

c) QUISTORP §. 208. MEISTER a. a. O. §. 360. A. L. R. II. 20. §. 1290. Von dem unerlaubten Verkauf der Früchte auf dem Stengel, HEINECCIUS D. de vend. illic. fructuum in herbis, A. L. R. II. 7. §. 12.

§. 392.

Ferner gehört hierher:

- 2) *der Wucher*. Unter Wucher versteht man die Vorthelle, welche sich der Gläubiger zum Nachtheil des Schuldners vorausbedingt. Um den Wucher zu verhindern, haben die Gesetze Zinsen bestimmt. Die Grundsätze von Zinsgesetzen und dem Anaticismus gehören zu dem Civilrecht a). Auf den Zinswucher kann nur eine Policeystrafe gesetzt werden b), welche dann vollzogen wird, wenn der unerlaubte Vorthell wirklich erlangt ist; nach den *Reichsgesetzen* steht darauf die Confiscation des 4ten Theils des Kapitals, außerdem aber keine willkührlichen Strafen c).

Die Bestimmung desselben gehört vor den Civilrichter d).

a) HOF.

- a) HOFACKER *Princip. iur. civil.* 3 Th. p. 87. u. f. w.
- b) VON SONNENFELS, was ist Wucher und welches sind die besten Mittel u. f. w. Wien 1789. GÜNTHER Versuch einer vollständigen Unterl. über Wucher. Hamb. 1790. 1 Th.
MEISTER pract. Bemerk. B. II.
- c) R. A. von 1530. tit. 26. §. 7. 1548. tit. 17. §. 7.
- d) MEISTER a. a. O. §. 262. KLEIN a. a. O. §. 463.
A. L. R. II. 20. §. 1271—1280.

§. 393.

3) *Von Hazardspielen und Wetten.* Nach dem römischen Recht wurden die Hazard-Spiele und Wetten, wenn sie unerlaubte Gegenstände betrafen, als ein crimen extraordinarium betrachtet a), und es stand darauf die Confiscation des Hauses, welche heutiges Tages nicht mehr Statt hat, sondern eine bestimmte Policeystrafe, für denjenigen sowohl, welcher Banquen hält, als auch für den Wirth, der da gestattet, daß in seinen Häusern gespielt wird b).

- a) l. 1. 2. 3. D. l. 3. C. de aleatorib. Nov. 123. c. 10.
LEYSER Sp. 126. n. 3. STRUBEN rechtl. Bed. 4. n. 131.
- b) QUISTORP a. a. O. §. 436. A. L. R. II. 20. §. 1298—1307. ERHARD a. a. O. p. 315.

Anm. Von Betteleyen? R. A. 1512. tit. 3. §. 5. R. P. O. 1548. 8. A. L. R. II. 19. §. 4. 5.

ZWEYTER ABSCHNITT.

V o n

solchen Verbrechen, welche der Bildung der
Bürger zuwider sind.

§. 394.

Die Verbrechen, welche der Bildung der Menschen zuwider sind, sind theils immoralische, theils irreligiöse, allein da von den letztern schon gehandelt ist, so werden hier blos erstere entwickelt.

STÜBEL a. a. O. p. 173.

ERSTER UNTERABSCHNITT.

Von

solchen, welche wider die Wahrhaftigkeit laufen.

§. 395.

Zu diesen Verbrechen zählen wir

1) *den Meineid*. Unter dem Meineid versteht man die bössliche Verletzung eines nach vorhergegangener Ermahnung über die Sache selbst an Gerichtsstelle geschwornen Eides zum Nachtheil eines Dritten a). Bey dem Meineid wird

a) ein wirklicher Eid vorausgesetzt, bloße Be-
theuerungen sind hier nicht hinlänglich b).

b) boshafte Verletzung der Pflicht, welche
durch den Eid unternommen worden ist.

c) Der Meineid muß zum Nachtheil eines
Dritten gereichen c). Wenn ein Eid wegen
Untüchtigkeit der Hauptverbindlichkeit, die
dadurch

dadurch versichert werden soll, unverbindlich wird, so ist dessen Verletzung nicht als ein Meineid zu bestrafen, sondern als Mißbrauch der Religion anzusehen.

- a) STRECKER D. de periurii poena. Erf. 1736. KLEIN a. a. O. §. 475.
- b) BOEHMER princip. iur. can. l. 3. S. I. t. II. vom dem Eid, welchen ein Mennonist leistet?
- c) QUISTORP. §. 130.

§. 396.

Nach dem römischen Recht ist der Meineid bey verschiedenen Gattungen des Eides bestraft worden a). Die *P. G. O.* setzt eine dreifache Strafe auf den Meineid b), wenn nemlich

- 1) der Eid förmlich im Gericht abgeleistet worden ist, so bestraft sie den Meineidigen mit Abhauen der Finger und mit der Infamie.
- 2) Wegen gebrochener Urphede c) verordnet sie eine ähnliche Strafe.
- 3) Den Criminalzeugen belegt sie mit der Talion; allein der Gerichtsbrauch beobachtet nicht mehr die Strenge des Gesetzes, sondern straft nach der Grösse der bösen Absicht d), und des bewirkten Schadens; verordnet Zuchthausstrafe, Gefängnisstrafe, und bisweilen vierfachen Ersatz des durch den Meineid gesuchten Vorthells. Der Criminalzeuge, der durch den Meineid den Tod des Angeeschuldigten bewirkte, wird theils als boshafter, theils als schuldhafter Todtschläger betrachtet.

- a) MATTHAEI de crim. l. 47. tit. ult. c. 1. n. 1.
- b) art. 107. QUISTORP §. 134. STRUBEN B. 4. Bed. 78.
- c) URPHEDÉ ist die eidliche gerichtliche Versicherung des Inquisiten, sich an dem Richter nicht zu rächen oder das Land, woraus er verwiesen ist, nicht wieder zu betreten.

ten. Auch dieser ist ein Meineidiger. (PAALZOV)
Comp. iur. crim. §. 1018.

d) STELZER a. a. O. §. 685. A. L. R. II. 20. §. 1405.
ERHARD p. 184.

§. 397.

2) *Unterschlagung der Privatgüter*, worunter wir sowol den unerlaubten Gebrauch fremder Güter als auch die Verheimlichung des Besitzes der Sache, und arglistige Zurückbehaltung derselben verstehen, kann sowol durch Verbrauch der Sache, als auch durch den verheimlichten Besitz begangen werden. Deshalb wird es von dem Pfandgläubiger und von dem Depositar begangen, wenn sie suchen, die fremde Sache zu unterschlagen a). Nach der Ausdehnung des Gesetzes werden hieher auch Schiffer, Fuhrleute und Personen, welche fremdes Eigenthum verwahren, gezählt. Sie begehen einen wirklichen Diebstahl b), wenn sie die anvertrauten Sachen aus den Behältnissen, welche sie fortschaffen sollen, entwenden.

a) art. 170. (Paalzov) Comp. iur. crim §. 1101.

b) doch f. KLEINSCHRODT Diss. medit. 4. §. 8.
A. L. R. II. 20. §. 1111. §. 1347. 1350. 1365.

§. 398.

Der Finder fremder Sachen, wenn er nicht den Fund gehörig anzeigt, begeht ebenfalls eine Art von Diebstahl. Ist aber gewiss, daß der Eigenthümer sein Eigenthum aufgegeben hat, so kann der Finder nicht als ein boshafter Unterschlager angesehen werden. = Die *P. G. O.* sieht dieses Verbrechen als einen wirklichen Diebstahl an; nach dem Gerichtsgebrauch aber wird es als ein Betrug oder Fälschung betrachtet, und willkührlich bestraft; Todesstrafe aber kann nie erkannt werden. Die Erben des Betrügers müssen nach den

Krief.

Kräften der Erbschaft den Schaden ersetzen, welcher durch die Unterschlagung dem Eigenthümer entstanden ist.

QUISTORP § 417. KRESS ad art. 170. MEISTER
rechtl. Erkenntnisse 4 Th. 115. Dec. no. 11. LEY-
SER Med. ad Pand. Spec. 621. Med. 13. 14. 15.

§. 399.

3) *Verrückung der Privatgrenzen.* Dieses Verbrechen kann nicht so hart bestraft werden, als das, wovon im §. 175. gehandelt worden ist. Es tritt hier blos eine arbitraire Strafe ein, welche nach dem verursachten Schaden zu bestimmen ist.

§. 400.

4) *Betrügereyen im Allgemeinen.* Unter *Betrug*, wenn er als ein Verbrechen gedacht wird, ist jede arglistige Verringerung der Vollkommenheiten anderer, durch Täuschung oder unerlaubt angemessene Rechte zu verstehn. Im weiteren Verstande begreift man auch Fälschung hierunter; *Fälschung* im eigentlichen Verstande aber ist eine Betrügerey, wodurch Personen oder Sachen Merkmale mitgetheilt werden, in der Absicht, um andern dadurch zu schaden. Wir handeln hier

a) *von dem Betrug.* Der Betrug muß ohne Gewalt, ohne thätige Wegnahme einer Sache aus dem Besitz eines andern geschehen, sonst entsteht dadurch ein eignes Verbrechen.

I. T. SEGER D. de crim. stellionat. Lips. 1770.

Ann. Unterschied zwischen Crimin. Stellionatus und falsi. LEYSER Sp. 557. m. 1. fen. Comp. iur. crim. §. 904.

§. 401.

§. 401.

Der Betrug kann auf mancherley Art begangen werden; durch strafbaren Eigennutz, welcher bald aus unerlaubt gewinnfüchtigen Bedingungen für die Befriedigung gewisser Bedürfnisse hergeleitet werden kann, bald aber sich in anderm speculativen Gewinn gründet. Der Betrug ist als ein Policeyvergehen zu betrachten, welcher nach der Gröſſe der böſen Abſicht und des gewirkten Schadens willkührlich bestraft wird.

Eine ganze Liſte von den beſondern Arten der Betrügereyen findet man in Comp. iur. crim. §. 739.

§. 402.

Zu dem Betrug zählen wir

- 1) *Zauberey*. THOMASIVS a) hat die Zauberey aus der Claſſe der Verbrechen, ſo wie ſie ſich die Carolina b) dachte, herausgehoben.

Wir c) betrachten die Zauberey als einen Mißbrauch der Religion und als Mittel zum Betrug, und belegen deſhalb den Zauberer nicht mehr mit der Todesſtrafe, ſondern mit einer willkührlichen Strafe, welche in Gefängniß und Zuchthaus beſteht d).

- a) C. THOMASII D. de crimine Magiae. Halae 1701. KLÜGEL Diſſ. de magiae criminum ſerie prof. Viteb. 1789.

- b) art. 109.

- c) QUISTORP §. 148.

- d) KLEIN a. a. O. §. 476.

§. 403.

Ferner

- 2) gehöret hieher *Banquerout*; worunter man den Verluſt verſteht, welchen die Gläubiger an ihren Forderungen dadurch leiden, daſs ihnen die volle ſchul-

schuldige Zahlung wegen Waaren oder vorgegebener Zahlungsunfähigkeit verweigert wird. Er ist strafbar, in so ferne diese Zahlungsunfähigkeit erdichtet oder verschuldet ist. Nach dem gemeinen Recht steht auf dem boshafteu Banquerout Vestungs- oder Zuchhausstrafe, und der Verlust des kaufmännischen Gewerbes, Ausschluss von Aemtern und Würden. Durch Ersatz des Schadens, durch einen nicht geringen Accord wird die Strafe gemildert.

QUISTORP §. 428 P. O. 1548. tit. 22. 1577. tit. 23. A. L. R. II. XX. §. 1452 Unterscheidet einen betrüghchen, fahrlässigen und unbesonnenen Banquerout.

§. 404.

3) *Büchernachdruck*, welcher darinn bestehen soll, wenn fremde Verlagswerke, oder auch neuere Auflagen eines Buchs, ohne Wissen des Schriftstellers nachgedruckt werden. Der Schriftsteller, der seine schon verkaufte Handschrift unter einem fremden Titel in einen andern Verlag giebt, soll als Betrüger angesehen werden.

Die Verordnung des A. L. R. II. XX. §. 1294. veranlasste manche Schriften über diese Materie, welche man genau in HOFBAUER Unterf. über die wichtigsten Gegenstände des Naturrechts. Halle 1795. XXXIII. angeführt findet, der überhaupt das beste Licht über diese Sache giebt.

§. 405.

Zu dem Betrug überhaupt zæhlt man die *Ueberschreitung der öffentlichen Taxe im Verkaufe* ^{a)}, *unbefugtes Gewerbe zum Nachtheil der bestehenden Innungen* ^{b)}, *unerlaubtes Spiel, Erschleichung u. d. g.* ^{c)}.

a) A. L. R. II. 20. §. 1293.

b) A. L. R. a. a. O. §. 1269. 1270.

c) A. L. R. §. 1309. 1310.

§. 406.

b) *Von Verfälschung* Die Verfälschung kann auf mancherley Art begangen werden. Z. B. dahin gehöret Münze - Verfälschung, Nachahmung der Banco - Noten, der Wechsel, Mißbrauch fremder Titel, der Wappen, Verfälschung der Waaren, Ercefnung der Testamente vor dem Tode, Erbrechung fremder Briefe, u f. w. Nach der *P. G. O.* ist zwar die Strafe nicht genau bestimmt, doch giebt sie zu erkennen, daß bisweilen Todesstrafe statt finden könne, sonst hat blos eine willkührliche Strafe Anwendung.

Wir wollen hier nur einige besonders benannte Fälschungen herausheben.

P. G. O. art. 112. 113. Täuschung in guter Absicht oder zu Vereitelung eines Betruges kann zwar Gewissenspflichten zuwider seyn, bewirkt aber keine Strafe, L. 38. §. 6. D. de poenis.

§. 407.

Wir zæhlen dahin

1) die *Weinverfälschung*. Nach den Reichsgesetzen wird die Weinverfälschung mit harten körperlichen Strafen belegt, und mit der Ehrlosigkeit bestraft. Wir unterscheiden, ob durch die Weinverfälschung der Gesundheit der Menschen geschadet worden ist, oder nicht. Im erstern Fall, wenn Bosheit zum Grunde lag, wird sie als eine Art von Giftmischung betrachtet. Im leztern Fall aber willkührlich bestraft, und der verfälschte Wein vergossen.

WEBER Diss. de adult. vinorum. Giessae 1708. Art. 113. R. P. O. 1548. tit. 12. QUISTORP §. 414.

§. 408.

§. 408.

- 2) *Von der Erbrechung fremder Briefe*; geschieht diese Erbrechung von dem Postmeister vorsätzlich, so ist er mit dem Verlust seines Amtes zu bestrafen, und muß allen Schaden ersetzen, der hieraus erfolgt ist.
 - 3) *Wiederholte gewinnsüchtige Taufen*, werden nicht mehr mit dem Tode, oder dem Staupenschlag bestraft, sondern mit Zuchthausstrafe, weil wir darion keine Beleidigung der æusserlichen Religion mehr annehmen.
-

ZWEYTER UNTERABSCHNITT.

V o m

Verbrechen wider die Selbsterhaltung.

§. 409.

Zu den Verbrechen, welche wider die Selbsterhaltung gerichtet sind, zæhlen wir den Selbstmord, und die Selbstverstümmlung; wenn gleich Selbstverstümmlung den Gewissenspflichten zuwider ist, so ziehet sie doch eine bürgerliche Strafe nach, indem dadurch nicht nur andere, sondern auch der Staat beleidiget wird, vorzüglich daon wird die Selbstverstümmlung hart bestraft, wenn der Thäter sich dadurch seinen Bürger- und Berufspflichten entzieht.

Versuch eines Auszugs aus den Polizeyverordnungen f. p. Cameralisten. pag. 297. Breslau 1798.

Der Selbstmord wurde zwar sonst mit entehrenden Strafen belegt, allein heutiges Tages findet diese entehrende Strafe nur dann Statt, wenn der Selbstmörder sich darum mordete um sich einer infamirenden Strafe zu entziehen. Wer andere mordet, um selbst hingerichtet zu werden, ist meistens seelenkrank, und verdient, lebenslang eingesperrt zu werden.

PRACTISCHER THEIL.
V o m
p e i n l i c h e n P r o z e ß.

ERSTE ABTHEILUNG.
A l l g e m e i n e G r u n d f ä t z e
v o m
p e i n l i c h e n P r o z e ß.

§. 411.

Criminalprozeß heist der Inbegriff aller der Handlungen welche darum von dem Richter vorgenommen werden, um eine peinliche Rechtsfache zu untersuchen, zu entscheiden, und die Strafe zu bestimmen a). *Peinliche Rechtsfache* heist diejenige, welche ein Gegenstand der peinlichen Gerichtsbarkeit ist. (§. 49.). Der *peinliche Prozeß* kann 1) in einen *ordentlichen*, (feierlichen,) und *summarischen* b) (nicht feierlichen) eingetheilt werden. *Iener* ist Regel für den Criminalrichter, *dieser* hat nur alsdann, und nur in sofern statt, wenn und in wiefern ihn die Gesetze zulassen c). 2) In den *accusatorischen* d), (Anklage-) und *inquisitorischen* e), (Untersuchungs-) Prozeß, dieser letztere wird auch nach den Particulairgesetzen in einen *reinen* und *gemischten*, oder *fiscalischen* f), eingetheilt.

a) MEISTERS ausführl. Abhandl. des peincl. Prozeßes in Deutschl. 1 — 5. Th. Götting. 1764. fortgesetzt von ESCHENBACH 6 Th. Schwerin und Wismar. 1795. KLEINSCHRODT a. a. O. 3 Th. pag. 232. wünscht eine
eine

eine eigne Behandlung desselben, allein jetzt kann ich die vortreflichen Regeln nicht befolgen, indem der schon längst gelegte Plan in der Generaltheorie verändert werden müßte. — Es bedarf übrigens keiner Erwähnung, daß der peincl. Prozeß hier, und nicht abgesondert in dem Prozeß selbst vorgetragen werden muß.

- b) EISENBACH comment. jurid. Fasc. I. N. 5. Rostock 1788. KLEIN a. a. O. §. 539.
- c) In Deutschland, wo für die wichtigern Criminalfälle besondere Gerichte niedergelegt sind, ist es allgemeine, durch diese Anordnung selbst entstandne Ausnahme, daß die geringern, den Civil- und Polizeygerichten überlassenen Criminalfälle nur summarisch verhandelt werden. Hieraus ergibt sich, daß bey den Polizeyuntersuchungen dieses immer, bey dem eigentlichen Criminalprozeß aber nur in den ausdrücklich bestimmten Fällen statt hat.
- d) FLITT an. 10. der accus. Prozeß findet in preuss. Staaten in Criminalsachen nicht statt. Edict. v. 21. Aug. 1724. C. R. M. P. II. Abth. 3. No. 49 — Geschichte des acc. und inq. Prozeßes erläutert HEYNE de judic. publ. ratione et ordine apud romanos et graecos 1789. MALBLANCK Gef. d. P. G. O. pag. 61.
- e) Dieser macht heutiges Tages die Regel: denn nur in einigen Fällen findet der accus. Prozeß Anwendung, z. B. Injurien, Diebstähle, Betrügereyen der Eheleute, und bey dem Ehebruch.
- f) Dieser ist nicht mit dem Denuntiationsprozeß, welcher aus dem Criminal- und Civilprozeß gemischt ist zu verwechseln. Dieser findet in preuss. Staaten vorzügl. bey Injurienfachen statt. G. Ord. I. 34.

§. 412.

Die *Quellen* des Criminalprozeßes sind

- a) Landesgesetze, Verordnungen und Gewohnheiten.
- b) Die peincl. G. O. Carl d. V.
- c) Die römischen und C. Gesetze.
- d) Die Analogie des Civilprozeßes.

Für

Für die preuss. Staaten, Criminalord. von 1717. H Y M M E N S Beyt. 4. pag. 148. Repertorium f. pract. Iuristen. 2. Lieferung. v. M A S S O W. Anleitung zum pract. Dienst. 7 tit. p. 561. — Die hierher gehörigen Verord. für die Churf. Länder findet man in S T Ü B E L System i. B. pag. 37. und in E R H A R D S peinl. Rechte. Einleitung.

§. 413.

Zum Criminalprozeß gehört vorzüglich die Untersuchung und Bestimmung. a) *Ob* ein Verbrechen begangen und worin es bestanden, und *wer* solches begangen hat? b) *Wie* weit dem Thäter die That zuzurechnen und mit welcher Strafe er belegt zu werden verdiene? Darauf folgt endlich das Erkenntniß und die Vollstreckung desselben. — Hierdurch schon wird der *Unterschied* zwischen dem *Criminal*- und *Civilprozeß* sichtbar. Denn 1) hängt letzterer ganz von der Willkühr der Parthey ab, ob er angestellt werden soll 2) In letzterm werden den Interessenten Rechte zuerkannt, wovon sie Gebrauch machen wollen, in erstem kann auch den Willigen die unverdiente Strafe nicht treffen, und deshalb muß auch 3) die Wahrheit des Geständnisses einer nähern Untersuchung unterworfen werden.

ZWEYTE ABTHEILUNG.

Besondere Grundsätze des peinlichen
Prozesses.

ERSTE UNTERABTHEILUNG.

V o m
i n q u i s i t o r i s c h e n P r o z e s s.

ERSTER ABSCHNITT.

V o n
d e r G e n e r a l i n q u i s i t i o n.

§. 414.

Da der *Untersuchungsprozess* die Maasregeln, welche zur Untersuchung der Schuld und Unschuld dienen sollen, angiebt, so muss er vorzüglich zwey Theile haben. *Ersterer* enthält eine allgemeine Vernehmung, in welcher der zu vernehmende zur freyen Erzählung der ihm bekannten Umstände aufgefordert wird, der *zweyte* hingegen die specielle Abhörung, bey welcher die erheblichen Punkte in mehrere einfache Fragen aufgelöst werden, um sie dem zu vernehmenden zur bestimmten Beantwortung vorzulegen. Ersterer Theil muss dem zweyten vorausgehn, weil er Stoff zum letztern enthält. Hieraus ergiebt sich nun die Eintheilung des inquisitorischen Prozesses in den *General-* und *Specialprozess*, worüber noch viel Streit unter den Criminalisten herrscht, und so lange herrschen wird, als nicht länderliche Entscheidungen das Uebergewicht in die eine Wagschaale legen b). Unter der *Generalinquisition* versteht man die vorläufige Untersuchung des Thatbestandes, und Festsetzung desselben, nebst einer allgemeinen Vernehmung derer,

derer, welche von der Sache Wissenschaft haben, mit Einschluß des Angeeschuldigten: unter *Specialinquisition* c), die eigentliche besondere Vernehmung des Angeeschuldigten, durch genau bestimmte und besonders vermerkte Fragen (Artikelsform), um dadurch den Antheil des Angeeschuldigten an dem Verbrechen und desselben Strafbarkeit zu bestimmen.

- a) DANZ. summ. Prozeß. §. 166. ESCHENBACH VOM Begriff der Generalinquit. Rostock 1789. §. . NETTELBLADT. D. de lententia condemnatoria sine praevia inquit. speciali. Halae 1777. KLEIN a. a. O. §. 504. STELZER in der 1. Monatschrift Jahr. 95. 96. KLEIN UND KLEINSCHRODTS Archiv des Criminalrechts. S. 70
- b) *Declaration wegen Beschleunigung der Criminalprozesse* d. d. Berlin. 17. Oct. 1796.
- c) KLEIN a. a. O. §. 104. Am besten wäre es den Unterschied entweder ganz aufzuheben, (Entwurf eines Gesetzb. in Criminalsachen. 6. Ab. §. 1.) oder so genau zu bestimmen, wie es in preussischen Staaten durch die vorhergenannte Decl. geschehen ist. — Von der inquisitione generalissima.

§. 415.

Zu jeder Generaluntersuchung wird eine *Veranlassung* oder *Fundament* erfordert. Diese Veranlassung kann theils eine *Denunciation*, theils der *Ruf* und verschiedene *andere Anzeigen* seyn. Die Veranlassung muß jederzeit in den Acten bemerkt werden, wenn auch gleich die *Notorität*, d. h. diejenige Eigenschaft einer Begebenheit, vermöge welcher sie entweder überhaupt, oder an einem gewissen Orte eine allgemeine Ueberzeugung einer Existenz bewirkt, vorhanden ist.

§. 416.

Was nun

- a) die *Denunciation* a) betrifft: so versteht man darunter, eine Anzeige des vorgefallenen Verbrechens,

chens, um dess der Richter hierauf seine Untersuchung gründe, von einer Person gemacht, welche alle Eigenschaften eines gültigen Zeugen hat. Es muß also

- a) auf den Denuncianten, der bald ein nothwendiger, bald ein freywilliger ist b),
- b) auf den Denunciat,
- c) auf die Anzeige selbst, ob sie im allgemeinen oder insbesondere geschehn ist, und
- d) auf das Verbrechen Rücksicht genommen werden.

b) Der bloße Ruf aber ist alsdann nur zur Eröffnung der Untersuchung hinreichend, wenn er auf Notorität, oder auf glaubwürdige Nachrichten gegründet ist c).

- a) KLEINSCHRODT Abs. aus dem peinl. Recht. I. No. 6.
- b) MEISTER l. c. §. 378.
- c) KLEIN a. a. O. §. 505. GROLLMANN Grundsätze der Criminalwissenschaft. Giessen 1798. §. 601.

§. 417.

Des Richters *erste* Pflicht ist hierauf, die Wahrheit des vorgefallenen Verbrechens, von dessen Existenz Spuren vorhanden sind, zu erforschen. (§. 79) Augenschein, Zeuge, Instrumente, Geständniß und hinlängliche Anzeigen sind die Hilfsmittel, wodurch er die Wahrheit heraus bekommen kann. Was nun

- a) Den *Augenschein* a) anbetrifft, so muß der Richter sogleich, als er von dem vorgefallenen Verbrechen einigermaßen unterrichtet ist, sich an den Ort hinbegeben, wo das Verbrechen vorgefallen ist. Sollte das hinlänglich besetzte Criminalgericht nicht sogleich zusammengebracht werden; so ist es hinlänglich, wenn sich der Richter mit dem Gerichtschreiber an den Ort begiebt b).

b) Bey

- b) Bey einigen Verbrechen genügt der bloße Augenschein nicht, sondern hier muß eine *Hausfuchung* c) erfolgen, welche bald eine *allgemeine*, bald eine *besondere* seyn kann. Letztere aber erfordert, daß schon ein gegründeter Verdacht gegen eine gewisse Person vorhanden sey. Ob die Hausfuchung in Beyseyn des Richters erfolgen müsse, oder die Gerichtsdienner solche allein verrichten können, dies wird wohl einzig und allein nach den besondern Gesetzen bestimmt werden müssen.
- c) Sodann muß er diejenigen Personen, welche von den vorgefallenen Verbrechen Auskunft geben können, *summarisch* wegen der Sache *verhören*. d) Ob die eidliche Vernehmung der Zeugen nothwendig sey? wird sich aus den Umständen ergeben; rathsam ist es darum, weil einem vereideten Zeugen mehr Glauben beyzumessen, und darauf die Specialinquisition desto eher gebaut werden kann e).
- a) Vorzüglich ist dieses nothwendig bey einer vorgefallenen Tödtung. Von der Section ist schon §. 228. gehandelt.
- b) Kann auch solche der Bürgerrichter unternehmen? — Nach den preuß. Gesetzen bedarf es hier der Beyfürzer keines Weges. KLEIN'S Annal. B. 13. S. 293 — 298.
- c) MEISTER §. 383. Nutzen gewährt sie bey dem Diebstahl, bey Hochverrath, Münzverbrechen, und andern Betrügereyen.
- d) KLEIN a. a. O. §. 552.
- e) MEISTER behauptet das Gegentheil. §. 384.

§. 418.

- d) Hierauf muß die *Citation* und *Verhaftnehmung* des Verbrechers erfolgen. Die Ladung kann sowohl *mündlich* als auch mit Verhaftnehmung verbunden geschehn. Die *Verhaftnehmung* a) kann nur alsdann geschehn, wenn der Geladene die wörtliche Ladung nicht achtet, oder andere gegründete Ursa-

Ursachen vorhanden sind, die solche nothwendig machen. Doch wird hierzu erfordert: 1) daß ein *schweres* Verbrechen vorhanden sey, worauf eine Todesstrafe oder harte Leibesstrafe gesetzt ist. Wegen geringer Verbrechen kann nur dann die Verhaftnehmung verfügt werden, wenn der Angeeschuldigte sich der Flucht verdächtig macht. Denn sonst kann bloß eine vorläufige *Bewachung* b) (Observation) statt haben. 2) Muß der Richter von der *Existenz* des Verbrechens hinlänglich unterrichtet, und zum wenigsten ein halber Beweis gegen den Angeeschuldigten vorhanden seyn. Die Verhaftnehmung ist nicht nur dazu dienlich, um sich des Angeeschuldigten zu versichern, sondern sie dient auch dazu, daß die Mitschuldigen sich nicht mit einander besprechen. Im erstern Fall muß vorzüglich von den Richtern darauf gesehen werden, daß der Angeeschuldigte nicht mehr leide, als er durch die That selbst verschuldet hat, daß das Gefängniß nicht zum Nachtheil seines Lebens oder Gesundheit diene. c) Wird er dadurch außer Stand gesetzt, für seine Nahrung zu sorgen, so ist der Staat dazu verpflichtet. Uebrigens muß von Angeeschuldigten alles entfernt werden, wodurch er sich selbst schaden könnte, oder wodurch die Untersuchung unnütz werden würde.

a) QUISTORP a. O. 2 Th. §. 647. 648. Von Steckbriefen f. KLEINSCHRODTS Abhand. 2 Th. S. 329.

b) KLEIN a. a. O. §. 553.

c) Resc. vom 14. Aug. 1769. WAGNITZ histor. Nachrichten und Bemerk. über die merkwürdigsten Zuchthäuser in Deutschland. 2 Bände. Halle 1791 — 94.

§. 419.

Die Mittel, um sich von der Verhaftnehmung zu befreyn, sind folgende:

1) Hin-

- 1) Hinlängliche *Vertheidigung*.
- 2) Zuflucht zu *Freystätten* a)
- 3) Das *Gesuch* um sicheres *Geleite* b):

Hierunter versteht man eine Urkunde, worin dem Angeeschuldigten versprochen wird, unter der Bedingung, daß er der Ladung gehörig Folge leisten wolle, ihn nicht gefänglich einzuziehen. Dieses kann

a) sowol *bestimmt* als auch *unbestimmt* ertheilt werden.

b) Kann es von dem peinlichen Richter dem abwesenden Angeeschuldigten ertheilt werden. Der Vergleitete muß in der Regel dem Richter durch Bürgen oder Pfänder Sicherheit stellen.

c) Wenn der Vergleitete sein Versprechen nicht erfüllt, so erlöscht die Wirkung des sichern Geleits; so auch wenn das peinliche Urtheil publicirt ist.

4) Bey geringern Verbrechen kann sich auch jemand durch *Cautionleistung* von dem Gefängniß befreyen. Bey schweren Verbrechen aber nur alsdann, wenn aus den Acten erhellt, daß die ordentliche Strafe nicht eintreten wird, oder wenn das Gefangenhalten offenbar der Gesundheit des Angeeschuldigten höchst nachtheilig seyn würde c).

a) PÜTTERS Litteratur §. 1288. KLEIBER Fortf. §. 413.

b) KLEINSCHRODT. Abhandlung. 2 Th. p. 166.

c) MEISTER §. 390.

§. 420.

e) Auch schon bey der Generalinquisition kann ein *summarisches Verhör* mit dem Angeeschuldigten vorgenommen werden: es ist nicht nur nützlich, um die verschiedenen Aussagen des Inculpaten in Zusammenhang zu bringen, sondern auch nothwendig, um daß man dadurch erforsche, ob eine Specialinquisition nothwendig ist a). Das Verhör muß vor-

vorzüglich auf den Lebenswandel des Angeeschuldigten gehn, und eine zusammenhängende Erzählung der Handlungen, welche den Gegenstand der Untersuchung ausmachen, enthalten. Der Richter kann zwar von dem Angeeschuldigten Aufklärung über die Sache verlangen, und die Anzeigen, welche gegen ihn vorhanden sind, vorhalten, allein er darf ihm keine *verfängliche Fragen* vorlegen ^{b)}. Unter verfänglichen Fragen versteht man nemlich solche Fragen, welche so eingerichtet sind, daß der Befragte veranlaßt wird, eine Antwort zu geben, die mehr oder weniger enthält, als sie seiner Absicht nach enthalten sollte. Wenn die Gesetze nicht ausdrücklich dieses Zwangsmittel erlauben, finden sie nicht statt.

- a) ESCHENBACH de inquest. summaria. Rost. 1785. c. T. FISCHER Abhand. von dem summarischen Vernehmen im peincl. Prozeß. Leipzig 1789. 8.
- b) KLEINSCHRODT über Suggestivfragen des Richters. Würzburg. 1787. in f. Abs. I Th. S. 61.

ZWEYTER ABSCHNITT.

Von der Specialinquisition.

§. 421.

Der Zweck der Specialinquisition ist eine genaue Wiederholung des in der Generalinquisition Angegebenen, durch bestimmtere Verhöre (§. 407). Das Wesen desselben besteht in der bestimmten Einlassung (Litiscontestation) des Angeeschuldigten. Das Vorurtheil der Menschen hat in dieser Untersuchung eine besondere Art der Demüthigung zu finden geglaubt, und deshalb erhält nicht nur der Angeeschuldigte den Namen *Inquisit*, peinlicher Beklagter, sondern die Untersuchung hat auch wesentliche Nachtheile für ihn, denn er wird von den Aem-

Aemtern, Innungen u. s. w. ausgeschlossen, a) welches in unsern jetzigen Zeiten ganz wegfallen sollte, und durch Veränderung des Namens leicht geschehn könnte. Da nun dies der Fall ist; so hat man die Vertheidigung zur Abwendung der Specialinquisition (*defensio pro avertenda inquisitione*) eingeführt b).

a) RÜTTMANN elem. j. crim. l. 2. c. 12. §. 820. KLEIN a. a. O. §. 559.

b) MEISTER a. a. O. §. 404. In den preussischen Staaten ist sie außer Gebrauch. KLEIN a. a. O. §. 560.

§. 422.

1) Zur Specialinquisition kann nur alsdann *geschritten* werden, wenn 1) ein *schweres* Verbrechen vorhanden ist, 2) der Richter von dem *corpore delicti* unterrichtet ist, 3) und hinlängliche Anzeigen gegen diesen Angeschuldigten vorhanden sind a). Die Specialinquisition wird durch Anfertigung der Artikel eröffnet, weil die Artikelform als das schicklichste Mittel allen Uebrigen vorgezogen zu werden verdient. *Artikel* sind kurze, einfache, aus den Acten gezogene Fragen, welche aber weder suggestiv noch verfänglich seyn dürfen, (§. 420) welche theils generelle theils specielle seyn können b).

Diese Untersuchung muß vor einem förmlich besetzten Criminalgericht geschehn: und vorzüglich *drey* Punkte enthalten, nemlich:

a) Generalfragen, welche sich auf den Lebenslauf, auf die persönlichen Umstände und Verhältnisse des Inquisiten beziehen.

b) Punkte, welche das Verbrechen selbst betreffen, und den Beschluß macht

c) Diejenige Frage, was Inquisit zu seiner Vertheidigung noch anzuführen habe c).

Zwar

Zwar darf der Richter bey der Untersuchung nicht gleich Härte gebrauchen, findet er aber, daß der Inquisit boshaft, die Wahrheit verheimlicht, oder durch falsche Verstellung die Untersuchung aufhält, so kann er auch Zwangsmittel gebrauchen d).

a) MEISTER §. 404.

b) Ebend. § 407.

c) KLEIN a a O. §. 561. Wie wenn der Inquisit die Sprache des Richters nicht versteht, oder taubstumm ist?

d) QUISTORP von den Zwangsmitteln zur Beugung des Ungehoriams eines Angeeschuldigten in f. Beyträgen St. 4.

§. 423.

II) Die bloßen Anzeigen, die genauere Untersuchung mit dem Inquisiten kann den Richter noch nicht ganz in den Stand setzen, über das Verbrechen so urtheilen zu können, daß er das peinliche Gesetz anwenden könnte a); und deshalb ist der Beweis des Verbrechens nothwendig.

Unter *Beweis des Verbrechens*, versteht man nemlich; eine gerichtliche Handlung, wodurch die Wahrheit des von dem Inquisiten verübten Verbrechens so entwickelt wird, daß der Richter hierdurch völlig überzeugt wird. Die Beweismittel sind sowol das Bekenntniß des Verbrechers, Zeugen b), Urkunden, als auch Augenschein und Anzeigen. Er kann

a) in einen *vollständigen* und *unvollständigen*,

b) in einen *künstlichen* und *natürlichen* eingetheilt werden c).

a) Nach der P. G. O. Art. 22. 67. 69. gehört entweder Ueberführung oder das Bekenntniß des Verbrechers hinzu, wenn das peinliche Gesetz angewandt werden soll. Der Satz, daß der Verbrecher confessus et convictus seyn muß, erkennt das neuere Criminalrecht nicht. §. 32.

b) Wel-

- b) Welches waren die Beweismittel in ältern Zeiten? von Belieben — Gottesurtheil. FISCHERS Cameral- und Polizeyrecht. 2. Band. §. 404. u. f. w.
- c) KOCH a. a. O. §. 804. 805. — Von dem Beweis der Unschuld des Verbrechers. MEISTER a. a. O. §. 411.

§. 424.

Zu den Beweismitteln gehört:

- A) das *Bekenntniß* (confessio). Ein Bekenntniß oder Geständniß des Verbrechers, welches der Richter als gültig annehmen kann, muß *qualificirt* seyn a), d. h. nicht auf dem Geständniß selbst, sondern auch auf andern Gründen beruhen. Deshalb erfordert man überhaupt,
 - a) daß es gewiß sey, der Verbrecher habe die Absicht gehabt, den Richter durch das Eingeständniß von der Wahrheit der Sache zu überzeugen;
 - b) kein Zweifel vorhanden sey, der Verbrecher habe aus freyem Willen und eignem Bewußtseyn die geäußerte Erklärung gethan;
 - c) daß es *gerichtlich* geschehn sey: denn ein außergerichtliches Bekenntniß kann bloß *einen halben Beweis* haben;
 - d) weder innerlich unwahrscheinlich sey, noch andere Umstände die Wahrheit der Erklärung verdächtig machen b).

In wie weit ein Geständniß, das diese Erfordernisse nicht hat, zum Beweise hinreichend sey, muß der Bestimmung des Richters überlassen werden c). Der *Widerruf* des Bekenntnisses bewirkt, wenn dies der einzige Beweis ist, daß er der Thäter sey, daß die ordentliche Strafe nicht erkannt werden kann. Kann der Widerruf nicht gerechtfertiget werden, so behält das Geständniß doch die Kraft eines halben Beweises d).

- a) SCHOEPPH D. de confessione qualificata. Tub. 1735.
de GRAFFEN D. de conf. qual. Göttingen 1769. J.
G. HEINECCIUS D. de religione iudicantium circa
reorum confessionis Opus. Ex. 17.
- b) WESTPHAL Crim. Recht. Anm. 146. MEISTER peincl.
Erkenntnisse. Th. 2. d. 65. Th. 4. d. 104.
- c) QUISTORP 2. Th. §. 682. 685.
- d) KLEINS Annalen. 10. B. S. 96. u. f. w.

§. 425.

B) *Der Beweis durch Zeugen.*

- I) Bey dem Zeugenbeweis ist in Ansehung der *Form* der Verhandlung, nicht aber in Ansehung der Wirkung zwischen Criminal- und Civilsachen ein Unterschied. Wenn gleich das *C. R.* a) und der Gerichtsgebrauch geringere Jahre b) zur Zeugnisablegung annehmen, so kann doch nur das Zeugnis eines Menschen von zwanzig Jahren als ein vollgültiges Zeugnis in Criminalfällen angenommen werden. Dafs auch hier sonst verdächtige Zeugen abgehört werden können, liegt blos in der Form c).
- II) Jeder kann zur Ablegung des Zeugnisses gezwungen werden, wenn nicht besondere Gründe vorhanden sind, wodurch das Gegentheil dargethan wird, die vorzüglich aus der nahen Verwandtschaft, oder anderswoher hergeleitet werden können.
- III) Was die *Form* oder die Beweisaufnahme selbst betrifft, so bedient man sich auch hier der Artikelform; die Acten werden gewöhnlich dem Inquisiten oder dessen Anwalt vor dem Verhör zur Verfertigung der Fragen übergeben; allein da der Richter von selbst auf die Umstände, welche zur Vertheidigung des Inquisiten gereichen können, in den Artikeln Rücksicht zu nehmen hat, und der Inquisit, soviel Defensionalzeugen abhören lassen kann,
als

als er will, so ist dieses nicht nur nicht unumgänglich nothwendig, sondern auch im Gegentheil wegen Gefahr einer Suggestion, nicht einmal räthlich e. g. Die *Vereidung* der Zeugen muß in Gegenwart des Inquisiten oder seines Defensors geschehn, allein die Abhörung derselben ist nicht in ihrer Gegenwart vorzunehmen.

IV) Durch die Aussage zweyer ganz unverdächtiger Zeugen entsteht ein vollständiger Beweis, wenn die Vereidung geschehn ist: hierauf kann nach der P. G. O. t) die Tortur begründet werden, wenn der Verbrecher nicht gestehn will. Da aber diese als ein sehr trügliches Mittel angesehen wird, so sind Ermahnungen, Confrontation der Zeugen mit dem Verbrecher als bessere Mittel zu gebrauchen g).

- a) C. 15. C. XXII. qu. 5. das 15te Jahr.
- b) Das vierzehnte.
- c) l. 20. D. de testibus. doch stimmen hierin nicht alle Rechtslehrer überein. MEISTER a. a. O. §. 416. WIESAND de aetate ad jurandum in caus. crimin. Vi. teb. 1796. Spec. Obl. J. Crim. III.
- d) QUISTORP. Th. 2. §. 702.
- e) KLEIN a. a. O. §. 563.
- f) art. 69. und 22.
- g) Die Aussage eines tüchtigen unverwerflichen Zeugen begründet nach der P. G. O. art. 23 und 30 blos einen halben Beweis. KLEINSCHRODT Abh. über die Wirkung eines unvollkommenen Beweises in peinl. Fällen. Würzburg 1786. in f. Abhandl. I. Th. 1. Abs.

§. 426.

Die *Confrontation*, Zusammenstellung derjenigen Personen, welche in ihren Aussagen nicht übereinstimmen, kann zwar schon in der Generalinquisition vorgenommen werden, allein in der Specialinquisition wird sie von weit größerm Nutzen seyn. Die Confrontation kann

nicht nur zwischen den mehrern Zeugen, sondern auch zwischen den Zeugen und dem Verbrecher, und zwischen dem Theilnehmer des Verbrechers statt haben. Dafs die allgemeinen in Prozeß vorgetragenen Grundsätze auch hier anwendbar sind, versteht sich von selbst.

KLEINSCHRODT. Ueber die Nothwendigkeit den Gebrauch der Confrontation im peinlichen Prozeß einzuschränken, in f. Abh. I. Theil. N. III. ESCHENBACH Comment. jurid. Fasc. I. No. 4. Rostock 1788.

§. 427.

C) Als ein drittes Beweismittel sind *Urkunden, Instrumente* anzusehn a). Die Schriften oder Documente können entweder zu den Thatfachen selbst gehören, welche den Gegenstand der Untersuchung ausmachen, oder sie dienen zum Zeugniß. Im *erstern* Fall ist die Thatfache sogleich erwiesen, wenn die Aechtheit des Documents dargethan wird, oder wenn der Angeschuldigte als Aussteller dasselbe recognoscirt; kann aber die Aechtheit der Schrift blos durch Vergleichung verschiedener Handschriften entdeckt werden; so kann nur ein halber Beweis b) der Aechtheit entstehn. Im *letztern* Fall aber muß man auf die Grundsätze gerichtlicher und außergerichtlicher Bekenntnisse und Zeugnisse Rücksicht nehmen. Wenn Zeugen die Richtigkeit der Schrift dardun, so muß man auf die Grundsätze von Zeugenbeweis (§. 426) überhaupt Rücksicht nehmen.

a) QUISTORF 2. Th. § 708.

b) I. I. REINHARDT Diss. de eo, quod circa probationem delicti per documenta iustum est. Erf. 1732.

§. 428.

D) *Anzeigen* (§. 75) können zwar dem Richter zum Beweise dienen, allein auch alsdann, wenn
nahe

nahe Anzeigen vorhanden sind, können nur willkührliche außerordentliche Strafen eintreten a). Nach der P. G. O. kann darauf die peinliche Anfrage geschehn b), und nach unsern Gesetzen Reinigungseid, Freysprechung erkannt werden.

a) MEISTER. *a. a. O.* §. 425. Man theilt die Anzeigen in die geletzlichen und natürlichen, §. 76. welche Eintheilung einigermaßen wichtig ist: Weitläufigkeit zu vermeiden, habe ich die Anzeigen welche die P. G. O. aufzählte nicht angegeben; indem sie heutiges Tages nur mit der größten Vorsicht gebraucht werden können.

b) KLEIN *a. a. O.* §. 112.

§. 429.

E) *Von der Tortur.* Indem man anfieng Gottesurtheil abzuschaffen, so sahe man auch, durch den h. Augustin veranlaßt, bald ein, daß die Tortur als eine Art desselben, ein eben so trügliches Mittel als jenes sey a). Die durch Philosophie aufgeklärten Criminalisten b) gestatten sie gar nicht mehr, und nach den besondern Provinzialgesetzen wird sie nur noch in sehr wenig Fällen angewandt c). Es gehört also diese Lehre fast zu den Antiquitäten des Criminalrechts; daher auch nur hier sehr Weniges vorgetragen werden kann. Soll ja noch *heutiges Tages* die Tortur angewandt werden, so muß man sie als das letzte Mittel gebrauchen, um den Inquisiten zum Geständniß zu nöthigen. Es muß daher

a) von einem Verbrechen die Rede seyn, worauf eine Todesstrafe steht,

b) eine starke Vermuthung gegen den Inquisiten, der solche wohl auszuhalten im Stande ist, vorhanden seyn. Durch ein Urtheil müssen nicht nur die Grade der Tortur, sondern auch die Torturfragen festgesetzt seyn. Ehe man aber zur Tortur schreitet, ist

ist es der Menschheit Pflicht, vorher dem hartnäckigen Inquisiten damit blos zu drohn, und ihn alsdann, wenn dieses Mittel fruchtlos seyn sollte, in die Marterkammer zu führen, und ernstlich zum Geständnis zu nöthigen: sodann aber sind die gelindesten Mittel nach dem individuellen Zustand des Inquisiten zu gebrauchen. Gesteht er bey der Tortur so müssen ihm einige Tage Bedenkzeit gegeben werden, um die durch die Tortur verhinderte Freyheit des Geständnisses wieder herzustellen d). Gesteht er nachher freymüthig, so kann er mit der ordentlichen Strafe belegt werden vorzüglich alsdann, wenn durch andere Beweismittel die Wahrheit seiner jetzigen Aussage dargethan wird e). Widerruft er aber, so muss man darauf sehn, ob der Widerruf gegründet ist: ist dies, so muss er freygesprochen werden; ist dies nicht, die Wiederholung der Tortur geschehn.

a) WESTPHAL die Tortur der Griechen und der Römer und Deutschen. Leipz 1785. FISCHER Polizey- und Criminalrecht §. 407. Die Marter wurde nach drey Graden vollzogen, und die gewöhnlichen Arten derselben waren: Die Daumensstöcke, die Schnüren, die Leiter nebst den spanischen Stiefeln und die Schwefelfaden. KLAPROTH Einl. in sammtl. summarische Prozesse. pag 829. §. 606.

b) GMELIN Grundsätze der Gesetzgebung. §. 247. v. SONNENFELS über die Abichaffung der Tortur. 2te Aufl. Wien und Nürnberg 1782.

c) Badens. Verord. von 9. Sept. 1767. Mecklenb. von 16. Dec. 1769. Hessenkass. pfalzbairische von 16. Jul. 1779. MALBLANCK in der Geschichte d. P. G. O. S. 77. In preussischen Staaten ist sie abgeschafft Cabinetsord. v. 27. Juny und 4. August 1754. KLEIN a a O § 106. wie ist aber in den Ländern zu verfahren wo sie abgeschafft ist? KLEINS und KLEINSCHRODT Archiv f. Criminalrecht. S. 1. QUISTORP Versuch einer Anweisung für Richter beym Verfahren in Criminalsachen. Leipzig 1789.

d) wol-

d) WOLTAER Diff. quae analecta de tortura sistit. Halae 1783. Von der *Urgicht* HOMMEL de revocatione confessionis per tormenta extortae. Lips. 1739.

e) Furcht der künftigen Marter kann ihn leicht zum Geständniß nöthigen: Der Tod kann ihm wol erwünschter seyn, als die noch auszustehende Marter. — Philosophie bahnt uns einzig allein hier den Weg, nicht gegen die Menschheit zu sündigen. — Die eigentliche *Territion* ist nicht in den Gesetzen gegründet.

§. 430.

Bisweilen wird auch der *Reinigungseid* als ein Mittel die Wahrheit der Thatfache herauszubekommen, angesehen, welcher vorzüglich durch das *C Recht* eingeführt ist, und deshalb auch *tortura spiritualis* genannt wird. Der Richter kann alsdann, wenn hinlängliche Anzeigen vorhanden sind,

a) bey *leichtern* Verbrechen, wenn die Sache nicht genug ausgemittelt werden kann, darauf erkennen,

b) bey *schwerern* Verbrechen aber nur alsdann, wenn die Tortur nicht eintritt, und eine außerordentliche Strafe nicht erkannt werden kann; wenn die Furcht eines Meineids ihn nicht davon abhält a). Bey der Form und Ableistung des Eides muß alles dasjenige überhaupt beobachtet werden, was bey dem Eide nach Gesetzen zu beobachten ist. Schwört der Angeschuldigte diesen ab, so ist er los gesprochen; schwört er ihn aber nicht, so kann noch eine außerordentliche Strafe erkannt werden b).

a) QUISTORP p. R. Th. 2. §. 759. und in f. *Beyträgen* St. 2. n. 3. pag. 69.

b) STRUBENS Rechtl. Bedenk. 5. Th. B. 136.

§. 431.

Nicht nur um die etwa zu fällende Strafe zu mindern oder aufzuheben, sondern auch aus andern Ursachen

chen ist die Defension eingeführt worden. Unter *Defension* versteht man die Anführung triftiger Gründe, um den Nachtheil, der durch die Untersuchung für den Verbrecher entstehen könnte, abzuwenden a). Sie kann sowol von dem Inquisiten selbst verfertigt werden, oder was gewöhnlicher ist, von dem, von Gerichts wegen bestellten, Beystand und Vertheidiger des Verbrechers. Dem Inquisiten muß auf Verlangen ein Defensor gegeben werden; ja der Richter ist sogar ihm einen solchen von Gerichts wegen zu bestellen verbunden, wenn eine Leibes- oder Lebensstrafe statt hat b). Des Vertheidigers Pflichten beziehen sich *theils* auf das, was er vorher, ehe er die Defension anfangen kann, vornehmen muß, *theils* auf das, was er bey Verfertigung derselben zu thun hat. Dem Defensor muß erlaubt seyn, sich mit dem Verbrecher zu unterhalten, jedoch in Beyseyn einer Gerichtsperson; und ihm müssen zur Anfertigung der Vertheidigungsschrift die Acten überliefert werden c). Sucht er den Prozeß durch die Vertheidigung in die Länge zu ziehn, so kann er besonders bestraft werden d).

a) (HERMANN) Versuch einer nähern Anleitung zur gründlichen Abfassung der Vertheidigungsschriften. Dresden und Leipzig 1786. 8. OKHART'S Anweisung zu Vertheidigungsschriften. Leipzig 1. 80.

b) DANZ a. a. O. §. 176. 222. Die Defension ist nach dem preuss. Recht bey allen Arten der Untersuchungen anwendbar. Declaration von 17. Oct. 1796. §. 5.

c) MEISTER a. a. O. §. 398.

d) GROLMANN a. a. O. §. 678.

Ann. Von der Inroculution der Acten, und der Darstellung des Gemüthszustandes des Inquisiten. KLEIN a. a. O. §. 567.

§. 432.

III) Von dem Urtheil in Criminalfællen und von den Rechtsmitteln die dagegen vorhanden sind.

a) Von

a) *Von der Erkenntniß selbst.* Ehe die eigentliche Sentenz gefällt werden kann, ist es nöthig, daß eine Relation aus den Acten erfolge, wobey freylich, da es hier auf Leben und Ehre u. s. w. des Menschen ankommt, mehrere Genauigkeit nothwendig ist, als bey einer andern a). Die Sentenzen sind entweder eigentliche Sentenzen oder Gutachten. Das Urtheil ist entweder ein *verdammendes* oder *losprechendes*, letzteres entweder eine *sententia a tota causa absolutoria*, oder nur *sententia absolutoria ab instantia*. Das verdammende ist die Folge des Erweises der Schuld, das gänzlich losprechende, des Beweises der Unschuld, und das von der Instanz losprechende, die Folge des unvollständigen Beweises b).

a) Die Requisita welche eine solche Relation vorzüglich haben muß, bestehn in folgenden: a) Muß ein vollständiger *extractus actorum* vorausgehn. b) Die Gründe der Defensionschrift müssen genau geprüft werden. c) Der Referent muß alsdenn die Zweifels- und Entscheidungsgründe aus einander setzen. d) Bemerken, ob nichts gegen die Formalität veräumt sey. e) Ob das *Corpus delicti* hergestellt ist. f) Ob alle Rechtsfertigungsmittel dem Inquisiten sind verstattet worden. g) Darauf muß nochmals in gedrängener Kürze, die vollständig erwiesene Thatfache vorgetragen werden, mit den Ausdrücken des Criminalgerichts verglichen werden, h) und gezeigt werden in wiefern die Umstände der Zurechnung eine Milderung veranlassen, und sodann i) die Relation mit dem Vorschlage der anzufertigenden Strafe, und dem Entwurf des Endurtheils geschlossen werden. — Bisweilen wird auch ein Correferent ernannt. KLEIN § 570.

b) MEISTER §. 452. der hauptsächlich ein Vertheidiger der außerordentl. Strafen bey einem unvollständigen Beweise ist. f. auch pract. Bemerk. aus dem Criminal- und Civilrecht. B. 1. S. 1—30. S. 213. und KLEINS Annalen. B. 13. S. 217. KLEINSCHRODT Abh. I. Th. 1. Abf. — Was wegen des preussischen Rechts
ins

ins besondere wegen Criminalurtheil zu bemerken ist, findet man bey KLEIN § 570. — Von bedingtem Urtheil? MEISTER pract. Bemerk. 2. Th. N. 19.

§. 433.

b) *Vollstreckung der Sentenz.* Gewöhnlich muss nach gefällter Sentenz die höhere Bestätigung eingeholt werden, und sodann erst die Publication geschehn. Hierbey muss man darauf sehn, ob es eine lossprechende Sentenz ist a); so kann die Publication sogleich erfolgen, und der Angeschuldigte in alle seine vorige Rechte wieder eingesetzt werden. Betrifft die Sentenz blos Lossprechung von der Instanz, so kann dann erst der Angeschuldigte in Freyheit gesetzt werden, wenn durch Bürgen und Pfänder, oder wenn er diese nicht schaffen kann, eidliche Cautio geleistet ist b). Ist es ein *verdammandes* Urtheil; so muss man dem Verbrecher Zeit zum Gebrauch derjenigen Rechtsmittel lassen, welche gegen die Sentenz vorhanden sind. Die Eröffnung muss wo möglich in Beyseyn des Defensors geschehn c). Ist es ein Todesurtheil, so muss dem Verbrecher Zeit zur Vorbereitung gelassen werden d).

a) HOMEL de cauta pub. sent. Lips. 1741.

b) Was ist zu vermuthen, gänzliche Lossprechung oder nur von der Instanz?

c) KLEIN § 571.

d) Von der Vorbereitung durch Geistliche. Entwurf eines Gesetzbuchs in Criminalsachen. pag. 101. — Umstände und Gesetz können die zu schnelle Publication der Sentenz hindern. RICHTER de poena ab irato principe. Lips. 1782. — Wenn eher geht die Sentenz in Rechtskraft über?

§. 434.

Was die *Art* der Vollstreckung der peinlichen Sentenz anbetrifft, so sollte ohne Ausnahme die Strafe öffentlich vollzogen werden ^{a)}, und in Beyseyn des Richters. Um daß die Strafen Abschreckung erwecken, sollte jedes Criminalurtheil, ehe es vollzogen, vorher hinlänglich durch Zeitungen und Provinzialblätter bekannt gemacht werden ^{b)}: die noch nachher geschehenen Bekanntmachungen können nicht so wirksam seyn. Catholische Verbrecher werden immer durch Geistliche zur Gerichtsstätte gebracht, bey den Protestanten aber wird dies nur noch in einigen Ländern, und bey Verbrechern, die keinen vorsätzlichen Mord begangen haben, beobachtet ^{c)}.

a) RASCH Untersuchung der Wirkung öffentl. Strafen. Leipzig 1791. PUTTMANN über die öffentl. Vollstreckung der peincl. Strafen, ein Sendschreiben von Rufs. Leipzig 1797.

b) Ist in preussischen Staaten gewöhnlich. — Die kleinern Polizeystrafen werden bisweilen auch bekannt gemacht, welches ich nicht für zweckwidrig halte.

c) Hierüber sind mehrere Schriften erschienen. s. Litteratur des Criminalrechts. pag. 119. Nach preussischen Gesetzen ist zu Folge des Edict. von 1769. die Begleitung nicht erlaubt.

Anmerk. Von Hegung des hochnothpeinlichen Halsgerichts. Der Richter nemlich begiebt sich mit 7. 8 Schöppen und dem Gerichtschreiber an den zur Hegung bestimmten Ort; und nimmt sodann mit dielen an einen mit schwarzen Tuch behängten Tisch Platz, worauf der Stab und das Schwert liegt. Der Ankläger erscheint, liest das Anklaglibell vor. Darauf geschieht das Zetergeschrey, der Verbrecher tritt herauf, entblößt von seinen Fesseln; nochmals wird ihm nun sein Geständniß frey abzulegen anbefohlen, und sodann der Stab gebrochen u. s. w. Heutiges Tages gehört es zu den Antiquitäten des Criminalrechts. WALCH Diss. de revocatione capite damnati in die eius supplicii destinato. Ienae 1783.

§. 435.

Es ist eine alte Gewohnheit das der Verwiesene, oder der nach der Specialinquisition Freygesprochene, sich nicht an dem Gericht, oder Zeugen zu rächen, beschwören mußte, man nannte diesen Schwur *Urphede* a). Heutiges Tages erkennt man alsdenn noch darauf, wenn es wahrscheinlich ist, das dies wohl noch geschehn könnte. Die Strafen welche auf die Urphede bestimmt sind, sind folgende:

a) Wer die Urphede durch ein Capitalverbrechen bricht, wird härter bestraft;

b) sonst steht die Strafe des Meineids hierauf b).

a) Nach den preussl. Gesetzen ist folgl. verordnet: Bey Landesverweisung gegen fremde Verbrecher, soll die Urphede nicht mehr statt haben, theils weil sie als ein Anerkenntniß der Gerechtigkeit der Strafe, unnütz ist, theils, wenn dadurch der Rache des Verbrechers gegen den Staate Einhalt gethan werden soll, es gegen die Würde des Staats ist. *Rescript* v. 18. Aug. 1796. gegen Festungsgefangne kann sie dennoch statt haben.

b) MEISTER a. a. O. §. 460. 461.

§. 436.

c) Von den *Rechtsmitteln* gegen das peinliche Urtheil. Nach dem römischen Recht fand zwar gegen ein solches Urtheil die Appellation statt a), allein nach teutschen Grundsätzen nicht, sondern nur Nichtigkeitsbeschwerden b). In den einzelnen Reichslanden kommt alles auf die besondere Verfassung an: in der Regel läßt man bey dem Untersuchungsprozess, keine Berufung statt finden, wohl aber das Mittel einer *anderweitigen Defension*, auf welche ein neues Urtheil eingeholt werden muß. Bey dem accusatorischen Prozess aber finden die ordentlichen Rechtsmittel statt c). Die Gründe welche

che das weitere gerichtliche Verfahren hindern, oder aufheben, sind ausser denen welche zu dem Einwenden des verdächtigen, oder nicht zuständigen Richters gehören, die Abwesenheit, der Tod des Verbrechers, die Verjährung und die Abolition, von welchen allen schon hinlänglich ist gehandelt worden.

- a) L. 6. D. de appell. l. 29. C. eod.
- b) R. A. 1654. §. 79. 108. 113. 127. 163. GRÖNING Diff. de eo quod iustum est circa nullitates iudicii criminalis. Götting 1795.
- c) Auch so nach den preuls. Recht. KLEIN a. a. O. §. 574.

ZWEYTE UNTERABTHEILUNG.

V o n

dem accusatorischen Prozeß.

§. 437.

Wenn gleich sehr selten, so hat doch bisweilen der accusatorische Prozeß statt. Er setzt jederzeit einen *Ankläger* voraus, der entweder ein *öffentlicher*, oder *willkührlicher* ist a). Jeder, wenn nicht das Gesetz das Gegentheil sagt, kann anklagen b). Der Ankläger reicht meistentheils ein articulirtes Klaglibell ein, die *inscriptio in crimen* ist aber nicht gewöhnlich c). Was von der Citation und Gefangennehmung gesagt ist, hat hier auch Anwendung. Die Beantwortung der Klage geschieht mündlich, wobey alle dilatorische und peremptorische Einreden statt haben. In Fall der verneinenden oder unbestimmten Litiscontestation muß der Ankläger den Beweis übernehmen d).

- a) l. un. imit. C. ut nemo ag.
- b) Z. B. Minderjährige, uneheliche Personen, Kinder, Aeltern u. s. w.
- c) l. 7. p. D. 113. C. de accus.
- d) P. G. O. art. 47. 151. 73. 46.

§. 438.

Mit dem Anklageprozess hat der *fiscalische*, oder *vermischte* Accusationsprozess die grösste Aehnlichkeit. Die Form desselben richtet sich nach den besondern Landesgesetzen. Gewöhnlich wird aber hier folgendes beobachtet. Sobald wie die Generalinquisition geschlossen ist, werden die Acten einem öffentlichen Ankläger vorgelegt, welcher sodann die Articul, worüber der Angeklagte vernommen werden soll, aus den Acten zieht. Sollte bey Entwerfung der Artikel der Ankläger etwas versäumt haben, so kann solches und muss von dem Richter ergänzt werden a).

Der *Adhäsionsprozess*, oder wie er genannt wird der *denuntiatorische* Prozess, hat mit jenem gar keine Aehnlichkeit, sondern ist blos inquisitorisch, bey welchem der Beschädigte nur sein Privatinteresse darzuthun und zu wahren strebt. Hierdurch wird aber die Natur des Inquisitionsprozesses selbst nicht geändert, sondern es muss vielmehr dem Beschädigten, nachdem dieser sowohl als der Angeschuldigte deshalb vernommen worden, von Amtswegen zu seinem Rechte verholfen werden b).

a) Der fiscalische Prozess hat auch in preuss. Staaten statt.

b) KLEIN §. 581.

DRITTE UNTERABTHEILUNG.

V o n

dem Verfahren gegen abwesende Verbrecher.

§. 439.

Wenn der Verbrecher sich der Gewalt des Richters durch die Flucht entzieht, so muss der Richter ihn öffentlich *vorladen*, einstweilen aber sein Vermögen in Be-

Beschlag nehmen, wenn nicht die Verwandten hinlängliche Sicherheit stellen können. Es müssen den Kindern und der Ehegattin während der Zeit der Untersuchung Alimente gereicht werden. Erwiesene Unschuld und der Tod des Verbrechers heben die Administration auf a). Wenn auf keine Art der Verbrecher wieder herbeygeschafft werden kann, so ist ein Unterschied zu machen:

- a) Ob er sich auf die Flucht begab, da die Untersuchung geschlossen war: hier steht der Vollziehung der Strafe nichts im Wege, wenn sie nemlich an Abwesenden vollzogen werden kann b).
- b) Oder ob er es that, ehe noch die Untersuchung angefangen wurde, oder doch noch nicht hinlänglich fortgesetzt war: hier kann wenn von einem peinlichen Verbrechen die Rede ist, nicht gegen ihn in contumaciam verfahren werden, sondern die Sache muß liegen bleiben, wenn gleich sonst der Bann oder Achtsprozeß statt hatte c).

a) KLEINSCHRODT Abh. 2. Thl.

b) Bisweilen erkennet man noch Strafen an Bildern, aber es ist ein Kinderspiel! bey Hochverrathen u. f. w.

c) BENEDICT CARPZOVVS peincl. Inq. und Achts. Prozeß. Leipzig 1733.

Was soll mit dem Vermögen des Verstorbenen vorgenommen werden? Entw. eines Criminalgesetzb. pag. 102. §. 3.

A N H A N G.

Von Criminalkosten.

§. 440.

Die *Criminalkosten* können in *allgemeine* und *besondere* eingetheilt werden; erstere ist derjenige zu zahlen verbunden, welcher für den Unterhalt der Criminalgerichte sorgen muß, letztere aber nicht. Bey diesen macht man nemlich den Unterschied, ob

- 1) durch des Inquisiten Schuld der Prozeßs veranlaßt wurde, so ist er verbunden, die Kosten zu tragen,
- 2) oder ohne seine Schuld, so kann er auch dazu nicht verbunden werden, sondern entweder der Richter, oder der Denunciant, oder auch der Ankläger ist dazu verpflichtet.
- 3) Ist der Verbrecher unvermögend, so müssen aus der Gerichtscasse entweder des Wohnorts, oder der Heimath die Kosten bestritten werden; Gerichtseingesessenen kann niemals diese Verbindlichkeit aufgelegt werden, wenn nichts anders durch Observanz oder durch Verträge festgesetzt seyn sollte.

EMMICH über Prozeßskosten, deren Erstattung und Compensation. Göttingen 1792. Th. 2. Nach dem preussischen Recht müssen vermöge des Edict von 1787. die Kosten zur Ausmittlung des Thatbestandes von den Gerichten des begangenen Verbrechens, die übrigen aber von den Gerichten des Wohnorts getragen werden. Ist der Verbrecher aber länger als 3 Jahr, von dem Wohnort entfernt gewesen, so fällt die Verbindlichkeit des Gerichts der Herkunft, die Untersuchungskosten zu tragen, zufolge der Declarat. v. 10. July 1793. hinweg.

R e g i s t e r.

Die Nummer zeigt die Zahl der Paragraphen an.

A.

A bbitte einer Injurie, wenn dieselbe statt findet.	§. 291.
Abolition, worin sie besteht.	— 155.
Ablich zu injuriiren.	— 287.
Abtreibung der Leibesfrucht, Milderungsgründe bey der Strafe derselben.	— 279.
———— Strafe derselben.	— 277.
———— was darunter zu verstehen ist.	— 26.
———— wie die Theilnehmer an derselben gestraft werden.	— 28.
Abwesende Verbrecher, Verfahren wider dieselben.	— 439.
Accusatorischer Prozeß, s. Anklageprozeß.	
Adhäsionsprozeß, Begriff desselben.	— 438.
Aeltermord, s. Parricidium.	
Alter, hohes, verringert die Zurechnung.	— 99.
Ambitus, Amtserschleichung.	— 210 lqq.
Amtsverlassung, Strafe derselben.	— 215.
Amtsverschwiegenheit, wie der, welcher dieselbe bricht, bestraft wird.	— 214.
Anklageprozeß, fiscalischer, Form desselben.	— 438.
———— setzt einen öffentlichen oder willkührlichen Ankläger voraus.	— 437.
———— Verfahren bey demselben.	— 437.
Anwendung der verschiedenen peinlichen Gesetze, Regeln bey derselben.	— 13.
Anzeigen (indicia), Begriff derselben.	— 75.
———— besondere, s. bey einzelnen Verbrechen.	
———— entfernte (remota)	— 76.
———— mehrere Arten der nahen und entfernten.	— 76.
———— nahe (propria).	— 76.
Artikel, was dieselben sind.	— 422.
Assassinator, Begriff desselben.	— 247.
———— Strafe desselben.	— 249.
Assassinium.	— 247 lqq.
———— Strafe der Theilnehmer desselben.	— 249.
———— wenn die Strafe desselben nicht anwendbar ist.	— 250.
Atyl, s. Freystädte.	

Aufhebung der Strafe.	§. 146 fqq.
Aufkauf der Lebensmittel, Strafe desselben.	— 391.
Aufruhr, aus welchen Gründen die Strafe desselben gemildert wird.	— 176.
—— Strafe desselben.	— 176.
—— Todtschlag bey demselben.	— 234.
—— wie die Theilnahme an demselben bestraft wird.	— 176.
—— worin er besteht.	— 175.
Auftrag, durch denselben wird Theilnahme begründet.	— 111.
—— zum Mord.	— 247 fqq.
Aussetzen der Kinder.	— 282.
—— mit welcher Strafe dasselbe belegt wird.	— 283.
B.	
Bambergische Halsgerichtsordnung.	— 26 fqq.
Bandit, Begriff davon.	— 247.
—— Strafe desselben.	— 249.
Banquerout, was man darunter versteht.	— 403.
—— Strafe desselben.	— 403.
Befehdung ist kein selbstständiges Verbrechen.	— 200.
—— Strafe derselben.	— 201.
Befehl, wenn er die Zurechnung mindert und aufhebt.	— 105.
Befundbericht (visum repertum).	— 228.
Begnadigung, Begriff derselben.	— 155.
—— wenn dieselbe als zweckmäfsig angesehen werden kann.	— 156.
Begünstiger (fautores) des Verbrechens.	— 110.
—— können den Theilnehmern nicht gleich geachtet werden.	— 112.
Bekennntniss des Verbrechers, Erfordernisse zu einem qualificirten.	— 424.
—— muß qualificirt seyn, wenn es als ein gültiges Beweismittel angesehen werden soll.	— 424.
—— widerrufenes, Wirkungen desselben.	— 424.
Beleidigung an einem öffentlichen Ort, Strafe derselben.	— 185.
—— gegen öffentliche Personen bey Ausübung ihres Amts, Strafe derselben.	— 184.
—— der Religionsgesellschaften.	— 192.
Besitz gestohlner Sachen ist Anzeige.	— 310.
Bestohlene, Rechte derselben.	— 325.
—— wenn dieselben das Recht haben den nächtlichen Dieb zu tödten.	— 317.
Betrug, mehrere Arten desselben.	— 405.
—— was darunter zu verstehen ist.	— 400.
Betrügerey, allgemeiner Begriff davon.	— 400.
Beugung des Rechts, aus Parteilichkeit, Strafe derselben.	— 209.
—— wenn dieses Verbrechen begangen wird.	— 208.
	Be-

Bewaffneter Diebstahl, s. Diebstahl.	
Beweis des Verbrechens durch Anzeigen.	§ 428.
— — durch Geständniß des Verbrechers.	— 424.
— — durch Urkunden.	— 427.
— — durch Zeugen.	— 425.
— — Eintheilungen desselben.	— 423.
— — was man darunter versteht.	— 423.
Beweismittel, Arten derselben.	— 423.
Bey Schlaf, unter Verlobten verübt.	— 354.
Bigamie, Erfordernisse zum Thatbestand derselben.	— 377.
— — Strafe derselben.	— 378.
— — was darunter zu verstehen ist.	— 376.
— — wenn die Strafe derselben gemildert wird.	— 379.
Blutschande, Begriff derselben.	— 381.
— — Erfordernisse zum Thatbestand derselben.	— 382.
— — Milderungs- und Schärfungsgründe der Strafe derselben.	— 384.
— — Strafe derselben.	— 383.
— — wodurch die Strafe derselben aufgehoben wird.	— 384.
Brandstiftung in engerer Bedeutung, Anzeigen derselben.	— 338.
— — Begriff davon.	— 335.
— — Erfordernisse zum Thatbestand derselben.	— 336.
— — Strafe derselben.	— 339.
— — wenn die Strafe derselben gemildert und geschärft wird.	— 340.
Briefe, fremde, Strafe der Erbrechung derselben.	— 408.
Büchernachdruck, worin er besteht.	— 404.
Bürgerverbrechen.	— 216.
— — eigentliche.	— 216.
— — uneigentliche.	— 216.
— — Gattungen derselben.	— 343 sqq.
Burgfriedensbruch, Begriff und Strafe desselben.	— 301.

C.

Capitalstrafen sind entweder qualificirte oder simple Todesstrafen.	— 116.
Carls des Fünften peinliche Gerichtsordnung.	— 27.
Citation des Verbrechers, mündliche oder mit Verhaftnehmung verbundene.	— 418.
Collegium begeht kein gemeinschaftliches Verbrechen.	— 106.
Collision verschiedener Gerichtsstände, Regeln bey denselben.	— 58.
Compensation bey Verbrechen.	— 147.
— — der Injurien.	— 292.
Complot, was darunter zu verstehen ist.	— 108.
Conat, s. Versuch.	
Concubinat, Begriff davon.	— 347.

- Concubinat, Strafe desselben. §. 347.
 Concussion, Begriff und Strafe desselben. — 213. 298 199.
 Confiscation des Vermögens kann nur gegen Majestätsverbrecher erkannt werden. — 124.
 Confrontation der Zeugen, des Verbrechers und der Theilnehmer. — 426.
 Corpus delicti, s. Thatbestand.
 Crimen fraudatae annonae, Begriff desselben. — 390.
 Criminalgesetze, s. Gesetze, peinliche.
 Criminalkosten, wer dieselben tragen muß. — 440.
 Criminalprozess, accusatorischer, findet in den preussischen Staaten nicht statt. — 411.
 — — Begriff desselben. — 411.
 — — Eintheilungen desselben. — 411.
 — — ordentlicher, findet in der Regel statt. — 411.
 — — Quellen desselben. — 412.
 — — summarischer, nicht feyerlicher, wenn derselbe statt findet. — 411.
 — — welche Untersuchungen und Bestimmungen vorzüglich zu demselben gehören. — 413.
 — — worin er sich vom Civilprozess unterscheidet. — 413.
 Criminalrecht, Criminalrechtswissenschaft, s. Rechtswissenschaft, peinliche.
 Criminalzeuge, Strafe des meineydigen. — 396.
 D.
 Dardanariat, Begriff davon. — 390.
 — — Strafe desselben. — 391.
 Defensio pro avertenda inquisitione, warum dieselbe eingeführt worden ist. — 421.
 Defension, was man darunter versteht. — 431.
 Defensor, Pflichten desselben. — 431.
 Denunciation, was man darunter versteht. — 416.
 — — worauf der Richter bey derselben Rücksicht nehmen muß. — 416.
 Denunciatorischer Prozess, Begriff desselben. — 438.
 Dieb, nächtlicher, wenn der Eigenthümer denselben tödten darf. — 317.
 Diebstahl an Grabmälern oder Leichen verübter, Strafe desselben. — 319 b.
 — — Anzeigen desselben. — 310.
 — — durch Einbruch, wenn derselbe ein qualificirter ist. — 313.
 — — durch Einsteigen, wenn derselbe ein qualificirter ist. — 314.
 — — Erfordernisse des Thatbestands desselben. — 304 199.
 — — fortgesetzter. — 316.
 Dieb-

Diebstahl, gefährlicher.	§. 302.
— — gemeiner.	— 303.
— — größer.	— 312.
— — in einem Nothfall begangen ist nicht strafbar.	— 311.
— — kleiner.	— 312.
— — mit gefährlichen Waffen ist ein qualificirter.	— 315.
— — Strafe der Theilnehmer desselben.	— 323.
— — Strafe des dritten einfachen.	— 322.
— — Strafe des einfachen großen.	— 321.
— — Strafe des qualificirten.	— 320.
— — was darunter zu verstehen ist.	— 303.
— — wenn die Strafe desselben gemildert und geschärft wird.	— 324.
— — wer Theilnehmer desselben sey.	— 309.
— — wird bisweilen als ein Privatverbrechen beurtheilt.	— 320.
Dietrich begründet keinen qualificirten Diebstahl.	— 313.
Diffidation, worin sie besteht.	— 200.
Drohungen.	— 200 sqq.
Ducaten, der Werth derselben ist dem Gulden Carls V. gleich.	— 312.

E.

Ehe, zwiefache, s. Bigamie.	
Ehebruch, Anzeigen desselben.	— 372.
— — Begriff desselben.	— 370.
— — Civilstrafe desselben.	— 34.
— — Ertordernisse zum Thatbestand desselben.	— 371.
— — peinliche Strafe desselben.	— 373.
— — wenn die Strafe desselben gemildert und aufgehoben wird.	— 373.
Ehebrecherin, der Mann und Vater derselben haben das Recht sie und den Ehebrecher zu tödten.	— 375.
Ehrenerklärung.	— 291.
Ehrenstrafen, Arten derselben.	— 121.
Ehrlosigkeit, Strafe.	— 122.
Einbruch, wenn derselbe qualificirten Diebstahl begründet.	— 313.
Einsteigen, in wie weit es qualificirten Diebstahl begründet.	— 314.
Einziehung der Güter, s. Confiscation.	
Elternmord, s. Parricidium.	
Entführung, Menschenraub zur Wollustbefriedigung, Erfordernisse zum Daseyn derselben.	— 296.
— — Strafe derselben.	— 297.
Entwendung, Begriff derselben.	— 302.
Erbrechung der Gefängnisse, Strafe derselben.	— 182.
Erbre.	

Erbrechung fremder Briefe, Strafe derselben.	§. 408.
Erkenntnis, Eintheilungen desselben.	— 432.
Erlernungsart des Criminalrechts, Regeln bey derselben.	— 38.
Erpressungen der Beamten.	— 213. 298.

F.

Fähigkeit zum Verbrechen, wer sie nicht hat.	— 99.
Fähmgericht, s. Gericht.	
Fälschung, Begriff derselben.	— 400.
— — kann auf mancherley Art begangen werden.	— 406.
— — Strafe derselben.	— 406.
Feuerverwahrlosung, Strafe derselben.	— 340.
Fleischesverbrechen, was darunter verstanden wird.	— 344.
Flucht berechtigt zur Verhaftnehmung.	— 418.
Fortsetzung der Verbrechen, s. Verbrechen.	
Forum, s. Gerichtsstand.	
Fragen, Suggestiv-, verhängliche sind verboten.	— 420.
— — was man darunter versteht.	— 420.
Freyheit der Handlung, worin dieselbe besteht.	— 85 sq.
Freystädte, die Zuflucht des Verbrechers in dieselben hebr die Strafe nicht auf.	— 157.
Frevel.	— 70.
Fundament, Veranlassung zur Generaluntersuchung, wo- rin dasselbe bestehen kann.	— 115.

G

Gefängnisse, Strafe der Erbrechung derselben.	— 182.
Geldstrafen gehören dem Fiscus.	— 125.
— — wenn dieselben erkannt werden.	— 125.
Geleit, sicheres, was man darunter versteht.	— 419.
Generalinquisition, Generaluntersuchung, Begriff davon.	— 414.
— — zu derselben wird eine Veranlassung erfordert.	— 415.
Gericht, peinliches, in objectiver Bedeutung.	— 60.
— — militärisches.	— 63.
— — subjectiv genommen.	— 55.
— — wenn es völlig besetzt ist.	— 62. b.
— — Vehm oder Fähm.	— 23.
— — Westphälisches.	— 23.
Gerichtbarkeit, peinliche, allgemein zusammenfließende.	— 51.
— — Begriff davon.	— 48.
— — dingliche Patrimonial-	— 52.
— — Eintheilungen derselben.	— 49. sqq.
— — Erwerbung derselben.	— 52.
— — höhere (alta).	— 49.
— — niedere (bassa).	— 49.

Gerichtsbarkeit, persönliche.	§. 52.
— — uneingeschränkte oder eingeschränkte.	— 50.
— — Verlust derselben.	— 53.
— — vermischte.	— 51.
— — von wem sie ausgeübt wird.	— 51.
— — wodurch das zuständige Recht derselben erwiesen wird.	— 54.
Gerichtskosten, f. Criminalkosten.	
Gerichtsordnung, peinliche.	— 27.
Gerichtsstand (Forum) peinlicher.	— 56 sqq.
— — peinlicher befreyter.	— 59.
— — der Ergreifung.	— 57.
— — des begangenen Verbrechens.	— 57.
— — des Wohnorts.	— 57.
— — welche Personen einen befreyten haben.	— 59.
Gerücht, öffentliches, f. Ruf.	
Geschlecht, auf den Unterschied desselben nimmt man bey Bestrafung der Verbrechen Rücksicht.	— 100.
Geschwistermord, f. Parricidium.	
Gesellschaften, welche unerlaubte sind,	— 203.
Gesetze, einheimische, peinliche.	— 10.
— — fremde, peinliche, was zu denselben gehört.	— 8. sq.
— — mosaische, der Nutzen derselben im Criminalrecht ist sehr gering.	— 9.
— — öffentliche, Gegenstände derselben.	— 1.
— — peinliche, eigentlicher Begriff davon.	— 39.
— — sind von den Polizeygesetzen zu unterscheiden.	— 4.
— — uneigentlicher Begriff davon.	— 4.
— — worauf sie sich beziehen.	— 4.
— — Privat-	— 1.
— — Regeln bey der Anwendung der verschiedenen	
— — peinlichen.	— 13.
— — Straf-	— 3.
— — wie der Staat die Erfüllung derselben erleichtert und die Verletzung ders. erschwert,	— 2.
Gewalt, absolute, hindert die Zurechnung.	— 105.
— — höchste, Rechte derselben in Rücksicht der Strafe.	— 131.
— — öffentliche, worin sie besteht.	— 180.
Gift, Begriff desselben.	— 257.
Giftmischung, Vergiftung, Anzeigen derselben.	— 260.
— — Strafe derselben.	— 262.
— — Thatbestand bey derselben.	— 259.
— — Theilnahme an derselben.	— 261.
— — versuchte.	— 258.
— — unvollzogene.	— 258.
	Gift-

Giftmischung, was darunter verstanden wird.	§. 257.
Gotteslästung.	— 193.
—— Strafe derselben.	— 194.
Größe des Verbrechens, objective (Illegalität).	— 82. 199.
—— Regeln bey Beurtheilung derselben.	
—— subjective (Immoralität).	— 82. 85 fqq.
—— subj. wornach dieselbe bestimmt wird.	— 85.
—— worauf sie sich bezieht.	— 82.
Gütereinziehung, f. Confiscation.	
H.	
Halsgericht, f. Gericht, peinliches.	
Halsgerichtsordnung, f. Gerichtsordnung.	
Hauptwrogen, vier.	— 50.
Hausdiebstahl.	— 38.
Haustriedensbruch, Begriff und Strafe desselben.	— 301.
Hausfuchung, wenn dieselbe angestellt werden kann.	— 47.
Hazardspiele, welche Strafe darauf steht.	— 393.
Hegung des hochnothpeinlichen Gerichts.	— 434.
Hochverrath (crimen perduellionis) Anzeigen desselben.	— 163.
—— von wem und gegen wen er begangen werden kann.	— 162.
—— wenn die Strafe desselben erlassen und gemildert wird.	— 166.
—— wie die Theilnahme an demselben begründet wird.	— 163.
—— worin die Strafe desselben besteht.	— 164 fqq.
—— worin derselbe besteht.	— 161.
Hoheit, peinliche, Begriff und Eintheilungen derselben.	— 45.
—— Inbegriff derselben.	— 46 fqq.
Hure, wer eine solche ist.	— 346.
Hurenwirthschaft, qualificirte.	— 388.
—— Strafe derselben.	— 389.
—— was man darunter versteht.	— 388.
Hurerey, Begriff davon.	— 346.
—— Strafe derselben.	— 346.
I.	
Illegalität der Verbrechen.	— 82 fqq.
Immoralität.	— 82. 85 fqq.
Imputation, f. Zurechnung.	
Incest, f. Blutschande.	
Indicien, f. Anzeigen.	
Infamie, f. Ehrenstrafen und Ehrlosigkeit.	
Injurie, Eintheilungen derselben.	— 286.
—— gegen wen eine solche begangen werden kann.	— 288.
—— symbolische.	— 286.

Injurie, thätliche, Real-	§. 286.
— was darunter zu verstehen ist.	— 285.
— wer sich einer solchen schuldig machen kann und wie.	— 287 sq.
— — wodurch die Strafe derselben aufgehoben wird.	— 292.
Inquisit wird von den Aemtern, Innungen u. l. w. ausgeschlossen.	— 421.
Inquisition, General-, f. Generalinquisition,	
— Special, f. Specialinquisition.	
Inquisitionsprozess, f. Untersuchungsprozess.	
Inquisitionskosten, f. Criminalkosten.	
K.	
Ketzerey, Kettermacherey.	— 195 sq.
Kinder, ausgesetzte, wem die Erhaltung derselben gebührt.	— 24.
— Zurechnung bey denselben.	— 99.
Kindermord, Anzeigen desselben.	— 271.
— Begriff davon.	— 267.
— — Milderungsgründe der Strafe desselben.	— 274.
— — Schärfungsgründe der Strafe desselben.	— 175.
— — schuldhafter.	— 272.
— — Strafe desselben.	— 274 1q.
— — Verhütungsmittel desselben.	— 23.
— — vorsätzlicher.	— 268 1qq.
Kirchenraub, Begriff desselben.	— 302. 332.
— Strafe desselben.	— 333 1q.
Körperliche Strafe, f. Strafe.	
— Verletzung.	— 217.
Kosten, f. Criminalkosten.	
Krankheit der Seele und des Körpers mindert die Zurechnung.	— 103.
Kriegsrecht, Kriegsgericht, welche Personen zu demselben gehören.	— 63.
Kuppeley, f. Hurenwirthschaft.	
L.	
Ladung, f. Citation.	
Landesgränzen, Verrückung derselben, f. Verrückung.	
Landesverrätherey, Strafe ders.	— 167.
— — wodurch dieselbe begangen wird.	— 167.
Landfriedensbrecher, wie dieselben bestraft werden.	— 174.
Landfriedensbruch, was darunter zu verstehen ist.	— 173.
Landzwang ist eine Art der Befehdung.	— 200.
Lebensstrafe, ob dieselbe als rechtmässig betrachtet werden kann.	— 116.
Lebensstrafe, qualificirte, welche Strafen dazu gezählt werden.	— 117.
	Le-

Lebensstrafe, simple, welche Strafen dazu gehören.	§. 118.
Lehrmethode des Criminalrechts, Regeln bey derselben.	— 37.
Leibesstrafen, welche Strafen dazu gehören.	— 71.
Leidenschaft, wenn dieselbe die Zurechnung verhindert.	— 101.
Lenocinium, s. Hurenwirthschaft.	
Lohnmörder, s. Bandit.	

M.

Majestät, Begriff derselben.	— 160.
— Strafe des Verbrechens der beleidigten.	— 170. fqq.
— Verbrechen der beleidigten, worin dasselbe besteht.	— 168.
— Verbrechen der verletzten Ehrfurcht gegen dieselbe (crimen laesae venerationis) Begriff davon.	— 169.
— wenn die Strafe der beleidigten, gemildert und verstärkt wird.	— 171.
Menschenraub, Begriff davon.	— 293.
— Strafe desselben.	— 295.
— zur Wollustbefriedigung, s. Entführung.	
Meineid, Begriff davon.	— 395.
— Strafe desselben.	— 396.
Mildrung der Strafe, Begriff davon.	— 138.
Mildrung findet nur bey schon festgesetzten Strafen statt.	— 141.
Mildrungsgründe, Classen derselben.	— 139. fqq.
— besondere, s. bey einzelnen Verbrechen.	
Minderjährigkeit verringert die Zurechnung.	— 99.
Monstranz, Strafe des Diebstahls derselben.	— 333.
Moralische Personen können als solche kein Verbrechen begehen.	— 106.
Mord.	— 222. 241.
— Schärfungsgründe der Strafe desselben.	— 245.
— Strafe desselben.	— 241.
— Strafe des Verabredeten.	— 246.
— Strafe des Versuchten.	— 142.
Mordbrand, Begriff desselben.	— 337.
— Strafe desselben.	— 339.
— wenn die Strafe desselben gemildert und geschärft wird.	— 340.
Münzcontravention, Begriff und Strafe derselben.	— 187.
Münzverbrechen, Anzeigen desselben.	— 188.
— einfaches.	— 187.
— Mildrungsgründe der Strafe desselben.	— 191.
— qualificirtes.	— 187.
— Strafe desselben.	— 190. fqq.
— von wem es begangen werden kann.	— 187.
— was darunter zu verstehen ist.	— 186.

Münz-

- Münzverbrechen, wenn es als vollendet zu betrachten ist. §. 188.
 — wer Theilnehmer desselben ist. — 189.
 — wodurch es begangen wird. — 186.

N.

- Nachlässigkeit, f. Schuld.
 Nachwanler, Zurechnung bey demselben. — 102.
 Naturrecht, ob dasselbe unter die Quellen des Criminal-
 rechts gehört. — 12.
 Nothfall, wenn derselbe vorhanden ist. — 44.
 Nothwehr. — 42.
 — bey dem Todtschlag (moderamen ineulpatae tute-
 lae) was dazu erfordert wird. — 232.
 Nothzucht, Anzeigen derselben. — 358.
 — Begriff davon. — 355.
 — Erfordernisse zum Thatbestand derselben. — 356. sq.
 — Strafe derselben. — 359.
 — uneigentliche. — 355.

O.

- Obrigkeit, Widerstand gegen dieselbe, f. Beleidigung ge-
 gen öffentliche Personen.

P.

- Parricidium. — 263.
 — Strafe desselben. — 265.
 — wenn die Strafe desselben aufgehoben wird. — 266.
 Pasquill, Begriff desselben. — 289.
 — Strafe desselben. — 290.
 Patrimonialgerichtsbarkeit, peinliche, dingliche. — 52.
 Peinliche Gerichtsbarkeit, f. Gerichtsbarkeit.
 Peinliche Gesetze, f. Gesetze.
 — Hoheit, f. Hoheit.
 — Rechtsgelehrsamkeit, peinliches Recht, f. Rechts-
 wissenschaft.
 Peinlicher Prozess, f. Criminalprozess.
 Polizeystrafe, Begriff davon. — 115.
 Prævarication, Strafe derselben. — 209.
 — wenn ein Sachwalter dieselbe begeht. — 208.
 Prävention, physische oder moralische, durch dieselbe wird
 die Erfüllung der Gesetze erleichtert. — 2.
 Privatgenugthuung wird durch die Injurie bewirkt. — 291.
 Privatgesetze, Begriff derselben. — 1.
 Privatgewalt, Strafe derselben. — 300.
 Prozess, peinlicher, f. Criminalprozess.
 — Anklage-, f. Anklageprozess.
 — Untersuchungs-, f. Untersuchungsprozess.
 Prozesskosten, f. Criminalkosten.

- Publication der Gesetze, verhinderte, Strafe dieses Ver-
brechens. §. 181.
 — wodurch man sich dieses Verbrechens schul-
dig macht. — 181.
 — der Sentenz, wenn dieselbe geschehen muß. — 433.
 Q.
 Quellen der peinlichen Rechtswissenschaft. — 8. seqq.
 — des Criminalprozesses. — 412.
 R.
 Raub, Begriff davon. — 302. 326.
 — bey demselben kommt der Werth der geraubten Sa-
che und der Schadenserlatz nicht in Betrachtung. — 329.
 — Erfordernisse zum Thatbestand desselben. — 327.
 — mit welcher Strafe derselbe belegt werde. — 330.
 — wenn die Strafe desselben gemildert und geschärft
wird. — 331.
 — wird an beweglichen Sachen begangen. — 328.
 Raubmord, Anzeigen desselben. — 252.
 — Begriff desselben. — 251.
 — Strafe desselben. — 253.
 — Theilnahme an demselben. — 254.
 Realinjurie, Begriff davon. — 286.
 Recht, canonisches, ist eine Quelle des Criminalrechts. — 9.
 Recht, peinliches, s. Rechtswissenschaft.
 — römisches, ist eine Quelle des Criminalrechts.
 Rechtsmittel gegen das peinliche Urtheil. — 436.
 Rechtslache, peinliche, Begriff davon. — 411.
 Rechtswissenschaft, peinliche, Begriff davon. — 5.
 — besondere Quellen derselben. — II.
 — Eintheilungen derselben. — 6. 1q.
 — gemeine Quellen derselben. — 8. 1q.
 Relation aus Criminalacten, Erfordernisse derselben. — 432.
 Repetundarum crimen. — 208. 1q.
 Richter, peinlicher. — 16.
 — Pflichten desselben bey Auslegung der Strafge-
setze. — 135.
 — Pflichten desselben bey Bestimmung willkührlicher
Strafen. — 136.
 Rügen, vier grofse. — 50.
 Ruf, wenn er allein zur Eröffnung der Untersuchung hin-
reichend ist. — 416.
 S.
 Sachen, gefundene, wie der, welcher dieselben behält, ge-
stratt wird. — 342. 398.
 Sacrilegium, i. Kirchenraub.

Schadenserfatz, aus dem Verbrechen entspringt die Verbindlichkeit zu demselben.	§. 113.
Schändung, f. Schwächung.	
Schärfung der Strafe, wenn dieselbe statt findet.	— 142.
Schärfungsgründe der Strafe.	— 142.
Schätze, gefundene, Strafe des boshaften Vorenthaltens derselben.	— 342.
Schlafende, Zurechnung bey denselben.	— 102.
Schuld (culpa), was darunter verstanden wird.	— 65. 88.
Schwächung (stuprum), Begriff davon.	— 348.
— für welches Gericht die Untersuchung derselben gehört	— 353.
Schwächung, mit wem dieselbe begangen werden kann.	— 349.
— Strafe derselben.	— 350.
— wenn die Strafe derselben geschärft wird.	— 351.
Schwängerer, Verbindlichkeiten desselben.	— 352.
Selbsthülfe, unerlaubte, wenn dieses Verbrechen begangen wird.	— 183.
Selbstmord, Strafe desselben.	— 410.
Selbstverstümmelung, Strafe derselben.	— 409.
Sentenz, f. Erkenntnis.	
Simonie, f. Amterschleichung.	
Sodomie, Begriff davon.	— 385.
— Strafe derselben.	— 386.
— weswegen die Strafe derselben gemildert wird.	— 387.
Soldatengericht, f. Gericht, militärisches.	
Specialinquision, Begriff davon.	— 414.
— muß vorzüglich drey Punkte enthalten.	— 422.
— wenn zu derselben geschritten werden kann.	— 422.
— Zweck derselben.	— 421.
Staatsverbrechen, besonderes, wer es begeht.	— 158. 204.
— gemeines.	— 158. 199.
— wie man die Gröfse desselben beurtheilt.	— 159.
Staatsvermögen, Begriff davon.	— 205.
— Unterschlagung desselben, f. Unterschlagung des Staatsvermögens.	
Strafe, allgemeiner Begriff davon.	— 3.
— außerordentliche.	— 128.
Strafe, bürgerliche.	— 115.
— Erlöschung derselben, f. Verjährung.	
— gegen Diener des Staats, Arten derselben.	— 127.
— gegen Todte	— 126.
— körperliche, Arten derselben.	— 119.
— militärische, Arten derselben.	— 127.
— peinliche.	— 115. 199.
— Polizey.	— 115.

- Strafe, welche Strafen zu den peinlichen gerechnet werden. §. 115.
 — willkührliche. — 128. 136.
 — — wodurch die Freyheit der Menschen beschränkt wird. — 123.
 Strafgesetz, Begriff und Eintheilung desselben in öffentliches und bürgerliches. — 3.
 Suggestivfragen, s. Fragen.
 Summarisches Verhör kann schon bey der Generalinquisition mit dem Angeschuldigten vorgenommen werden — 420.
 — worauf dasselbe vorzüglich gehen muß. — 420.
 T.
 Taub- und Stumm- Gebohrne, Zurechnung bey denselben. — 101.
 Taufen, wiederholte gewinnfüchtige, Strafe derselben. — 408.
 Thatbestand des Verbrechens (corpus delicti) allgemeiner und besonderer Begriff desselben. — 79.
 — wie derselbe ausgemittelt wird. — 80.
 Theilnahme an einem Verbrechen überhaupt. — 107.
 — an einem Verbrechen insbesondere, s. bey einzelnen Verbrechen.
 — mittelbare. — 112.
 — unmittelbare. — 112.
 — verabredete. — 109.
 — wodurch dieselbe begründet wird. — 111.
 — zufällige. — 109.
 Theilnehmer, (socius) des Verbrechens. — 87. 108.
 Todesstrafe, s. Lebensstrafe.
 Todtschlag. — 222.
 — Anzeigen desselben. — 225.
 — bey dem Aufruhr. — 234.
 — Beyspiele, daß derselbe durch negative Handlungen begründet wird. — 223.
 — qualificirter. — 222.
 — simpler. — 222.
 — Strafe desselben. — 235 sqq.
 — wenn die Strafe desselben gemildert wird. — 237.
 — wie die Theilnahme an demselben gestraft wird. — 238.
 — wodurch die Strafe desselben aufgehoben wird. — 240.
 Todtschläger, wer als solcher angesehen wird. — 223.
 — muß den Kindern und der Wittve des Entlebten Alimentationsgelder geben. — 239.
 Tödtung. — 222 sq.
 — eines Ehebrechers und Entführers. — 233.
 Tortur. — 425. 429.
 Trunk-

Trunkne, Zurechnung bey denselben. §. 102.
 Tumult ist vom Aufruhr wesentl. unterschieden. — 175. 202. a.
 — Strafe desselben. — 202. a.

U.

Ueberschwemmung, vorsätzlich verursachte, Strafe ders. — 341.
 Umgang mit Verbrechern, entfernte Anzeige. — 76.
 Untrachtbarmachung, vorsätzliche. — 280.
 — — womit dieselbe bestraft wird. — 281.
 Unterschlagung der Privatgüter, Strafe derselben. — 397.
 — des Staatsvermögens, Milderungsgründe der Strafe
 derselben. — 206.
 — welche Strafe auf dieselbe gesetzt ist. — 206.
 — — wenn dieses Verbrechen begangen wird. — 205.
 — — wer als Theilnehmer derselben angesehen wird. — 207.
 Untersuchung, General -, f. Generalinquisition.
 — Special -, f. Specialinquisition.
 Untersuchungsprozess, Begriff und Theile desselben. — 414.
 Urheber des Verbrechens. — 87. 107.
 Urkunden, Beweismittel. — 227.
 Urphede, Begriff derselben. — 396. 435.
 — Strafe des Bruchs derselben. — 435.
 — wenn sie statt findet. — 435.
 Urtheil, f. Erkenntniß.

V.

Vehmgerichte, f. Gericht.
 Veranlassung zur Generalinquisition. — 415.
 Verbrechen. — 38.
 — — begonnenes. — 67.
 — — besonderes. — 72.
 — — Capital- — 70.
 — — Civil- — 71.
 — — Criminal- — 71.
 — — der beleidigten Majestät, f. Majestät.
 — — eigentliches. — 74.
 — — Eintheilungen desselben in Hinsicht seiner obje-
 ctiven Größe. — 74.
 — — Eintheilungen desselben in Hinsicht seiner subje-
 ctiven Größe. — 64 fqq.
 — — fortgesetztes (delictum continuatum). — 68.
 — — gehäuftes oder zusammenfließendes (delictum
 concurrens). — 68.
 — — gemeines. — 72.
 — — mittelbares. — 74.
 — — öffentliches. — 69.
 — — peinliches. — 71.
 — — Privat- — 69.
 Ver-

Verbrechen, schuldhaftes.	§. 64 sq.
— — uneigentliches.	— 74.
— — uneigentliches, Gattungen desselben.	— 343 sqq.
— — unmittelbares.	— 74.
— — unvollkommenes.	— 67.
— — versuchtes.	— 67.
— — vollbrachtes (delict. consummatum).	— 67.
— — vollkommenes.	— 67.
— — vorsatzliches.	— 64.
— was zum Daleyn desselben erfordert wird.	— 38.
— wider das Eigenthum, Gattungen derselben.	— 302. sqq.
— wider das Leben.	— 222. sqq.
— wider die Ehre, Gattungen derselben.	— 285. sqq.
— wider die Freyheit, Gattungen derselben.	— 293. sqq.
— wider die Gesundheit, Gattungen derselben.	— 217.
— wiederholtes (delict. repetitum).	— 68.
— zufälliges.	— 66.
Verbrecher, wer dieselben seyn können.	— 99.
Verdacht, s. Anzeigen.	
Verfälschung, s. Fälschung.	
Vergiftung, s. Giftmischung.	
Vergleich wegen der Strate ist ungültig.	— 146.
Verhältniß der Strafen.	— 145.
Verhaftnehmung, Mittel um sich von derselben zu be-	
freyen.	— 419.
— wenn dieselbe geschehen kann.	— 418.
Verhinderte Publication der Gesetze.	— 101.
Verhör, s. summarisches.	
Verjährung der peinlichen Strafe.	— 148. sqq.
— eines Verbrechens insbesondere, s. bey einzel-	
nen Verbrechen.	
— Grund derselben.	— 149.
— welcher Zeitraum dazu erfordert wird.	— 150.
— wenn dieselbe anfängt.	— 151.
— wenn dieselbe statt findet.	— 150.
— Wirkungen derselben.	— 154.
— Wirkungen einer unterbrochenen.	— 153.
— wodurch sie unterbrochen wird.	— 152.
Verletzung, körperliche, was darunter zu verstehen ist.	— 217.
Verrückung der Privatgrenzen, Strate derselben.	— 399.
— der Landesgrenzen.	— 177. sqq.
— Strate derselben.	— 178.
— Verfahren dabey.	— 179.
Verschwörung, was darunter zu verstehen ist.	— 108.
Versuch des Verbrechens (conatus delinquendi), wenn er	
entsteht.	— 41.
	Ver-

Versuch des Verbrechens, wenn er strafbar ist.	§. 67.
Vertheidigung des Inquiriten, f. Detention.	
Vertheidigung, durch dieselbe wird die Verletzung der Gesetzze erschwert.	— 2.
— zur Abwendung der Specialinquisition (Defensio pro avertenda inquisitione) warum dieselbe eingeführt worden ist.	— 421.
Vervielfältigung der Ehe, f. Bigamie.	
Verwandtenmord, f. Parricidium.	
Verwundung, Strafe derselben.	— 219. sq.
Visum repertum (Befundbericht).	— 228.
Vollstreckung des Erkenntnisses.	— 433.
— Art derselben.	— 434.
Vorkenntnisse zum peinlichen Recht, historische.	— 14. lqq.
— juristische.	— 35. lqq.
— philologische.	— 33.
— philosophische.	— 34.
Vorladung, öffentliche. findet gegen abwesende Verbrecher statt.	— 439.
Vorsatz, was darunter verstanden wird.	— 64. 87.
W.	
Waffen, was darunter beym Diebstahl verstanden wird.	— 315.
Wahnsinnige, Imputation bey denselben.	— 101. sq.
Wahrheit mildert Strafe bey Injurien.	— 103.
Wegelagern, was darunter verstanden wird.	— 198.
— Strafe desselben.	— 198. sq.
Weibspersonen werden nicht so hart bestraft, als Mannspersonen.	— 100.
Weinverfälschung, Strafe derselben.	— 407.
Wetten über unerlaubte Gegenstände.	— 393.
Widerstellungsrecht, wenn es erlaubt ist sich desselben zu bedienen.	— 42.
— worin dasselbe besteht.	— 43.
Wiederholung der Verbrechen, f. Verbrechen, wiederholtes.	
Wiederruf einer Injurie, wie derselbe geschehen muß, und wenn er statt findet.	— 291.
Wrogen, was es heißt.	— 50.
Wucher, Begriff und Strafe desselben.	— 392.
Wunden, was man darunter versteht.	— 218.
— Eintheilungen derselben.	— 218.
Z.	
Zauberey, Strafe derselben.	— 402.
Zeugen, Vereidung derselben.	— 426.
Zeugenbeweis in Criminalsachen ist von dem Zeugenbeweis in Civilsachen in Ansehung der Form unterschieden.	— 425.
	Zeug-

Zeugenmündigkeit in Criminalsachen.	§. 425.
Zeugenvernehmung, Form und Beweiskraft derselben.	— 425.
Züchtigungen, körperliche, Arten derselben.	— 120.
Zufall, Begriff desselben.	— 66.
Zurücktreibungsrecht, wenn es erlaubt ist, sich desselben zu bedienen.	— 42.
— worin es besteht.	— 43.
Zurechnen, eine Handlung was es heißt.	— 92.
Zurechnung des Verbrechens.	— 92.
— — wodurch dieselbe gemindert wird.	— 99. fqq.
— — worauf man bey derselben Rücksicht nehmen muß.	— 93. fqq.
Zwangsmittel, wenn der Richter dergleichen gegen den Inquisiten gebrauchen darf.	— 422.
Zweckmäßigkeit der Strafe, was dazu erfordert wird.	— 129.

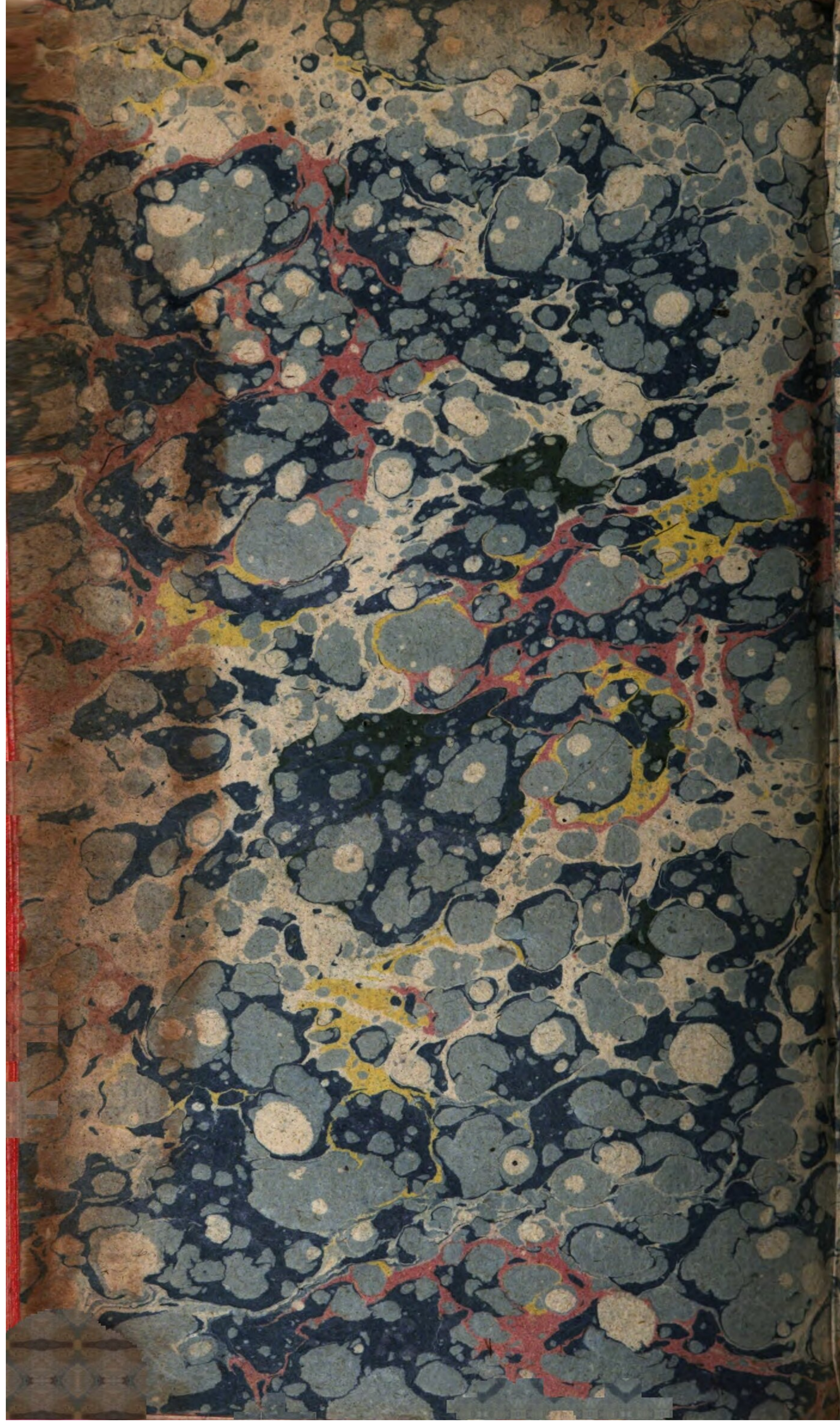
Juristische Bücher bey J. C. Hendel in Halle.

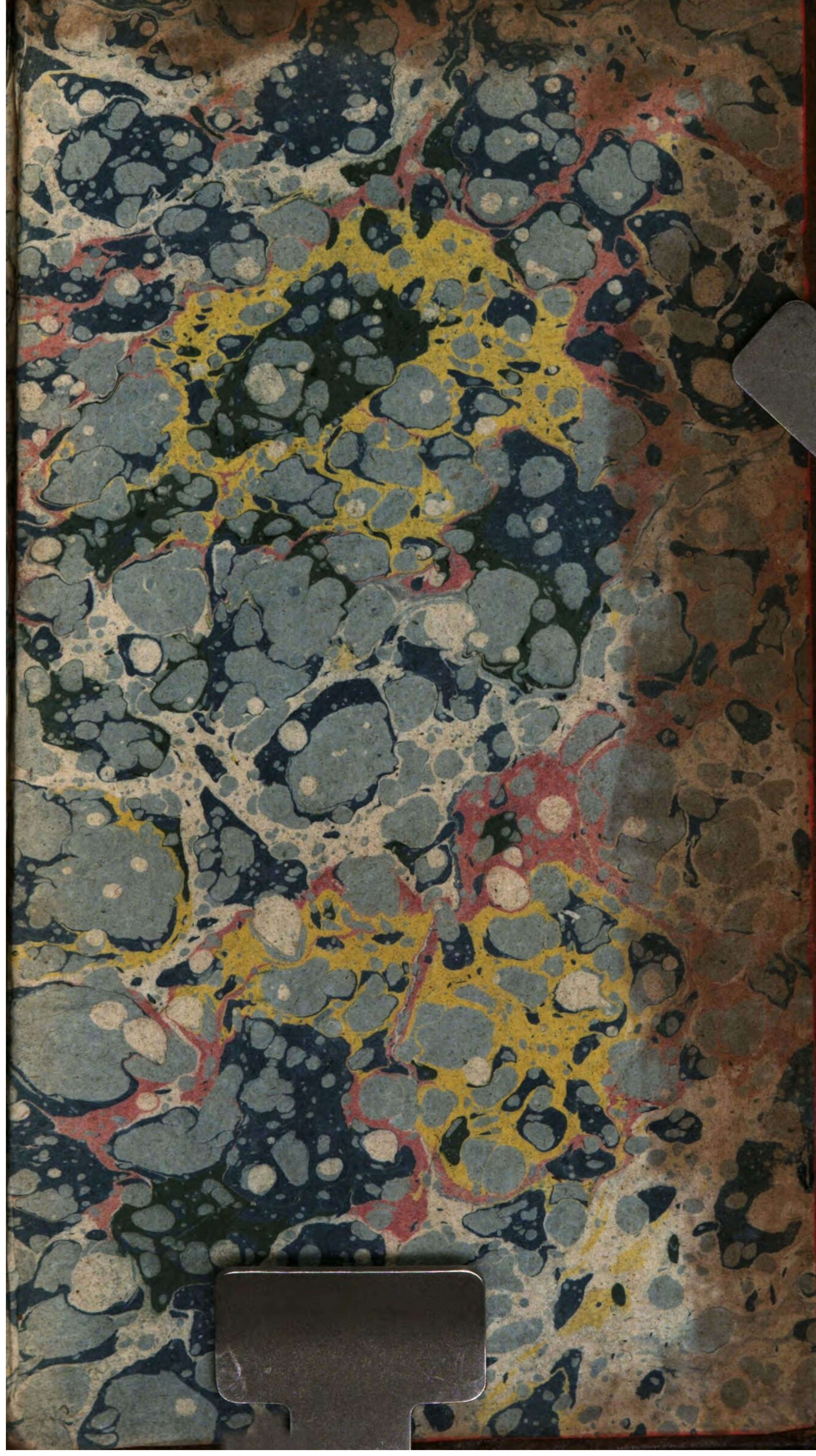
<i>Dabelow</i> , Chrph Chr. meletematum juris feudalis, collectio Ima med. 8v.	6 Gr.
— — Frage: Sind die Töchter eines verstorbenen Lehnmannes befugt, bey der Succession mit den Söhnen im väterlichen Allode, die Conferirung der neuermorbenen Lehnsgüter zu verlangen? 8. 791. und	
— — Erweis: daß ein, nicht durch ein unternommenes Geschäft selbst, sondern durch einen dasselbe begleitenden bloßen Zufall verletzter Minderjähriger, nicht in allen Fällen von dem Gebrauch der Rechtswohlthat der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand auszuschließen sey 8. 791. beyde	4 Gr.
<i>Heister</i> , D. Phil Iac. exercitationum academicarum ad diversas materias juris pertinentium fasciculus, de annis 1750 — 75. X. dissertt. cont. cum indice 4to.	10 Gr.
— — juristische Abhandl. und Erörterungen einiger wichtigen und streitigen Fragen aus dem bürgerlichen u. peinlichen Rechte. Nebst Portrait. 4te Samml. 1. 2. 3. 1 Th. 16 Gr.	
<i>Nettelbladt</i> , Dan. exercitationes academ. varii argumenti de annis 1734. 79 fascic 30 diss. contin. cum indice. 1 Th. 6 Gr.	
<i>Westphal</i> D. Er Chr. exercitationum academicarum ad materias diversas iuris pertinentium fasciculus de ann. 1757-764 X. dissertt. continens, cum indice. 4r.	10 Gr.
— — Acht einzeln herausgekommene, nunmehr aber zusammengebrachte rechtliche Abhandlungen aus verschiedenen Theil. der Rechtsgelahrtheit. 4r. Samml. 1. 2. 1 Thlr. 7 Gr.	

Verbesserungen und Zusätze.

- Pag 3. Zeile 6. unwillkürlich lies willkürlich.
- 6. §. 12. setze zu: TIEFTRUNCKS philosophische Untersuchungen über das Privat- und öffentliche Recht. Halle 1797. 2. Th 1 98. pag 427. MEREAU's Beyträge zum peinlichen Rechr.
- 10. — — zu diesen hier angeführten Schriften kann auch noch KLEINS und KLEINSCHRODT Archiv des Criminalrechts, S. 164 gelezt werden. Lübeck und Leipzig 1797. pag. 11.
- 11. setze hinzu: GROLMANN Grundsätze der Criminalrec tswissenschaft nebst einer systematischen Darstellung des Geistes der deutschen Criminalgesetze. Giessen 1798.
- 12. — 7. streiche *peinl.* weg.
- — setze zu den pract. Schriften: DANZ's Grundsätze des summarischen Processes. 2t. Aufl. Stuttgart 1798.
- 13. setze zu den Sammlungen kleiner Schriften eines Verf.: KLEINSCHRODT'S Abhandlungen aus dem peinl. Recht. Erlangen. 1. Th. 1797. 2. Th 1798.
- 19. Zu Note des § 32. setze: TIEFTRUNCK a. a. O. pag. 453.
- 22. Zu §. 38. f. hinzu: HUFELANDS Abriss d. Wissenschaftskunde und Methodologie der Rechte. Iena 1797.
- 43. §. 60. Ueber die Besetzung des Criminalgerichts EISENBERG und STENGELS Beyträge. 3. S. 313.
- 47. — 10. Vorsatz in gemeinen und besondern 1. allgemeinen und besondern Vorsatz.
- — zur not. c) HOFBAUERS Naturrecht §. 120.
- 49. — 5. setze zu: TIEFTRUNCK a. a. O. p. 86. 91.
- 50. — 1. *die aus* streiche weg.
- — 12. Mord mehr l weniger.
- — 28. unterlassen l. begehnen.
- 57. — 11. je grösser l. je geleztwidriger.
- 60. — 12. bloße l. blos.
- 60. zur Note a) TIEFTRUNCK 2. Th. pag. 453.
- 62. zum §. 121. Ist das spanische Manteltragen in preuss. Staaten abgeschafft. EISENBERG und STENGELS Beytr. 1. S. 318.
- 63. §. 123. Wegen der bey Landesverweisung gänzlich abzuschaffende Urphede. EISENBERG und STEN-

- STENGELS Beytr. 2. S. 351. In wiefern ist gegen Ausländer die in preuls. Staaten Verbrechen begehn, auf Deportation über die Grenze zu erkennen. EISENBERG und STENGELS Beytr. 4. S. 429.
- Pag. 65. §. 126. die Strafe an Bilde erkennt nach A. L. R. II XX § 99.
- 71. §. 139. Rescript d. Iustizministerii an den Oberappellations-Senator des Cammergerichts, die zu weit getriebene Gelindigkeit der Straferkenntnisse betreffend. EISENBERG und STENGELS a. a. O. 4. S. 426.
- 72. — 6. Beleidigers l. Beleidigten.
- 77. — 2. von unten: gehoben l. unterbrochen.
- 79. §. 156. TIEFTRUNCK a. a. O. 2. Th. pag. 476.
- 81. zu den angeführten Schriften ist KLEIN und KLEINSCHRODT Archiv des Criminalrechts. S. I. zu setzen.
- 117. — 28. des l. der.
- — — ungestraft l. unstrafbar.
- 120. 3 Zeile v. unten: worauf die Radstrafe u. s. w. — verstanden. Hierauf haben die Gesetze die Radstrafe gesetzt.
- 135. — I. lebensfähiges l. lebensunfähiges.
- 137. §. 283. EISENBERG und STENGEL 2. S. 354.
- — 17. erstern l. letztern.
- 142. — 24. streiche *eingeschränkt* weg.
- 148. §. 302. zur Litteratur: KLEINSCHRODT Abh. 2. S. 61.
- 154. §. 316. EISENBERG und STENGELS a. a. O. 2. S. 363.
- 155. §. 318. EISENBERG und STENGEL 3. B. S. 308.
- 157. — 24. condictio l. condictio.
- 165. vorletzte Zeile: Riller l. Triller.
- 167. Zweyter Abschnitt — streiche weg.
- 168. — 14. betrachtet l. erlaubt in demselben betrachtet; sonst willkührlich bestraft.
- — 22. §. 115. und 123. l. §. 1015.
- 169. — 12. ehrlösen l. ehelösen.
- — zweyte Zeile v. unten. — 7ten auf)
- 174. — 2. sichtliche Anzeigen der Gezwungenen l. an dem Körper der Gezwungenen.
- — 4. Helfrufen l. Hülfrufen.
- 175. 4 Z. v. unten: wurde, l. wird.
- 177. 5 Z. v. unten: g) setze hinzu KLEINSCHRODT'S Abh. 2. Th. S. 271.
- 184. Viertes Capitel l. Anhang.
- 190. zu Note §. 297. KLEINSCHRODT Abh. II. N. I.
- 191. letzte Zeile: sen. — streiche weg.





Gründler, Karl August,

Grundsätze des teutschen peinlichen Rechts

Halle 1799

Crim. 119

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10394416-5

VD18 14466554-001